

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 6.1

Behörde für Stadtentwicklung
und Wohnen

Inhaltsverzeichnis

Einzelplan 6.1

	Seite
1 Vorwort zum Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen	1
2 Ergebnis- und Finanzplan des Einzelplans 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen	9
2.1 Ergebnisplan des Einzelplans 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen	9
2.2 Doppischer Finanzplan des Einzelplans 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen	11
3 Übersicht über die Aufgabenbereiche des Einzelplans 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen	13
4 Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen	17
4.1 Teilplan des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)	17
4.1.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 286 Steuerung und Service	17
4.1.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service	17
4.1.2.1 Produktgruppe 28611 Verwaltung, Recht und Beteiligungen	17
4.1.2.2 Produktgruppe 28612 Zentraler Ansatz I	23
4.1.2.3 Produktgruppe 28613 Zentrale Programme	25
4.1.2.4 Produktgruppe 28614 Geoinformation u. Vermessung	27
4.1.2.5 Produktgruppe 28615 Bezirkliche Zuweisungen SuS	30
4.1.2.6 Produktgruppe 28616 Zentraler Ansatz II	32
4.1.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service	34
4.1.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service	34
4.1.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service	34
4.1.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service	35
4.2 Teilplan des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	37
4.2.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 287 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	37
4.2.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	38
4.2.2.1 Produktgruppe 28711 Wohnen	38
4.2.2.2 Produktgruppe 28712 Stadterneuerung und Bodenordnung	44
4.2.2.3 Produktgruppe 28713 Zentrales Programm WSB	48
4.2.2.4 Produktgruppe 28714 Bezirkliche Zuweisungen WSB	52
4.2.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	55
4.2.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	56
4.2.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	56
4.2.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	56
4.3 Teilplan des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau	57
4.3.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 288 Bauordnung und Hochbau	57
4.3.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau	57
4.3.2.1 Produktgruppe 28811 Bauordnung und Hochbau	57
4.3.2.2 Produktgruppe 28812 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)	64
4.3.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau	67
4.3.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau	67
4.3.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau	67

Inhaltsverzeichnis

Einzelplan 6.1

	Seite
4.3.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau	67
4.4 Teilplan des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung	69
4.4.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 289 Landesplanung und Stadtentwicklung	69
4.4.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 289 Landes- und Landschaftsplanung	69
4.4.2.1 Produktgruppe 28911 Landesplanung und Stadtentwicklung	69
4.4.2.2 Produktgruppe 28912 Zentrale Programme LP	76
4.4.2.3 Produktgruppe 28913 Bezirkliche Zuweisungen LP	79
4.4.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung	81
4.4.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung	83
4.4.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung	83
4.4.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung	83
5 Ergebnis- und doppische Finanzpläne der Aufgabenbereiche	85
5.1 Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)	85
5.1.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)	85
5.1.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)	86
5.2 Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	87
5.2.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	87
5.2.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	88
5.3 Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau	89
5.3.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau	89
5.3.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau	90
5.4 Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung	91
5.4.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung	91
5.4.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung	92
Anlage 1 Stellenplan (blaues Papier)	93
Anlage 2 Wirtschaftspläne (rosa Papier)	
2.1 Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung	185
2.2 Sondervermögen Stadt und Hafen	197
2.3 Sondervermögen Bodenordnung	209
Anlage 3 Übersicht über Umorganisation auf Ebene von Einzelplänen	217

1 Vorwort zum Einzelplan

Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplans

Aufgabe der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) ist es, die gesamtstädtischen Rahmenbedingungen zu setzen und die Voraussetzungen zu schaffen, den Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt ein ausreichendes und attraktives Angebot insbesondere an bezahlbarem Wohnraum in Stadtteilen mit einer weiterhin hohen Lebensqualität zu bieten. Dazu setzt die BSW die planerischen Grundlagen zur nachhaltigen Flächennutzung in den Bereichen Wohnen, Gewerbe, Infrastrukturen und Freiraum sowie für die qualitätvolle Entwicklung des öffentlichen Raumes und die Stadtbildgestaltung.

Für die Aufgabenfelder der Behörde bedeutet dies:

- Das erfolgreiche Wohnungsbauprogramm des Senats soll weiter gesteigert werden; Ziel ist es, in Zukunft jährlich mindestens 10.000 Wohnungen zu genehmigen bzw. fertigzustellen - darunter jährlich mindestens 3.000 geförderte Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen. Die SAGA/GWG strebt den jährlichen Bau von 2.000 Wohneinheiten an.
- Die dazu erforderlichen Flächen werden durch intelligente Nachverdichtungen, die dem Konzept „Mehr Stadt in der Stadt“ folgen, zur Verfügung gestellt oder werden durch großräumige Stadtentwicklungsprojekte - wie die östliche HafenCity, Zukunft Wilhelmsburg 2013+ und den Hamburger Süden, die Mitte Altona sowie die Entwicklung des Hamburger Ostens mit dem Konzept „Stromaufwärts an Elbe und Bille“ – aktiviert.
- Hinzu kommt die Notwendigkeit einer Stadterweiterung von „Mehr Stadt an neuen Orten“, die weitere Flächenpotentiale für eine dauerhafte Verstetigung von Stadtentwicklung und Wohnungsbau erschließt.
- Mit Hilfe der Projekte und Maßnahmen innerhalb des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) soll der soziale Zusammenhalt in den Quartieren erhöht und der sozialen Spaltung in der Stadt weiterhin entgegengewirkt werden.
- Beteiligungsprozesse mit den Bürgerinnen und Bürgern sind in der Integrierten Stadtteilentwicklung sowie auch im Rahmen von Stadtentwicklungsprojekten und Planverfahren bedeutend, um die Bevölkerung in die Gestaltung ihrer Stadt einzubeziehen. Die Stadtwerkstatt hat sich hierzu bereits als wichtiges Beteiligungsforum etabliert.

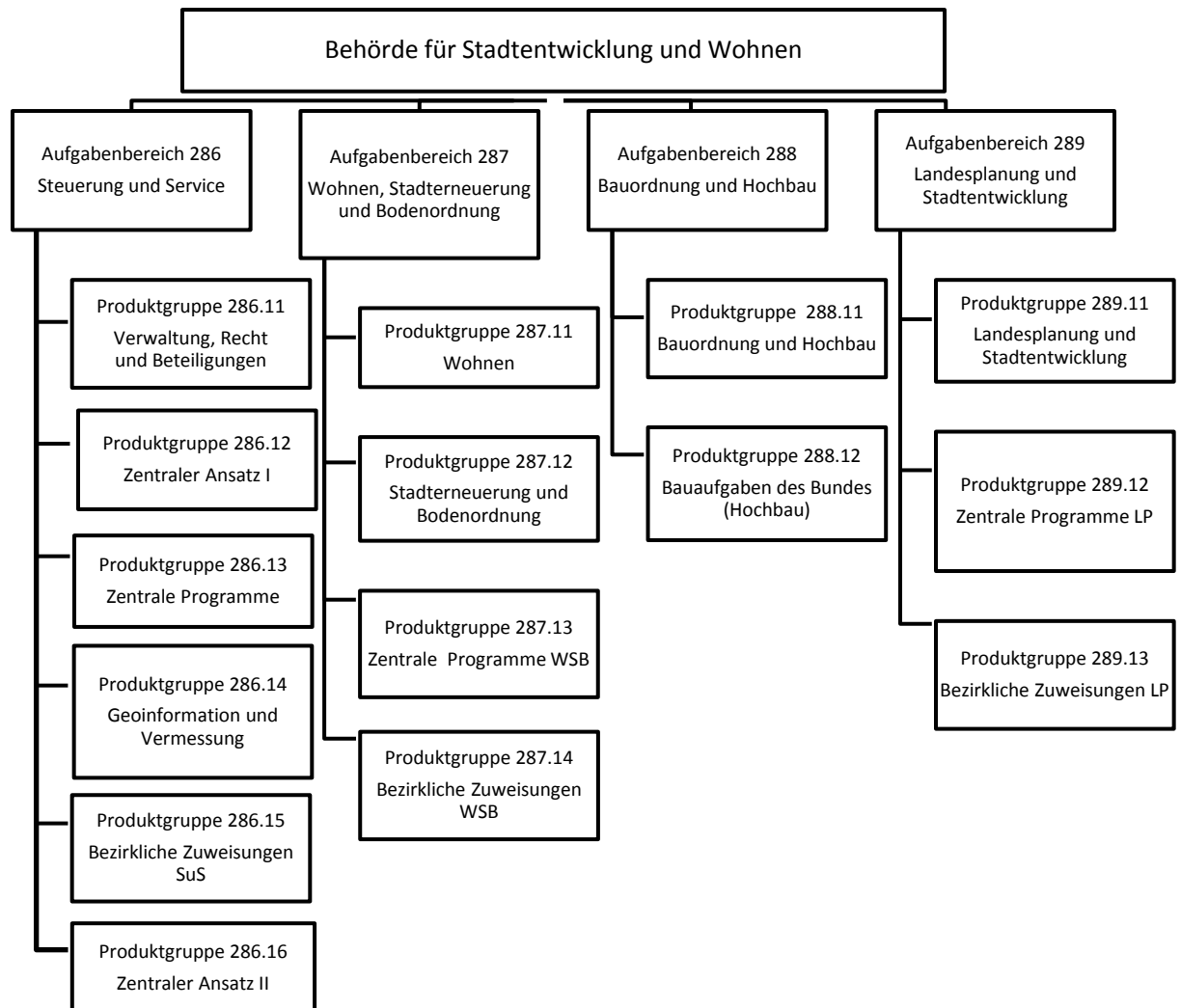
Durch die ständige, sachgerechte Fortschreibung der Hamburgischen Bauordnung und anderer baurechtlicher und technischer Vorschriften wird die Grundlage für die Realisierung des Wohnungsbauprogramms wie auch der vielfältigen Projekte zur Stadtentwicklung geschaffen. In den Vorbehaltsgebieten (HafenCity und Mitte Altona) erteilt die BSW darüber hinaus die Genehmigungen für Wohngebäude und andere Nutzungen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Standardsetzung für den öffentlichen Hochbau und der Realisierung vieler Bauprojekte Hamburgs und des Bundes.

Die BSW ist zudem die Aufsicht führende Behörde für den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung (LGV); der LGV vertritt die hamburgischen Interessen auf den Gebieten Geoinformation, Kataster und Vermessung und agiert dabei in der FHH, in der Metropolregion, im norddeutschen Raum, im Bund sowie bei internationalen Aktivitäten. Er ist federführende Stelle für die Koordinierung und den Ausbau der Geodateninfrastruktur in Hamburg und der Metropolregion. Weiterhin koordiniert der LGV alle Aufgaben mit Geobezug mit dem Ziel der Standardisierung der Geodatenwelt Hamburgs.

Eine besondere Herausforderung wird die zeit- und bedarfsgerechte Bereitstellung von Festbauten im Rahmen der Zielstellung „Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen“ sein.

Im Hinblick auf die weiterhin wachsende Stadt wird die BSW als die für die Ausbildung von technischen Nachwuchskräften zentral zuständige Behörde im Rahmen einer Ausbildungsinitiative die Anzahl der Stellen für technische Nachwuchskräfte ab 2017 verdoppeln.

Organisations- und Aufgabenstruktur



Übersicht über die ausgegliederten Bereiche

Zur Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen gehören die folgenden Landesbetriebe und Sondervermögen:

Einrichtung	Gesamtaufwand		Zuführung (-) aus dem / Ablieferung (+) an den Haushalt	
	in Tsd. Euro		in Tsd. Euro	
	2017	2018	2017	2018
Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung	30.250	30.328	-2.999	-3.005
Sondervermögen Stadt und Hafen	123.178	159.360	-	-
Sondervermögen Bodenordnung	4.500	12.500	-	-

Einrichtung	Summe investive Auszahlungen		Zuführung (-) aus dem / Ablieferung (+) an den Haushalt	
	in Tsd. Euro		in Tsd. Euro	
	2017	2018	2017	2018
Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung	830	830	-	-
Sondervermögen Stadt und Hafen	100.974	118.603	-	-
Sondervermögen Bodenordnung	-	-	-	-

Wirtschaftspläne und Erläuterungen befinden sich in Anlage 2.

Personalkosten

Die zu veranschlagenden Personalkosten mit Ausnahme der Sonstigen Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter ergeben sich aus dem Produkt der Plan-Vollzeitäquivalente (Plan-VZÄ) und den von der Finanzbehörde ermittelten Personalkostenverrechnungssätzen. Dabei wird individuell für jedes Planjahr ein um die folgenden Faktoren aktualisierter Verrechnungssatz angewendet:

- Ausfinanzierung der Tarif- und Besoldungsanpassungen 2015/2016,
- Berücksichtigung einer Vorsorge für Tarif- und Besoldungsanpassungen ab 2017,
- Altersstruktureffekte,
- Anpassung der Zuschlagsätze für Zuführungen zu Versorgungsrückstellungen aufgrund der versicherungsmathematischen Gutachten,
- Anpassung der Zuschlagsätze für Beihilfe/Heilfürsorge an die Kostenentwicklung.

Um die Personalkosten verursachungsgerecht in den jeweiligen Produktgruppen abzubilden, werden Zuschläge auf die Bezüge und Entgelte des aktiven Personals angewandt. Die bis 2016 ermittelten Werte der Versorgungszuschläge sind mithilfe einer Überschlagsrechnung auf der Grundlage eines Gutachtens von Herrn Prof. Pfeiffer (Universität Oldenburg) ermittelt worden. Auf Basis einer erstmaligen Ableitung des Zuführungsaufwandes zu den Versorgungsrückstellungen für aktives Personal durch ein versicherungsmathematisches, verbindlichen Standards entsprechendes Gutachten der Firma AON Hewitt erfolgt eine Erhöhung der Zuschlagssätze mit dem Haushaltsplan 2017/2018.

Dieses führt in den Ergebnisplänen im Vergleich zu den Vorjahren zu deutlich erhöhten Versorgungskosten.

Desweiteren sind die bisherigen Werte für die Beihilfe- und Heilfürsorgezuschläge (Kosten für Sozialleistungen) unter Berücksichtigung der entlastenden Wirkung der Eigenbeteiligung bei der Heilfürsorge und der aktuellen Kostenentwicklung angepasst worden.

Der in den Produktgruppen nicht näher erläuterte Anstieg der VZÄ zwischen 2016 und 2017 ist insbesondere in einer veränderten Veranschlagungssystematik begründet. Bei der Aufstellung des Haushalts 2015/2016 wurde neben der planbaren Fluktuation auch ein prognostizierter Anteil von nicht planbaren Fluktuationen berücksichtigt. In der aktuellen VZÄ-Planung bleiben nichtplanbare Fluktuationen unberücksichtigt. Stattdessen werden die veranschlagten Minderkosten im Rahmen der Bewirtschaftung künftig in der GMK nachgewiesen.

Im Einzelplan 9.2 erfolgt keine zentrale Veranschlagung von Verstärkungsmitteln für Tarif- und Besoldungsanpassungen oder für die Änderung von Beitragssätzen der Sozialversicherung für die Haushaltsjahre 2017ff.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann.

Die Stellenpläne werden als Anlage zum jeweiligen Einzelplan:

- für die Behörden und Ämter auf blauem Papier,
- für die Landesbetriebe gemäß § 106 Absatz 1 LHO und die Hochschulen auf rosa Papier in den einzelnen Wirtschaftsplänen dargestellt.

Sie sind wie folgt unterteilt und abgebildet:

1. Behörden und Ämter nach Aufgabenbereichen,
2. Stellenpool des jeweiligen Einzelplans mit SXX
3. Landesbetriebe mit LXX
4. Hochschulen mit HXX

Die Stellenangaben enthalten alle bis zum Datenabzug (Juni 2016) für den Druck des Haushaltsplan-Entwurfs 2017/2018 wirksam gewordenen Buchungen.

Die von der Bürgerschaft beschlossenen Planstellenneuschaffungen, -hebungen und –umwandlungen sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten.

Diese Veränderungen sind summarisch in der nachstehenden Tabelle und im Einzelnen als Anhang zum jeweiligen Stellenplandruck ausgewiesen.

Überblick über Stellenbestand und -veränderungen

Stellenplan 2017/2018 (einschließlich Landesbetriebe gemäß § 106 Absatz 1 LHO und Hochschulen des Einzelplans):

Aufgabenbereich (2##), Landesbetrieb (L##)	Stellen- zahl*)	Neue Stellen**)		Stellenhebungen **)		Umwandlungen**)	
		2017	2018	2017	2018	2017	2018
286 Steuerung und Service	170,81	-	-	-	-	-	-
287 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	72,61	-	-	-	-	-	-
288 Bauordnung und Hochbau	273,50	-	-	-	-	-	-
289 Landesplanung und Stadtentwicklung	100,82	-	-	-	-	-	-
L09 Geoinformation und Vermessung	373,50	-	-	-	-	-	-

*) Stellenbestand (ohne NWK) der wirksam gewordenen Stellenveränderungsbuchungen in den dezentralen Stellenplanverfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2016) für die Drucklegung des Haushaltsplanentwurfs 2017/2018

**) wie von der Bürgerschaft beschlossen

Bürgerschaftliche Ersuchen

Entfällt.

Zuwendungen

Die rechtlichen Grundlagen der Vergabe von Zuwendungen finden sich in § 46 LHO und den zugehörigen Verwaltungsvorschriften. Das Verfahren innerhalb der BSW ist durch behördeninterne Regelungen, die auch Zustimmungsvorbehalte vorsehen, geregelt. Danach liegt die Verantwortung für eine ordnungsgemäße Abwicklung des Zuwendungsverfahrens bei den zuständigen Aufgabenbereichen. Diese haben die Einhaltung der maßgeblichen Vorschriften des Zuwendungsrechts – insbesondere der Verwaltungsvorschriften – sicherzustellen.

In allen folgenden Tabellen wurden Einzelbeträge und Summen bzw. Salden jeweils für sich kaufmännisch gerundet. Hierdurch können sich beim Nachvollzug der Summen und Salden anhand der Tabellendaten geringfügige Differenzen ergeben.

2 Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Einzelplans 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

2.1 Ergebnisplan des Einzelplans 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse aus laufender Verwaltungstätigkeit			22.021	32.016	33.535	35.060	36.566
2. Erlöse aus Transferleistungen			26.515	35.697	35.697	35.697	17.000
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Erlöse aus aktivierten Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse			795	15.836	14.770	13.094	11.832
6. Erlöse aus Verrechnungen			2.096	3.705	3.698	3.722	3.779
7. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			16.722	23.843	24.507	25.861	26.968
8. Personalkosten		0	34.933	44.585	45.618	46.120	46.215
a) Kosten für Entgelte			17.902	19.333	19.714	19.845	19.879
b) Kosten für Bezüge		0	9.486	13.007	13.366	13.584	13.616
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter				0	0	0	0
d) Kosten für Sozialleistungen			3.972	4.520	4.612	4.652	4.662
e) Kosten für Versorgungsleistungen			3.573	7.725	7.925	8.040	8.058
9. Kosten für Transferleistungen			170.242	197.705	210.282	207.792	209.741
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten aus Abschreibungen			3.952	20.862	13.085	22.236	20.155
12. Sonstige Kosten			1.705	3.032	3.063	2.968	2.968
13. Kosten aus Verrechnungen			1.446	2.475	2.493	2.477	2.485
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		0	-177.573	-205.248	-211.347	-219.882	-239.355
15. Erlöse aus Beteiligungen				0	0	0	0
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse				38	38	38	38
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens				0	10.096	9.819	10.720
20. Zinsen und ähnliche Kosten				1	1	1	1
21. Kosten aus Ergebnisausgleichsverträgen							
22. Finanzergebnis				37	-10.059	-9.782	-10.683
23. Ordentliches Ergebnis (14 + 22)		0	-177.573	-205.211	-221.406	-229.664	-250.038
24. Außerordentliche Erlöse							
25. Außerordentliche Kosten							
26. Außerordentliches Ergebnis							
27. Jahresergebnis (23 + 26)		0	-177.573	-205.211	-221.406	-229.664	-250.038
28. Globale Mehrkosten			6.495	10.342	10.365	9.956	11.807
29. Globale Minderkosten				-6.055	-6.388	-9.808	-9.923
30. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (27 - 28 - 29)		0	-184.068	-209.498	-225.383	-229.812	-251.922

Die wesentlichen Veränderungen des Plans 2017/2018 gegenüber dem Fortgeschriebenen Plan 2016 sind aus folgenden Gründen entstanden:

Erlöse aus laufender Verwaltungstätigkeit

Ausweitung des Bauvolumens der Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

Erlöse aus Transferleistungen

Zusätzliche Kompensationsmittel des Bundes für Wohnraumförderung

Sonstige Erlöse

Erlöse aus der Auflösung der pauschal gebildeten Sonderposten für Investitionszuschüsse, erstmalige

Veranschlagung im Einzelplan 6.1

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Personalkosten

Die steigenden Personalkosten resultieren insbesondere aus folgenden Faktoren:

- Verlagerung der Nachwuchskräfte des technischen Dienstes von der BUE in die BSW bei Verdoppelung der Ausbildungskapazitäten von 30 auf 60 Stellen,
- personelle Mehrbedarfe in der Bundesbauabteilung aufgrund des steigenden Bauvolumens (Bundesfinanzierung)
- personelle Mehrbedarfe im Zusammenhang mit der Behördenteilung, der Flüchtlingsunterbringung sowie der zusätzlichen Wohnraumschaffung.

Im Übrigen siehe Vorwort.

Kosten für Transferleistungen

Wohnraumförderung für zusätzlichen Wohnungsbau. Die Erhöhung resultiert teilweise aus Übertragung der Planansätze aus dem Einzelplan 9.2.

Kosten aus Abschreibungen

Es wurde Vorsorge für ggf. erforderliche Abschreibungen auf Finanzanlagen getroffen.

Kosten aus Finanzierungstätigkeit

Die Abschreibung auf die Finanzanlage Sondervermögen Stadt und Hafen ist erstmalig in diesem Kontenbereich ausgewiesen.

Im Übrigen siehe Erläuterungen zu den Aufgabenbereichen

2.2 Doppischer Finanzplan des Einzelplans 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit		0	50.934	68.367	69.886	71.411	54.220
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit		0	227.149	264.901	278.710	274.026	278.891
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit		0	-176.215	-196.534	-208.824	-202.615	-224.671
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen			5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen			8.765	9.258	9.414	9.464	9.464
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden				9.700			
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen			16.546	16.400	15.074	13.888	13.888
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			15	5	5	5	5
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Globale Minderauszahlungen				-504	-481	-459	-459
15. Saldo aus Investitionen			-20.326	-29.859	-19.012	-17.898	-17.898
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen			44	6	6	2	2
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Saldo gegebene Darlehen			44	6	6	2	2
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten							
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten							
24. Saldo aus durchlaufenden Posten							
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln		0	-196.497	-226.387	-227.830	-220.511	-242.567

Siehe Erläuterungen zu den Aufgabenbereichen

3 Übersicht über die Aufgabenbereiche des Einzelplans 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Aufgabenbereich 286 Steuerung und Service (BSW)

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Verwaltung, Recht u Beteiligungen(VR)							
Erlöse			2.976	5.384	5.465	5.493	5.554
Kosten		0	15.759	22.987	23.420	23.662	23.583
Zentraler Ansatz I							
Erlöse							
Kosten			2.045	13.088	4.091	8.457	6.865
Zentrale Programme							
Erlöse							
Kosten			3				
Geoinformation und Vermessung							
Erlöse			35	89	50	39	39
Kosten			12.359	16.351	16.357	16.271	16.279
Bezirkliche Zuweisungen SuS							
Erlöse							
Kosten			290	290	290	290	290
Zentraler Ansatz II (GMK)							
Erlöse							
Kosten			-2.720				
Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten		0	-24.725	-47.244	-38.643	-43.148	-41.425

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus Investitionen							
Auszahlungen aus Investitionen			15	-499	-476	-454	-454
Saldo aus Investitionen			-15	499	476	454	454

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
Saldo gegebene Darlehen							

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Aufgabenbereich 287 Wohnen, Stadterneuerung, Bodenordnung

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Wohnen							
Erlöse			26.515	47.466	46.468	44.982	24.904
Kosten		0	126.558	150.008	165.177	162.935	164.919
Stadterneuerung und Bodenordnung							
Erlöse			16	106	67	67	67
Kosten		0	3.011	3.292	2.964	3.006	3.107
Zentrale Programme WSB							
Erlöse			368	750	1.250	1.750	2.250
Kosten			5.993	6.344	7.227	8.141	9.088
Bezirkliche Zuweisungen WSB							
Erlöse							
Kosten			34.015	34.008	34.008	34.008	34.008
Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten		0	-142.677	-145.329	-161.591	-161.291	-183.902

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus Investitionen			5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
Auszahlungen aus Investitionen			8.765	9.258	9.414	9.464	9.464
Saldo aus Investitionen			-3.765	-4.258	-4.414	-4.464	-4.464

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus gegebenen Darlehen			44	6	6	2	2
Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
Saldo gegebene Darlehen			44	6	6	2	2

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Aufgabenbereich 288 Bauordnung und Hochbau

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Bauordnung und Hochbau							
Erlöse			4.262	7.101	6.630	5.971	5.591
Kosten		0	8.094	9.460	9.662	9.332	9.093
Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)							
Erlöse			17.238	26.379	27.791	29.292	30.794
Kosten		0	17.238	26.379	27.791	29.292	30.794
Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten		0	-3.832	-2.359	-3.032	-3.361	-3.502

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus Investitionen							
Auszahlungen aus Investitionen							
Saldo aus Investitionen							

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
Saldo gegebene Darlehen							

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Aufgabenbereich 289 Landesplanung und Stadtentwicklung

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Landesplanung und Stadtentwicklung							
Erlöse			17	17	17	17	17
Kosten		0	9.722	11.673	19.062	18.773	19.668
Zentrale Programme LP							
Erlöse							
Kosten			2.479	2.260	2.421	2.605	2.793
Bezirkliche Zuweisungen LP							
Erlöse							
Kosten			650	650	650	650	650
Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten		0	-12.834	-14.566	-22.116	-22.011	-23.094

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus Investitionen							
Auszahlungen aus Investitionen			16.546	26.100	15.074	13.888	13.888
Saldo aus Investitionen			-16.546	-26.100	-15.074	-13.888	-13.888

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
Saldo gegebene Darlehen							

Siehe Erläuterungen zu den Aufgabenbereichen

4 Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

4.1 Teilplan des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)

4.1.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 286 Steuerung und Service (BSW)

Der Aufgabenbereich 286 Steuerung und Service (BSW) bildet die Haushaltsplanung 2017/2018 des Amtes für Verwaltung, Recht und Beteiligungen (VR) der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) ab.

Dieser Aufgabenbereich umfasst die Produktgruppen:

- 286.11 Verwaltung, Recht und Beteiligungen (VR)
- 286.12 Zentraler Ansatz I
- 286.13 Zentrale Programme
- 286.14 Geoinformation und Vermessung
- 286.15 Bezirkliche Zuweisungen Steuerung und Service (SuS)
- 286.16 Zentraler Ansatz II (Globale Minderkosten).

Das Amt für Verwaltung, Recht und Beteiligungen (VR) unterteilt sich in die Bereiche Verwaltung, Recht und Beteiligungen.

Primäre Aufgaben des Bereichs Verwaltung sind die Beratung und Unterstützung der Behördenleitung und Fachämter bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in betriebs- und finanzwirtschaftlichen sowie organisatorischen Angelegenheiten. Dies umfasst insbesondere die zentrale Einzelplansteuerung, die Aufstellung und Bewirtschaftung des Haushalts, das Controlling, die Entwicklung und Evaluierung von Kennzahlen sowie die Aufstellung und Betreuung der Kosten- und Leistungsrechnung mit dem dazugehörigen Berichtswesen. Weiterhin ist die Bereitstellung entsprechender Ressourcen zur Aufgabenerfüllung im Rahmen interner Dienstleistungen wie etwa Bibliothek oder Druckerei zu nennen. Anderweitige wesentliche Aufgaben sind die Assistenz der Behördenleitung bei der Steuerung des Landesbetriebes für Geoinformation und Vermessung und die Koordination des Wohnungsbaus. Im Rahmen des "Verwaltungsmodells Wilhelmsburg" erbringt der Verwaltungsbereich der BSW "Shared-Service-Dienstleistungen" für die Behörde für Umwelt und Energie (BUE) in den Bereichen des Inneren Dienstbetriebs und der Betriebswirtschaft.

Primäre Aufgaben des Bereichs Recht sind die Bearbeitung von Rechtsangelegenheiten in der Zuständigkeit der BSW, die rechtliche Beratung der Behördenleitung, der Fachämter und im Rahmen der Fachaufsicht der Bezirksverwaltung sowie die Vorbereitung von Rechtssetzungen. Zudem fallen in diesen Bereich die Vergabekammer für Vergaben nach VOB und VOF im Bausektor, die VOB-Prüf- und Beratungsstelle Hamburg und die Beschaffungsstelle.

Primäre Aufgaben des Bereichs Beteiligungsverwaltung umfassen die Steuerung und Kontrolle der öffentlichen Unternehmen in der Zuständigkeit der BSW. Hierzu gehören insbesondere:

- SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft
- GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH
- HCH HafenCity Hamburg GmbH
- IBA Hamburg GmbH.

4.1.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)

4.1.2.1 Produktgruppe 286.11 Verwaltung, Recht u Beteiligungen(VR)

4.1.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 286.11 Verwaltung, Recht u Beteiligungen(VR)

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

In dieser Produktgruppe werden die Ermächtigungen im Zusammenhang mit der Verwaltung, insbesondere dem Inneren Dienstbetrieb, der Informationstechnologie, mit der Personalentwicklung, -planung und -controlling, dem Personalservice, Recht und Beteiligungen, der Präsidialverwaltung, der Innenrevision und der Wohnungsbaukoordination geplant.

4.1.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 286.11 Verwaltung, Recht u Beteiligungen(VR)

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse			2.976	5.384	5.465	5.493	5.554
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			6.126	8.254	8.279	8.606	8.403
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen			4.146	4.303	4.303	4.517	4.517
b) davon IT-Kosten			1.405	1.354	1.385	1.379	1.379
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz			107	134	146	146	147
3. Personalkosten		0	8.029	11.849	12.106	12.236	12.363
a) Kosten für Entgelte			4.006	4.564	4.671	4.701	4.726
b) Kosten für Bezüge		0	2.276	3.933	4.013	4.072	4.133
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen			898	1.119	1.142	1.153	1.163
e) Kosten für Versorgungsleistungen			849	2.233	2.280	2.310	2.341
4. Kosten für Transferleistungen				0	150	0	0
5. Kosten aus Abschreibungen			105	94	64	57	46
6. Sonstige Kosten			1.500	2.789	2.820	2.762	2.770
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		0	-12.783	-17.602	-17.954	-18.168	-18.028
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses				1	1	1	1
10. Finanzergebnis				-1	-1	-1	-1
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)		0	-12.783	-17.603	-17.955	-18.169	-18.029
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)		0	-12.783	-17.603	-17.955	-18.169	-18.029
16. Globale Mehrkosten							
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)		0	-12.783	-17.603	-17.955	-18.169	-18.029

1. Erlöse:

Im Verwaltungsgebäude Wilhelmsburg werden Intendantaufgaben nach der Teilung der ehemaligen Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt teilweise im Shared-Service von einer der beiden Folgebehörden (BSW/BUE) erbracht. Die Shared-Service-Dienstleistung wird der jeweils anderen Behörde in Rechnung gestellt. Hierfür sind im Wesentlichen für die einzelnen Haushaltsjahre Erlöse aus haushaltsrelevanter Verrechnung, insbesondere mit der Behörde für Umwelt und Energie (BUE) veranschlagt. Für das Haushaltsjahr 2017 betragen diese geplanten Erlöse ca. 3.621 Tsd. Euro. Darüber hinaus sind in diesem Haushaltsjahr Erlöse für Erstattungen von Gebäudekosten des Landesbetriebes für Geoinformation und Vermessung in Höhe von 1.410 Tsd. Euro vorgesehen.

2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Hier sind im Wesentlichen Kosten für Miete, Mietnebenkosten und Aufwendungen für die Instandhaltung des Gebäudes in Höhe von 5.751 Tsd. Euro für das Haushaltsjahr 2017 und 5.760 Tsd. Euro für das Haushaltsjahr 2018 geplant. Weiterhin sind Kosten der Informationstechnologie in Höhe von 1.354 Tsd. Euro für das Haushaltsjahr 2017 und 1.385 Tsd. Euro für das Haushaltsjahr 2018 geplant. Ferner beinhaltet dieser Kontenbereich Kosten für den inneren Dienstbetrieb, wie etwa der Unterhaltung der Bibliothek oder der Hausdruckerei.

3. Personalkosten:

Vgl. Vorwort zum EPL und VZÄ-Erläuterung der Produktgruppe.

4. Kosten für Transferleistungen:

In diesem Kontenbereich sind Kosten für die Förderung des alle drei Jahre stattfindenden Architektursommers in Höhe von 150 Tsd. Euro veranschlagt.

5. Kosten für Abschreibungen:

Die in diesem Kontenbereich geplanten Aufwendungen beziehen sich auf Fahrzeuge und Geräte.

6. Sonstige Kosten:

Im Verwaltungsgebäude Wilhelmsburg werden Intendanzaufgaben nach der Teilung der ehemaligen Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt teilweise im Shared-Service von einer der beiden Folgebehörden (BSW/BUE) erbracht. Die Shared-Service-Dienstleistung wird der jeweils anderen Behörde in Rechnung gestellt. Hierfür sind im Wesentlichen für die einzelnen Haushaltsjahre Kosten aus haushaltsrelevanten Verrechnungen, insbesondere mit der Behörde für Umwelt und Energie (BUE) veranschlagt. Für das Haushaltsjahr 2017 betragen diese geplanten Kosten ca. 2.452 Tsd. Euro.

In diesem Kontenbereich sind auch Aufwandsentschädigungen für Deputierte andere ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer gemäß § 2 Absatz 1 EntschädLG sowie Kosten für Dozenten enthalten (vgl. Erläuterung unter 4.1.5 Wesentliche gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)).

9. Kosten des Finanzergebnisses:

In diesem Kontenbereich sind Zinsen im Rahmen von Mahnverfahren u.Ä. in Höhe von 1 Tsd. Euro je Haushaltsjahr veranschlagt.

Die Erhöhung der Ansätze in 2017 gegenüber 2016 in den Kontenbereichen Erlöse, Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit, Personalkosten und Sonstige Kosten resultieren aus der Anpassung von Kostenzuordnungen zwischen der BSW und der BUE sowie aus der Neustrukturierung der Shared-Service-Bereiche. Diese Anpassungen in den genannten Kontenbereichen sind insbesondere:

1. Erlöse:

- Insgesamt 2.408 Tsd. Euro, davon:

- Erlöse aus haushaltsrelevanten Verrechnungen für Shared-Service der BUE in Höhe von 1.330 Tsd. Euro
- Erstattungen für Miete und Betriebskosten durch den LGV in Höhe von ca. 1.020 Tsd. Euro

2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

- Insgesamt 1.991 Tsd. Euro, davon:

- Kosten für Miete und Pachten in Höhe von ca. 1.425 Tsd. Euro
- Allgemeine Kostensteigerungen im Inneren Dienstbetrieb und im Rechtsbereich in Höhe von ca. 500 Tsd. Euro

3. Personalkosten:

- Insgesamt 3.820 Tsd. Euro; Vgl. Vorwort zum EPL und VZÄ-Erläuterung der Produktgruppe

6. Sonstige Kosten:

- Kosten aus haushaltsrelevanten Verrechnungen für Shared-Service der BUE in Höhe von 1.223 Tsd. Euro

4.1.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 286.11 Verwaltung, Recht u Beteiligungen(VR)

Z 1: Unterstützung der Behördenleitung bei der Steuerung der Behörde und der BSW zugeordneten öffentlichen Unternehmen (Intendanzleistung) sowie bei der Wahrnehmung ministerieller Aufgaben, ferner Unterstützung der Ämter in deren Aufgabenwahrnehmung durch Bereitstellung der notwendigen Serviceunterstützung (Kennzahlen B_286_11_001 bis B_286_11_003)

Z 2: Förderung des Wohnungsbaus in Hamburg durch Koordination aller Akteure und durch Beseitigung von Hemmnissen in Baugenehmigungsverfahren (Kennzahl B_286_11_004)

4.1.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 286.11 Verwaltung, Recht u Beteiligungen(VR)

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_286_11_001 Durchschnittliche Anzahl der betreuten Endgeräte je VZÄ des Bereichs IT und E-Government	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	64,7	64,7	64,7	64,7
B_286_11_002 Durchschnittliche Anzahl der betreuten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter je VZÄ des Bereichs Personalservice und Personalentwicklung	Pers.	k.A.	k.A.	k.A.	62,5	62,5	62,5	62,5
B_286_11_003 Durchschnittliche Anzahl der betreuten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter je VZÄ des Bereichs Interner Service	Pers.	k.A.	k.A.	k.A.	22,8	22,8	22,8	22,8
B_286_11_004 Genehmigte Wohneinheiten	St.	10.957	9.560	6.000	10.000	10.000	10.000	10.000

Einige Kennzahlen haben sich in der Vergangenheit als ungeeignet erwiesen und wurden optimiert bzw. sind entfallen. Die neuen Kennzahlen weisen somit keine historischen Werte aus. In den jeweiligen Vorjahren sind diese Spalten mit "k.A." markiert. Im Verwaltungsgebäude Wilhelmsburg werden Intendanzaufgaben nach der Teilung der ehemaligen Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt teilweise im Shared-Service von jeweils einer der beiden Folgebehörden (BSW/BUE) erbracht.

zu Kennzahl: B_286_11_004:

Es wird angestrebt, ab 2017 jährlich 10.000 genehmigte Wohneinheiten zu erreichen.

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

4.1.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 286.11 Verwaltung, Recht u Beteiligungen(VR)

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Ressourcensteuerung und Controlling	INT							
Erlöse				41	228	233	236	240
Kosten				1.437	2.966	3.026	3.071	3.061
Saldo Jahresergebnis 1 Ressourcensteuerung und Controlling				-1.396	-2.738	-2.793	-2.835	-2.821
Erlöse				-/-	-228	-233	-236	-240
Kosten				-/-	-2.966	-3.026	-3.071	-3.061
Saldo Jahresergebnis 2 Ressourcensteuerung und Controlling				-/-	0	0	0	0
Rechtsangeleg.+Beteiligungsverwaltung	INT							
Erlöse				297	1.440	1.472	1.493	1.564
Kosten				1.575	3.468	3.534	3.533	3.683
Saldo Jahresergebnis 1 Rechtsangeleg.+Beteiligungsverwaltung				-1.278	-2.028	-2.062	-2.040	-2.119
Erlöse				-/-	-1.440	-1.472	-1.493	-1.564
Kosten				-/-	-3.468	-3.534	-3.533	-3.683
Saldo Jahresergebnis 2 Rechtsangeleg.+Beteiligungsverwaltung				-/-	0	0	0	0
IT	INT							
Erlöse				15	32	33	33	33
Kosten				2.012	2.047	2.063	2.073	2.047
Saldo Jahresergebnis 1 IT				-1.997	-2.015	-2.030	-2.040	-2.014
Erlöse				-/-	-32	-33	-33	-33
Kosten				-/-	-2.047	-2.063	-2.073	-2.047
Saldo Jahresergebnis 2 IT				-/-	0	0	0	0
Personal	INT							
Erlöse				42	148	152	153	152
Kosten				1.074	2.028	2.095	2.077	2.087
Saldo Jahresergebnis 1 Personal				-1.032	-1.880	-1.943	-1.924	-1.935
Erlöse				-/-	-148	-152	-153	-152
Kosten				-/-	-2.028	-2.095	-2.077	-2.087
Saldo Jahresergebnis 2 Personal				-/-	0	0	0	0
Interner Service	INT							
Erlöse				2.546	3.409	3.446	3.449	3.436
Kosten				7.942	10.030	10.043	10.366	10.133
Saldo Jahresergebnis 1 Interner Service				-5.396	-6.621	-6.597	-6.917	-6.697
Erlöse				-/-	-3.409	-3.446	-3.449	-3.436
Kosten				-/-	-10.030	-10.043	-10.366	-10.133
Saldo Jahresergebnis 2 Interner Service				-/-	0	0	0	0
Präsidialangelegenheiten, Innenrevision	INT							
Erlöse				25	127	129	129	129
Kosten				1.312	2.014	2.214	2.091	2.115
Saldo Jahresergebnis 1 Präsidialangelegenheiten, Innenrevision				-1.287	-1.887	-2.085	-1.962	-1.986
Erlöse				-/-	-127	-129	-129	-129
Kosten				-/-	-2.014	-2.214	-2.091	-2.115
Saldo Jahresergebnis 2 Präsidialangelegenheiten, Innenrevision				-/-	0	0	0	0
Wohnungsbaukoordination	422							
Erlöse				9				
Kosten				385	414	424	430	436
Saldo Jahresergebnis 1 Wohnungsbaukoordination				-376	-414	-424	-430	-436
Erlöse				-/-	721	717	724	702
Kosten				-/-	4.296	4.410	4.512	4.664
Saldo Jahresergebnis 2 Wohnungsbaukoordination				-/-	-3.988	-4.117	-4.218	-4.398

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
GL Schadenersatzleistungen	241							
Erlöse								
Kosten				8	8	8	8	8
Saldo Jahresergebnis 1 GL Schadenersatzleistungen				-8	-8	-8	-8	-8
Erlöse				-/-	0	0	0	0
Kosten				-/-	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 GL Schadenersatzleistungen				-/-	-8	-8	-8	-8
GL Aufwandsentschädigung	031							
Erlöse								
Kosten				13	13	13	13	13
Saldo Jahresergebnis 1 GL Aufwandsentschädigung				-13	-13	-13	-13	-13
Erlöse				-/-	0	0	0	0
Kosten				-/-	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 GL Aufwandsentschädigung				-/-	-13	-13	-13	-13

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.1.2.

4.1.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 286.11 Verwaltung, Recht u Beteiligungen(VR)

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ			132,79	212,22	211,56	210,56	208,91

Vgl. allgemeine Erläuterung zur VZÄ-Steigerung im Vorwort zum Einzelplan.

Die Erhöhung der Gesamtzahl VZÄ in 2017 ergibt sich insbesondere aus:

- der Verlagerung von 30 VZÄ für die Ausbildung von technischen Nachwuchskräften von der BUE zur BSW
- der Steigerung der Ausbildungskapazitäten im technischen Nachwuchsbereich um 30 VZÄ
- den im Zusammenhang mit der Behördenteilung entstandenen Mehrbedarfen.

4.1.2.2 Produktgruppe 286.12 Zentraler Ansatz I

4.1.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 286.12 Zentraler Ansatz I

Für die Produktgruppe Zentraler Ansatz I werden keine Ziele und Kennzahlen geplant. Die veranschlagten Ermächtigungen werden unterjährig per Sollübertragung innerhalb des Einzelplans übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.1.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 286.12 Zentraler Ansatz I

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit				0	0	0	0
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten				0	0	0	0
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten				0	0	0	0
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen				0	0	0	0
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten aus Abschreibungen				16.159	7.402	15.567	12.239
6. Sonstige Kosten				0			
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit				-16.159	-7.402	-15.567	-12.239
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)				-16.159	-7.402	-15.567	-12.239
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)				-16.159	-7.402	-15.567	-12.239
16. Globale Mehrkosten		2.045		2.984	3.077	2.698	4.549
17. Globale Minderkosten				-6.055	-6.388	-9.808	-9.923
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)		-2.045	-2.045	-13.088	-4.091	-8.457	-6.865

Die Globalen Minderkosten werden geplant, um eine flexiblere Bewirtschaftung zu ermöglichen. Der Ausgleich erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung im jeweiligen Haushaltsjahr. Die Globalen Minderkosten wurden bis zum Haushaltsjahr 2016 in der Produktgruppe 286.16 Zentraler Ansatz II geplant.

Die Globalen Mehrkosten beinhalten Verstärkungsmittel für unvorhergesehene Bedarfe des Einzelplans.

Kosten aus Abschreibungen:

Kosten aus Abschreibungen werden geplant, um Mehrbedarfe in anderen Produktgruppen des Einzelplans ausgleichen zu können.

4.1.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 286.12 Zentraler Ansatz I

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.2.1

4.1.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 286.12 Zentraler Ansatz I

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.2.1

4.1.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 286.12 Zentraler Ansatz I

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Zentrale Verstärkungsmittel	992							
Erlöse								
Kosten				2.045	19.143	10.479	18.265	16.788
Saldo Jahresergebnis 1 Zentrale Verstärkungsmittel				-2.045	-19.143	-10.479	-18.265	-16.788
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Zentrale Verstärkungsmittel				-/-	-19.143	-10.479	-18.265	-16.788
Globale Minderkosten	992							
Erlöse								
Kosten					-6.055	-6.388	-9.808	-9.923
Saldo Jahresergebnis 1 Globale Minderkosten					6.055	6.388	9.808	9.923
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Globale Minderkosten				-/-	6.055	6.388	9.808	9.923

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.2.2

4.1.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 286.12 Zentraler Ansatz I

Vollzeitäquivalente werden nicht geplant.

4.1.2.3 Produktgruppe 286.13 Zentrale Programme

4.1.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 286.13 Zentrale Programme

Für die Produktgruppe Zentrale Programme werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Die veranschlagten Ermächtigungen werden unterjährig per Sollübertragung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke.

4.1.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 286.13 Zentrale Programme

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit							
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten aus Abschreibungen			3				
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-3				
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-3				
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)			-3				
16. Globale Mehrkosten							
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)			-3				

Die Ermächtigung in 2016 wurde für Abschreibungen für KFZ - Ersatzbeschaffungen veranschlagt. Künftig werden Fahrzeuge geleast. Eine Veranschlagung von Abschreibungen ist nicht mehr erforderlich.

4.1.2.3.3 Ziele der Produktgruppe 286.13 Zentrale Programme

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.3.1

4.1.2.3.4 Kennzahlen der Produktgruppe 286.13 Zentrale Programme

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.3.2

4.1.2.3.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 286.13 Zentrale Programme

	IPR Nummer	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zentrale Programme	992							
Erlöse								
Kosten				3				
Saldo Jahresergebnis 1 Zentrale Programme				-3				
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Zentrale Programme				-/-				

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.3.1

4.1.2.3.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 286.13 Zentrale Programme

Vollzeitäquivalente werden nicht geplant.

4.1.2.4 Produktgruppe 286.14 Geoinformation und Vermessung

4.1.2.4.1 Vorwort der Produktgruppe 286.14 Geoinformation und Vermessung

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) ist als Aufsicht führende Behörde zuständig für die Globalsteuerung und Kontrolle des Landesbetriebes für Geoinformation und Vermessung (LGV). Der LGV erfüllt hoheitliche und ministerielle Aufgaben der Freien und Hansestadt Hamburg. Die hoheitlichen Aufgaben umfassen die Erfassung, Führung, Pflege und Bereitstellung von Geobasisdaten in Hamburg zur Gewährleistung eines regional und überregional einheitlichen Raumbezugs. Hierzu gehören die Führung des Liegenschaftskatasters als Grundlage für den Eigentumsnachweis an Grund und Boden und die Führung der geotopographischen Daten. Ebenso gehört die Führung der Kaufpreissammlung und Ermittlung von Bodenrichtwerten/Grundstückswerten zu den hoheitlichen Aufgaben. Die ministeriellen Aufgaben beinhalten die fachliche Unterstützung des Senats bei der Umsetzung seiner strategischen und politischen Ziele, Schwerpunkte und Programme sowie Aufgaben im Bereich der Rechtsetzung.

Für die Erfüllung der genannten hoheitlichen und ministeriellen Aufgaben durch den LGV werden in dieser Produktgruppe die Erstattungen der BSW an den LGV abgebildet. Hierbei handelt es sich um Entgelte für die hoheitliche und ministerielle Aufgabenwahrnehmung im Vermessungswesen sowie für Produkte und Dienstleistungen des LGV für den Aufgabenbereich Steuerung und Service der BSW und Pauschalen (für alle BSW-Aufgabenbereiche), soweit diese nicht konkreten Produkten zugeordnet werden können.

4.1.2.4.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 286.14 Geoinformation und Vermessung

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse			35	89	50	39	39
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit				0	0	0	0
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen			12.011	16.123	16.129	16.136	16.144
5. Kosten aus Abschreibungen				93	93	0	0
6. Sonstige Kosten			348	135	135	135	135
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-12.324	-16.263	-16.307	-16.232	-16.240
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-12.324	-16.263	-16.307	-16.232	-16.240
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)			-12.324	-16.263	-16.307	-16.232	-16.240
16. Globale Mehrkosten							
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)			-12.324	-16.263	-16.307	-16.232	-16.240

1. Erlöse:

Im Kontenbereich Erlöse handelt es sich primär um Erstattungen für Verwaltungsgemeinkosten des LGV in Höhe von 35 Tsd. Euro. Weiterhin sind Erlöse aus der Auflösung von Sonderposten im Zusammenhang mit für die Jahre 1993 bis 1998 pauschal gebildeten Investitionszuschüssen geplant.

4. Kosten für Transferleistungen:

Dieser Kontenbereich enthält die Kosten für die Beauftragung des LGV für die hoheitliche und ministerielle Aufgabenwahrnehmung sowie den Versorgungszuschuss an den LGV in Höhe von insgesamt 16.123 Tsd. Euro für das Haushaltsjahr 2017 und 16.129 Tsd. Euro für das Haushaltsjahr 2018.

5. Kosten aus Abschreibungen:

Dieser Kontenbereich enthält Abschreibungen für Investitionszuschüsse zu den IT-Infrastrukturen des LGV.

6. Sonstige Kosten:

In diesem Kontenbereich sind die Kosten für Produkte und Dienstleistungen des LGV für den Aufgabenbereich Steuerung und Service der BSW in Höhe von 135 Tsd. Euro je Haushaltsjahr veranschlagt.

Die Erhöhung der Ansätze in 2017 gegenüber 2016 resultiert aus der Anpassung von Kostenzuordnungen. Im Wesentlichen sind dies für die Kontenbereiche:

1. Erlöse:

· Erlöse aus der Auflösung von Sonderposten im Zusammenhang mit der für die Jahre 1993 bis 1998 pauschal gebildeten Investitionszuschüssen in Höhe 54 Tsd. Euro für 2017 und 15 Tsd. Euro für 2018

4. Kosten für Transferleistungen:

· Absenkung in 2016 um 2.000 Tsd. Euro im Rahmen der Drucksache 21/1395
· Erhöhung des Versorgungszuschusses um ca. 1.500 Tsd. Euro
· Erhöhung der Erstattungen um 600 Tsd. Euro u.a. für die Anpassung der hoheitlichen Entgelte an die Tarifentwicklung

6. Sonstige Kosten:

· Anpassung von Kostenzuordnungen zwischen BSW und BUE für Produkte und Dienstleistungen in Höhe von 213 Tsd. Euro.

4.1.2.4.3 Ziele der Produktgruppe 286.14 Geoinformation und Vermessung

Z 1: Erfüllung ministerieller Aufgaben zur Unterstützung des Senats und hoheitlicher Infrastrukturmaßnahmen auf der Grundlage von gesetzlichen Regelungen, Verordnungen und Senatsbeschlüssen zur Unterstützung des Senats in den Bereichen Geobasisdaten, Geodateninfrastruktur, Liegenschaftskataster und Grundstückswertermittlung (Kennzahlen B_286_14_001 bis B_286_14_003)

4.1.2.4.4 Kennzahlen der Produktgruppe 286.14 Geoinformation und Vermessung

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_286_14_001 BSW-Aufwand hoheitlich/ministerielle Aufgabenwahrnehmung p.a.	TEUR	12.790	11.774	10.374	13.124	13.124	13.124	13.124
B_286_14_002 amtlich vermessene Flurstücke	St.	251.540	252.665	253.800	254.900	256.000	257.100	258.200
B_286_14_003 BSW-Aufwand je Flurstück	EUR	51	47	39	51	51	51	51

Erhöhung der Kennzahlen in 2017 gegenüber 2016 durch:

-Korrektur der Sondereffekte des Haushalt 2015/2016 durch Umschichtung des Ausgleichsbetrags für das HmbTG in Höhe von 750 Tsd. Euro zur Erhöhung des Kostendeckungsgrades der hoheitlichen Aufgabenwahrnehmung

-Anpassung der hoheitlichen Entgelte an die Tarifentwicklung

4.1.2.4.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 286.14 Geoinformation und Vermessung

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Erstattungen an LGV	423							
Erlöse				35	89	50	39	39
Kosten				12.359	16.351	16.357	16.271	16.279
Saldo Jahresergebnis 1 Erstattungen an LGV				-12.324	-16.263	-16.307	-16.232	-16.240
Erlöse				-/-	551	551	551	551
Kosten				-/-	2.276	2.280	2.382	2.384
Saldo Jahresergebnis 2 Erstattungen an LGV				-/-	-17.987	-18.037	-18.063	-18.073

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.4.2

4.1.2.4.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 286.14 Geoinformation und Vermessung

Vollzeitäquivalente werden nicht veranschlagt.

4.1.2.5 Produktgruppe 286.15 Bezirkliche Zuweisungen SuS

4.1.2.5.1 Vorwort der Produktgruppe 286.15 Bezirkliche Zuweisungen SuS

In dieser Produktgruppe sind die finanziellen Ressourcen dargestellt, die den Bezirksamtern in Form von Rahmen-, Zweck- und Einzelzuweisungen (vgl. §§ 36 -39 BezVG) zur Verfügung gestellt werden.

Im Aufgabenbereich Steuerung und Service (BSW) sind die Kosten veranschlagt, die den Bezirksamtern für die Beauftragung des Landesbetriebes Geoinformation und Vermessung zur Verfügung gestellt werden.

4.1.2.5.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 286.15 Bezirkliche Zuweisungen SuS

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			290	266	266	266	266
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten aus Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten				24	24	24	24
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-290	-290	-290	-290	-290
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-290	-290	-290	-290	-290
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)			-290	-290	-290	-290	-290
16. Globale Mehrkosten				0	0	0	0
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)			-290	-290	-290	-290	-290

Die Ermächtigung wurde den Bedarfen der Bezirksamter entsprechend in den Kontenbereichen 2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und 6. Sonstige Kosten geplant. Die Ermächtigung wurde gleichmäßig auf die Bezirksamter aufgeteilt.

Die Aufteilung der Ermächtigung ist wie folgt vorgesehen:

- Hamburg-Mitte: 42 Tsd. Euro
- Altona: 42 Tsd. Euro
- Eimsbüttel: 41 Tsd. Euro
- Hamburg-Nord: 41 Tsd. Euro
- Wandsbek: 42 Tsd. Euro
- Bergedorf: 41 Tsd. Euro
- Harburg: 41 Tsd. Euro.

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

4.1.2.5.3 Zuweisung von Kosten der Produktgruppe 286.15 Bezirkliche Zuweisungen SuS

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zweckzuweisungen							
Kosten Zweckzuweisung Leistungen LGV			290	290	290	290	290
Summe der Zuweisungen von Kosten der Produktgruppe			290	290	290	290	290

In der Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen SuS findet ausschließlich eine Soll-Bewirtschaftung statt. Die Ermächtigung wird auf die sachlich zuständigen Produktgruppen in den bezirklichen Einzelplänen übertragen und dient dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke.

4.1.2.5.4 Zuweisungen von Verpflichtungsermächtigungen (VE) für Kosten der Produktgruppe 286.15 Bezirkliche Zuweisungen SuS

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht geplant.

4.1.2.6 Produktgruppe 286.16 Zentraler Ansatz II (GMK)

4.1.2.6.1 Vorwort der Produktgruppe 286.16 Zentraler Ansatz II (GMK)

Die Produktgruppe Zentraler Ansatz II (GMK), die ausschließlich den Ausweis der Globalen Minderkosten zum Ziel hat, wird in den Jahren 2017ff nicht mehr benötigt. Die Globalen Minderkosten werden ab dem Planjahr 2017 in einem separaten Kontenbereich in der Produktgruppe 286.12 Zentraler Ansatz I ausgewiesen.

4.1.2.6.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 286.16 Zentraler Ansatz II (GMK)

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit							
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten aus Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit							
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)							
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)							
16. Globale Mehrkosten			-2.720				
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)			2.720				

Es wird lediglich der Planwert für 2016 dargestellt, da ab 2017 die Globalen Minderkosten in der Produktgruppe 286.12 Zentraler Ansatz I dargestellt werden.

4.1.2.6.3 Ziele der Produktgruppe 286.16 Zentraler Ansatz II (GMK)

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.6.1.

4.1.2.6.4 Kennzahlen der Produktgruppe 286.16 Zentraler Ansatz II (GMK)

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.6.1.

4.1.2.6.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 286.16 Zentraler Ansatz II (GMK)

	IPR Nummer	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Globale Minderkosten	992							
Erlöse								
Kosten				-2.720				
Saldo Jahresergebnis 1 Globale Minderkosten				2.720				
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Globale Minderkosten				-/-				

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.6.1.

4.1.2.6.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 286.16 Zentraler Ansatz II (GMK)

Vollzeitäquivalente werden nicht geplant.

4.1.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen							
Auszahlungen sonstige Investitionen			15	5	5	5	5
Summe sonstige Investitionen			-15	-5	-5	-5	-5
Verpflichtungsermächtigungen sonstige Investitionen						-/-	-/-

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Globale Minderauszahlungen							
Globale Minderauszahlungen				-504	-481	-459	-459
Summe Investitionsmittel			-15	499	476	454	454

Im Haushaltsjahr 2016 sind sonstige Investitionen für die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräten geplant. Ab dem Haushaltsjahr 2017 sollen Fahrzeuge künftig geleast werden. Entsprechend sind Auszahlungen in Höhe von 5 Tsd. Euro für die Beschaffung von Geräten geplant.

Globale Minderauszahlungen wurden geplant, um eine flexiblere Bewirtschaftung zu ermöglichen. Der Ausgleich erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung des jeweiligen Haushaltsjahres.

4.1.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)

Darlehen werden nicht geplant.

4.1.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
GL Aufwandsentschädigung							
Erlöse							
Kosten			13	13	13	13	13
Saldo GL Aufwandsentschädigung			-13	-13	-13	-13	-13
GL Schadenersatzleistungen							
Erlöse							
Kosten			8	8	8	8	8
Saldo GL Schadenersatzleistungen			-8	-8	-8	-8	-8
Summe Gesetzliche Leistungen			-21	-21	-21	-21	-21

Ermächtigungen für gesetzliche Leistungen sind für Leistungen an Deputierte, Sitzungsgelder gem. § 2 Abs. 1 EntschädLG für ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer, u.a. im Stadtentwicklungsausschuss und in der Fluglärmschutzkommission, sowie für Schadenersatzleistungen geplant.

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

4.1.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)

Zur Wahrnehmung der Aufgaben in der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen sowie in der Behörde für Umwelt und Energie, die durch das Vierte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Verwaltungsbehörden und anderer Gesetze vom 3. Juni 2015 (HmbGVBl. S. 108) neu geordnet wurden, dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde im Wege des Sollübertrags Änderungen der nach Kontenbereichen veranschlagten Erlöse und Kosten sowie der Ein- und Auszahlungen zwischen den Aufgabenbereichen 286 Steuerung und Service (BSW) und 290 Steuerung und Service (BUE) vorgenommen werden; eine Rücknahme dieser Änderungen ist zulässig. Mit der Ermächtigung soll es ermöglicht werden, Zuordnungsfehler und Ungenauigkeiten im Rahmen der Behördenneuordnung (z.B. bei der Wahrnehmung der Intendanz- und Rechtsangelegenheiten im Rahmen des gegenseitigen Shared-Service-Modells) unterjährig zu berichtigen.

Aus den Ermächtigungen aller Produktgruppen, Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und sonstige Kosten zu verursachen, dürfen Kosten bis zur Höhe von jeweils 20 Tsd. Euro aus Gründen der Billigkeit geleistet werden.

Die Ermächtigungen betreffend Steuerung und Service der Produktgruppen 286.11 Verwaltung, Recht und Beteiligungen (VR) der BSW und 290.11 Zentrale Aufgaben, Recht und Beteiligungen (ZR) der BUE, Personalkosten und Sonstigen Kosten (Kosten aus haushaltsrelevanten Verrechnungen) zu verursachen, sind gegenseitig deckungsfähig, soweit sich Intendanz- und Fachaufgaben für die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen und die Behörde für Umwelt und Energie im Rahmen des gemeinsamen Dienstleistungsmodells (Shared Service) verändern. Mit der Deckungsfähigkeit zwischen Personalkosten und Sonstigen Kosten (Kosten aus haushaltsrelevanten Verrechnungen) soll der Finanzierung des Wilhelmsburger Verwaltungsmodells bei einer Veränderung der Kostenstrukturen in den Shared Service-Bereichen die notwendige Flexibilität eingeräumt werden.

Die Ermächtigungen in der Produktgruppe 286.11 Verwaltung, Recht und Beteiligungen (VR), Kosten für Transferleistungen und Sonstige Kosten zu verursachen, sind übertragbar.

Die Ermächtigung in der Produktgruppe 286.12 Zentraler Ansatz I, globale Mehrkosten zu verursachen, ist übertragbar.

Die Ermächtigung der Produktgruppe 286.12 Zentraler Ansatz I, Kosten für Abnutzung (Abschreibungen) zu verursachen, ist einseitig deckungsfähig zugunsten der Kosten aus Finanzierungstätigkeit (Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens).

Die Ermächtigungen in der Produktgruppe 286.14 Geoinformation und Vermessung, Kosten für Transferleistungen und sonstige Kosten zu verursachen, sind übertragbar.

4.2 Teilplan des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung, Bodenordnung

4.2.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 287 Wohnen, Stadterneuerung, Bodenordnung

Der Aufgabenbereich Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung umfasst die Produktgruppen

287.11 Wohnen

287.12 Stadterneuerung und Bodenordnung

287.13 Zentrale Programme WSB

287.14 Bezirkliche Zuweisungen WSB

Schwerpunkte des Aufgabenbereichs sind:

- Umsetzung einer kooperativen Wohnungspolitik durch das „Bündnis für das Wohnen in Hamburg“ mit den örtlichen Immobilienverbänden und Mietervereinen zur Aktivierung des Wohnungsneubaus, zur sozialverträglichen energetischen Modernisierung der Bestände, zum Erhalt der Backsteinstadt Hamburg und zur Integration und Versorgung von Wohnungssuchenden mit Benachteiligungen auf dem Wohnungsmarkt
- Verstetigung der vorhandenen Förderkulisse und Förderung von mindestens 3.000 geförderten Mietwohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen jährlich
- Stärkung des sozialen Zusammenhalts und Verbesserung der Entwicklungschancen für die Bewohnerinnen und Bewohner in Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf durch die Umsetzung des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE). Hier sind die Programme der Bund-Länder-Städtebauförderung unter einem Dach zusammengeführt (Soziale Stadt, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, Stadtumbau, Städtebauliche Sanierung und Städtebaulicher Denkmalschutz). Die gesamtstädtische Steuerung des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung erfolgt u.a. mit Hilfe des Sozialmonitorings, das Hinweise zur Auswahl von Fördergebieten gibt. Um in Gebieten mit besonderen Entwicklungsbedarfen wirksame Maßnahmen umzusetzen, ist es das Ziel, Aktivitäten und Ressourcen aus unterschiedlichen Fachpolitiken zu bündeln. In bestimmten Quartieren sollen die Entwicklung von Standorten zur Unterbringung von Flüchtlingen in Festbauten durch RISE-Fördermittel unterstützt und notwendige infrastrukturelle Entwicklungsbedarfe wie Gemeinbedarfseinrichtungen sowie ein Quartiersmanagement einschließlich Bewohnerbeteiligung mitfinanziert werden. Zum Schutz der Bevölkerung vor Verdrängung in bestimmten Quartieren werden Soziale Erhaltungsverordnungen erlassen.
- Neuordnung von Grundstücken durch Bodenordnungsverfahren nach dem BauGB, so dass vorhandene bauplanungsrechtlich ausgewiesene Wohnungs- und Gewerbeflächenpotentiale mit Bereitstellung der nach Lage, Form und Größe zweckmäßig gestalteten Grundstücke für die städtebaulich vorgesehenen Grundstücksnutzungen zur Verfügung gestellt werden können.
- Entwicklung von Konversionsflächen (z.B. „Mitte Altona“) entsprechend ihrer besonderen Bedeutung für die städtebauliche Entwicklung Hamburgs mit dem Instrument der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme nach dem BauGB; nach Beschluss der Bürgerschaft zur Drucksache 21/2880 auch Erweiterung der vorbereitenden Untersuchungen für eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme im Bereich „Mitte Altona“ bis zum Bahnhof Diebsteich.
- Analyse von Grundstücksstrukturen (Eigentums- und Rechtsverhältnisse) für Bebauungspläne, insbesondere auch in den für die Stadtentwicklung/Stadterweiterung in Aussicht genommenen Bereichen (Flächenentwicklungspotentiale/-hemmnisse, Erfordernis hoheitlicher Grundstücksneuordnung).

4.2.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung, Bodenordnung

4.2.2.1 Produktgruppe 287.11 Wohnen

4.2.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 287.11 Wohnen

Der Aufgabenschwerpunkt der Produktgruppe Wohnen besteht in der Förderung des Wohnungsneubaus sowie der Modernisierung und Instandsetzung des Wohnungsbestandes. Hierzu werden auf ministerieller Ebene wohnungspolitische Vorgaben entwickelt und umgesetzt; gleichzeitig werden die damit im Zusammenhang stehenden rechtlichen, finanziellen und planerischen Grundlagen erarbeitet.

Im Einzelnen liegen die Schwerpunkte in folgenden Aufgabenfeldern:

- Schaffung der Voraussetzungen für einen verstärkten Wohnungsneubau in Hamburg mit einer Zielzahl von mindestens 10.000 Baugenehmigungen im Jahr, davon mindestens 3.000 geförderte Mietwohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung, darunter auch Wohnungen für Haushalte mit mittlerem Einkommen
- Organisation und Umsetzung der im „Bündnis für das Wohnen in Hamburg“ mit den Wohnungsverbänden vereinbarten Ziele und Maßnahmen
- Wohnungsbauförderung einschließlich Wohnungsbestandspolitik
- Wohnungspolitische Steuerung des städtischen Wohnungsunternehmens SAGA GWG mit dem Ziel der Steigerung des Wohnungsneubaus auf 2.000 Wohneinheiten pro Jahr
- Durchführung wohnungspolitischer Maßnahmen zur Steuerung der Wohnungsbelegung (z. B. Kooperationsverträge mit der Wohnungswirtschaft)
- Erstellung des Hamburger Mietenspiegels
- Wahrnehmung der ministeriellen und fachaufsichtlichen Aufgaben in dem Bereich Wohngeldrecht und Wohnraumschutz

4.2.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 287.11 Wohnen

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse			26.515	47.466	46.468	44.982	24.904
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			239	574	173	300	300
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten		0	2.069	2.472	2.542	2.581	2.629
a) Kosten für Entgelte			1.205	1.126	1.161	1.178	1.203
b) Kosten für Bezüge		0	434	676	693	704	714
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen			256	259	266	270	276
e) Kosten für Versorgungsleistungen			174	411	422	429	436
4. Kosten für Transferleistungen			124.216	144.451	159.972	157.625	159.566
5. Kosten aus Abschreibungen				2.488	2.488	2.427	2.422
6. Sonstige Kosten			34	23	2	2	2
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		0	-100.043	-102.542	-118.709	-117.953	-140.016
8. Erlöse des Finanzergebnisses				0			
9. Kosten des Finanzergebnisses				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)		0	-100.043	-102.542	-118.709	-117.953	-140.016
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)		0	-100.043	-102.542	-118.709	-117.953	-140.016
16. Globale Mehrkosten							
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)		0	-100.043	-102.542	-118.709	-117.953	-140.016

Erlöse:

In der Produktgruppe Wohnen werden vorwiegend Erlöse aus Zuweisungen des Bundes erzielt. Den überwiegenden Anteil bilden die Kompensationsmittel des Bundes für die Wohnraumförderung nach Föderalismusreform (18.697 Tsd. Euro pro Jahr). Ab dem Jahr 2016 hat der Bund die Kompensationsmittel im Zusammenhang mit den entstandenen Bedarfen durch den Anstieg der Zuwanderung nahezu verdoppelt, sodass Hamburg statt der bisherigen 9.515 Tsd. Euro nunmehr 9.182 Tsd. Euro zusätzlich p.a. erhält. Die Erhöhung ist im Fortg. Planwert 2016 nicht berücksichtigt. Die Kompensationszahlungen sind befristet und werden letztmalig im Jahr 2019 vom Bund bereitgestellt. Sie werden in voller Höhe an die IFB weitergeleitet. Weiterhin sind Zuweisungen des Bundes für Wohngeld (17.000 Tsd. Euro pro Jahr) in dieser Produktgruppe vorgesehen. Die korrespondierenden Kosten sind als Zweckzuweisung an die Bezirke in der Produktgruppe 287.14 Bezirkliche Zuweisungen WSB veranschlagt. Neben der Erhöhung der Kompensationsmittel resultiert eine weitere Steigerung der geplanten Erlöse ab 2017 aus der Auflösung von Sonderposten im Zusammenhang mit für die Jahre 1993 bis 2005 pauschal gebildeten Investitionszuschüssen in Höhe von bis zu 12.000 Tsd. Euro.

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

In diesem Kontenbereich sind vorwiegend Kosten für Gutachten, Sachverständige und Honorarleistungen enthalten. Der erhöhte Ansatz der Kosten im Jahr 2017 resultiert daraus, dass neben einer Neuerhebung anstatt einer turnusgemäßen Fortschreibung des Mietenspiegels nicht nur die Implementierung einer neuen Wohnlagenmethodik beabsichtigt ist, sondern auch eine flächendeckende Generalüberprüfung des Wohnlagenverzeichnisses erfolgen soll.

Kosten für Transferleistungen:

Die Kosten der Produktgruppe Wohnen sind geprägt durch die Transferleistungen an die Hamburgische Investitions- und Förderbank (IFB). Hierunter fällt insbesondere der Zins- und Verlustausgleich der IFB zur Abwicklung der Wohnraumförderung Hamburgs.

Die Förderung des Wohnungsneubaus, der Modernisierung und der Instandsetzung umfasst die Gewährung von zinsverbilligten Darlehen, einmaligen und laufenden Zuschüssen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Subventionen je nach Förderprogramm teilweise über mehrere Jahrzehnte laufen, was zu einer Kumulierung der Subventionsleistungen vieler Programmjahre führt. Im Zuge der gestiegenen Zahlen der Zuwanderung und der damit verbundenen Steigerung der Wohnungsbauaktivitäten sowie vermehrten Bedarfen bei der bisherigen Förderung für sozialen Wohnungsbau erhöht sich die Förderleistung der IFB, sodass sich im Vergleich zu dem Fortg. Plan 2016 erhöhte Ausgleichsbedarfe der Bank ergeben. Weiterhin ursächlich für eine deutliche Steigerung der Planwerte in diesem Kontenbereich für die Jahre 2017ff ist eine Verlagerung verschiedener Reservepositionen im Zusammenhang mit der Wohnungsbauförderung, die bislang im Einzelplan 9.2 ausgewiesen und unterjährig bedarfsgerecht dem Einzelplan 6.1 per Sollübertrag bereitgestellt wurden. Durch die Verlagerung dieser Positionen sind nunmehr alle unmittelbar im Zusammenhang mit der Wohnraumförderung durch die IFB stehenden Kosten in diesem Kontenbereich gebündelt. Eventuelle flüchtlingsbedingte Mehrbedarfe werden unterjährig aus zentralen Ermächtigungen im Einzelplan 9.2 ausgeglichen. Im Kontenbereich Kosten aus Transferleistungen sind in diesem Zusammenhang folgende Kostenpositionen an die IFB enthalten:

· Zins- und Verlustausgleich (inkl. Programm Wärmeschutz im Gebäudebestand): 95.457 Tsd. Euro (2017) und 113.460 Tsd. Euro (2018)

· Kosten aus Forderungsverkäufen der ehem. WK in 2003/2004: 25.292 Tsd. Euro (2017) und 22.810 Tsd. Euro (2018)

· Kompensationsmittel des Bundes: 18.697 Tsd. Euro (2017 und 2018)

Neben den Kosten im Zusammenhang mit der Wohnraumförderung sind im Kontenbereich Kosten für Transferleistungen außerdem Kosten für das seit Jahren bestehende IFB-Programm „Modernisierungen in Sanierungsgebieten“ in Höhe von 5 Mio. Euro p.a. enthalten. Das Programm wird ab 2017 auf der Grundlage einer geänderten Finanzierungssystematik über einen Programmvertrag mit der IFB abgewickelt und ist daher ab 2017 erstmalig in dieser Produktgruppe enthalten. Die oben dargestellte Aufgliederung ist entsprechend wie folgt zu ergänzen, um die gesamten Kosten für Transferleistungen der Produktgruppe abzubilden:

· Programm Modernisierungen in RISE-Gebieten: 5.000 Tsd. Euro (2017 und 2018)

Kosten aus Abschreibungen:

Erstmalig sind im Kontenbereich Kosten für Abschreibungen in Höhe von rd. 2,5 Mio. Euro p.a. für pauschalisierte Investitionszuschüsse enthalten.

4.2.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 287.11 Wohnen

- Z 1: Förderung des sozialen Wohnungsbaus mit Mietpreis- und Belegungsbindungen und der kontinuierlichen Ertüchtigung des Wohnungsbestandes (Kennzahl B_287_1_001 - B_287_11_007)
- Z 2: Verbesserung des Wohnungszugangs für Haushalte mit Marktzugangsproblemen (Kennzahl B_287_11_008 - B_287_11_011)
- Z 3: Gewährleistung der Transparenz des Hamburger Wohnungsmarktes (Kennzahl B_287_11_013)

4.2.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 287.11 Wohnen

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_287_11_001 Geförderte Mietwohnungsneubauten mit Mietpreis- und Belegungsbindung	ANZ	2.340	3.028	2.000	3.000	3.000	3.000	3.000
B_287_11_002 Geförderte Eigentumsneubauwohnungen	ANZ	111	73	300	100	100	100	100
B_287_11_003 Anzahl geförderte Studierende und Auszubildende durch das Programm „Wohnen für Studierende und Auszubildende“	Pers.	165	139	825	200	200	200	200
B_287_11_004 Geförderte Modernisierungen	ANZ	3.317	4.030	6.030	6.030	6.030	6.030	6.030
B_287_11_005 Neu gewonnene Mietpreis- und Belegungsbindungen insgesamt	ANZ	3.215	3.017	3.030	3.930	3.930	3.930	3.930
B_287_11_006 Maß der CO2-Einsparung durch die genannten Modernisierungsprogramme pro Jahr	t	8.306	5.962	11.000	11.000	11.000	11.000	11.000
B_287_11_007 Ausgleichszahlungen a. die IFB einschl. Verpflichtungen aufgrund vergangener Bewilligungsjahre	Mio. EUR	109	141,29	149,14	139,45	154,97	152,62	154,56
B_287_11_008 Mit Wohnraum versorgte anerkannte vordringlich wohnungsuchende Haushalte (Wohnungsberechtigte mit Dringlichkeitsschein)	ANZ	1.765	1.739	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700
B_287_11_009 Verpflichtungsrahmen (Anzahl Haushalte) aller Kooperationsverträge zw. FHH & Wohnungsbauunternehmen bzw. -genossenschaften zur Versorgung von vordringlich wohnungsuchenden Haushalten im jeweiligen Jahr	ANZ	2.072	2.075	2.200	2.500	2.500	2.500	2.500
B_287_11_010 Anzahl der Wohnungen für vordringlich Wohnungsuchende	ANZ	49.723	48.090	43.991	41.137	39.153	37.107	35.336
B_287_11_011 Angekaufte Belegungsbindungen im Bestand	ANZ	58	64	200	100	100	100	100
B_287_11_013 Maßnahmen zur Gewährleistung der Transparenz des Hamburger Wohnungsmarktes (Mietenspiegel, Gutachten, Workshops, Veranstaltungen)	ANZ	5	2	2	2	0	1	0

Einige Kennzahlen haben sich in der Vergangenheit als ungeeignet erwiesen und wurden gestrichen.

zu Kennzahl B_287_11_001:

Das vergleichsweise hohe Ist 2015 ist geprägt durch zusätzlich 987 WE für Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen. Die Planwerte 2017 ff enthalten p.a. zusätzlich 300 WA-gebundene Mietwohnungen (Wohnungsamtsbindung) gem. Drs. 21/2905 und 700 zusätzliche WS-Wohnungen (Sozialwohnungen, für deren Bezug bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschritten werden dürfen).

zu Kennzahl B_287_11_002 und Kennzahl B_287_11_011:

Die Absenkung ab 2017 erfolgt im Zusammenhang mit der Gegenfinanzierung der 300 zusätzlichen WA-Wohnungen

(Drs. 21/2905).

zu Kennzahl B_287_11_003:

Das Programm wird nicht so stark nachgefragt wie ursprünglich prognostiziert.

zu Kennzahl B_287_11_004:

Seit 2015 ist auch das Förderprogramm Wärmeschutz im Gebäudebestand in dieser Kennzahl mit enthalten.

zu Kennzahl B_287_11_006:

Nicht alle geförderten Modernisierungen führen zu einer CO₂-Einsparung, z.B. barrierefreier Umbau und reine Fugensanierungen. In 2015 war der Anteil von Förderfällen ohne CO₂-Einsparung überdurchschnittlich hoch.

zu Kennzahl B_287_11_007:

Die Kennzahlwerte spiegeln die Höhe der an die IFB zu entrichtenden Kosten der FHH im Zusammenhang mit der Wohnraumförderung wieder.

zu Kennzahl B_287_11_009:

Die Erhöhung der Planwerte der Jahre 2017ff gegenüber dem Fortg. Plan 2016 ist auf eine Zusatzvereinbarung zum Kooperationsvertrag mit SAGA GWG über die Ausweitung der Versorgungsverpflichtung um 300 Haushalte p.a. zurückzuführen.

zu Kennzahl B_287_11_010:

Die Plandaten sowie das Ist 2015 basieren auf der Fortschreibung der Daten aus dem Wohnungsbauentwicklungsplan. Aufgrund auslaufender Bindungen sinken die Planwerte.

zu Kennzahl B_287_11_013:

Der Mietenspiegel inkl. dem Wohnlagenverzeichnis wird regulär in einem Zwei-Jahres-Rhythmus erstellt (2015: Neuerhebung, 2017: Neuerhebung aufgrund methodischer Änderungen, 2019: Fortschreibung). In 2017 ist außerdem ein Gutachten zur Evaluation der Mietpreisbremse gem. Drs. 21/860 enthalten.

4.2.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 287.11 Wohnen

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Leitung Aufgabenbereich 287	INT							
Erlöse				0				
Kosten				358	395	386	392	399
Saldo Jahresergebnis 1 Leitung Aufgabenbereich 287				-358	-395	-386	-392	-399
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-	-395	-386	-392	-399
Saldo Jahresergebnis 2 Leitung Aufgabenbereich 287				-/-	0	0	0	0
Verbesserung v. Rahmenb. d. Wohnungsbaus	422							
Erlöse				9.515	30.466	29.468	27.982	7.904
Kosten				125.441	148.214	163.797	161.408	163.368
Saldo Jahresergebnis 1 Verbesserung v. Rahmenb. d. Wohnungsbaus				-115.926	-117.748	-134.329	-133.426	-155.464
Erlöse				-/-	249	253	256	260
Kosten				-/-	1.134	1.164	1.184	1.207
Saldo Jahresergebnis 2 Verbesserung v. Rahmenb. d. Wohnungsbaus				-/-	-118.633	-135.240	-134.354	-156.411
Wohnungsbestandspolitik	422							
Erlöse				17.000	17.000	17.000	17.000	17.000
Kosten				428	582	599	608	619
Saldo Jahresergebnis 1 Wohnungsbestandspolitik				16.572	16.418	16.401	16.392	16.381
Erlöse				-/-	143	145	147	148
Kosten				-/-	690	710	723	742
Saldo Jahresergebnis 2 Wohnungsbestandspolitik				-/-	15.871	15.837	15.815	15.787
Transparenz Wohnungsmarkt	422							
Erlöse								
Kosten				331	817	395	527	533
Saldo Jahresergebnis 1 Transparenz Wohnungsmarkt				-331	-817	-395	-527	-533
Erlöse				-/-	98	99	100	100
Kosten				-/-	499	514	526	542
Saldo Jahresergebnis 2 Transparenz Wohnungsmarkt				-/-	-1.218	-810	-953	-975

Vgl. Erläuterung zu 4.2.2.1.2

4.2.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 287.11 Wohnen

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ			28,75	30,90	30,90	30,90	31,00

Personalmehrbedarfe durch weitere Steigerung des Wohnungsbaus und im Übrigen vgl. Vorwort zum Einzelplan.

4.2.2.2 Produktgruppe 287.12 Stadterneuerung und Bodenordnung

4.2.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 287.12 Stadterneuerung und Bodenordnung

In dieser Produktgruppe sind die Aufgaben der beiden Abteilungen „Integrierte Stadtteilentwicklung“ und „Bodenordnung“ zusammengefasst.

Mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) und den hierunter zusammengeführten Programmen der Bund-Länder-Städtebauförderung sollen Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf im Hinblick auf die Verbesserung der Lebensqualität und der Entwicklungsperspektiven der Bewohnerinnen und Bewohner unterstützt werden.

Mit der Durchführung sowohl von Bodenordnungsverfahren als auch von vorbereitenden Untersuchungen für städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen sollen Grundstücksstrukturen entsprechend der städtebaulichen Ziele zweckmäßig umgestaltet werden.

Mit dem zum 1. Januar 2016 eingerichteten "Sondervermögen Bodenordnung" wird die Finanzierung für die Durchführung von Bodenordnungsmaßnahmen langfristig gesichert.

4.2.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 287.12 Stadterneuerung und Bodenordnung

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse			16	68	29	29	29
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			6	10	10	10	10
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten		0	2.503	2.888	2.876	2.920	3.021
a) Kosten für Entgelte			979	1.004	967	982	1.041
b) Kosten für Bezüge		0	950	1.048	1.072	1.088	1.104
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen			240	257	251	255	268
e) Kosten für Versorgungsleistungen			334	579	586	595	608
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten aus Abschreibungen			202	394	78	76	76
6. Sonstige Kosten			300	0			
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		0	-2.994	-3.224	-2.935	-2.977	-3.078
8. Erlöse des Finanzergebnisses				38	38	38	38
9. Kosten des Finanzergebnisses				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				38	38	38	38
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)		0	-2.994	-3.186	-2.897	-2.939	-3.040
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)		0	-2.994	-3.186	-2.897	-2.939	-3.040
16. Globale Mehrkosten							
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)		0	-2.994	-3.186	-2.897	-2.939	-3.040

Erlöse:

In dieser Produktgruppe werden Erlöse aus der Auflösung von Sonderposten für in Vorjahren erhaltene Investitionszuschüsse im Zusammenhang mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) abgebildet.

Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit:

In diesem Kontenbereich sind Kosten für allgemeinen Geschäftsbedarf vorgesehen.
Im Zuge der Bewirtschaftung können im Wege der Sollübertragung Kostenermächtigungen aus der Produktgruppe 287.13 Zentrale Programme WSB zur Verfügung gestellt werden, um Projekte des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung durchzuführen.

Kosten aus Abschreibungen:

An dieser Stelle sind Abschreibungen für in Vorjahren aktivierte Investitionen im Zusammenhang mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) abgebildet.

Sonstige Kosten:

Im Haushaltsjahr 2016 sind im Kontenbereich Sonstige Kosten Zuführungen zu Rückstellungen für Prozessrisiken (Rückerstattungen von Sanierungsrechtlichen Ausgleichsbeträgen nach §154 BauGB) veranschlagt. Eine Veranschlagung erübrigt sich ab 2017, da die Rückstellungen für Prozessrisiken im Bedarfsfall aus vorab zu erhebenden Ausgleichsbeträgen im Zusammenhang mit dem jeweiligen Prozess gedeckt werden. Widersprüche und Klagen haben keine aufschiebende Wirkung für den Zahlungspflichtigen.

Erlöse des Finanzergebnisses:

In diesem Kontenbereich sind ab 2017 Zinsrückzahlungen in Höhe von 38 Tsd. Euro enthalten.

Im Zusammenhang mit Bodenordnungsmaßnahmen werden in dieser Produktgruppe personal- und arbeitsplatzbezogene Kosten bereitgestellt.

Aufwendungen und Erträge, die im Zusammenhang mit der Durchführung von Bodenordnungsmaßnahmen entstehen, werden seit dem 1. Januar 2016 dem "Sondervermögen Bodenordnung" zugeordnet.

In Bodenordnungsverfahren können aufgrund der Unvorhersehbarkeit des Umfangs und des Abschlusses der Maßnahmen die Verursachung und das Erzielen von Erträgen teilweise mehrere Haushaltsjahre auseinanderfallen. Mit der Einrichtung des "Sondervermögens Bodenordnung" ab dem 1. Januar 2016 wird die Durchführung von Bodenordnungsmaßnahmen langfristig sachgerecht finanziert.

4.2.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 287.12 Stadterneuerung und Bodenordnung

- Z 1: Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf durch soziale und materielle Stabilisierung der Gebiete (Kennzahl B_287_12_001 - Kennzahl B_287_12_006)
- Z 2: Schutz vor Verdrängung in bestimmten Quartieren (Kennzahl B_287_12_007)
- Z 3: Verbesserung von Grundstücksstrukturen als Voraussetzung für die Realisierung planrechtlich vorgesehener bzw. angestrebter Grundstücksnutzungen (Kennzahl B_287_12_008 - Kennzahl B_287_12_009)

4.2.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 287.12 Stadterneuerung und Bodenordnung

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_287_12_001 Anzahl der Fördergebiete der Integrierten Stadtteilentwicklung (RISE)	St.	53	43	42	42	32	28	26
B_287_12_002 davon Anzahl der Fördergebiete im Programmsegment Soziale Stadt	St.	15	12	13	13	10	11	10
B_287_12_003 davon Anzahl der Fördergebiete im Programmsegment Städtebauliche Sanierung	St.	12	7	7	6	3	1	0
B_287_12_004 davon Anzahl der Fördergebiete im Programmsegment Stadtumbau	St.	7	7	6	8	7	7	7
B_287_12_005 davon Anzahl der Fördergebiete im Programmsegment Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	St.	11	11	12	11	8	7	7
B_287_12_006 davon Anzahl der Fördergebiete im Programmsegment Städtebaulicher Denkmalschutz	St.	2	2	2	4	4	2	2
B_287_12_007 Anzahl der Gebiete mit Sozialer Erhaltungsverordnung	St.	7	7	14	11	12	13	14
B_287_12_008 Anzahl der laufenden Umlegungsverfahren	St.	k.A.	k.A.	k.A.	8	8	8	8
B_287_12_009 Anzahl der laufenden Vorbereitenden Untersuchungen für eine Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme	St.	k.A.	k.A.	k.A.	1	1	1	1

Einige Kennzahlen haben sich in der Vergangenheit als ungeeignet erwiesen und wurden überarbeitet bzw. durch neue ersetzt. Neue Kennzahlen weisen somit keine historischen Werte aus. In den jeweiligen Vorjahren sind diese Spalten mit "k.A." markiert.

Kennzahlen Integrierte Stadtteilentwicklung

zu Kennzahl B_287_12_001 - Kennzahl B_287_12_006:

Die Anzahl der RISE-Fördergebiete resultiert insbesondere aus der Tatsache, dass der Bund das Programmsegment Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen zum Ende des Jahres 2012 eingestellt hat und die in diesem Programmsegment geförderten RISE-Fördergebiete perspektivisch enden. Die Festlegung neuer RISE-Fördergebiete erfolgt grundsätzlich im Rahmen der zu deren Finanzierung veranschlagten Ermächtigungen.

zu Kennzahl B_287_12_007:

Es wird erwartet, dass die Anzahl dieser Gebiete, deren Sozialstrukturen vor Verdrängung geschützt werden sollen, in den nächsten Jahren anwachsen wird.

Kennzahlen Bodenordnung

Die Kennzahl B_287_12_008 „Anzahl der laufenden Umlegungsverfahren“ und die Kennzahl B_287_12_009 „Anzahl der laufenden Vorbereitenden Untersuchungen für eine Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme“ sind neue Kennzahlen ab 2017.

4.2.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 287.12 Stadterneuerung und Bodenordnung

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
RISE	421							
Erlöse				16	106	67	67	67
Kosten				1.766	1.961	1.605	1.626	1.703
Saldo Jahresergebnis 1 RISE				-1.749	-1.855	-1.538	-1.559	-1.636
Erlöse				-/-	305	295	298	312
Kosten				-/-	1.595	1.559	1.584	1.654
Saldo Jahresergebnis 2 RISE				-/-	-3.146	-2.802	-2.845	-2.979
Soziale Erhaltungsverordnung	421							
Erlöse								
Kosten				238	116	113	115	120
Saldo Jahresergebnis 1 Soziale Erhaltungsverordnung				-238	-116	-113	-115	-120
Erlöse				-/-	77	74	75	76
Kosten				-/-	441	438	449	474
Saldo Jahresergebnis 2 Soziale Erhaltungsverordnung				-/-	-480	-477	-489	-518
Bodenordnung	421							
Erlöse					0	0	0	0
Kosten				1.007	1.215	1.246	1.265	1.284
Saldo Jahresergebnis 1 Bodenordnung				-1.007	-1.215	-1.246	-1.265	-1.284
Erlöse				-/-	249	251	254	258
Kosten				-/-	1.315	1.337	1.358	1.385
Saldo Jahresergebnis 2 Bodenordnung				-/-	-2.281	-2.332	-2.369	-2.411

Vgl. Erläuterung zu 4.2.2.2.2

4.2.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 287.12 Stadterneuerung und Bodenordnung

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ			33,91	34,48	33,48	33,48	34,25

Vgl. Vorwort zum Einzelplan.

4.2.2.3 Produktgruppe 287.13 Zentrale Programme WSB

4.2.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 287.13 Zentrale Programme WSB

In dieser Produktgruppe werden die veranschlagten Ermächtigungen für Maßnahmen der Integrierten Stadtteilentwicklung und für den Wohnraumschutz unterjährig per Sollübertragung in andere Einzelpläne, Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

Zielsetzung des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) ist es, dazu beizutragen, Hamburg als gerechte und lebenswerte Stadt weiterzuentwickeln und die soziale Kohäsion in der Stadt zu fördern.

Die gesamtstädtischen Leitziele von RISE sind:

- Verbesserung der Lebensbedingungen durch soziale und materielle Stabilisierung des Fördergebiets;
- Verbesserung der Entwicklungsperspektiven für die Menschen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wirtschaft und Integration;
- Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten und der Eigenaktivität der Bürgerinnen und Bürger;
- Abbau bzw. Beseitigung städtebaulicher Defizite wie Funktions- und Substanzschwäche bei der technischen und sozialen Infrastruktur, den privaten Gebäudenutzungen und im öffentlichen Raum.

Die Mittel des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung werden eingesetzt für Maßnahmen in den Programmsegmenten der Bund-Länder-Städtebauförderung

- Soziale Stadt,
- Stadtumbau,
- Aktive Stadt- und Ortsteilzentren,
- Städtebauliche Sanierung und
- Städtebaulicher Denkmalschutz.

Die Durchführung der Maßnahmen der Integrierten Stadtteilentwicklung obliegt regelhaft den Bezirksämtern.

Die Bezirksämter sollen für die Durchführung des Hamburgischen Wohnraumschutzgesetzes (HmbWoSchG) im Rahmen ihrer Zuständigkeit unterstützt werden. Zu den gesetzlichen Aufgaben in diesem Zusammenhang gehören die Erhaltung und Pflege von Wohnraum sowie die Vermeidung und Beseitigung der Zweckentfremdung von Wohnraum. Die Bezirksämter sollen beim Ergreifen von Maßnahmen auf Grundlage des Hamburgischen Wohnraumschutzgesetzes bedarfsgerecht per Sollübertragung unterstützt werden.

4.2.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 287.13 Zentrale Programme WSB

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse			368	750	1.250	1.750	2.250
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			50	50	50	50	50
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten aus Abschreibungen			943	1.106	2.039	2.983	3.930
6. Sonstige Kosten				0			
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-625	-406	-839	-1.283	-1.730
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-625	-406	-839	-1.283	-1.730
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)			-625	-406	-839	-1.283	-1.730
16. Globale Mehrkosten			5.000	5.188	5.138	5.108	5.108
17. Globale Minderkosten				0	0	0	0
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)			-5.625	-5.594	-5.977	-6.391	-6.838

Erlöse:

Es sind an dieser Stelle Erlöse aus der Auflösung von Sonderposten geplant, die in Abhängigkeit der Sollübertragungen von Investitionsauszahlungen aus dem Investitionsprogramm RISE Bund/Land in die jeweiligen Maßnahmen umsetzenden Produktgruppen übertragen werden.

Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit:

In diesem Kontenbereich sind jährlich Kosten in Höhe von 50 Tsd. Euro veranschlagt, um die Bezirksämter für die Durchführung des Hamburgischen Wohnraumschutzgesetzes (HmbWoSchG) im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu unterstützen. In diesem Zusammenhang fallen Kosten wie zum Beispiel Türöffnungen, Wohnungsräumungen, Gutachten oder das Einsetzen von Treuhändern an.

Kosten aus Abschreibungen:

Es sind an dieser Stelle Kosten aus Abschreibungen geplant, die in Abhängigkeit der Sollübertragungen von Investitionsauszahlungen aus dem Investitionsprogramm RISE Bund/Land in die jeweiligen Maßnahmen umsetzenden Produktgruppen übertragen werden.

Globale Mehrkosten:

Aus dieser Produktgruppe werden hauptsächlich Gesamtmaßnahmen der Programmsegmente der Bund-Länder-Städtebauförderung im Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) gefördert. Dies geschieht durch Sollübertragungen in die jeweils fachlich zuständigen Produktgruppen. Die hier veranschlagten Ermächtigungen sichern - zusammen mit den im Investitionsprogramm RISE Bund/Land veranschlagten Auszahlungen - die Inanspruchnahme der Bundesfinanzhilfen (1/3) durch Bereitstellung von Komplementärmitteln Hamburgs (2/3) auf Basis der jährlichen Verwaltungsvereinbarung der Bund-Länder-Städtebauförderung. Die Bundesfinanzhilfen sind als Einzahlungen im Investitionsprogramm RISE Bund/Land veranschlagt und werden entsprechend der förderfähigen Ausgaben vereinnahmt.

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Die Kosten sind im Kontenbereich Globale Mehrkosten veranschlagt, da nur hier ein flexibler Mitteleinsatz in alle erforderlichen Kontenbereiche gewährleistet werden kann. Aufgrund der Vielfältigkeit der Maßnahmen der Integrierten Stadtteilentwicklung sind zum Zeitpunkt der Veranschlagung weder die einzelnen Projekte noch die Zahlungsempfänger im Detail bekannt, sodass keine konkretere Veranschlagung in anderen Kontenbereichen möglich ist.

Zu den Kosten gehören regelmäßig die zur Vorbereitung und Durchführung von Gesamtmaßnahmen erforderlichen Maßnahmen wie die Beauftragung von Gebietsentwicklern, die Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Aktivierung lokaler Akteure, die Erstellung von Problem- und Potenzialanalysen sowie von Integrierten Entwicklungskonzepten, der Betrieb von Stadtteilbüros, die Einrichtung von Verfügungsfonds sowie die Durchführung von Maßnahmen der lokalen Öffentlichkeitsarbeit.

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit					
VE für Kosten für Transferleistungen					
VE für Sonstige Kosten					
VE für globale Mehrkosten				5.138	5.108

Die Verpflichtungsermächtigungen sind erforderlich, um mehrjährige vertragliche Verpflichtungen eingehen zu können und beziehen sich auf Kosten für Gesamtmaßnahmen der Programmsegmente der Bund-Länder-Städtebauförderung im Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE). Die Veranschlagung der VE erfolgt im Kontenbereich Globale Mehrkosten, da zum Zeitpunkt der Veranschlagung weder einzelne Projekte noch die Zahlungsempfänger im Detail bekannt sind und insofern keine Möglichkeit besteht, die Veranschlagung in einem anderen Kontenbereich vorzunehmen.

4.2.2.3.3 Ziele der Produktgruppe 287.13 Zentrale Programme WSB

Für die Produktgruppe Zentrale Programme WSB werden keine Ziele ausgebracht. Die veranschlagten Ermächtigungen werden unterjährig per Sollübertragung in andere Einzelpläne, Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.2.2.3.4 Kennzahlen der Produktgruppe 287.13 Zentrale Programme WSB

Für die Produktgruppe Zentrale Programme WSB werden keine Kennzahlen ausgebracht (siehe auch Ausführungen unter Ziffer 4.2.2.3.3).

4.2.2.3.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 287.13 Zentrale Programme WSB

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Zentrales Programm RISE	992							
Erlöse				368	750	1.250	1.750	2.250
Kosten				5.943	6.294	7.177	8.091	9.038
Saldo Jahresergebnis 1 Zentrales Programm RISE				-5.575	-5.544	-5.927	-6.341	-6.788
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Zentrales Programm RISE				-/-	-5.544	-5.927	-6.341	-6.788
Wohnraumschutz	992							
Erlöse								
Kosten				50	50	50	50	50
Saldo Jahresergebnis 1 Wohnraumschutz				-50	-50	-50	-50	-50
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Wohnraumschutz				-/-	-50	-50	-50	-50

Bei diesen Produkten findet ausschließlich eine „Soll-Bewirtschaftung“ statt, d.h. die Ermächtigungen werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen im Aufgabenbereich des Amtes für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung sowie in anderer Aufgabenbereiche des Einzelplans der BSW oder anderer Einzelpläne übertragen.

4.2.2.3.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 287.13 Zentrale Programme WSB

Vollzeitäquivalente werden nicht veranschlagt.

4.2.2.4 Produktgruppe 287.14 Bezirkliche Zuweisungen WSB

4.2.2.4.1 Vorwort der Produktgruppe 287.14 Bezirkliche Zuweisungen WSB

In der Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen WSB sind die finanziellen Ressourcen dargestellt, die den Bezirken in Form von Rahmen-, Zweck- und Einzelzuweisungen (vgl. §§ 36-39 BezVG) zur Verfügung gestellt werden.

Die Produktgruppe enthält Mittel für die Zweckzuweisungen "Wohngeld" und "Umzugsprämien für Rollstuhlfahrer".

Zweckzuweisung "Wohngeld"

Gem. § 38 BezVG sind Mittel für Wohngeldausgaben veranschlagt. Nach dem Wohngeldgesetz in der jeweils geltenden Fassung wird zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens ein Miet- oder Lastenzuschuss zu den Aufwendungen für den Wohnraum geleistet. Die Höhe des Wohngelds richtet sich nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltmitglieder, der zu berücksichtigenden Miete oder Belastung und dem Gesamteinkommen. Da Wohngeld ein Wohnkostenzuschuss ist, muss der betreffende Haushalt seinen sonstigen Lebensunterhalt (und einen Teil der Wohnkosten) aus eigenen Mitteln bestreiten können. Eine vollständige Übernahme der Wohnkosten durch Wohngeld ist ausgeschlossen. Empfänger von bestimmten SGB II- und SGB XII-Leistungen haben keinen Anspruch auf Wohngeld, wenn bei deren Leistungsberechnung Kosten der Unterkunft berücksichtigt worden sind.

Wohngeld ist eine bundesgesetzliche Leistung, die zur Hälfte vom Bund getragen wird. Die Kosten können von der FHH nicht gesteuert werden, weil die Leistungsvoraussetzungen (einschließlich der Leistungshöhe) bundesrechtlich vorgegeben sind und somit eine Zahlungspflicht besteht.

Zweckzuweisung "Umzugsprämien für Rollstuhlfahrer"

Ebenfalls gem. § 38 BezVG werden Mittel für Umzugsprämien zur Freimachung von Rollstuhlbenutzerwohnungen als freiwillige Leistung der FHH in dieser Produktgruppe veranschlagt.

4.2.2.4.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 287.14 Bezirkliche Zuweisungen WSB

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit							
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen			34.015	34.008	34.008	34.008	34.008
5. Kosten aus Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-34.015	-34.008	-34.008	-34.008	-34.008
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-34.015	-34.008	-34.008	-34.008	-34.008
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)			-34.015	-34.008	-34.008	-34.008	-34.008
16. Globale Mehrkosten				0	0	0	0
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)			-34.015	-34.008	-34.008	-34.008	-34.008

Kosten für Transferleistungen:

Die veranschlagten Beträge für die Zweckzuweisung "Wohngeld" in Höhe von jeweils 34.000 Tsd. Euro werden in 2017 und 2018 wie folgt auf die Bezirke verteilt:

Hamburg-Mitte = 23,53% = 8.000 Tsd. Euro

Altona = 14,12% = 4.800 Tsd. Euro

Eimsbüttel = 9,41% = 3.200 Tsd. Euro

Hamburg-Nord = 14,41% = 4.900 Tsd. Euro

Wandsbek = 17,94% = 6.100 Tsd. Euro

Bergedorf = 7,35% = 2.500 Tsd. Euro

Harburg = 13,24% = 4.500 Tsd. Euro

Die Aufteilung auf die Bezirke richtet sich nach dem erwarteten Bedarf unter Berücksichtigung der Vorjahresergebnisse.

Es werden p.a. 18.200 Haushalte, die Wohngeld beziehen, prognostiziert.

Die veranschlagten Beträge für die Zweckzuweisung "Umzugsprämien für Rollstuhlfahrer" werden in 2017 und 2018 in voller Höhe (8 Tsd. Euro) auf das Bezirksamt Wandsbek übertragen, da die Gewährung der Umzugsprämien zentral vom Bezirksamt Wandsbek wahrgenommen wird und die Ermächtigungen von dort bedarfsgerecht an die jeweiligen Bezirksämter übertragen werden. In Anlehnung an die geringen Fallzahlen der Vorjahre wird der Ansatz ab 2017 um 7 Tsd. Euro verringert.

4.2.2.4.3 Zuweisung von Kosten der Produktgruppe 287.14 Bezirkliche Zuweisungen WSB

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zweckzuweisungen							
Kosten ZZ Wohngeld Fachämter GS			34.000	34.000	34.000	34.000	34.000
Kosten ZZ Umzugsprämie Rollstuhlf. Fachämter GS			15	8	8	8	8
Summe der Zuweisungen von Kosten der Produktgruppe			34.015	34.008	34.008	34.008	34.008

siehe Erläuterungen zum Vorwort der Produktgruppe

4.2.2.4.4 Zuweisungen von Verpflichtungsermächtigungen (VE) für Kosten der Produktgruppe 287.14 Bezirkliche Zuweisungen WSB

In der Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen WSB werden keine Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt.

4.2.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung, Bodenordnung

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Investitionsprogramme							
RISE Bund/Land							
Einzahlungen							
Auszahlungen				0	0	0	0
Saldo RISE Bund/Land				0	0	0	0
Verpflichtungsermächtigung RISE Bund/Land						-/-	-/-
EU-Zuschüsse							
Einzahlungen							
Auszahlungen				0	0	0	0
Saldo EU-Zuschüsse				0	0	0	0
Verpflichtungsermächtigung EU-Zuschüsse						-/-	-/-
Zentrales Programm RISE Bund/Land							
Einzahlungen			5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
Auszahlungen			8.765	9.258	9.414	9.464	9.464
Saldo Zentrales Programm RISE Bund/Land			-3.765	-4.258	-4.414	-4.464	-4.464
Verpflichtungsermächtigung Zentrales Programm RISE Bund/Land				9.414	9.464	-/-	-/-
Zentrales Programm EU-Zuschüsse							
Einzahlungen							
Auszahlungen				0	0	0	0
Saldo Zentrales Programm EU-Zuschüsse				0	0	0	0
Verpflichtungsermächtigung Zentrales Programm EU-Zuschüsse						-/-	-/-
Summe Investitionsprogramme			-3.765	-4.258	-4.414	-4.464	-4.464
Verpflichtungsermächtigungen Investitionsprogramme				9.414	9.464	-/-	-/-
Summe Investitionsmittel			-3.765	-4.258	-4.414	-4.464	-4.464

Investitionsprogramme RISE Bund/Land

Aus dem Investitionsprogramm "Zentrales Programm RISE Bund/Land" werden Gesamtmaßnahmen der Programmsegmente der Bund-Länder-Städtebauförderung im Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) gefördert. Zielsetzung von RISE ist die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in den Quartieren mit besonderen Entwicklungsbedarfen. Damit soll dazu beigetragen werden, Hamburg als gerechte und lebenswerte Stadt weiterzuentwickeln und die soziale Kohäsion in der Stadt zu fördern.

Die Investitionsauszahlungen sichern die Inanspruchnahme der Bundesfinanzhilfen (1/3) durch Bereitstellung von Komplementärmitteln Hamburgs (2/3) auf Basis der jährlichen Verwaltungsvereinbarung der Bund-Länder-Städtebauförderung.

Die Bundesfinanzhilfen sind als Einzahlungen ebenfalls bei diesem Investitionsprogramm veranschlagt. Diese werden entsprechend der förderfähigen Ausgaben vereinnahmt und entsprechend der in dem Haushaltsjahr umgesetzten investiven Maßnahmen auf die Bezirke im Soll übertragen.

Die Mittel werden eingesetzt für Maßnahmen in den Programmsegmenten

- Soziale Stadt,
- Aktive Stadt- und Ortsteilzentren,
- Stadtumbau,
- Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen und
- Städtebaulicher Denkmalschutz.

Die Ermächtigungen, Investitionsauszahlungen zu leisten, werden vorwiegend per Sollübertrag in die für die Durchführung von Maßnahmen zuständigen Aufgabenbereiche der bezirklichen Einzelpläne oder anderer Fachbehörden übertragen, werden aber auch im eigenen Aufgabenbereich für Auszahlungen im Ist eingesetzt.

Investitionsprogramme EU-Zuschüsse

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Für die Umsetzung von Projekten, die mit Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) der Förderperiode 2007–2013 gefördert werden, sind die beiden Investitionsprogramme „EU-Zuschüsse“ erforderlich, um sowohl die aufgabenbereichseigene Projektabwicklung im Ist abzubilden, als auch EU-Fördermittel per Sollübertragung an die die Projekte umsetzenden Bezirksämter und Fachämter weiterzugeben. In den Jahren 2017ff finden möglicherweise noch Buchungen im Rahmen der Endabrechnung von Projekten aufgrund der EFRE-Prüf-, Bescheinigungs- oder Verwaltungsbehörde statt.

4.2.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung, Bodenordnung

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Hamb. Stadtbau- und Sanierungspr.							
Einzahlungen			44	6	6	2	2
Auszahlungen							
Saldo Hamb. Stadtbau- und Sanierungspr.			44	6	6	2	2
Verpflichtungsermächtigung Hamb. Stadtbau- und Sanierungspr.						-/-	-/-
Summe Darlehen			44	6	6	2	2
Verpflichtungsermächtigungen Darlehen						-/-	-/-

In der Integrierten Stadtteilentwicklung mit der Bund-Länder-Städtebauförderung können Maßnahmen in den Fördergebieten (Gesamtmaßnahme) durch Zuwendungen (Zuschüsse oder Darlehen) gefördert werden. Rückzahlungen für alle Programmsegmente werden über das o.g. Darlehen abgebildet.

4.2.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung, Bodenordnung

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
GL Wohngelddatenabgleich							
Erlöse							
Kosten			5	5	5	5	5
Saldo GL Wohngelddatenabgleich			-5	-5	-5	-5	-5
Summe Gesetzliche Leistungen			-5	-5	-5	-5	-5

Die Kostenerstattung für die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung basiert auf § 22 Abs. 2 Wohngeldverordnung. Die Kosten werden jeweils am 1. April für das laufende Kalenderjahr erstattet.

4.2.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung, Bodenordnung

Aus den Ermächtigungen der Produktgruppen 287.11 Wohnen, 287.12 Stadterneuerung und Bodenordnung und 287.13 Zentrale Programme WSB, Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und sonstige Kosten zu verursachen, dürfen Kosten bis zur Höhe von jeweils 20 Tsd. Euro aus Gründen der Billigkeit verursacht werden.

Die Ermächtigung der Produktgruppe 287.11 Wohnen, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, und die Ermächtigung der Produktgruppe 287.13 Zentrale Programme WSB, Globale Mehrkosten zu verursachen, sind übertragbar.

Die Ermächtigung, Auszahlungen für Investitionen zugunsten des Investitionsprogramms "IP RISE B/L" zu leisten, ist in Höhe der geplanten Einzahlungen bei dem Darlehen „Hamb. Stadtbau- und Sanierungspr.“ gesperrt. Die Sperre gilt als aufgehoben, soweit die Einzahlungen für das Darlehen geleistet wurden.

4.3 Teilplan des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau

4.3.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 288 Bauordnung und Hochbau

Der Aufgabenbereich gliedert sich in die beiden Produktgruppen

288.11 Bauordnung und Hochbau

288.12 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau).

Der Aufgabenbereich ist auf ministerieller Ebene für die Entwicklung und Fortschreibung von Gesetzen und anderen Rechtsnormen in den Bereichen Bauordnung und Hochbau zentral zuständig. Diese ministerielle Funktion bildet den wichtigsten Aufgabenschwerpunkt des Amtes. So wird die Kernvorschrift für das Bauen in Hamburg, die Hamburgische Bauordnung (HBauO), laufend an die gesellschaftlichen Anforderungen und die technischen (umweltschonenden) Innovationen angepasst. Auch die der HBauO nachgeordneten Vorschriften werden ständig auf dem Laufenden gehalten. Die einheitliche und rechtssichere Umsetzung wird durch fachliche Vorgaben und die zentralen Arbeitsmittel für die Bauaufsicht erreicht. Dabei stehen Sicherheitsaspekte in Bezug auf die Unversehrtheit der Bürgerinnen und Bürger sowie der baulichen Vermögenswerte im Zentrum der Aufgabenerfüllung. Dies bezieht sich auch auf alle öffentlichen Gebäude, für die neben den allgemein gültigen Vorschriften des Bauordnungsrechts besondere Standards für den öffentlichen Hochbau in Bezug auf die Nutzung und die Bautechnik zu entwickeln und fortzuschreiben sind.

Als ein weiterer Schwerpunkt des Aufgabenbereiches ist die Erledigung der Bauaufgaben des Bundes zu nennen.

Hierzu zählen die Planung und Ausführung aller hochbaulichen Baumaßnahmen (Investitionen und Bauunterhaltung) des Bundes für seine zivilen und militärischen Liegenschaften in der Freien Hansestadt Hamburg.

4.3.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau

4.3.2.1 Produktgruppe 288.11 Bauordnung und Hochbau

4.3.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 288.11 Bauordnung und Hochbau

Die Produktgruppe umfasst die zwei Fachbereiche Bauordnung und Hochbau mit jeweils folgenden Aufgabenschwerpunkten:

Im Bereich Bauordnung besteht dieser in der Sicherstellung bauordnungsrechtlicher und technischer Mindeststandards für das Bauen in Hamburg.

Zum Arbeitsbereich Bauordnung zählen auch die Wahrnehmung der bauaufsichtlichen Aufgaben - einschließlich der Genehmigungsverfahren - für die HafenCity, die Speicherstadt und die Mitte Altona sowie die Zustimmungsverfahren für öffentliche Bauten.

Im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren werden besondere baurechtliche und technische Prüfungen durchgeführt. Außerdem ist der Bereich für die Sicherstellung des Arbeits- und Immissionsschutzes auf Baustellen verantwortlich.

Der Aufgabenschwerpunkt im Bereich Hochbau liegt in der Sicherstellung der Qualität öffentlicher Gebäude in baufachlicher Hinsicht.

Außerdem werden vielfältige öffentliche Baumaßnahmen realisiert oder baufachlich begleitet.

4.3.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 288.11 Bauordnung und Hochbau

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse			4.262	7.101	6.630	5.971	5.591
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			749	652	647	455	455
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten		0	7.034	8.253	8.421	8.492	8.263
a) Kosten für Entgelte			2.844	2.893	2.865	2.843	2.748
b) Kosten für Bezüge		0	2.585	2.977	3.109	3.174	3.104
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen			692	738	741	740	717
e) Kosten für Versorgungsleistungen			913	1.645	1.706	1.735	1.694
4. Kosten für Transferleistungen				23	23	23	23
5. Kosten aus Abschreibungen			120	273	273	117	107
6. Sonstige Kosten			190	259	298	245	245
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		0	-3.832	-2.359	-3.032	-3.361	-3.502
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)		0	-3.832	-2.359	-3.032	-3.361	-3.502
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)		0	-3.832	-2.359	-3.032	-3.361	-3.502
16. Globale Mehrkosten							
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)		0	-3.832	-2.359	-3.032	-3.361	-3.502

Erlöse:

Die Erlöse bestehen im Wesentlichen aus Gebühren für Genehmigungs- und Zulassungsentscheidungen (jeweils 2.581 Tsd. Euro in 2017 und 2018), Prüfung statischer Berechnungen (jeweils 201 Tsd. Euro in 2017 und 2018), Kontrolle auf Baustellen (jeweils 133 Tsd. Euro in 2017 und 2018), Honorarerlösen der Hochbaudienststelle (1.622 Tsd. Euro in 2017 und 1.641 Tsd. Euro in 2018), und es wurden Erlöse aus der Auflösung von Sonderposten im Zusammenhang mit für die Jahre 1993 bis 2005 pauschal gebildeten Investitionszuschüssen (2.564 Tsd. Euro in 2017 und 2.074 Tsd. Euro in 2018) geplant.

Die Erhöhung zwischen den Jahren 2016 und 2017 resultieren auch aus Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten.

Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit:

Die Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit bestehen im Wesentlichen aus Kosten für die Prüfung von statischen Unterlagen (jeweils 419 Tsd. Euro in 2017 und 2018), Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, - Architekten, Ingenieurinnen, Ingenieure und Sachverständige (jeweils 100 Tsd. Euro in 2017 und 2018) und Geschäftsbedarf (jeweils 56 Tsd. Euro in 2017 und 2018).

Kosten für Transferleistungen:

Bei den Transferkosten handelt es sich um den Kostenanteil Hamburgs für den Ausschuss Bauwesen beim Deutschen Institut für Normung (DIN) (jeweils 23 Tsd. Euro in 2017 und 2018).

Sonstige Kosten:

Die sonstigen Kosten bestehen im Wesentlichen aus Mitgliedsbeiträgen (jeweils 165 Tsd. Euro in 2017 und 2018) und Periodenfremden Kosten (91 Tsd. Euro in 2017 und 130 Tsd. Euro in 2018).

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				2.000	2.000
VE für Kosten für Transferleistungen					
VE für Sonstige Kosten					
VE für globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen vorrangig zur Beauftragung von freiberuflich Tätigen (Architekten, Ingenieure u.a.).

4.3.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 288.11 Bauordnung und Hochbau

Z 1: Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei baulichen Anlagen und auf Grundstücken durch Prüfung und Überwachung der planungsrechtlichen und technischen Mindeststandards sowie die Bereitstellung der dazu erforderlichen Vorgaben (Gesetze, Verordnungen, Fachanweisungen) (B_288_11_001-B_288_11-004)

Z 2: Qualitätssicherung bauaufsichtlicher Entscheidungen unter Wahrung der gesamthamburgischen Belange (B_288_11_005)

Z 3: Verbindliche Auslegung des bauordnungsrechtlichen Regelwerkes und Beratung in baurechtlich und technisch schwierigen Sachverhalten (B_288_11_006)

Z 4: Bekämpfung des Lohndumpings zur Sicherung der Qualität bei der Bauausführung öffentlicher Baumaßnahmen (B_288_11_007)

Z 5: Gewährleistung einheitlicher verfahrens- und bautechnischer Qualitätsstandards für die Durchführung öffentlicher Baumaßnahmen; insbesondere in Bezug auf die Vergabe von Architekten- und Bauleistungen der hamburgischen Verwaltung (B_288_11_008)

Z 6: Erledigung von Bauaufgaben des Landes (Hochbaudienststelle) (B_288_11_009-B_288_11_011)

4.3.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 288.11 Bauordnung und Hochbau

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_288_11_001 Anzahl der Baugenehmigungs- und Zustimmungsverfahren	St.	182	229	180	180	180	180	180
B_288_11_002 Anzahl der Technischen Genehmigungsverfahren	St.	794	783	750	760	760	760	760
B_288_11_003 Anzahl der Verfahren bei der Prüfung der bautechnischen Nachweise (Standicherheit, Wärmeschutz und Energieeinsparung)	St.	1.947	1.982	1.800	1.900	1.900	1.900	1.900
B_288_11_004 Anzahl der Präventionsgespräche und Kontrollen zur Gewährleistung des Arbeits- und Umweltschutzes auf Baustellen	St.	4.214	4.301	4.100	4.100	4.100	4.100	4.100
B_288_11_005 Anzahl der Beteiligungen an bauaufsichtlichen Verfahren	St.	834	910	800	850	850	850	850
B_288_11_006 Anzahl an fachbehördlichen Beratungen zu bauaufsichtlichen Angelegenheiten, zum Arbeits- und Immissionsschutz auf Baustellen und hinsichtlich der bau-technischen Nachweise	St.	879	972	800	950	950	950	950
B_288_11_007 Anzahl der kontrollierten Firmen	St.	234	243	200	230	230	230	230
B_288_11_008 Anzahl an neuen und aktualisierten fachbehördlichen Vorgaben und Empfehlungen für den Hochbau	St.	10	15	10	12	12	12	12
B_288_11_009 Gesamtbauvolumen der Baumanagement-Projekte	Mio. EUR	160,0	148,0	120,0	100,0	100,0	100	100
B_288_11_010 Umgesetztes Bauvolumen in Baumanagement-Projekten	Mio. EUR	21,7	13,25	11,0	15,0	13,0	13,0	13,0
B_288_11_011 Anzahl der Zuwendungsprüfungen/ Projekte in der Technischen Aufsicht	ANZ	59	80	65	80	80	80	80

--

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

4.3.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 288.11 Bauordnung und Hochbau

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Leitung und Leitungsunterstützung	INT							
Erlöse								
Kosten			401		0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 1 Leitung und Leitungsunterstützung			-401		0	0	0	0
Erlöse			-/-					
Kosten			-/-					
Saldo Jahresergebnis 2 Leitung und Leitungsunterstützung			-/-		0	0	0	0
Genehmigung. u. Zulassungsentscheidungen	421							
Erlöse			2.078		2.581	2.581	2.581	2.581
Kosten			821		1.517	1.544	1.573	1.537
Saldo Jahresergebnis 1 Genehmigung. u. Zulassungsentscheidungen			1.257		1.064	1.037	1.008	1.044
Erlöse			-/-		301	303	307	301
Kosten			-/-		1.290	1.311	1.335	1.309
Saldo Jahresergebnis 2 Genehmigung. u. Zulassungsentscheidungen			-/-		76	29	-20	35
Techn. Prüfungen bautechn. Nachweise	421							
Erlöse			351		201	201	201	201
Kosten			778		1.065	1.072	847	838
Saldo Jahresergebnis 1 Techn. Prüfungen bautechn. Nachweise			-427		-864	-871	-646	-637
Erlöse			-/-		129	129	130	125
Kosten			-/-		554	566	576	569
Saldo Jahresergebnis 2 Techn. Prüfungen bautechn. Nachweise			-/-		-1.289	-1.308	-1.092	-1.080
Kontrolle auf Baustellen	421							
Erlöse			133		133	133	133	133
Kosten			661		774	787	801	784
Saldo Jahresergebnis 1 Kontrolle auf Baustellen			-528		-641	-654	-668	-651
Erlöse			-/-		176	177	179	174
Kosten			-/-		773	788	803	790
Saldo Jahresergebnis 2 Kontrolle auf Baustellen			-/-		-1.239	-1.265	-1.292	-1.267
Bauaufsicht (Arbeitsmittel und Beiträge)	421							
Erlöse			0					
Kosten			529		1.589	1.622	1.651	1.614
Saldo Jahresergebnis 1 Bauaufsicht (Arbeitsmittel und Beiträge)			-529		-1.589	-1.622	-1.651	-1.614
Erlöse			-/-		306	308	312	306
Kosten			-/-		1.321	1.343	1.366	1.342
Saldo Jahresergebnis 2 Bauaufsicht (Arbeitsmittel und Beiträge)			-/-		-2.604	-2.657	-2.706	-2.650
Arbeitsmittel für die Bauaufsicht	421							
Erlöse			0					
Kosten			860					
Saldo Jahresergebnis 1 Arbeitsmittel für die Bauaufsicht			-860					
Erlöse			-/-		0	0	0	0
Kosten			-/-		0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Arbeitsmittel für die Bauaufsicht			-/-		0	0	0	0
Bauaufsichtliche Beratung	421							
Erlöse			0					
Kosten			588		672	684	697	681
Saldo Jahresergebnis 1 Bauaufsichtliche Beratung			-588		-672	-684	-697	-681
Erlöse			-/-		167	167	169	164
Kosten			-/-		1.034	1.055	1.075	1.063
Saldo Jahresergebnis 2 Bauaufsichtliche Beratung			-/-		-1.539	-1.572	-1.603	-1.580

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Kontrolle Tariflohn	421							
Erlöse				0				
Kosten				545	679	691	704	688
Saldo Jahresergebnis 1 Kontrolle Tariflohn				-545	-679	-691	-704	-688
Erlöse				-/-	168	168	170	165
Kosten				-/-	1.038	1.059	1.079	1.065
Saldo Jahresergebnis 2 Kontrolle Tariflohn				-/-	-1.550	-1.582	-1.613	-1.589
Hochbauliche Beratung	421							
Erlöse				97				
Kosten				567	0			
Saldo Jahresergebnis 1 Hochbauliche Beratung				-470	0			
Erlöse				-/-	0	0	0	0
Kosten				-/-	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Hochbauliche Beratung				-/-	0	0	0	0
Arbeitsmittel für den öffentl. Hochbau	421							
Erlöse				0	2.564	2.074	1.395	1.015
Kosten				705	1.356	1.406	1.259	1.225
Saldo Jahresergebnis 1 Arbeitsmittel für den öffentl. Hochbau				-705	1.208	668	136	-210
Erlöse				-/-	215	216	218	213
Kosten				-/-	936	952	969	953
Saldo Jahresergebnis 2 Arbeitsmittel für den öffentl. Hochbau				-/-	487	-69	-614	-950
Neu-, Um- u. Erweiterungsbauten Land	421							
Erlöse				1.603	1.622	1.641	1.661	1.661
Kosten				1.639	1.808	1.856	1.800	1.726
Saldo Jahresergebnis 1 Neu-, Um- u. Erweiterungsbauten Land				-36	-186	-215	-139	-65
Erlöse				-/-	337	343	333	322
Kosten				-/-	1.450	1.489	1.455	1.408
Saldo Jahresergebnis 2 Neu-, Um- u. Erweiterungsbauten Land				-/-	-1.299	-1.361	-1.261	-1.150

Leitung und Leitungsunterstützung:

Ab 2017 wird auf eine Veranschlagung bei dem Produkt Leitung und Leitungsunterstützung verzichtet. Die dort bislang veranschlagten Personalmittel werden ab 2017 direkt bei den betroffenen Produkten veranschlagt. Diese Produkte wurden mit den entsprechenden Kosten bislang schon im Rahmen der Bewirtschaftung belastet. Dem folgt jetzt auch die direkte Veranschlagung auf den Produkten.

Genehmigungen und Zulassungsentscheidungen:

Höhere Erlöse durch erhöhte Baugenehmigungsgebühren.

Technische Prüfung bautechnischer Nachweise:

Anpassung an die Erlöserwartung anhand der Ist-Zahlen 2015 (194 Tsd. Euro).

Beiträge zu Bauaufsicht (Arbeitsmittel und Beiträge): Die höheren Kosten ergeben sich aus der Überleitung des Produkts

Arbeitsmittel für die Bauaufsicht auf dieses Produkt.

Arbeitsmittel für den öffentlichen Hochbau:

Die höheren Erlöse ergeben sich aus Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten im Zusammenhang mit pauschal gebildeten Investitionszuschüssen. Die höheren Kosten ergeben sich aus der Überleitung des Produkts hochbauliche Beratungen auf dieses Produkt.

4.3.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 288.11 Bauordnung und Hochbau

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ			93,57	100,20	99,20	98,50	94,50

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Personalmehrbedarfe für Baugenehmigungsverfahren und bei der Hochbaudienststelle (dort insbesondere im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsneubaus in Hamburg z.B. im Pergolenviertel und im Entwicklungsgebiet Barmbek Nord 11) im Übrigen vgl. Vorwort.

4.3.2.2 Produktgruppe 288.12 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

4.3.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 288.12 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

Die Bundesbauabteilung ist im Wege der Organleihe zuständig für die Erledigung der hochbaulichen Bauaufgaben des Bundes für dessen in der Freien und Hansestadt Hamburg liegenden zivilen und militärischen Liegenschaften. Durch eigenes Personal oder durch beauftragte Architekten- und Ingenieurbüros werden die Planung und die Bauausführung wahrgenommen. Die Kosten dieser Produktgruppe werden auf Grundlage eines Verwaltungsabkommens in voller Höhe vom Bund erstattet.

4.3.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 288.12 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse			17.238	26.379	27.791	29.292	30.794
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			6.770	11.997	13.049	14.361	15.671
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen			488	624	624	624	624
b) davon IT-Kosten			500	700	700	600	600
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz			12	20	20	20	20
3. Personalkosten		0	9.846	12.303	12.663	12.852	13.044
a) Kosten für Entgelte			6.288	6.723	6.940	7.044	7.150
b) Kosten für Bezüge		0	1.569	2.438	2.492	2.529	2.567
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen			1.298	1.446	1.492	1.514	1.536
e) Kosten für Versorgungsleistungen			691	1.696	1.739	1.765	1.791
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten aus Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten			622	2.079	2.079	2.079	2.079
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		0	0	0	0	0	0
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)		0	0	0	0	0	0
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)		0	0	0	0	0	0
16. Globale Mehrkosten							
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)		0	0	0	0	0	0

Die Bundesbauabteilung arbeitet im Auftrag des Bundes. Gemäß der mit dem Bund abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung wird jahresübergreifend eine vollständige Refinanzierung aller Ist-Kosten der Bundesbauabteilung vorgenommen. Die Erlöse sind insbesondere von den zu erwartenden Personalkosten und den zu erwartenden Kosten für Honorarleistungen an freiberuflich Tätige geprägt. Diese Kosten sind abhängig vom Auftragsvolumen des Bundes. Die Erlöse entsprechen den Vorgaben aus der Verwaltungsvereinbarung.

In den Jahren ab 2017 ist mit einem stetig steigenden Auftragsvolumen des Bundes zu rechnen, sodass die Veranschlagung bei den Kosten und Erlösen dementsprechend angepasst worden ist.

Als Konkretisierung für das steigende Auftragsvolumen ab 2017 sind insbesondere die Projekte im Bundeswehrkrankenhaus (Umsetzung der Liegenschaftsentwicklung mit dem Multifunktionsgebäude und Schiffschiffsmedizinischen Institut) und der Modernisierung der Bundeswehrunterkünfte im Hamburger Osten zu nennen, die von der Bundesbauabteilung im Auftrag des Bundes zu bearbeiten sind. Besonders für diese kostenmäßig sehr bedeutsamen Projekte sind die entsprechenden erhöhten Kosten und Erlöse im Haushaltsplan zu veranschlagen.

Sonstige Kosten:

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Die sonstigen Kosten setzen sich zusammen aus Vergütungen an Vertragsarchitekten und -Ingenieure (jeweils 2.034 Tsd. Euro in 2017 und 2018, periodenfremde Kosten) und Aus- und Fortbildung (jeweils 45 Tsd. Euro in 2017 und 2018).

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				11.328	12.739
VE für Kosten für Transferleistungen					
VE für Sonstige Kosten					
VE für globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen vorrangig zur Beauftragung von freiberuflich Tätigen (Architekten, Ingenieure u.a.) für Tätigkeiten, die nicht mit dem vorhandenen Personal abgedeckt werden können.

4.3.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 288.12 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

Z 1: Erledigung der Bauaufgaben des Bundes (Hochbau) (B_288_12_001 und B_288_12_002)

4.3.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 288.12 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_288_12_001 Projektleistungen der Bundesbauabteilung für Investitionsmaßnahmen des Bundes	Tsd. EUR	8.904	11.036	9.500	19.530	21.030	22.530	24.030
B_288_12_002 Bauausgaben des Bundes für Bauunterhaltung	Tsd. EUR	9.136	8.842	9.600	12.682	12.682	12.682	12.682

B_288_12_001 Projektleistungen der Bundesbauabteilung für Investitionsmaßnahmen des Bundes:

Die Projektleistungen für Investitionsmaßnahmen des Bundes beinhalten die Baunebenkosten für die Planung und Durchführung der Baumaßnahmen vom Vorplanungsauftrag bis zur Rechnungslegung (entsprechend der Leistungsphasen 1 bis 9 der HOAI). Aufgrund des steigenden Auftragsvolumens entwickelt sich die Kennzahl entsprechend. Das steigende Auftragsvolumen ab 2017 setzt sich insbesondere aus den Projekten Bundeswehrkrankenhaus (Umsetzung der Liegenschaftsentwicklung mit dem Multifunktionsgebäude und Schifffahrtsmedizinischen Institut) und der Modernisierung der Bundeswehrunterkünfte im Hamburger Osten zusammen.

B_288_12_002 Bauausgaben des Bundes für Bauunterhaltung:

Die Investitionstätigkeit des Bundes im Bereich der Neu-, Um- und Erweiterungsbauten führt im Zeitablauf auch zu einem Anstieg der Bauunterhaltungskosten auf den Liegenschaften.

4.3.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 288.12 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Neu-, Um- u. Erweiterungsbauten Bund	421							
Erlöse				10.170	19.784	20.843	21.969	23.096
Kosten				12.030	19.784	20.843	21.969	23.096
Saldo Jahresergebnis 1 Neu-, Um- u. Erweiterungsbauten Bund				-1.860	0	0	0	0
Erlöse				-/-	1.625	1.655	1.674	1.702
Kosten				-/-	7.493	7.716	7.814	7.967
Saldo Jahresergebnis 2 Neu-, Um- u. Erweiterungsbauten Bund				-/-	-5.868	-6.061	-6.140	-6.265
Bauunterhaltungsmaßnahmen Bund	421							
Erlöse				7.068	6.595	6.948	7.323	7.698
Kosten				5.208	6.595	6.948	7.323	7.698
Saldo Jahresergebnis 1 Bauunterhaltungsmaßnahmen Bund				1.860	0	0	0	0
Erlöse				-/-	791	802	811	814
Kosten				-/-	3.984	4.109	4.186	4.296
Saldo Jahresergebnis 2 Bauunterhaltungsmaßnahmen Bund				-/-	-3.193	-3.308	-3.375	-3.482

Gemäß dem Verwaltungsabkommen über die Erledigung von Bauangelegenheiten des Bundes und der Verwaltungskostenerstattungsvereinbarung zwischen Bund und FHH werden die vom Land entstehenden Kosten erstattet. Die veranschlagten Erlöse entsprechen den erwarteten Gesamtkosten.

4.3.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 288.12 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ			140,60	164,50	164,50	164,50	164,50

Die Kosten dieser Produktgruppe werden auf Grundlage eines Verwaltungsabkommens in voller Höhe vom Bund erstattet. Deshalb unterliegt die Produktgruppe nicht den Konsolidierungsvorgaben der FHH. Das Bauvolumen des Bundes steigt in den nächsten Jahren, weshalb der VZÄ-Bestand entsprechend steigt.

4.3.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau

Investitionen werden nicht geplant.

4.3.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau

Darlehen werden nicht geplant.

4.3.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau

Gesetzliche Leistungen werden nicht geplant.

4.3.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau

Aus den Ermächtigungen aller Produktgruppen, Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und sonstige Kosten zu verursachen, dürfen Kosten bis zur Höhe von jeweils 20 Tsd. Euro aus Gründen der Billigkeit verursacht werden.
Die Ermächtigung, in den Produktgruppen des Aufgabenbereichs sonstige Kosten zu verursachen, ist übertragbar.

4.4 Teilplan des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung

4.4.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 289 Landesplanung und Stadtentwicklung

Dieser Aufgabenbereich umfasst die Produktgruppen
289.11 Landesplanung und Stadtentwicklung
289.12 Zentrale Programme LP
289.13 Bezirkliche Zuweisungen LP.

Im Aufgabenbereich Landesplanung und Stadtentwicklung werden die planerischen Voraussetzungen für ein qualitatives und nachhaltiges Wachstum der Stadt geschaffen. Dabei finden sowohl urbane Belange wie auch Schutz und Entwicklung der Baukultur, des Stadtbildes sowie der öffentlichen Freiräume Berücksichtigung.

Wesentliche Schwerpunkte sind:

- Fortführung eines integrierten Räumlichen Leitbildes für Hamburg
- Umsetzung des Senatskonzeptes Hamburger Osten in den jeweiligen Fokusräumen
- Erarbeitung und konzeptionelle Weiterentwicklung gesamtstädtischer Konzepte zu vielfältigen Themen der Stadtplanung und Steuerung der operativen Umsetzung über formelle und informelle Instrumente
- Aktualisierung und Weiterentwicklung des gesetzlichen Planungsinstrumentes Flächennutzungsplan (FNP)
- Erstellung von informellen teilräumlichen Plänen auch zur Konkretisierung der Aussagen des FNP im Einzelfall
- Mitwirkung an der verbindlichen Bauleitplanung der Bezirke insbesondere über landesplanerische Stellungnahmen sowie Wahrnehmung von ministeriellen Steuerungs- und Beratungsaufgaben
- Verantwortliche Steuerung gesamtstädtisch bedeutender Projekte in Zuständigkeit des Senates (z. B. HafenCity, Deckel BAB A 7, Flächenentwicklung Bahnflächen Altona) einschließlich erforderlicher Bebauungspläne sowie Entwicklung der Elbinseln
- Beauftragung und Steuerung der IBA GmbH als städtische Projektentwicklerin für die Elbinseln sowie für Flächen in Neugraben
- Einbringung gesamtstädtischer Interessen bei Planungen Dritter- Raumordnung und Regionalplanung, Zusammenarbeit mit Gebietskörperschaften und Gremien der Metropolregion (z. B. Nachbarschaftsforen)
- Öffentlichkeitsarbeit und Partizipation zu Themen der gesamtstädtischen Entwicklung und der Senatsprojekte sowie Weiterentwicklung von Partizipationsmethoden und Beratung der Bezirke bei Partizipationsprojekten
- Vertretung der Stadt Hamburg in den verschiedenen nationalen Gremien zur Raumentwicklung und Baukultur
- Kostencontrolling und Steuerung von Wohnungsbauvorhaben
- Finanzierungsprogramm Wohnungsbauentwicklung

4.4.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung

4.4.2.1 Produktgruppe 289.11 Landesplanung und Stadtentwicklung

4.4.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 289.11 Landesplanung und Stadtentwicklung

In dieser Produktgruppe sind die vom Aufgabenbereich Landesplanung und Stadtentwicklung direkt zu bewirtschaftenden Ressourcen dargestellt. Finanzielle Schwerpunkte im Bereich der Stadtplanung sind die Kosten für gesamtstädtisch bedeutsame Planungen, insbesondere die Vorbereitung von großen Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsvorhaben.

4.4.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 289.11 Landesplanung und Stadtentwicklung

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse			17	17	17	17	17
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			1.842	1.413	1.406	1.186	1.186
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten		0	5.451	6.820	7.010	7.039	6.895
a) Kosten für Entgelte			2.580	3.023	3.110	3.097	3.011
b) Kosten für Bezüge		0	1.672	1.935	1.987	2.017	1.994
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen			588	701	720	720	702
e) Kosten für Versorgungsleistungen			611	1.161	1.192	1.206	1.188
4. Kosten für Transferleistungen				3.100	0		
5. Kosten aus Abschreibungen			2.270	165	376	553	691
6. Sonstige Kosten			158	175	175	175	175
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		0	-9.705	-11.656	-8.949	-8.937	-8.931
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses				0	10.096	9.819	10.720
10. Finanzergebnis				0	-10.096	-9.819	-10.720
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)		0	-9.705	-11.656	-19.045	-18.756	-19.651
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)		0	-9.705	-11.656	-19.045	-18.756	-19.651
16. Globale Mehrkosten				0	0	0	0
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)		0	-9.705	-11.656	-19.045	-18.756	-19.651

Erlöse:

- Erlöse aus der Abgabe von Planunterlagen an Private i.H.v. 2 Tsd. Euro sowie aus der Auflösung von Sonderposten für den Energiebunker Wilhelmsburg i.H.v. 15 Tsd. Euro

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Finanzielle Schwerpunkte im Kontenbereich Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit sind die Kosten für die Vorbereitung der Planung von städtischen und überregionalen Wohnungsbauvorhaben, insbesondere für die Projekte Überdeckung der A 7 und Entwicklung der Bahnflächen Altona. Des Weiteren sind enthalten:

- Stadtmodell Hamburg i.H.v. 70 Tsd. Euro
- Stadtwerkstatt i.H.v. 100 Tsd. Euro

Kosten für Transferleistungen:

- anteilige Kostenerstattung an den Bund zur Errichtung einer Lärmschutzeinrichtung für den Bau der Ersatztrasse Wilhelmsburger Reichsstraße in 2017 i.H.v. 3.100 Tsd. Euro

Kosten aus Abschreibungen:

- Abschreibung auf Investitionszuschüsse Energiebunker i.H.v. 20 Tsd. Euro
- Abschreibungen für Software und für das Finanzierungsprogramm Wohnungsbauentwicklung

Sonstige Kosten:

In den sonstigen Kosten sind Beiträge für die Mitgliedschaften in Institutionen zur Stadt- und Regionalentwicklung enthalten.

Finanzergebnis:

Das Finanzergebnis enthält die Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

des Umlaufvermögens aus dem Sondervermögen Stadt und Hafen in 2018 = 10.096 Tsd. Euro,
2019 = 9.819 Tsd. Euro, 2020 = 10.720 Tsd. Euro

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				1.464	1.464
VE für Kosten für Transferleistungen					
VE für Sonstige Kosten					
VE für globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten aus Verwaltungstätigkeit i.H.v. 1.464 Tsd. Euro dienen vorrangig dazu, für mehrjährige Planungsleistungen durch Dritte entsprechend langfristige Verträge schließen zu können.

4.4.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 289.11 Landesplanung und Stadtentwicklung

Z 1: Räumliche und themenbezogene Entwicklungsziele der Stadt erarbeiten und vermitteln (B_289_11_001 und B_289_11_002)

Z 2: Leitlinien und Grundsätze der Raumordnung und Stadtentwicklung in Planrecht umsetzen (B_289_11_003)

Z 3: Gesamtstädtische Belange durch verbindliches Planrecht sicherstellen (B_289_11_004)

Z 4: Große Stadtentwicklungsvorhaben entwickeln und umsetzen (B_289_11_005)

Z 5: Gesamtstädtische Belange bei bezirklichen Planungen sicherstellen (B_289_11_006)

Z 6: Die Raumstruktur sowie die Metropolfunktion Hamburgs sichern und stärken (B_289_11_007)

Z 7: Städtebauliche Belange bei Planungen Dritter mit gesamtstädtischer Bedeutung sichern (B_289_11_008 bis B_289_11_009)

4.4.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 289.11 Landesplanung und Stadtentwicklung

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_289_11_001 Anzahl der in Arbeit befindlichen Konzepte, Planungen und Wettbewerbe	St.	k.A.	k.A.	k.A.	40	40	40	40
B_289_11_002 Anzahl der durchgeführten Veranstaltungen der Stadtwerkstatt	St.	3	4	4	4	4	4	4
B_289_11_003 Anzahl der laufenden Flächennutzungsplanänderungen	St.	k.A.	k.A.	k.A.	35	35	35	35
B_289_11_004 Anzahl der laufenden Senatsbebauungspläne	St.	k.A.	k.A.	k.A.	36	8	7	6
B_289_11_005 Anzahl der Projekte	St.	4	5	4	4	4	4	4
B_289_11_006 Anzahl der laufenden Bezirks-Bebauungspläne, bezirklichen teilträumlichen Planungen sowie bezirklichen Wettbewerbe zu denen Beiträge geleistet werden.	St.	k.A.	k.A.	k.A.	120	120	120	120
B_289_11_007 Anzahl der Stellungnahmen zu förmlichen Planverfahren	St.	k.A.	k.A.	k.A.	30	30	30	30
B_289_11_008 Anzahl betreuter Innovationsquartiere und -bereiche	St.	17	19	16	19	17	16	16
B_289_11_009 Anzahl der Vorhaben, Planungen und Konzepte Dritter (inklusive Planfeststellungsverfahren sowie durchgeführte Wettbewerbsverfahren Dritter), zu denen Stellung genommen wird	St.	k.A.	k.A.	k.A.	750	750	750	750

Einige Kennzahlen haben sich in der Vergangenheit als ungeeignet erwiesen und wurden überarbeitet und optimiert. Neue Kennzahlen weisen somit keine historischen Werte aus. In den jeweiligen Vorjahren sind diese Spalten mit "k.A." markiert.

In der Kennzahl B_289_11_004 Anzahl der laufenden Senatsbebauungspläne sind für 2017 bereits 24 Bebauungspläne berücksichtigt, von denen bekannt ist, dass diese geändert werden. Für die Folgejahre sind zum Zeitpunkt der Planaufstellung solche Änderungsbedarfe nicht bekannt, weshalb sich die Prognose aus historischen Erfahrungswerten ableitet und geringer ausfällt als für den Plan 2017.

4.4.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 289.11 Landesplanung und Stadtentwicklung

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Gesamtstädtische Entwicklungsplanung	421							
Erlöse								
Kosten				1.022	1.208	1.468	1.568	1.712
Saldo Jahresergebnis 1 Gesamtstädtische Entwicklungsplanung				-1.022	-1.208	-1.468	-1.568	-1.712
Erlöse				-/-	169	171	172	168
Kosten				-/-	802	823	830	821
Saldo Jahresergebnis 2 Gesamtstädtische Entwicklungsplanung				-/-	-1.841	-2.120	-2.227	-2.364
Stadtwerkstatt	421							
Erlöse								
Kosten				389	455	465	466	459
Saldo Jahresergebnis 1 Stadtwerkstatt				-389	-455	-465	-466	-459
Erlöse				-/-	107	108	108	105
Kosten				-/-	542	557	563	559
Saldo Jahresergebnis 2 Stadtwerkstatt				-/-	-890	-914	-921	-913
Vorbereitende Bauleitplanung	421							
Erlöse								
Kosten				507	965	1.000	966	927
Saldo Jahresergebnis 1 Vorbereitende Bauleitplanung				-507	-965	-1.000	-966	-927
Erlöse				-/-	189	192	192	188
Kosten				-/-	884	909	915	905
Saldo Jahresergebnis 2 Vorbereitende Bauleitplanung				-/-	-1.661	-1.717	-1.689	-1.643
Senatsplanungen	421							
Erlöse				2	2	2	2	2
Kosten				465	368	396	331	326
Saldo Jahresergebnis 1 Senatsplanungen				-462	-366	-394	-329	-324
Erlöse				-/-	90	91	91	88
Kosten				-/-	470	483	490	488
Saldo Jahresergebnis 2 Senatsplanungen				-/-	-746	-787	-728	-724
Stadtentwicklungsvorhaben	421							
Erlöse				15	15	15	15	15
Kosten				3.274	3.284	3.271	3.282	3.231
Saldo Jahresergebnis 1 Stadtentwicklungsvorhaben				-3.259	-3.269	-3.256	-3.267	-3.216
Erlöse				-/-	437	444	444	439
Kosten				-/-	1.924	1.972	1.981	1.949
Saldo Jahresergebnis 2 Stadtentwicklungsvorhaben				-/-	-4.756	-4.784	-4.804	-4.726
Mitwirkung bezirkliche Planungen	421							
Erlöse								
Kosten				642	602	619	621	609
Saldo Jahresergebnis 1 Mitwirkung bezirkliche Planungen				-642	-602	-619	-621	-609
Erlöse				-/-	146	147	148	144
Kosten				-/-	703	722	728	720
Saldo Jahresergebnis 2 Mitwirkung bezirkliche Planungen				-/-	-1.159	-1.193	-1.202	-1.185
Überregionale Planungen und Projekte	421							
Erlöse								
Kosten				171	193	203	185	183
Saldo Jahresergebnis 1 Überregionale Planungen und Projekte				-171	-193	-203	-185	-183
Erlöse				-/-	72	73	72	70
Kosten				-/-	394	406	411	411
Saldo Jahresergebnis 2 Überregionale Planungen und Projekte				-/-	-515	-536	-524	-525

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Planungen und Projekte Dritter	421							
Erlöse								
Kosten				1.205	1.498	1.544	1.533	1.502
Saldo Jahresergebnis 1 Planungen und Projekte Dritter				-1.205	-1.498	-1.544	-1.533	-1.502
Erlöse				-/-	281	286	286	281
Kosten				-/-	1.273	1.306	1.313	1.293
Saldo Jahresergebnis 2 Planungen und Projekte Dritter				-/-	-2.490	-2.564	-2.560	-2.514
Sondervermögen Stadt und Hafen	421							
Erlöse								
Kosten				2.047		10.096	9.819	10.720
Saldo Jahresergebnis 1 Sondervermögen Stadt und Hafen				-2.047		-10.096	-9.819	-10.720
Erlöse				-/-	0	0	0	0
Kosten				-/-	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Sondervermögen Stadt und Hafen				-/-	0	-10.096	-9.819	-10.720
Wilhelmsburger Reichsstraße	421							
Erlöse								
Kosten					3.100	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 1 Wilhelmsburger Reichsstraße					-3.100	0	0	0
Erlöse				-/-	0	0	0	0
Kosten				-/-	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Wilhelmsburger Reichsstraße				-/-	-3.100	0	0	0

Soweit hier nicht detaillierter erläutert, sind in den Produktkosten überwiegend Personalkosten, Kosten für Verwaltungsbedarf und Planungsmittel enthalten.

Erläuterungen zu den Produkten:

Gesamtstädtische Entwicklungsplanung

Hier sind neben den o.g. Kosten auch die Abschreibungen für das Finanzierungsprogramm Wohnungsbauentwicklung sowie die Kosten für das Stadtmodell veranschlagt.

Stadtentwicklungsvorhaben

Hier sind die o.g. Kosten der Projekte HafenCity, Mitte Altona, Deckel A7 und Sprung über die Elbe veranschlagt. Die hier geplanten Erlöse i.H.v. 15 Tsd. EUR bilden die Auflösung von Sonderposten für den Energiebunker Wilhelmsburg ab.

Sondervermögen Stadt und Hafen

Veranschlagt sind die Kosten aus Abschreibungen auf die Finanzanlage Sondervermögen Stadt und Hafen, die grundsätzlich von den Jahresergebnissen des Wirtschaftsplans des Sondervermögens Stadt und Hafen (vgl. Anlage 2.2 des Haushaltsplans) abhängig sind.

In den Haushaltsjahren 2018 bis 2020 übersteigen die Aufwendungen des Sondervermögens (z.B. für Infrastruktur- und Entwicklungsvorhaben im zentralen und östlichen Entwicklungsabschnitt der HafenCity sowie für die Bildung von Rückstellungen aufgrund der unentgeltlichen Abgabeverpflichtung für die errichteten Infrastrukturanlagen) die Erträge des Sondervermögens (z.B. Umsatzerlöse aus Grundstücksverkäufen oder durch die Aktivierung von Infrastruktur- und Entwicklungsmaßnahmen). Die geplanten Infrastrukturaufwendungen und Umsatzerlöse des Sondervermögens sind stark entwicklungsabhängig und unterliegen daher teilweise erheblichen jährlichen Schwankungen.

Wilhelmsburger Reichsstraße

Veranschlagt sind hier die Kosten für die anteilige Kostenerstattung an den Bund zum Bau einer Lärmschutzeinrichtung in 2017 i.H.v. 3.100 Tsd. EUR.

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

4.4.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 289.11 Landesplanung und Stadtentwicklung

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ			73,04	85,57	85,57	84,57	81,05

Das Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung hat in den Jahren 2017 und 2018 zusätzliche Personalbedarfe im Zusammenhang mit der Erhöhung der Wohnungszahlen sowie mit den Verfahren für Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen. Im Übrigen vgl. Vorwort zum Einzelplan.

4.4.2.2 Produktgruppe 289.12 Zentrale Programme LP

4.4.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 289.12 Zentrale Programme LP

In dieser Produktgruppe sind die finanziellen Ressourcen dargestellt, die anderen Produktgruppen, Teil- und Einzelplänen zur Umsetzung von Maßnahmen der Programme Planung und Begleitung des Wohnungsbaus sowie Infrastrukturelle Aufwertungen in Zusammenhang mit großen Entwicklungsvorhaben dienen.

4.4.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 289.12 Zentrale Programme LP

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit							
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten aus Abschreibungen			309	90	271	455	643
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-309	-90	-271	-455	-643
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-309	-90	-271	-455	-643
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)			-309	-90	-271	-455	-643
16. Globale Mehrkosten			2.170	2.170	2.150	2.150	2.150
17. Globale Minderkosten				0			
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)			-2.479	-2.260	-2.421	-2.605	-2.793

Globale Mehrkosten:

- Planung und Begleitung des Wohnungsneubaus i.H.v. 130 Tsd. Euro jährlich
- Planung und Unterhaltung der Infrastrukturanlagen (insbesondere Ufermauern, Brücken und Parkanlagen) zur Entwicklung der Harburger Schlossinsel i.H.v. 1.840 Tsd. Euro
- Flächenentwicklung der Bahnflächen Altona i.H.v. 200 Tsd. Euro für 2017 und 180 Tsd. Euro für die Folgejahre.

Diese Kosten werden als Globale Mehrkosten geplant, wodurch die bedarfsgerechte Zuweisung der Ermächtigungen an andere Einzelpläne der FHH sowie innerhalb des Einzelplans der BSW möglich ist.

Kosten aus Abschreibungen:

Die Kosten aus Abschreibungen beziehen sich auf das Infrastrukturvermögen der Harburger Schlossinsel, der öffentlichen Grünflächen des Projekts Mitte Altona, der aus dem Finanzierungsprogramm Wohnungsbauentwicklung geschaffenen Infrastruktur.

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

--

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit					
VE für Kosten für Transferleistungen					
VE für Sonstige Kosten					
VE für globale Mehrkosten				1.200	1.200

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen vorrangig dazu, für mehrjährige Planungs- und Unterhaltungsleistungen durch Dritte entsprechend langfristige Verträge schließen zu können. Dazu gehören Leistungen für das Stadtentwicklungsvorhaben Mitte Altona und die Entwicklung des Harburger Hafens. Die Veranschlagung der VE erfolgt im Kontenbereich Globale Mehrkosten, da zum Zeitpunkt der Veranschlagung einzelne Projekte noch nicht bekannt sind und somit Flexibilität bei der konkreten Zuweisung gewährleistet wird.

4.4.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 289.12 Zentrale Programme LP

Für die Produktgruppe Zentrale Programme LP werden keine Ziele und Kennzahlen geplant. Die veranschlagten Ermächtigungen werden unterjährig in andere Einzelpläne, Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.4.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 289.12 Zentrale Programme LP

Kennzahlen werden für diese Produktgruppe nicht definiert, da die Leistungen in anderen Produktgruppen erbracht und aus den Zentralen Programmen hierfür die Ermächtigungen übertragen werden.

4.4.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 289.12 Zentrale Programme LP

	IPR Nummer	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Planung u. Begleitung des Wohnungsbaus	992							
Erlöse								
Kosten				306	193	305	405	505
Saldo Jahresergebnis 1 Planung u. Begleitung des Wohnungsbaus				-306	-193	-305	-405	-505
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Planung u. Begleitung des Wohnungsbaus				-/-	-193	-305	-405	-505
Infrastrukturelle Aufwertungen	992							
Erlöse								
Kosten				2.173	2.068	2.116	2.200	2.288
Saldo Jahresergebnis 1 Infrastrukturelle Aufwertungen				-2.173	-2.068	-2.116	-2.200	-2.288
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Infrastrukturelle Aufwertungen				-/-	-2.068	-2.116	-2.200	-2.288

Auf diesen Produkten findet eine Soll-Bewirtschaftung statt. Die Haushaltsermächtigungen werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen im Einzelplan 6.1 der BSW sowie auf andere Einzelpläne der FHH übertragen.

Erläuterungen zu den Produkten:

Planung und Begleitung des Wohnungsbaus:

In diesem Produkt sind Sollübertragungen für Planungsmittel vorgesehen. In den Produktkosten sind ebenso Abschreibungen für das Zentrale Investitionsprogramm (Programm Finanzierung Wohnungsbau) enthalten.

Infrastrukturelle Aufwertungen:

Es sind die Kosten für die Unterhaltung von Infrastrukturmaßnahmen des Harburger Binnenhafens und der Flächenentwicklung der Bahnflächen Altonas sowie die Kosten aus Abschreibungen für das Investitionsprogramm Infrastruktur Sprung über die Elbe und die Einzelinvestition Infrastruktur Mitte Altona enthalten.

4.4.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 289.12 Zentrale Programme LP

Vollzeitäquivalente werden nicht geplant.

4.4.2.3 Produktgruppe 289.13 Bezirkliche Zuweisungen LP

4.4.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 289.13 Bezirkliche Zuweisungen LP

In dieser Produktgruppe sind die finanziellen Ressourcen dargestellt, die den Bezirksamtern in Form von Rahmen-, Zweck- und Einzelzuweisungen (vgl. §§ 36 - 39 BezVG) zur Verfügung gestellt werden. Im Aufgabenbereich Landesplanung und Stadtentwicklung sind die Kosten veranschlagt, die den Bezirksamtern für die Stadtplanung zur Verfügung stehen.

4.4.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 289.13 Bezirkliche Zuweisungen LP

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			650	627	627	627	627
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten aus Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten				23	23	23	23
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-650	-650	-650	-650	-650
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-650	-650	-650	-650	-650
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)			-650	-650	-650	-650	-650
16. Globale Mehrkosten				0	0	0	0
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)			-650	-650	-650	-650	-650

Die Ermächtigung wurde den Bedarfen der Bezirksamter entsprechend in den Kontenbereichen Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und Sonstige Kosten geplant und enthält die Kostenermächtigungen für die Vergabe von Planungsleistungen für vorbereitende und verbindliche Bauleitplanung an Dritte, Beteiligung der Öffentlichkeit sowie Karten und drucktechnische Arbeiten.

Die Ermächtigung wird nach folgendem Schlüssel verteilt: 50% Sockelbetrag als gleichmäßiger Anteil an alle Bezirke, 25% nach Einwohnerzahl und 25% nach Flächengröße.

Die Aufteilung der Ermächtigung ist wie folgt vorgesehen:

Hamburg-Mitte = 15,85% = 103 Tsd. Euro
 Altona = 13,38% = 87 Tsd. Euro
 Eimsbüttel = 12,31% = 80 Tsd. Euro
 Hamburg-Nord = 13,08% = 85 Tsd. Euro
 Wandsbek = 17,85% = 116 Tsd. Euro
 Bergedorf = 14,00% = 91 Tsd. Euro
 Harburg = 13,54% = 88 Tsd. Euro

4.4.2.3.3 Zuweisung von Kosten der Produktgruppe 289.13 Bezirkliche Zuweisungen LP

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Rahmenzuweisungen							
Kosten RZ Stadtpl Fachämter SL			650	650	650	650	650
Summe der Zuweisungen von Kosten der Produktgruppe			650	650	650	650	650

In der Produktgruppe bezirkliche Zuweisungen findet ausschließlich eine Soll-Bewirtschaftung statt.
Die Ermächtigungen werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen in den bezirklichen Einzelplänen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke.

4.4.2.3.4 Zuweisungen von Verpflichtungsermächtigungen (VE) für Kosten der Produktgruppe 289.13 Bezirkliche Zuweisungen LP

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit					
Rahmenzuweisung					
RZ Stadtpl Fachämter SL				650	650
Summe VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				650	650

Die Verpflichtungsermächtigung ermöglicht den Bezirken, jahresübergreifende Verträge für Planungsleistungen zu schließen.

4.4.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Investitionsprogramme							
Finanzierungsprogr. Wohnungsbauentw.							
Einzahlungen							
Auszahlungen			8.105	9.168	7.854	6.368	6.368
Saldo Finanzierungsprogr. Wohnungsbauentw.			-8.105	-9.168	-7.854	-6.368	-6.368
Verpflichtungsermächtigung Finanzierungsprogr. Wohnungsbauentw.				5.000	5.000	-/-	-/-
Infrastruktur Sprung über die Elbe							
Einzahlungen							
Auszahlungen			1.400	1.800	2.200	2.500	2.500
Saldo Infrastruktur Sprung über die Elbe			-1.400	-1.800	-2.200	-2.500	-2.500
Verpflichtungsermächtigung Infrastruktur Sprung über die Elbe				2.000	2.000	-/-	-/-
Zentr Programm Finanzierung Wohnungsbau							
Einzahlungen							
Auszahlungen			6.000	5.000	4.000	4.000	4.000
Saldo Zentr Programm Finanzierung Wohnungsbau			-6.000	-5.000	-4.000	-4.000	-4.000
Verpflichtungsermächtigung Zentr Programm Finanzierung Wohnungsbau				3.000	3.000	-/-	-/-
Summe Investitionsprogramme			-15.505	-15.968	-14.054	-12.868	-12.868
Verpflichtungsermächtigungen Investitionsprogramme				10.000	10.000	-/-	-/-

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzelinvestitionen							
Wilhelmsburger Reichsstraße							
Einzahlungen							
Auszahlungen				9.700			
Saldo Wilhelmsburger Reichsstraße				-9.700			
Verpflichtungsermächtigung Wilhelmsburger Reichsstraße						-/-	-/-
Infrastruktur Mitte Altona							
Einzahlungen							
Auszahlungen			1.041	432	1.020	1.020	1.020
Saldo Infrastruktur Mitte Altona			-1.041	-432	-1.020	-1.020	-1.020
Verpflichtungsermächtigung Infrastruktur Mitte Altona				1.020	1.020	-/-	-/-
Summe Einzelinvestitionen			-1.041	-10.132	-1.020	-1.020	-1.020
Verpflichtungsermächtigungen Einzelinvestitionen				1.020	1.020	-/-	-/-
Summe Investitionsmittel			-16.546	-26.100	-15.074	-13.888	-13.888

Finanzierungsprogramm Wohnungsbauentwicklung

Um dem stetig ansteigenden Druck auf dem Hamburger Wohnungsmarkt entgegen zu wirken, wurde mit dem Vertrag für Hamburg vom 04.07.2011 das Ziel vereinbart, pro Jahr 6.000 neue Wohneinheiten (WE) zu realisieren, welches durch die Fortschreibung des Vertrages in den kommenden Jahren noch auf bis zu 10.000 neue Wohneinheiten erhöht werden soll. Da die Fläche Hamburgs begrenzt ist, führt dies zur Aktivierung von Flächen mit hoher Komplexität, Verlagerungsbedarfen, Lärmproblematiken sowie Konfliktpotenzialen in der Bevölkerung, was häufig zu einer Steigerung der Kosten führt. Insofern können auch bei privaten Flächen im Einzelfall nicht alle Kosten durch den Entwickler übernommen werden. Als geplante Vorhaben aus dem Finanzierungsprogramm sind u.a. Georgswerder in Wilhelmsburg mit 255 Wohneinheiten, die Dieselstraße in Barmbek-Nord mit 675 Wohneinheiten, die Dratelnstraße in Wilhelmsburg mit 1.000 Wohneinheiten und das Pergolenviertel in Winterhude mit 1.400 Wohneinheiten zu nennen.

Das Finanzierungsprogramm dient auch zur Deckung von Kosten, die im Rahmen von Städtebaulichen Verträgen nicht an Private übertragbar sind.

Es wurde beschlossen, dass für sämtliche auf städtischen Flächen bzw. durch die FHH zu entwickelnde Vorhaben vom jeweiligen Projektentwickler umfassende Kosten-, Finanzierungs- und Zeitpläne aufzustellen sind, die sämtliche projektbezogenen Kosten-, und Erlöspositionen beinhalten.

Anzustreben ist zumindest ein ausgeglichenes Ergebnis.

Sofern besondere Belastungen oder besondere städtebauliche und politische Zielsetzungen dazu führen, dass ein ausgeglichenes Ergebnis nicht erzielbar ist und das Projekt insofern mit einem Defizit abschließt, soll die Finanzierung bis zur Höhe der zu erwartenden Erlöse durch den Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen erfolgen, während die darüberhinausgehenden Kosten aus diesem Finanzierungsprogramm zu decken sind.

Infrastruktur Sprung über die Elbe

Die Finanzierung der erforderlichen Investitionszahlungen für die Infrastrukturmaßnahmen zur Entwicklung der Harburger Schlossinsel erfolgt auf Grundlage der Bürgerschaftsdrucksache 19/6609 vom 29.06.2010 mit seinerzeit geschätzten Gesamtkosten von 43,4 Mio. Euro.

Davon sind ca. 39,4 Mio. Euro für Investitionen in Infrastruktur und 4 Mio. Euro u.a. für Grunderwerb vorgesehen. Um die eingesetzte Entwicklungsdynamik im Harburger Binnenhafen weiterhin zu unterstützen und die Sicherstellung der dafür erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen, unter anderem vorrangig durchzuführende Brückensanierungen, zu ermöglichen, ist die Beibehaltung der jährlichen investiven Raten erforderlich. Damit wird auch die Realisierung des Wohnungsbaupotentials von insgesamt bis zu 500 WE im östlichen Binnenhafen ermöglicht.

Zentrales Programm Finanzierung Wohnungsbau

Dieses Investitionsprogramm dient den gleichen Zwecken wie das Finanzierungsprogramm Wohnungsbauentwicklung, bietet als Zentrales Programm jedoch die Möglichkeit von Sollübertragungen an andere Einzelpläne (Bezirksämter oder andere Fachbehörden) für Projekte oder Maßnahmen, die von dort umgesetzt werden.

Hierzu zählen u.a. die Herstellung öffentlicher Grünanlagen, die Herstellung einer Wegeverbindung und Brücke im Bereich des Schleusengrabens sowie die Herrichtung von verkehrlichen Infrastrukturanlagen, welche direkt im Zusammenhang mit dem geplanten Wohnungsbau stehen.

Als Vorhaben sind u.a. die Schleusengrabenachse in Bergedorf mit insg. 2.000 Wohneinheiten, das Tarpenbeker Ufer in Groß Borstel mit 750 Wohneinheiten und die Harburger Brücken in Harburg mit 140 Wohneinheiten geplant.

Wilhelmsburger Reichsstraße

Diese Einzelinvestition steht im Zusammenhang mit dem Rückbau der Wilhelmsburger Reichsstraße. Dies sind Kosten i.H.v. 9.700 Tsd. Euro in 2017 für den Grunderwerb der Wilhelmsburger Reichsstraße vom Bund (Alttrasse der Wilhelmsburger Reichsstraße). Sie dienen der Entwicklung von überwiegend Wohnungsbauflächen, die für den LIG durch die IBA Hamburg GmbH entwickelt und vermarktet werden sollen sowie für die Integration der planfestgestellten Ausgleichsmaßnahmen des Bundes in die Parkanlage, die dem Bezirksamt Hamburg Mitte zugeordnet werden soll.

Infrastruktur Mitte Altona

Ausgelöst durch die Entscheidung der DB AG zur Verlagerung der Fern- und Regionalbahn vom Bahnhof Altona in den Bereich des S-Bahnhofes Diebsteich und durch das Freiwerden nicht mehr benötigter Bahn- und Industrieflächen an der Harkortstraße wurden 2007 vorbereitende Untersuchungen für eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme eingeleitet. Die freiwerdenden Bahn- und Industrieflächen an der Harkortstraße stehen bereits vor der Verlagerung der Fernbahn für eine Neuentwicklung zur Verfügung. Im 1. Entwicklungsabschnitt werden derzeit ca. 1.600 Wohneinheiten realisiert und im 2. Entwicklungsabschnitt weitere rund 1.900 Wohneinheiten geplant. Ein ergänzender Nutzungsmix mit wohnungsnahen Dienstleistungen, Nahversorgung, einer Stadtteilschule, weiterer sozialer Infrastruktur etc. ebenso wie die Realisierung eines ca. 8 ha großen Stadtteilparks sind geplant. Vor diesem Hintergrund ergibt sich ein zeitlicher Entwicklungshorizont von mindestens 15 Jahren, in dem zur Umsetzung der Planungen sowohl für den vorgezogenen südlichen Teil, als auch für die Flächen nördlich der Stresemannstraße umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen zu realisieren sind. Die angemeldeten Investitionsermächtigungen dienen zur Herstellung der öffentlichen Grünflächen

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

von rd. 8 ha im gesamten Masterplangebiet Mitte Altona. Im ersten Bauabschnitt an der Harkortstraße, der sich derzeit in der Realisierung befindet, wird ein rd. 2,4 ha großer neuer Stätteilpark entstehen. Dafür sind derzeit rd. 4,43 Mio. Euro vorgesehen. Der Park wird nicht nur für die neuen Anwohner Erholungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten bieten, sondern auch zur Rückhaltung bei Starkregenereignissen (Klimafolgeanpassung) dienen und einen Schulhof für die neu entstehende Stadtteilschule integrieren.

4.4.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung

Darlehen werden nicht geplant.

4.4.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung

Gesetzliche Leistungen werden nicht geplant

4.4.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung

Aus den Ermächtigungen der Produktgruppe 289.11 Landesplanung und Stadtentwicklung, Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und sonstige Kosten zu verursachen, dürfen Kosten bis zur Höhe von jeweils 20 Tsd. Euro aus Gründen der Billigkeit verursacht werden.

Die Ermächtigung der Produktgruppe 289.12 Zentrale Programme Landesplanung und Stadtentwicklung, Globale Mehrkosten zu verursachen, ist übertragbar.

Die Ermächtigungen in der Produktgruppe 289.11 Landesplanung und Stadtentwicklung, Kosten für Transferleistungen und Sonstige Kosten zu verursachen, sind übertragbar.

Die Ermächtigungen der Produktgruppe 289.11 Landesplanung und Stadtentwicklung, Kosten des Finanzergebnisses (Abschreibung auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens) zu verursachen, ist übertragbar. Die Übertragbarkeit ist erforderlich, um Vorsorge für außerplanmäßige Abschreibungen auf die Finanzanlage Sondervermögen Stadt und Hafen zu treffen. Die Erträge und Aufwendungen des Sondervermögens Stadt und Hafen unterliegen entwicklungsbedingt starken Schwankungen und einer hohen Prognoseunsicherheit (vgl. Erläuterungen zum Wirtschaftsplan in Anlage 2.2 zum Haushaltsplan des Einzelplans 6.1).

5 Ergebnis- und doppelte Finanzpläne der Aufgabenbereiche

5.1 Ergebnis- und doppelter Finanzplan des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)

5.1.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse aus laufender Verwaltungstätigkeit			632	1.723	1.727	1.731	1.735
2. Erlöse aus Transferleistungen							
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Erlöse aus aktivierten Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse			283	129	90	79	79
6. Erlöse aus Verrechnungen			2.096	3.621	3.698	3.722	3.779
7. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			6.416	8.520	8.545	8.872	8.669
8. Personalkosten		0	8.029	11.849	12.106	12.236	12.363
a) Kosten für Entgelte			4.006	4.564	4.671	4.701	4.726
b) Kosten für Bezüge		0	2.276	3.933	4.013	4.072	4.133
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter				0	0	0	0
d) Kosten für Sozialleistungen			898	1.119	1.142	1.153	1.163
e) Kosten für Versorgungsleistungen			849	2.233	2.280	2.310	2.341
9. Kosten für Transferleistungen			12.011	16.123	16.279	16.136	16.144
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten aus Abschreibungen			107	16.347	7.559	15.624	12.285
12. Sonstige Kosten			401	495	487	445	445
13. Kosten aus Verrechnungen			1.446	2.453	2.492	2.476	2.484
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	0	-25.400	-25.400	-50.314	-41.953	-50.257	-46.798
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens				0	0	0	0
20. Zinsen und ähnliche Kosten				1	1	1	1
21. Kosten aus Ergebnisausgleichsverträgen							
22. Finanzergebnis				-1	-1	-1	-1
23. Ordentliches Ergebnis (14 + 22)	0	-25.400	-25.400	-50.315	-41.954	-50.258	-46.799
24. Außerordentliche Erlöse							
25. Außerordentliche Kosten							
26. Außerordentliches Ergebnis							
27. Jahresergebnis (23 + 26)	0	-25.400	-25.400	-50.315	-41.954	-50.258	-46.799
28. Globale Mehrkosten			-675	2.984	3.077	2.698	4.549
29. Globale Minderkosten				-6.055	-6.388	-9.808	-9.923
30. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (27 - 28 - 29)	0	-24.725	-24.725	-47.244	-38.643	-43.148	-41.425

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

5.1.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit			3.011	1.798	1.802	1.806	1.810
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit		0	26.654	31.402	31.577	28.015	29.648
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit		0	-23.644	-29.604	-29.775	-26.209	-27.838
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen							
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen							
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden							
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen							
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			15	5	5	5	5
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Globale Minderauszahlungen				-504	-481	-459	-459
15. Saldo aus Investitionen			-15	499	476	454	454
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Saldo gegebene Darlehen							
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten							
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten							
24. Saldo aus durchlaufenden Posten							
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln		0	-23.659	-29.105	-29.299	-25.755	-27.384

--

5.2 Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung, Bodenordnung

5.2.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung, Bodenordnung

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse aus laufender Verwaltungstätigkeit				0	0	0	0
2. Erlöse aus Transferleistungen			26.515	35.697	35.697	35.697	17.000
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Erlöse aus aktivierten Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse			384	12.587	12.050	11.064	10.182
6. Erlöse aus Verrechnungen							
7. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			295	634	233	360	360
8. Personalkosten		0	4.572	5.360	5.418	5.501	5.650
a) Kosten für Entgelte			2.184	2.130	2.128	2.160	2.244
b) Kosten für Bezüge		0	1.384	1.724	1.765	1.792	1.818
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter				0	0	0	0
d) Kosten für Sozialleistungen			496	516	517	525	544
e) Kosten für Versorgungsleistungen			508	990	1.008	1.024	1.044
9. Kosten für Transferleistungen			158.231	178.459	193.980	191.633	193.574
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten aus Abschreibungen			1.144	3.987	4.606	5.486	6.428
12. Sonstige Kosten			334	2	2	2	2
13. Kosten aus Verrechnungen				21			
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	0	-137.677	-137.677	-140.179	-156.491	-156.221	-178.832
15. Erlöse aus Beteiligungen				0	0	0	0
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse				38	38	38	38
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens				0	0	0	0
20. Zinsen und ähnliche Kosten				0	0	0	0
21. Kosten aus Ergebnisausgleichsverträgen							
22. Finanzergebnis				38	38	38	38
23. Ordentliches Ergebnis (14 + 22)	0	-137.677	-137.677	-140.141	-156.453	-156.183	-178.794
24. Außerordentliche Erlöse							
25. Außerordentliche Kosten							
26. Außerordentliches Ergebnis							
27. Jahresergebnis (23 + 26)	0	-137.677	-137.677	-140.141	-156.453	-156.183	-178.794
28. Globale Mehrkosten			5.000	5.188	5.138	5.108	5.108
29. Globale Minderkosten				0	0	0	0
30. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (27 - 28 - 29)	0	-142.677	-142.677	-145.329	-161.591	-161.291	-183.902

--

5.2.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung, Bodenordnung

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit			26.515	35.735	35.735	35.735	17.038
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit		0	167.548	188.549	203.657	201.473	203.541
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit		0	-141.033	-152.814	-167.922	-165.738	-186.503
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen			5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen			8.765	9.258	9.414	9.464	9.464
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden							
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen							
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen							
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus Investitionen			-3.765	-4.258	-4.414	-4.464	-4.464
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen			44	6	6	2	2
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Saldo gegebene Darlehen			44	6	6	2	2
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten							
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten							
24. Saldo aus durchlaufenden Posten							
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln		0	-144.754	-157.066	-172.330	-170.200	-190.965

5.3 Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau

5.3.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse aus laufender Verwaltungstätigkeit			21.389	30.293	31.808	33.329	34.831
2. Erlöse aus Transferleistungen							
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Erlöse aus aktivierten Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse			111	3.103	2.613	1.934	1.554
6. Erlöse aus Verrechnungen				84			
7. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			7.519	12.649	13.696	14.816	16.126
8. Personalkosten		0	16.880	20.556	21.084	21.344	21.307
a) Kosten für Entgelte			9.132	9.616	9.805	9.887	9.898
b) Kosten für Bezüge		0	4.154	5.415	5.601	5.703	5.671
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter				0	0	0	0
d) Kosten für Sozialleistungen			1.990	2.184	2.233	2.254	2.253
e) Kosten für Versorgungsleistungen			1.604	3.341	3.445	3.500	3.485
9. Kosten für Transferleistungen				23	23	23	23
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten aus Abschreibungen			120	273	273	117	107
12. Sonstige Kosten			812	2.337	2.376	2.323	2.323
13. Kosten aus Verrechnungen				1	1	1	1
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	0	-3.832	-3.832	-2.359	-3.032	-3.361	-3.502
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
20. Zinsen und ähnliche Kosten				0	0	0	0
21. Kosten aus Ergebnisausgleichsverträgen							
22. Finanzergebnis				0	0	0	0
23. Ordentliches Ergebnis (14 + 22)	0	-3.832	-3.832	-2.359	-3.032	-3.361	-3.502
24. Außerordentliche Erlöse							
25. Außerordentliche Kosten							
26. Außerordentliches Ergebnis							
27. Jahresergebnis (23 + 26)	0	-3.832	-3.832	-2.359	-3.032	-3.361	-3.502
28. Globale Mehrkosten				0	0	0	0
29. Globale Minderkosten							
30. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (27 - 28 - 29)	0	-3.832	-3.832	-2.359	-3.032	-3.361	-3.502

--

5.3.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit			21.406	30.832	32.347	33.868	35.370
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit		0	23.379	31.899	33.397	34.664	35.954
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit		0	-1.973	-1.067	-1.050	-796	-584
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen							
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen							
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden							
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen							
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen							
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus Investitionen							
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Saldo gegebene Darlehen							
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten							
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten							
24. Saldo aus durchlaufenden Posten							
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln		0	-1.973	-1.067	-1.050	-796	-584

5.4 Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung

5.4.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse aus laufender Verwaltungstätigkeit				0	0	0	0
2. Erlöse aus Transferleistungen							
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Erlöse aus aktivierten Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse			17	17	17	17	17
6. Erlöse aus Verrechnungen							
7. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			2.492	2.040	2.033	1.813	1.813
8. Personalkosten		0	5.451	6.820	7.010	7.039	6.895
a) Kosten für Entgelte			2.580	3.023	3.110	3.097	3.011
b) Kosten für Bezüge		0	1.672	1.935	1.987	2.017	1.994
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugs- charakter				0	0	0	0
d) Kosten für Sozialleistungen			588	701	720	720	702
e) Kosten für Versorgungsleistungen			611	1.161	1.192	1.206	1.188
9. Kosten für Transferleistungen				3.100	0		
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten aus Abschreibungen			2.579	255	647	1.009	1.335
12. Sonstige Kosten			158	198	198	198	198
13. Kosten aus Verrechnungen							
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	0	-10.664		-12.396	-9.870	-10.042	-10.224
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens				0	10.096	9.819	10.720
20. Zinsen und ähnliche Kosten				0	0	0	0
21. Kosten aus Ergebnisausgleichsverträgen							
22. Finanzergebnis				0	-10.096	-9.819	-10.720
23. Ordentliches Ergebnis (14 + 22)	0	-10.664		-12.396	-19.966	-19.861	-20.944
24. Außerordentliche Erlöse							
25. Außerordentliche Kosten							
26. Außerordentliches Ergebnis							
27. Jahresergebnis (23 + 26)	0	-10.664		-12.396	-19.966	-19.861	-20.944
28. Globale Mehrkosten			2.170	2.170	2.150	2.150	2.150
29. Globale Minderkosten				0			
30. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (27 - 28 - 29)	0	-12.834		-14.566	-22.116	-22.011	-23.094

--

5.4.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit		0	2	2	2	2	2
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit		0	9.568	13.051	10.079	9.874	9.748
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit		0	-9.566	-13.049	-10.077	-9.872	-9.746
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen							
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen							
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden				9.700			
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen			16.546	16.400	15.074	13.888	13.888
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen							
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus Investitionen			-16.546	-26.100	-15.074	-13.888	-13.888
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Saldo gegebene Darlehen							
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten							
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten							
24. Saldo aus durchlaufenden Posten							
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln		0	-26.112	-39.149	-25.151	-23.760	-23.634

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2017/2018

Stellenplan und Stellenübersichten

Einzelplan 6.1

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

I. Stellenbestand

kw 2017/ 18	kw 2019	kw 2020	kw 2021	kw >2021	kw o.T.	Vemerke
						Anzahl der kw-Stellen 1,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 2,00 Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte ¹⁾	Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer		Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen	Stellen- nachwuchs*	Stellen	Stellen- nachwuchs*	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9
286	Steuerung u. Service	2017/18	65,50			105,31		170,81
		2016	0,00			0,00		0,00
287	Wohnen + SB	2017/18	39,00			33,61		72,61
		2016	0,00			0,00		0,00
288	Bauordnung & Hochbau	2017/18	94,00			179,50		273,50
		2016	0,00			0,00		0,00
289	L.-planung&Stadtentw	2017/18	47,90			52,92		100,82
		2016	0,00			0,00		0,00
	gesamt:	2017/18	246,40	0,00	0,00	371,34	0,00	617,74
		2016	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2016) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2017/18.

Die vom Senat beantragten Stellenveränderungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten; sie werden im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Mit vorgesehenen Einsparungen konkret verbundene Stellenabgänge werden - soweit sie im vorliegenden Druck nicht bereits vollzogen sind - jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen (z.B. Stellen noch besetzt) bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung nicht vollzogen werden können, werden entsprechend § 25 LHO mit kw-Vermerken versehen.

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kap./AufgBer.	Anzahl der Stellen 2016	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2016				Stellenplan 2017/ 18	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2017/ 18	2017/ 18/ 2016
1	2	3	4	Zugang	Abgang	7	8	9	10
6.1	286 Steuerung u. Service	0,00		175,20	-3,00		-1,39	170,81	170,81
	287 Wohnen + SB	0,00		72,61				72,61	72,61
	288 Bauordnung & Hochbau	0,00		274,50	-1,00			273,50	273,50
	289 L.-planung&Stadtentw	0,00	-3,00	103,82				100,82	100,82
	Summe:	0,00	-3,00	+626,13	-4,00	+0,00	-1,39	617,74	617,74

I. Stellenbestand

kw 2017/ 18	kw 2019	kw 2020	kw 2021	kw >2021	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 1,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 2,00 Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
B 9	1,00			0,00	
B 4	1,00			0,00	
A 16	3,00	1,00	4)	0,00	<i>Rückverlagerung in den Einzelplan 3.3 im Austausch mit einer B3-Stelle Leitender Regie- rungsdirektor aus dem Aufgabenbereich 251 spätestens nach Ausscheiden des dor- tigen Stelleninhabers</i>
A 15	6,00			0,00	
A 14	14,00			0,00	
A 13	3,00			0,00	
A 13	3,00	1,00	3)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat nach Ende des Auftragszeitraumes für die Einheit Flächenkoordinator</i>
A 12	8,50			0,00	
A 11	13,00			0,00	
A 10	3,00			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
B 4				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 16				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 15				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 15				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 14				13,00					13,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel L10; Aufgabenver- lagerung Zentrale Vergabeaufsicht zum LSBG
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 12				7,50					7,50	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 12			-1,00						-1,00	gem. Art. 11 Nr. 11 Haushaltsbeschluss
A 12				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 288; Stellenverla- gerung
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel L10; Aufgabenver- lagerung Zentrale Vergabeaufsicht zum LSBG
A 11				13,00					13,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 10				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18		alter Vermerk 2016
A 13	3)	kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat nach Ende des Auftragszeitraumes für die Einheit Flächenkoordinator	
A 16	4)	1,00 Rückverlagerung in den Einzelplan 3.3 im Austausch mit einer B3-Stelle Leitender Regierungsdirektor aus dem Aufgabenbereich 251 spätestens nach Ausscheiden des dortigen Stelleninhabers	

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 9	2,00			0,00	
A 9	1,00			0,00	
A 8	4,00			0,00	
A 7	2,00			0,00	
A 6	1,00			0,00	
Summe:	65,50			0,00	

B 9 Oberbaudirektorin/ Oberbaudirektor (1,00)
 B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (3,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (3,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (3,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (13,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (3,00)
 A 13 Baurätin/Baurat (1,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (2,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (6,50), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (2,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (13,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (3,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (2,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (4,00)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (2,00)
 A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 13	1,00			0,00	
Summe:	1,00			0,00	

A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2017/ 18				2016	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 53 (1)	
A 13	1,00			0,00	Nr. 7	
gesamt:	1,00			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-1,00	58,50	-2,00				55,50	
A 9				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 8				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 7				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	0,00	-1,00	68,50	-2,00	0,00	0,00	0,00	65,50	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	2,00			0,00	
E 14	7,00			0,00	
E 13	3,00			0,00	
E 12	3,00			0,00	
E 11	1,00			0,00	
E 10	4,00			0,00	
E 9	6,00			0,00	
E 9	1,00			0,00	
E 8	22,25			0,00	
E 6	23,00			0,00	
E 5	12,50			0,00	
E 4	5,00			0,00	
E 3	3,00	1,00	2)	0,00	kw: 1,00 EntgGr. E 3 nach Freiverden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
E 2 ü	3,00	1,00	1)	0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 15							1,00		1,00	Tarifrechtliche Neubewertung
E 14				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 13				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 13							-1,00		-1,00	Tarifrechtliche Neubewertung
E 12				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 10				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 9				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 8				22,25					22,25	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 6				23,00					23,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 5				13,50					13,50	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 5					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel L10; Aufgabenver- lagerung Zentrale Vergabeaufsicht zum LSBG
E 4				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 3				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 2 ü				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	0,00	0,00	96,75	-1,00	0,00	0,00	0,00	95,75	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	-0,39	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,39	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>										
	0,00	0,00	-0,39	96,75	-1,00	0,00	0,00	0,00	95,36	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 2	9,56			0,00	
Summe:	105,31			0,00	
Summe (ohne) insgesamt	170,81			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 2				9,95					9,95	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisa- tion Drs 21/520
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	-1,39	165,25	-3,00	0,00	0,00	0,00	160,86	

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	1,00			0,00	
A 16	3,00			0,00	
A 15	3,00			0,00	
A 14	4,00			0,00	
A 13	8,00			0,00	
A 13	1,00			0,00	
A 12	7,00			0,00	
A 11	10,00			0,00	
A 10	2,00			0,00	
Summe:	39,00			0,00	

B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (2,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (3,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (3,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (5,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (3,00)
 A 13 Baurätin/Baurat (1,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (4,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (3,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (5,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (5,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00)

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	1,00			0,00	
A 10	1,00			0,00	
Summe:	2,00			0,00	

A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2017/ 18				2016	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 53 (1)	
A 14	1,00			0,00	Nr. 6	
A 10	1,00			0,00	Nr. 7	
gesamt:	2,00			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 261; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 16				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 261; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 261; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 15				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 261; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 14				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 261; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 261; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 261; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 13				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 261; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 261; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 12				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 261; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 12				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 261; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 11				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 261; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 11				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 261; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 10				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 261; Umorganisa- tion Drs 21/520
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	0,00	39,00	0,00	0,00	0,00	0,00	39,00	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	2,00			0,00	
E 14	7,00			0,00	
E 13	8,00			0,00	
E 12	1,00			0,00	
E 11	2,00			0,00	
E 10	2,00			0,00	
E 9	2,00			0,00	
E 8	5,00			0,00	
E 6	4,00			0,00	
E 3	0,61			0,00	
Summe:	33,61			0,00	
Summe (ohne) insgesamt	72,61			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 261; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 14				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 261; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 13				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 261; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 261; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 11				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 261; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 10				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 261; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 9				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 261; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 8				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 261; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 6				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 261; Umorganisa- tion Drs 21/520
Summe Arbeitnehmer										
	0,00	0,00	0,00	33,00	0,00	0,00	0,00	0,00	33,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,61	0,00	0,00	0,00	0,00	0,61	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	33,61	0,00	0,00	0,00	0,00	33,61	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	72,61	0,00	0,00	0,00	0,00	72,61	

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vemerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vemerke Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	1,00			0,00	
A 16	4,00			0,00	
A 15	12,00			0,00	
A 14	12,00			0,00	
A 13	10,00			0,00	
A 13	10,00			0,00	
A 12	23,00			0,00	
A 11	21,00			0,00	
A 10	1,00			0,00	
Summe:	94,00			0,00	

B 4 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
 A 16 Finanzpräsidentin/ Finanzpräsident (1,00), Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (3,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (12,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (10,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (9,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
 A 13 Baurätin/Baurat (10,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (1,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (22,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (2,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (19,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)

2017/ 18				2016	Vemerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vemerke Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 13	1,00			0,00	
Summe:	1,00			0,00	

A 13 Baurätin/ Baurat (1,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2017/ 18				2016	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 53 (1)	
A 13	1,00			0,00	Nr. 6	
gesamt:	1,00			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 16				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 15				12,00					12,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 14				10,00					10,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 14				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 13				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 13				10,00					10,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 12				23,00					23,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 286; Stellenverlage- rung
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 11				19,00					19,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 11				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	0,00	0,00	95,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	94,00	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	3,00			0,00	
E 14	11,00			0,00	
E 13	18,00			0,00	
E 12	65,50			0,00	
E 11	29,00			0,00	
E 10	6,00			0,00	
E 9	13,00			0,00	
E 9	2,00			0,00	
E 8	9,00			0,00	
E 6	12,00			0,00	
E 5	9,00			0,00	
E 3	1,00			0,00	
E 2	1,00			0,00	
Summe:	179,50			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	273,50			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 14				11,00					11,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 13				18,00					18,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 12				65,50					65,50	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 11				29,00					29,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 10				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 9				13,00					13,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 9				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 8				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 6				12,00					12,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 5				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 2				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Umorganisa- tion Drs 21/520
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	0,00	0,00	179,50	0,00	0,00	0,00	0,00	179,50	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	274,50	-1,00	0,00	0,00	0,00	273,50	

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vemerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			0,00	
A 16	3,00			0,00	
A 15	4,00			0,00	
A 14	11,90			0,00	
A 13	11,00			0,00	
A 12	3,00			0,00	
A 11	8,00			0,00	
A 10	5,00			0,00	
A 9	1,00			0,00	
Summe:	47,90			0,00	

B 6	Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
A 16	Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (3,00)
A 15	Baudirektorin/ Baudirektor (4,00)
A 14	Oberbaurätin/ Oberbaurat (10,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,90)
A 13	Baurätin/ Baurat (10,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
A 12	Amtsärztin/ Amtsarzt (1,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (2,00)
A 11	Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (4,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (4,00)
A 10	Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (3,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (2,00)
A 9	Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 16				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 15				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 14				10,00					10,00	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 14				1,90					1,90	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 13				10,00					10,00	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 12				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 11				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 11				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 10				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 10				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
Summe Beamtinnen/ Beamte		0,00	0,00	0,00	47,90	0,00	0,00	0,00	47,90	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	1,00			0,00	
E 15	3,00			0,00	
E 14	5,50			0,00	
E 13	15,25			0,00	
E 12	8,67			0,00	
E 11	2,00			0,00	
E 9	4,00			0,00	
E 8	8,00			0,00	
E 6	4,50			0,00	
E 3	1,00			0,00	
Summe:	52,92			0,00	
Summe (ohne) insgesamt	100,82			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 15				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 14				5,50					5,50	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 13				17,25					17,25	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 13							1,00		1,00	Neubewertung
E 13	-3,00								-3,00	Nach Beendigung des Projekts Olympiabewer- bung Sommerspiele 2024
E 12				8,67					8,67	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 11				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 11							-1,00		-1,00	Neubewertung
E 9				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 8				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 6				4,50					4,50	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
E 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Umorganisa- tion Drs 21/520
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	-3,00	0,00	0,00	55,92	0,00	0,00	0,00	0,00	52,92	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-3,00	0,00	0,00	103,82	0,00	0,00	0,00	0,00	100,82	

Stellenplan und Stellenübersichten

Einzelplan 6

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

I. Stellenbestand

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte ¹⁾	Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer		Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen	Stellen- nachwuchs*	Stellen	Stellen- nachwuchs*	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9
260	Steuerung & Service	2017/18	0,00		0,00	0,00		0,00
		2016	151,00		30,00	144,93		295,93
261	Wohnen + SB	2017/18	0,00			0,00		0,00
		2016	41,00			33,61		74,61
262	Bauordnung & Hochbau	2017/18	0,00			0,00		0,00
		2016	100,00			209,50		309,50
263	L. & L.-planung	2017/18	0,00			0,00		0,00
		2016	62,90			80,72		143,62
264	Umweltschutz	2017/18	0,00			0,00		0,00
		2016	60,00			148,95		208,95
265	NR	2017/18	0,00			0,00		0,00
		2016	31,50			66,03		97,53
266	IB	2017/18	0,00			0,00		0,00
		2016	64,00			97,19		161,19
	gesamt:	2017/18	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		2016	510,40	0,00	30,00	780,93	0,00	1.291,33

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2016) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2017/18.

Die vom Senat beantragten Stellenveränderungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten; sie werden im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Mit vorgesehenen Einsparungen konkret verbundene Stellenabgänge werden - soweit sie im vorliegenden Druck nicht bereits vollzogen sind - jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen (z.B. Stellen noch besetzt) bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung nicht vollzogen werden können, werden entsprechend § 25 LHO mit kw-Vemerken versehen.

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kap./AufgBer.	Anzahl der Stellen 2016	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2016				Stellenplan 2017/ 18	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2017/ 18	2017/ 18/ 2016
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
6	260 Steuerung & Service	295,93	-5,00	13,00	-316,18	18,25	-6,00	0,00	-295,93
	261 Wohnen + SB	74,61			-74,61			0,00	-74,61
	262 Bauordnung & Hochbau	309,50		2,00	-302,50		-9,00	0,00	-309,50
	263 L. & L.-planung	143,62	-11,00	4,00	-141,12	6,00	-1,50	0,00	-143,62
	264 Umweltschutz	208,95	-15,00	7,00	-207,95	8,50	-1,50	0,00	-208,95
	265 NR	97,53	-4,00	51,30	-149,83	5,00		0,00	-97,53
	266 IB	161,19	-4,00	4,00	-163,19	2,00		0,00	-161,19
	Summe:	1291,33	-39,00	+81,30	-1355,38	+39,75	-18,00	0,00	-1291,33

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 9	0,00			1,00	
B 4	0,00			2,00	
B 3	0,00			1,00	
A 16	0,00	1,00	1)	8,00	Vermerk weggefallen
		1,00	2)		Vermerk weggefallen
A 15	0,00			10,00	
A 14	0,00			26,50	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
B 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
B 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 16	-1,00								-1,00	nach Beendigung der Aufgabe Flächensani- erung
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 239; Umwelterzie- hung und Klimaschutz, personalwirtschaftli- che Maßnahme
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; stellenwirt- schaftliche Maßnahme
A 15					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 15					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 262; stellenwirt- schaftliche Maßnahme
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Personalwirt- schaftliche Maßnahme
A 15					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-13,00				-13,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-10,50				-10,50	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
A 16	1) weggefallen	1,00 Rückverlagerung in den Einzelplan 3.3 im Austausch mit einer B3-Stelle Leitender Regierungsdirektor aus dem Aufgabenbereich 251 spätestens nach Ausscheiden des dortigen Stelleninhabers kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
A 16	2) weggefallen	

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vemerke
Vertigkei	Anzahl	davon	Vemer	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 14		1,00	3)		<i>Vemer weggefallen</i>
A 13	0,00			11,00	
A 13	0,00	1,00	4)	7,00	<i>Vemer weggefallen</i>
A 12	0,00			26,50	
A 11	0,00			28,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00			3,00	-47,50				-45,50	
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 263; Personalwirt- schaftliche Maßnahme
A 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 12		1,00							1,00	gem. Art. 11 Nr. 11 Haushaltsbeschluss
A 12					-7,50				-7,50	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 12					-17,00				-17,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel L12; Stellentausch, stellenwirtschaftliche Gründe
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel L12; Stellentausch, stellenwirtschaftliche Gründe
A 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 11			-1,00						-1,00	gem. Art. 11 Nr. 11 Haushaltsbeschluss
A 11					-13,00				-13,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
A 14	3)	weggefallen	1,00 Rückverlagerung in ein Schulkapitel nach Freiwerden der Stelle
A 13	4)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat nach Ende des Auftragszeitraumes für die Einheit Flächenkoordinator

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 10	0,00			11,00	
A 9	0,00			3,00	
A 9	0,00			6,00	
A 8	0,00			6,00	
A 7	0,00			3,00	
A 6	0,00			1,00	
Summe:	0,00			151,00	

B 9 Oberbaudirektorin/ Oberbaudirektor (0,00)
 B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
 B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (0,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (0,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
 A 13 Baurätin/Baurat (0,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (0,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (0,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)
 A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (0,00)

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	0,00			2,00	
A 13	0,00			2,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	1,00	-1,00	4,00	-111,00	1,00			-107,00	
A 11					-12,00				-12,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 11					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 10					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 10					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 9					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 8					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 8					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 7					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	-1,00	1,00	-1,00	4,00	-157,00	1,00	0,00	0,00	-153,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	2,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	-1,00	1,00	-1,00	4,00	-157,00	3,00	0,00	0,00	-151,00	

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 8	0,00			1,00	
Summe:	0,00			5,00	

A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*					
Nachwuchs hD	0,00			25,00	
Nachwuchs gD	0,00			5,00	
Summe:	0,00			30,00	

Nachwuchs hD Baureferendarin/ Baureferendar (0,00)
 Nachwuchs gD Technische Oberinspektor-Anwärterin/ Technischer Oberinspektor-Anwärter (0,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2017/ 18				2016	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 53 (1)	
A 14	0,00			1,00	Nr. 3	
A 14	0,00			1,00	Nr. 7	
A 13	0,00			1,00	Nr. 7	
A 13	0,00			1,00	Nr. 6	
A 8	0,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	0,00			5,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Nachwuchs hD					-25,00				-25,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
Nachwuchs gD					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
<i>Summe Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-30,00	0,00	0,00	0,00	-30,00	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	0,00			0,00	
E 15	0,00			1,00	
E 14	0,00			8,00	
E 13	0,00			11,50	
E 12	0,00			5,00	
E 11	0,00			3,00	
E 10	0,00	0,73	5)	5,73	Vermerk weggefallen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü		1,00							1,00	Intendanzausstattung nach Behördengrün- dung
E 15 ü					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
E 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 265; Personalwirt- schaftliche Maßnahme
E 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
E 14					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 14		6,25							6,25	Intendanzausstattung nach Behördengrün- dung
E 14					-7,25				-7,25	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
E 13			-1,00						-1,00	Beendigung der Freistellung für den Perso- nalrat, Art. 11 Nr. 11 HHB
E 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Personalwirt- schaftliche Maßnahme
E 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 265; Personalwirt- schaftliche Maßnahme
E 13					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 13		3,00							3,00	Intendanzausstattung nach Behördengrün- dung
E 13					-12,50				-12,50	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
E 12					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
E 11		4,00							4,00	Intendanzausstattung nach Behördengrün- dung
E 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 11					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
E 10	-3,00								-3,00	kw; nach Beendigung des Projekts ELDORADO - flächendeckende Einführung der elektronischen Akte in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 10	5)	weggefallen	kw: 0,73 EntgGr. E 10 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)

Einzelplan 6
Kap./ Aufg.Ber. 260

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Steuerung und Service (Zentrale Aufgaben und Recht)

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 10		3,00	6)		<i>Vermerk weggefallen</i>
E 9	0,00			14,00	
E 9	0,00			1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 8	0,00			33,25	
E 6	0,00	1,00	7)	22,00	
E 5	0,00			17,50	
E 4	0,00			4,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-3,00	14,25	-1,00	5,00	-45,75	-1,00			-31,50	
E 10					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 10		2,00							2,00	Intendanzausstattung nach Behördengrün- dung
E 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
E 9					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 9					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
E 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 266; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
E 8					-22,25				-22,25	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 8					-11,00				-11,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
E 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
E 6	-1,00								-1,00	kw; nach Beendigung des Projekts ELDORADO - flächendeckende Einführung der elektronischen Akte in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
E 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 264; Personalwirt- schaftliche Maßnahme
E 6					-23,00				-23,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 5			-2,00						-2,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 5					-13,50				-13,50	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 5					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
E 4					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 4		1,00							1,00	Intendanzausstattung nach Behördengrün- dung

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 10	6)	weggefallen	kw: 3,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Projekts ELDORADO - flächendeckende Einführung der elektronischen Akte in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 3	0,00	1,00	8)	6,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 2 ü	0,00	1,00	9)	3,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 2	0,00			9,95	
Summe:	0,00			144,93	
Summe (ohne) insgesamt	0,00			295,93	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-4,00	17,25	-3,00	9,00	-141,50	-1,00			-123,25	
E 3			-2,00						-2,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 3					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
E 2 ü					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 2					-9,95				-9,95	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
Summe Arbeitnehmer	-4,00	17,25	-5,00	9,00	-158,45	-1,00	0,00	0,00	-142,20	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,73	0,00	0,00	0,00	-0,73	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	0,00	0,00	-2,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	-4,00	17,25	-5,00	9,00	-159,18	-3,00	0,00	0,00	-144,93	
Summe (ohne *) insgesamt	-5,00	18,25	-6,00	13,00	-316,18	0,00	0,00	0,00	-295,93	

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	0,00			1,00	
A 16	0,00			3,00	
A 15	0,00			3,00	
A 14	0,00			6,00	
A 13	0,00			8,00	
A 13	0,00			1,00	
A 12	0,00			7,00	
A 11	0,00			10,00	
A 10	0,00			2,00	
Summe:	0,00			41,00	

B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
 A 13 Baurätin/Baurat (0,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	0,00			1,00	
A 10	0,00			1,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
A 15					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 241; personalwirt- schaftliche Maßnahme
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel L09; stellenwirt- schaftliche Maßnahme
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
A 12					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
A 12					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
A 11					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
A 11					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
A 10					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
Summe Beamtinnen/ Beamte		0,00	0,00	0,00	-41,00	0,00	0,00	0,00	-41,00	

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vemerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vemerke Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
Summe:	0,00			2,00	

A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2017/ 18				2016	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 53 (1)	
A 14	0,00			1,00	Nr. 6	
A 10	0,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	0,00			2,00		

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	0,00			2,00	
E 14	0,00			7,00	
E 13	0,00			8,00	
E 12	0,00			1,00	
E 11	0,00			2,00	
E 10	0,00			2,00	
E 9	0,00			2,00	
E 8	0,00			5,00	
E 6	0,00			4,00	
E 3	0,00			0,61	
Summe:	0,00			33,61	
Summe (ohne) insgesamt	0,00			74,61	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
E 14					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
E 13					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
E 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
E 11					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
E 10					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
E 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
E 8					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
E 6					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
Summe Arbeitnehmer										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-33,00	0,00	0,00	0,00	-33,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,61	0,00	0,00	0,00	-0,61	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-33,61	0,00	0,00	0,00	-33,61	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-74,61	0,00	0,00	0,00	-74,61	

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vemerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vemerke Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	0,00			1,00	
A 16	0,00			4,00	
A 15	0,00			16,00	
A 14	0,00			13,00	
A 13	0,00			10,00	
A 13	0,00			10,00	
A 12	0,00			24,00	
A 11	0,00			21,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 264; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 260; stellenwirt- schaftliche Maßnahme
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; Personalwirt- schaftliche Maßnahme
A 15					-12,00				-12,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturie- rung der Behörden, Drucksache 21/520
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; stellenwirt- schaftliche Maßnahme
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel L12; personalwirt- schaftliche Maßnahme
A 14						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 14					-10,00				-10,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturie- rung der Behörden, Drucksache 21/520
A 14					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-9,00				-9,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-10,00				-10,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 12					-23,00				-23,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 11					-19,00				-19,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 10	0,00			1,00	
Summe:	0,00			100,00	

B 4 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (0,00)
 A 16 Finanzpräsidentin/ Finanzpräsident (0,00), Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
 A 13 Baurätin/Baurat (0,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (0,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (0,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 13	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

A 13 Baurätin/ Baurat (0,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2017/ 18				2016	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 53 (1)	
A 13	0,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	0,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				1,00	-99,00	1,00			-97,00	
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel L12; personalwirtschaftliche Maßnahme
A 11					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	0,00	0,00	2,00	-103,00	1,00	0,00	0,00	-100,00	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	0,00			4,00	
E 14	0,00			14,00	
E 13	0,00			19,00	
E 12	0,00			75,50	
E 11	0,00			31,00	
E 10	0,00			7,00	
E 9	0,00			22,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 264; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
E 15					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 14						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 14					-11,00				-11,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 14					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturie- rung der Behörden, Drucksache 21/520
E 13							1,00		1,00	tarifliche Neubewertung
E 13					-18,00				-18,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 263; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme im Zusammenhang mit den Olympia-Planungen
E 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturie- rung der Behörden, Drucksache 21/520
E 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 263; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
E 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 264; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
E 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 266; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
E 12			-2,00						-2,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 12							-1,00		-1,00	tarifliche Neubewertung
E 12					-65,50				-65,50	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 12					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturie- rung der Behörden, Drucksache 21/520
E 11			-2,00						-2,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 11					-29,00				-29,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 10			-1,00						-1,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 10					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 264; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
E 9			-2,00						-2,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 9	0,00			2,00	
E 8	0,00			9,00	
E 6	0,00			14,00	
E 5	0,00			10,00	
E 3	0,00			1,00	
E 2	0,00			1,00	
Summe:	0,00			209,50	
Summe (ohne) insgesamt	0,00			309,50	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-7,00		-146,50	-1,00			-154,50	
E 9					-13,00				-13,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 9					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturie- rung der Behörden, Drucksache 21/520
E 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 8					-9,00				-9,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 6			-1,00						-1,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
E 6					-12,00				-12,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 5			-1,00						-1,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 5					-9,00				-9,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 2					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	0,00	-9,00	0,00	-199,50	-1,00	0,00	0,00	-209,50	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	-9,00	2,00	-302,50	0,00	0,00	0,00	-309,50	

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vemerke
Vertigkei	Anzahl	davon	Vemer	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	0,00			1,00	
A 16	0,00			4,00	
A 15	0,00	1,00	1)	5,00	Vemer weggefallen
A 14	0,00			15,90	
A 13	0,00	6,00	2)	15,00	Vemer weggefallen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 15	-1,00								-1,00	kw nach Beendigung des Projekts Ausbau BAB A 7- Landschaftsplanerische Überdeckung der Autobahn, spätestens 31.12.2014
A 15					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-10,00				-10,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 14					-1,90				-1,90	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 13	-3,00								-3,00	nach Beendigung des Projekts Ausbau BAB A7 - Landschaftsplanerische und städtebauliche Planungen im Zusammenhang mit der Überdeckung der Autobahn, spätestens 31.12.2014
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 260; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 13	-3,00								-3,00	kw nach Beendigung des Projekts Ausbau BAB A 7- Landschaftsplanerische Überdeckung der Autobahn, spätestens 31.12.2014
A 13							1,00		1,00	stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 13					-10,00				-10,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
A 15	1)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung des Projekts Ausbau BAB A7 - Landschaftsplanerische und städtebauliche Planungen im Zusammenhang mit der Überdeckung der Autobahn, spätestens 31.12.2014
A 13	2)	weggefallen	kw: 6,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Projekts Ausbau BAB A7 - Landschaftsplanerische und städtebauliche Planungen im Zusammenhang mit der Überdeckung der Autobahn, spätestens 31.12.2014

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 12	0,00			4,00	
A 11	0,00	1,00	3)	10,00	Vermerk weggefallen
A 10	0,00	1,00	4)	7,00	Vermerk weggefallen
A 9	0,00			1,00	
Summe:	0,00			62,90	

B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (0,00)
 A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (0,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-7,00			1,00	-36,90	2,00			-40,90	
A 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 264; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 11	-1,00								-1,00	nach Freiwerden der Stelle
A 11					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 264; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 11					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 10	-1,00								-1,00	nach Beendigung des Projekts Ausbau BAB A7 - Landschaftsplanerische und städtebauliche Planungen im Zusammenhang mit der Überdeckung der Autobahn, spätestens 31.12.2014
A 10					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 10					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	-9,00	0,00	0,00	2,00	-57,90	2,00	0,00	0,00	-62,90	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
A 11	3) weggefallen	kw. 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Freiwerden der Stelle

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	0,00			1,00	
E 15	0,00			4,00	
E 14	0,00			10,50	
E 13	0,00			20,55	
E 12	0,00	1,00	5)	15,67	Vermerk weggefallen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
E 15					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
E 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 14						-1,00			-1,00	stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 14					-5,50				-5,50	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
E 14					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 13		3,00							3,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 13		3,00							3,00	Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2024
E 13					-8,30				-8,30	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Stellenwirtschaftliche Maßnahme im Zusammenhang mit den Olympia-Planungen
E 13					-17,25				-17,25	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
E 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 12	-1,00								-1,00	nach Freiwerden der Stelle
E 12					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 12					-8,67				-8,67	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18		alter Vermerk 2016
E 12	5) weggefallen		kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Freiwerden der Stelle

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 11	0,00			7,00	
E 9	0,00			4,00	
E 8	0,00	1,00	6)	10,00	Vermerk weggefallen
E 6	0,00			7,00	
E 3	0,00			1,00	
Summe:	0,00			80,72	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			143,62	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	6,00		2,00	-56,72	-2,00			-51,72	
E 11					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
E 11					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 9					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
E 8	-1,00								-1,00	kw nach Beendigung des Projekts Ausbau BAB A7 - Landschaftsplanerische und städtebauliche Plaungen im Zusammenhang mit der Überdeckungung des Autobahn, spätestens 31.12.2014
E 8					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
E 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 6			-1,50						-1,50	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 6					-4,50				-4,50	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
E 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
Summe Arbeitnehmer										
	-2,00	6,00	-1,50	2,00	-83,22	-2,00	0,00	0,00	-80,72	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-11,00	6,00	-1,50	4,00	-141,12	0,00	0,00	0,00	-143,62	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	0,00			1,00	
B 3	0,00			1,00	
A 16	0,00			3,00	
A 15	0,00	2,00	1)	10,00	Vermerk weggefallen
A 14	0,00			11,00	
A 13	0,00	1,00	2)	12,00	Vermerk weggefallen
A 13	0,00			2,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 266; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
A 15	-2,00								-2,00	nach Beendigung der Aufgabe Flächensani- erung
A 15					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 266; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
A 14					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 13						3,00			3,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13	-1,00								-1,00	nach Beendigung der Aufgabe Flächensani- erung
A 13					-10,00				-10,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 266; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
A 13					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18		alter Vermerk 2016
A 15	1)	weggefallen	kw: 2,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Auf- gabe Flächensanierung
A 13	2)	weggefallen	

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 12	0,00			4,00	
A 11	0,00			10,00	
A 10	0,00			3,00	
A 9	0,00			0,00	
A 8	0,00			2,00	
A 7	0,00			1,00	
Summe:	0,00			60,00	

B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
 B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00), Leitende Direktorin/ Leitender Direktor des Geologischen Landesamtes (0,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
 A 13 Baurätin/Baurat (0,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (0,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 15	0,00			1,00	
A 14	0,00			1,00	
A 13	0,00			1,00	
A 12	0,00			6,00	
A 11	0,00			4,00	
A 10	0,00			3,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-3,00			2,00	-42,00	3,00			-40,00	
A 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 263; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 208; Vertrag für Hamburg Wohnungsneubau
A 11					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
A 11					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 10					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 8					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	-3,00	0,00	0,00	3,00	-66,00	3,00	0,00	0,00	-63,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	0,00	0,00	3,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	-3,00	0,00	0,00	3,00	-66,00	6,00	0,00	0,00	-60,00	

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 9	0,00			3,00	
A 8	0,00			3,00	
Summe:	0,00			22,00	

A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2017/ 18				2016	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 53 (1)	
A 15	0,00			1,00	Nr. 5	
A 14	0,00			1,00	Nr. 5	
A 13	0,00			1,00	Nr. 5	
A 12	0,00			2,00	Nr. 5	
A 12	0,00			4,00	Nr. 5	
A 11	0,00			3,00	Nr. 5	
A 11	0,00			1,00	Nr. 5	
A 10	0,00			3,00	Nr. 5	
A 9	0,00			3,00	Nr. 5	
A 8	0,00			3,00	Nr. 5	
gesamt:	0,00			22,00		

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
SAV hD	0,00			0,00	
E 15	0,00			3,00	
E 14	0,00	1,00	3)	18,00	Vermerk weggefallen
E 13	0,00	1,00	4)	58,45	Vermerk weggefallen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
SAV hD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 266; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
SAV hD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
E 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 15					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
E 15		1,00							1,00	Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2024
E 14		1,00							1,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 14	-1,00								-1,00	nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
E 14					-18,00				-18,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
E 13						-3,00			-3,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13	-1,00								-1,00	nach Beendigung dem Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
E 13		5,50							5,50	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 13	-2,00								-2,00	nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
E 13	-1,00								-1,00	nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
E 13	-1,00								-1,00	nach Abschluss der Arbeiten zum Abfallwirtschaftsplan
E 13		1,00							1,00	Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2024
E 13	-1,00								-1,00	Nach Beendigung des Projekts Olympiabewerbung Sommerspiele 2024
E 13					-54,45				-54,45	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 14	3)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
E 13	4)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 13		1,00	5)		Vermerk weggefallen
		9,00	6)		Vermerk weggefallen
		3,00	7)		Vermerk weggefallen
E 12	0,00	2,00	8)	24,00	Vermerk weggefallen
		1,00	9)		Vermerk weggefallen
E 11	0,00			7,50	
E 10	0,00			5,00	
E 9	0,00	1,00	10)	8,00	Vermerk weggefallen
E 8	0,00	1,00	11)	9,50	Vermerk weggefallen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-7,00	8,50		2,00	-78,45	-3,00			-77,95	
E 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
E 12						-1,00			-1,00	gemäß Art. 11 Nr. 5 HHB
E 12						-1,00			-1,00	gemäß Art. 11 Nr. 5 HHB
E 12				1,00		-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 12	-2,00								1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
E 12	-1,00								-2,00	nach Beendigung der Aufgabe Flächensani- erung
E 12									-1,00	nach Beendigung der Sanierungsmaßnah- men für die Deponie Georgswerder
E 12					-19,00				-19,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
E 11			-1,00						-1,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 11					-6,50				-6,50	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
E 10					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
E 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
E 9	-1,00								-1,00	nach Beendigung der Aufgabe Flächensani- erung
E 9					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
E 8	-1,00								-1,00	nach Beendigung der Aufgabe Flächensani- erung
E 8					-8,50				-8,50	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18		alter Vermerk 2016
E 13	5)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Abschluss der Arbeiten zum Abfallwirt- schaftsplan
E 13	6)	weggefallen	kw: 9,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Aufgabe Flächensani- erung
E 13	7)	weggefallen	kw: 3,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
E 12	8)	weggefallen	kw: 2,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Aufgabe Flächensani- erung
E 12	9)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 7	0,00	1,00	12)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 6	0,00			10,50	
E 5	0,00			4,00	
Summe:	0,00			148,95	
Summe (ohne) insgesamt	0,00			208,95	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-12,00	8,50	-1,00	4,00	-126,45	-6,00			-132,95	
E 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
E 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 6					-9,50				-9,50	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
E 5					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
Summe Arbeitnehmer										
	-12,00	8,50	-1,00	4,00	-141,95	-6,00	0,00	0,00	-148,45	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	-12,00	8,50	-1,50	4,00	-141,95	-6,00	0,00	0,00	-148,95	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-15,00	8,50	-1,50	7,00	-207,95	0,00	0,00	0,00	-208,95	

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vemerke
Vertigkei	Anzahl	davon	Vemer	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 3	0,00			1,00	
A 16	0,00			2,00	
A 15	0,00			7,00	
A 14	0,00			7,00	
A 13	0,00			4,50	
A 13	0,00			1,00	
A 12	0,00			3,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 266; Kapitelübergreifender Stellentausch zwischen NR 20 und IB 20
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 266; Kapitelübergreifender Stellentausch zwischen NR 20 und IB 20
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 15					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 15					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 14					-12,00				-12,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 14				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 13					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-2,50				-2,50	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 12					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 11	0,00			2,00	
A 10	0,00			0,00	
A 9	0,00			3,00	
A 8	0,00			1,00	
Summe:	0,00			31,50	

B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00), Leitende Direktorin/ Leitender Direktor für den Naturschutz (0,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
 A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat (0,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
B 4	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
 A 12 Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2017/ 18				2016	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 53 (1)	
B 4	0,00			1,00	Nr. 3	
gesamt:	0,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				10,00	-35,50	1,00			-24,50	
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 11					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 228; Vertrag für Hamburg Wohnungsneubau
A 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	0,00	0,00	13,00	-45,50	1,00	0,00	0,00	-31,50	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	0,00			8,00	
E 14	0,00			6,00	
E 13	0,00	1,00	1)	32,90	Vermerk weggefallen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 15					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
E 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
E 14				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 262; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 14					-12,00				-12,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
E 14				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 13		3,00							3,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 13	-1,00								-1,00	nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
E 13	-1,00								-1,00	nach Umsetzung der Ausgleichsmaßnahme Altenwerder
E 13	-1,00								-1,00	nach Freiwerden der Stelle
E 13					-3,00	-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 260; Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 13				8,30					8,30	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 13		1,00							1,00	Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2024
E 13	-1,00								-1,00	Nach Beendigung des Projekts Olympiabewerbung Sommerspiele 2024
E 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 13					-38,20				-38,20	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18		alter Vermerk 2016
E 13	1) weggefallen		kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Freiwerden der Stelle

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 13		1,00 1,00	2) 3)		Vermerk weggefallen Vermerk weggefallen
E 12	0,00			3,59	
E 11	0,00			4,50	
E 10	0,00			0,00	
E 9	0,00			4,89	
E 9	0,00			1,00	
E 8	0,00			0,50	
E 6	0,00			4,00	
E 5	0,00			0,65	
Summe:	0,00			66,03	
Summe (ohne) insgesamt	0,00			97,53	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-4,00	4,00		16,30	-62,20	-1,00			-46,90	
E 12				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 12					-14,59				-14,59	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
E 12				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 262; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 11				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 11					-8,50				-8,50	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
E 10		1,00							1,00	Intendanzausstattung nach Behördengründung
E 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
E 9				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 262; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 9					-9,89				-9,89	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
E 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
E 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 8					-1,50				-1,50	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
E 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 6					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
Summe Arbeitnehmer										
	-4,00	5,00	0,00	38,30	-103,68	-1,00	0,00	0,00	-65,38	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,65	0,00	0,00	0,00	-0,65	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	-4,00	5,00	0,00	38,30	-104,33	-1,00	0,00	0,00	-66,03	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-4,00	5,00	0,00	51,30	-149,83	0,00	0,00	0,00	-97,53	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 13	2) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
E 13	3) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Umsetzung der Ausgleichsmaßnahme Altenwerder

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vemerke
Vertigkei	Anzahl	davon	Vemer	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	0,00			0,00	
A 16	0,00			2,00	
A 15	0,00			7,00	
A 14	0,00	2,00	1)	17,00	Vemer weggefallen
A 13	0,00			13,00	
A 13	0,00			4,00	
A 12	0,00			4,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 264; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
B 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 265; Kapitelübergreifender Stellentausch zwischen NR 20 und IB 20
A 16					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Kapitelübergreifender Stellentausch zwischen NR 20 und IB 20
A 15					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 14	-2,00								-2,00	nach Abschluss der Genehmigungsverfahren
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 264; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 14					-15,00				-15,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 13						2,00			2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13					-11,00				-11,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 264; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 12					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
A 14	1) weggefallen	kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Abschluss der Genehmigungsverfahren

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 11	0,00	1,00	2)	7,00	Vermerk weggefallen
A 10	0,00			5,00	
A 9	0,00			0,00	
A 9	0,00			2,00	
A 8	0,00			2,00	
A 7	0,00			1,00	
Summe:	0,00			64,00	

B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
 A 13 Baurätin/Baurat (0,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (0,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (0,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-2,00			3,00	-50,00	2,00			-47,00	
A 11					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 11					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 10					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 10					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 8					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	-2,00	0,00	0,00	3,00	-69,00	2,00	0,00	0,00	-66,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	2,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	-2,00	0,00	0,00	3,00	-69,00	4,00	0,00	0,00	-64,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
A 11	2) weggefallen		ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberin- spektor nach Freiwerden der Stelle

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
SAV hD	0,00			1,00	
E 15 ü	0,00			2,00	
E 15	0,00			1,00	
E 14	0,00			3,00	
E 13	0,00			31,00	
E 12	0,00	1,00	3)	24,50	Vermerk weggefallen
E 11	0,00			12,67	
E 10	0,00			7,00	
E 9	0,00			2,02	
E 8	0,00			8,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
SAV hD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 264; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
E 15 ü					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
E 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
E 14					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
E 13						-2,00			-2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13		1,00							1,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 13								1,00	1,00	Hebung nach Neubewertung
E 13		1,00							1,00	Bewerbung um die Ausrichtung der Olympi- schen Sommerspiele 2024
E 13	-1,00								-1,00	Nach Beendigung des Projekts Olympiabe- werbung Sommerspiele 2024
E 13					-31,00				-31,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
E 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
E 12	-1,00								-1,00	Fallzahlenentw. der Genehmigungsverfahren bei Grundstücksentwässerungen
E 12						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 12					-22,50				-22,50	Hebung nach Neubewertung
E 11					-11,67				-11,67	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
E 11						-1,00			-1,00	Umgewandelt gem. Art 8 Nr. 5 Haushaltsbe- schluß
E 10					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
E 9					-2,02				-2,02	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
E 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 12	3)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 12 Fallzahlenentw. der Genehmigungsverfahren bei Grundstücksentwässerungen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 6	0,00			4,00	
E 5	0,00			1,00	
Summe:	0,00			97,19	
Summe (ohne) insgesamt	0,00			161,19	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-2,00	2,00		1,00	-82,19	-4,00			-85,19	
E 8					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
E 6					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
E 5					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	-2,00	2,00	0,00	1,00	-94,19	-4,00	0,00	0,00	-97,19	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-4,00	2,00	0,00	4,00	-163,19	0,00	0,00	0,00	-161,19	

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2017/2018

Wirtschaftsplan

**des Landesbetriebes Geoinformation und Vermessung
(§ 106 Abs.1 LHO)**

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

Gewinn- und Verlustplan nach dem Gesamtkostenverfahren	
	Postenbezeichnung
1	Umsatzerlöse
a)	Umsatzerlöse für Produkte und Dienstleistungen
b)	Entgelte für hoheitlichen Tätigkeiten
c)	Entgelte für ministerielle Aufgaben
2	Erhöhung oder Verminderung des Bestands zu fertigen und unfertigen Erzeugnissen
3	andere aktivierte Eigenleistungen
4	sonstige betriebliche Erträge <i>davon durchlaufende Posten</i>
5	Materialaufwand:
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen <i>davon Fremdleistungen im Zusammenhang mit Umsatzprozessen</i> <i>davon durchlaufende Posten</i> <i>davon Dienstleistungen Dataport</i>
6	Personalaufwand:
a)	Löhne und Gehälter
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, <i>davon für Altersversorgung</i>
7	Abschreibungen:
a)	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen
b)	auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten
8	Sonstige betriebliche Aufwendungen
a)	Personalbedingte Aufwendungen
b)	Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung
c)	Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb <i>davon IT-Aufwendungen</i>
d)	Übrige Sonstige Aufwendungen
9	Erträge aus Beteiligungen, <i>davon aus verbundenen Unternehmen</i>
10	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, <i>davon aus verbundenen Unternehmen</i>
11	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, <i>davon aus verbundenen Unternehmen</i>
12	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
13	Zinsen und ähnliche Aufwendungen, <i>davon an verbundene Unternehmen</i>
14	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
15	außerordentliche Erträge
16	außerordentliche Aufwendungen
17	außerordentliches Ergebnis
18	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
19	sonstige Steuern
20	Abführungen an den Haushalt
21	Verlustübernahme aus dem Haushalt (Betriebszuschüsse)
22	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag.

Anlage 2.1

Ist	Ist	Plan lfd. Haushaltsjahr	Plan	Plan	Plan	Plan
2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Tsd. EUR						
24.344	23.667	19.739	23.465	23.565	23.665	23.765
11.554	11.143	9.215	10.341	10.441	10.541	10.641
12.790	11.524	9.524	12.874	12.874	12.874	12.874
0	1.000	1.000	250	250	250	250
41	4	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
985	3.155	1.198	2.540	2.400	2.400	2.400
0	1.727	0	2.000	2.000	2.000	2.000
-2.966	-4.070	-2.732	-4.108	-4.108	-4.108	-4.108
-48	-39	-108	-58	-58	-58	-58
-2.918	-4.031	-2.624	-4.050	-4.050	-4.050	-4.050
-1.359	-1.136	-1.093	-750	-750	-750	-750
0	-1.727	0	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
-1.559	-1.168	-1.531	-1.300	-1.300	-1.300	-1.300
-20.965	-19.538	-20.023	-21.865	-21.943	-22.012	-22.094
-14.701	-15.512	-15.821	-16.170	-16.233	-16.296	-16.360
-6.264	-4.026	-4.202	-5.695	-5.710	-5.716	-5.734
-2.230	-1.638	-1.588	1.737	1.740	1.743	1.747
-921	-912	-900	-830	-830	-830	-830
-921	-912	-900	-830	-830	-830	-830
0	0	0	0	0	0	0
-4.391	-3.269	-3.287	-3.447	-3.447	-3.547	-3.547
-79	-101	-96	-102	-102	-102	-102
-1.454	-1.410	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500
-1.633	-1.492	-1.676	-1.830	-1.830	-1.830	-1.830
-1.196	-1.111	-1.200	-1.400	-1.400	-1.500	-1.500
-1.225	-266	-15	-15	-15	-15	-15
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
39	0	20	0	0	0	0
39	0	20				
0	0	0	0	0	0	0
-4	-11	0	0	0	0	0
-4	-11	0	0	0	0	0
-3.838	-974	-5.985	-4.245	-4.363	-4.432	-4.414
11.952		0	0	0	0	0
-8.904	-1.979	0	0	0	0	0
3.048	-1.979	0	0	0	0	0
-3	-2	-4	-3	-3	-3	-3
2.510	1.469	1.487	2.999	3.005	3.012	3.020
1.717	-1.486	-4.502	-1.249	-1.361	-1.423	-1.398

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

	Kapitalflussplan (aggregiert)
	Postenbezeichnung
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Erträgen / Aufwendungen
	davon konsumtive Zuführungen der FHH
2	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens (+/-)
3	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse (-)
4	Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (+/-)
5	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen (+/-)
6	zuzuordnen sind (+/-)
7	zuzuordnen sind (+/-)
8	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge (+/-)
9	Zahlungswirksame außerordentliche Erträge/Aufwendungen (+/-)
	Kapitalfluss I aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe 1 bis 9)
10	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens
11	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (-)
12	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens (+)
13	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (-)
14	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens (+)
15	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen (-)
16	Einzahlungen aus sonstigen Desinvestitionen (+)
17	Auszahlungen für sonstige Investitionen (-)
18	Einzahlungen aus investiven Zuführungen der FHH
19	Einzahlungen aus Zuschüssen Dritter
	Kapitalfluss aus Investitionen (Summe 10 bis 19)
	Kapitalfluss II nach Investitionstätigkeit (Kapitalfluss I + Kapitalfluss aus Investitionen)
20	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen, z. B. Einlagen der FHH (+)
21	Ablieferungen an die FHH, z. B. Eigenkapitalrückzahlungen (-)
	davon enthaltene Ablieferung an die FHH
22	Einzahlungen aus Darlehensaufnahme (+) ***
23	Auszahlungen für Darlehenstilgungen (-) ***
	Kapitalfluss aus Finanzierung (Summe 20 bis 23)
	Kapitalfluss III (Kapitalfluss II + Kapitalfluss aus Finanzierung)

Anlage 2.1

Ist 2014	Ist 2015	Plan lfd. Haushaltsjahr 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Tsd. EUR						
-1.330	493	-4.502	-1.249	-1.361	-1.423	-1.398
2.510	1.469	1.487	2.999	3.005	3.012	3.020
921	913	900	830	830	830	830
-253	-206	-300	-200	-200	-200	-200
6	2					
8.981	-3					
-7.940	308					
	234					
	59					
	-1.979	0				
385	-179	-3.902	-619	-731	-793	-768
-100	-336	-890	-150	-150	-150	-150
-301	-327		-680	-680	-680	-680
-401	-663	-890	-830	-830	-830	-830
-16	-842	-4.792	-1.449	-1.561	-1.623	-1.598
0	0	0	0	0	0	0
-16	-842	-4.792	-1.449	-1.561	-1.623	-1.598

Begründung:

Erläuterungen zur Gewinn-und Verlustplanung 2017/2018

Der LGV agiert in zwei Geschäftsfeldern: Er erfüllt für die Freie und Hansestadt Hamburg im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) die ihm auf der Grundlage von gesetzlichen Regelungen, Verordnungen und Senatsbeschlüssen zugewiesenen hoheitlichen und ministeriellen Aufgaben. Darüber hinaus ist der LGV Dienstleister für die Beratung und Bereitstellung von Geobasis- und Geofachdaten, Produkten und Anwendungen sowie für die Ausführung von Vermessungsarbeiten aller Art sowohl für öffentliche als auch für private Auftraggeber. Aus der Aufgabenwahrnehmung im ersten Geschäftsfeld resultieren amtliche Geodaten. Im zweiten Geschäftsfeld werden aus diesen Basisdaten marktorientierte Produkte und Dienstleistungen abgeleitet, deren rentierliche Vermarktung eine Entlastung des Gesamtergebnisses ermöglicht.

Die Organisationsform eines Landesbetriebes wurde gewählt, um die größeren Spielräume bei der Wirtschaftsführung und beim Einsatz finanzieller Ressourcen zu nutzen und durch ein entsprechendes Personalmanagement den bedarfsgerechten Ausgleich zwischen den beiden Geschäftsfeldern zu ermöglichen.

Auf Grund dieser Interdependenzen ist die Organisationsform Landesbetrieb ideal, da sie gleichzeitig den Anforderungen an eine hoheitliche Aufgabenwahrnehmung gerecht wird als auch eine erlösorientierte Vermarktung von Geoprodukten ermöglicht. Eine Trennung der beiden Bereiche macht aufgrund dieser Abhängigkeiten ökonomisch keinen Sinn.

- 1a Der LGV ist Dienstleister für die Beratung und Bereitstellung von Geobasis- und Geofachdaten, Produkten und Anwendungen sowie für die Ausführung von Vermessungsarbeiten aller Art sowohl für öffentliche als auch für private Auftraggeber. Diese Leistungen stellt der LGV auf der Basis von Gebührenordnungen und Preisverzeichnissen in Rechnung. Hier wurde eine jährliche Ertragssteigerung von 100 Tsd. EUR für Preis- und Gebührenerhöhungen im Dienstleistungsbereich berücksichtigt. Ab 2015 ist es in dieser Sparte zu einem jährlichen Einnahmeausfall i.H.v. rd. 750 Tsd. EUR als Konsequenz aus der Umsetzung des Hamburgischen Transparenzgesetzes gekommen.
- 1b Darüberhinaus erfüllt der LGV für die Freie und Hansestadt Hamburg im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) die ihm auf der Grundlage von gesetzlichen Regelungen, Verordnungen und Senatsbeschlüssen zugewiesenen hoheitlichen und ministeriellen Aufgaben. Hierfür erhält der LGV jährlich mit der BSW vereinbarte Entgelte. Im Zuge der Drs. 21/1395 wurden die Entgelte für 2016 einmalig um 2 Mio EUR abgesenkt.
- 1c Diese Position umfasst die Entgelte für im Auftrag der BSW wahrgenommene ministerielle Tätigkeiten.
- 4 Es handelt sich um die Erstattung von Vorleistungen (IT-Aufwand), die LGV zunächst für Vertragspartner erbringt.
Weitere sonstige betriebliche Erträge sind insbesondere Erträge aus Auflösung von Sonderposten, Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sowie die Erstattungen von Personalkosten aus dem Programm zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben im hamburgischen öffentlichen Dienst.
- 5a Verbrauch von Rohstoffen, Verbrauch von Hilfs- und Betriebsstoffen, Dienst- und Schutzkleidung.
- 5b Fremdleistungen im Zusammenhang mit Umsatzprozessen: Vergabe von Aufträgen an Dritte als Teil des betrieblichen Produktionsprozesses
Durchlaufende Posten: Vorleistungen für Vertragspartner (vgl. Pos. 4)
- 6a Berechnung der Beamtenbezüge sowie der Gehälter für Tarifbeschäftigte. Ausgehend von einer aktuellen Prognose für das Haushaltsjahr 2016 wurde eine jährliche Tarifsteigerung von 1,5 % berücksichtigt, die für rd. 300 VK im LGV ca. 300 Tsd. EUR p.a. ausmacht; durch aufgabenkritische Maßnahmen konnten die geplanten Personalkosten im Zeitraum von 2015 bis 2020 jedoch weitgehend konstant gehalten werden.

- 6b Die Anteile für Altersversorgung enthalten
- Versorgungsanteile Tarifbeschäftigte (2015 und 2016 je 3%, ab 2017 8% der Entgelte der Tarifbeschäftigten)
 - Versorgungsanteile Beamte (2015 und 2016 je 25%, ab 2017 39% der Beamtengehälter) sowie
 - Versorgungsbeihilfezuschläge (2015 und 2016 je 7%, ab 2017 8,5% der Beamtenbezüge)
- Diese Aufwendungen werden durch einen Zuschuss aus dem Haushalt vollständig ausgeglichen (vgl. Nr. 21)
- 8a Dienstreisen, Aufwendungen für Aus- und Fortbildung
- 8b Gebäudebewirtschaftung und -unterhaltung, Gebäudemiete
- 8c Kraftfahrzeugkosten, Geschäftsbedarf, Aufwand für PR und Marketing, IT-Aufwand, Mitgliedsbeiträge, Erstattung für Verwaltungsdienstleistungen, Anwalts-, Gerichts- und Gutachtenkosten
- 8d Wertberichtigungen, periodenfremder Aufwand, Schadenersatzleistungen
- 15 Wegfall der Erträge aus der Gewährleistungszusage der FHH für Pensions- und Beihilferückstellungen ab 2015.
- 17 Das außerordentliche Ergebnis i.H.v. rd. 3 Mio EUR in 2014 resultiert aus der Auflösung von Pensions- und Beihilferückstellungen. Grund dafür ist die Umstellung bei Tragung von Versorgungslasten, die künftig für alle FHH-Landesbetriebe zentral im Einzelplan 9.2 bewirtschaftet werden.
- 21 Die Position "Verlustübernahme" beinhaltet den Versorgungszuschuss der BSW an den LGV im Rahmen des FHH-Versorgungsmodells.
- 22 Das positive Jahresergebnis 2014 ist insbesondere auf einen außerordentlichen Ertrag aus der Auflösung von Beihilferückstellungen i.H.v. 1.979 Tsd. EUR zurückzuführen (sämtliche Pensions- und Beihilferückstellungen werden seit 2015 im Einzelplan 9.2 ausgebracht). Da dieser allerdings in 2015 an den Gesamthaushalt der FHH abgeführt werden musste, verschlechterte sich das Jahresergebnis 2015 in gleicher Höhe.
- Mit der im Transparenzgesetz vorgegebenen Neuregelung, Geodaten für die Kunden nunmehr unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, sind seit 2013 wesentliche rentierliche Erlösfelder verloren gegangen, die nicht mehr zum Ausgleich des Gesamtergebnisses beitragen können (vgl. einleitende Erläuterungen zum Geschäftsmodell). Daraus resultieren in den Planjahren 2016 bis 2021 negative Jahresergebnisse, die temporär durch Entnahmen aus den Rücklagen ausgeglichen werden können, die der LGV auf Basis einer guten Auftragslage, konsequentem Kostenmanagements und vorausschauender Geschäftspolitik in den vergangenen Geschäftsjahren aufgebaut hat. Trotz der Erlöseinbußen im Zusammenhang mit dem Transparenzgesetz erbringt der LGV - entsprechend der Prioritätensetzung des Senats - strukturelle und temporäre Konsolidierungs- und Finanzierungsbeiträge zum FHH-Haushalt. Dieses geschieht bewusst unter Verwendung von Eigenkapital. Vor diesem Hintergrund wurden bereits Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet, die mittelfristig die Darstellung ausgeglichener Ergebnisse ermöglichen. Ansatzpunkte für ein gezieltes Erlös- und Kostenmanagement sind dabei:
- die Erschließung neuer Geschäftsfelder (z.B. 3-D-Technik)
 - die Aufwandsentlastung durch erhebliche Personalfuktuation ab 2021.
 - der Wirtschaftskraft des Landesbetriebes entsprechende Finanzierungsstrukturen
 - Rahmenbedingungen, die die Vorteile des Geschäftsmodells extensiv ausschöpfen

I. Stellenbestand

kw 2017/ 18	kw 2019	kw 2020	kw 2021	kw >2021	kw o.T.	Vermerke
					2,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	1,00			1,00	
B 2	1,00			1,00	
A 16	3,00			3,00	
A 15	9,00			9,00	
A 14	8,00			7,00	
A 13	6,00	1,00	1)	6,00	ku: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach BesGr. E 13
A 13	9,00			9,00	
A 12	21,00			21,00	
A 11	29,00			29,00	
A 10	10,00			10,00	
A 9	1,00			1,00	
A 7	1,00			1,00	
Summe:	99,00			98,00	

B 4 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
 B 2 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (1,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (3,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (7,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (7,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (5,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
 A 13 Baurätin/Baurat (9,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (2,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (19,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (4,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (25,00)
 A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (10,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 11	1,00			1,00	
Summe:	1,00			1,00	

A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (1,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2017/ 18				2016	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 53 (1)	
A 11	1,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	1,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 261; stellenwirt- schaftliche Maßnahme
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vemerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vemerke Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	3,00			3,00	
E 14	1,00			1,00	
E 13	10,00			9,00	
E 12	28,00	1,00	2)	28,00	kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Bauvorhabens Allemöhe
E 11	26,00			26,00	
E 10	40,50			39,50	
E 9	1,00			1,00	
E 9	118,50			6,00	kw: 1,00 EntgGr. E 4 nach Freiwerden der Stelle (Beschäftigung von Schwerbehinderten aus den Werkstätten für Behinderte)
E 8	6,50			121,00	
E 7	18,00			18,00	
E 6	17,00			17,00	
E 5	4,00			4,00	
E 4	1,00	1,00	3)	1,00	
Summe:	274,50			274,50	
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*					
Nachwuchs mD	14,00			14,00	
Summe:	14,00			14,00	
Summe (ohne *) insgesamt	373,50			372,50	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 13							1,00		1,00	Neueinstellung bei S2
E 10							-1,00		-1,00	Neueinstellung bei S2
E 10							1,00		1,00	Neueinstellung bei G 32
E 10							1,00		1,00	Neueinstellung
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	2,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	0,00	-2,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2017/2018

Wirtschaftsplan

**Sondervermögen „Stadt und Hafen“
(§ 106 Abs.2 LHO)**

Sondervermögen Stadt und Hafen

	Gewinn- und Verlustplan nach dem Gesamtkostenverfahren
	Postenbezeichnung
1	Umsatzerlöse
2	Erhöhung oder Verminderung des Bestands zu fertigen und unfertigen Erzeugnissen
	davon
a)	Erhöhung des Bestands an Grundstücken zum Verkauf
b)	Erhöhung des Bestands an Infrastrukturvermögen
3	sonstige betriebliche Erträge
	davon
a)	Mieterträge "Innenstädtischer Hafenrand"
b)	Mieterträge Altenwerder
c)	Einnahmen aus sonstigen Dienstleistungen
d)	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen
e)	übrige betriebliche Erträge
4	Zinserträge und ähnliche Erträge
5	Gesamterträge
6	Abschreibungen
	davon
a)	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen
b)	auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens
7	sonstige betriebliche Aufwendungen
	davon
a)	Geschäftsführungs- und Verwaltungskosten des Sondervermögens
b)	Aufwendungen für Verwaltung und Instandhaltung von Immobilien und Infrastruktur
c)	Aufwendungen aus Bodenvorbelastungen
d)	Aufwendungen für Planung, Umnutzungskonzepte, Öffentlichkeitsarbeit, Marketing
e)	Aufwendungen für Infrastruktur- und Entwicklungsvorhaben
f)	Aufwendungen aus der Zuführung zu Rückstellungen
g)	Entschädigungen, Betriebsverlagerungs- und Abbruchkosten, Nebenkosten
h)	Aufwendungen für Grundstückserwerb
i)	übrige betriebliche Aufwendungen
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen
9	sonstige Steuern
10	Gesamtaufwendungen
11	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
12	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Anlage 2.2

Ist 2014	Ist 2015	Plan lfd. Haushaltsjahr 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Tsd. EUR						
49.608	56.439	74.908	60.003	79.171	77.286	46.227
50.209	39.201	69.175	61.436	60.397	41.035	42.515
0	0	0	0	0	0	0
50.209	39.201	69.175	61.436	60.397	41.035	42.515
9.654	25.922	2.507	11.057	10.396	9.874	10.241
3.054	3.073	2.507	2.700	2.735	2.805	2.650
0	0	0	0	0	0	0
1.890	916	0	1.001	0	0	0
4.658	21.917	0	7.346	7.652	7.060	7.582
51	15	0	9	9	9	9
168	2	0	0	0	0	0
109.638	121.564	146.591	132.495	149.964	128.195	98.983
-4.975	-5.238	-219	-7.960	-8.251	-8.154	-8.676
-317	-319	-219	-613	-599	-1.094	-1.094
-4.658	-4.919	0	-7.346	-7.652	-7.060	-7.582
-88.948	-88.806	-142.558	-109.440	-144.589	-122.442	-94.207
-5.576	-5.239	-6.720	-6.354	-6.672	-6.810	-6.950
-1.695	-1.907	-2.153	-2.302	-2.165	-2.179	-2.214
-2	0	-595	0	-2.319	0	0
-5.361	-4.189	-5.832	-6.062	-6.365	-6.500	-6.640
-45.608	-41.323	-68.925	-61.857	-60.612	-40.117	-41.611
-29.249	-35.687	-58.333	-32.615	-66.384	-66.835	-36.293
-576	-29	0	0	-72	0	-499
0	-139	0	-250	0	0	0
-881	-293	0	0	0	0	0
-4.563	-3.587	-5.725	-5.711	-6.451	-6.751	-6.751
-68	-97	0	-68	-68	-68	-68
-98.554	-97.728	-148.502	-123.178	-159.360	-137.414	-109.702
-1.860	1.785	-136	-800	-700	-600	0
9.224	25.621	-2.047	8.517	-10.096	-9.819	-10.720

Sondervermögen Stadt und Hafen

Kapitalflussplan (aggregiert)	
	Postenbezeichnung
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Erträgen / Aufwendungen
2	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens (+/-)
3	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse (-)
4	Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (+/-)
5	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen (+/-)
6	Abnahme/Zunahme sonstiger Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind (+/-)
7	Zunahme/Abnahme sonstiger Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind (+/-)
8	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge (+/-)
9	Zahlungswirksame außerordentliche Erträge/Aufwendungen (+/-)
	Kapitalfluss I aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe 1 bis 9)
10	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens
11	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (-)
12	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens (+)
13	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (-)
	davon
	- Investitionszuschuss Kehr- und Abstellanlage U4
	- Investitionszuschuss Verlängerung U4
	- Investitionszuschuss Verbindungsbauwerk Elbbrücken
	- Investitionszuschuss Sonstige Maßnahmen U4
14	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens (+)
15	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen (-)
16	Einzahlungen aus sonstigen Desinvestitionen (+)
17	Auszahlungen für sonstige Investitionen (-)
18	Einzahlungen aus investiven Zuführungen der FHH
19	Einzahlungen aus Zuschüssen Dritter
	Kapitalfluss aus Investitionen (Summe 10 bis 19)
	Kapitalfluss II nach Investitionstätigkeit (Kapitalfluss I + Kapitalfluss aus Investitionen)
20	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen, z. B. Einlagen der FHH (+)
21	Ablieferungen an die FHH, z. B. Eigenkapitalrückzahlungen (-)
22	Einzahlungen aus Darlehensaufnahme (+) ***
23	Auszahlungen für Darlehenstilgungen (-) ***
	Kapitalfluss aus Finanzierung (Summe 20 bis 23)
	Kapitalfluss III (Kapitalfluss II + Kapitalfluss aus Finanzierung)

Anlage 2.2

Ist 2014	Ist 2015	Plan lfd. Haushaltsjahr 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Tsd. EUR						
9.224	25.621	-2.047	8.517	-10.096	-9.819	-10.720
317	319	219	613	599	1.094	1.094
234	0	0	0	0	0	0
26.256	8.436	58.333	32.615	66.384	66.835	36.293
1.268	3.000	-1.430	0	0	0	0
7.861	-7.189	-625	538	291	-9	-9
4.658	4.919	-9	0	0	0	0
49.819	35.106	54.440	42.283	57.179	58.100	26.658
-2.012	-662	0	-1.926	-1.240	0	0
-24.400	-28.600	-35.922	-37.612	-56.966	0	
-13.500	-6.200	-8.000	-7.400	0	0	0
-10.900	-22.400	-27.500	-26.800	-52.900	0	0
0	0	-422	-3.412	-4.066	0	0
-49.476	-38.023	-69.175	-61.436	-60.397	-41.035	-42.515
5.158	13.156	14.432	10.963	29.038	0	0
-70.730	-54.129	-90.666	-90.011	-89.565	-41.035	-42.515
-20.911	-19.023	-36.225	-47.727	-32.386	17.065	-15.857
40.000	10.000	80.000	60.000	20.000	0	0
-40.000	-10.000	-20.000	-10.000	0	0	0
0	0	60.000	50.000	20.000	0	0
-20.911	-19.023	23.775	2.273	-12.386	17.065	-15.857

Sondervermögen Stadt und Hafen

	Verschuldungsstand
	Nachrichtlicher Ausweis von:
	Postenbezeichnung
1	Finanzmittel am Anfang der Periode
2	Finanzmittel am Ende der Periode
3	Veränderung Finanzmittel in Planungsperiode
	davon
4	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten am Anfang der Periode
5	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten am Ende der Periode
6	Veränderung Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Planungsperiode

Anlage 2.2

Ist 2014	Ist 2015	Plan lfd. Haushaltsjahr 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Tsd. EUR						
145.410	124.499	38.476	165.178	167.451	155.065	172.129
124.499	105.475	62.250	167.451	155.065	172.129	156.273
-20.911	-19.023	23.775	2.273	-12.386	17.065	-15.857
130.000	130.000	130.000	190.000	240.000	260.000	260.000
130.000	130.000	190.000	240.000	260.000	260.000	260.000
0	0	60.000	50.000	20.000	0	0

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan Sondervermögen Stadt und Hafen 2017-2021

Einzelpositionen GuV-Plan nach dem Gesamtkostenverfahren

Umsatzerlöse (1) beinhalten die Erlöse aus dem Verkauf von Grund und Boden des Sondervermögens gemäß Planungsstand (Stand: Februar 2016), vorwiegend aus Verkäufen im zentralen und östlichen Bereich der HafenCity. Die veranschlagten Umsatzerlöse sind bezüglich der Verkaufszeitpunkte markt- und erschließungsabhängig und unterliegen auf Grund unterschiedlicher Grundstücksgrößen, -nutzungen und -verfügbarkeiten jährlichen Schwankungen. Insbesondere ab 2019 besteht hohe Prognoseunsicherheit. Bei Veränderungen der tatsächlichen Erlöse gegenüber den Planwerten eines Jahres können die Ergebnisse des Sondervermögens (Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag) deutlich von den Planansätzen abweichen.

Erhöhungen oder Verminderungen des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen (2) resultieren aus der Erhöhung des Bestands an Infrastrukturvermögen durch Aktivierung von Teilen der Infrastruktur- und Entwicklungsaufwendungen, der Geschäftsführungs- und Verwaltungskosten sowie der Aufwendungen für Planungs- und Umnutzungskonzepte, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit (Erläuterungen siehe 7a, 7d, 7e). Das Infrastrukturvermögen wird bilanziell dem Umlaufvermögen zugeordnet, da diese Vermögensgegenstände nicht dem dauerhaften Verbleib beim Sondervermögen dienen.

Die restlichen Ertragspositionen werden mit Ausnahme der Zinserträge unter dem Posten **sonstige betriebliche Erträge (3)** abgebildet.

Der Posten **Mieterträge „Innenstädtischer Hafenrand“ (3a)** bildet die Erträge aus der bestehenden und zukünftig erwarteten Vermietung der nach § 1 Abs. 2 des Gesetzes über das Sondervermögen „Stadt und Hafen“ (SonderVGStadtHafen) zugewiesenen Grundstücke und der vom Sondervermögen erworbenen bzw. erstellten Anlagen und Gebäude im Bereich der HafenCity ab.

Die **Mieterträge Altenwerder (3b)** aus der Vermietung von Flächen des Containerterminals Altenwerder fließen seit 2013 nicht mehr dem Sondervermögen zu.

Einnahmen aus sonstigen Dienstleistungen (3c) bestehen aus Einnahmen aus Infrastrukturleistungen für Dritte und aus Einnahmen aus Entschädigungen. Der Ansatz 2017 umfasst im Wesentlichen Erträge aus der Abrechnung des Projektes Flächenanhebung im Bereich der Sandtorhafenbrücke. Diese Erträge unterliegen hoher Unsicherheit und werden ab 2018 aus Gründen kaufmännischer Vorsicht nicht veranschlagt.

Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (3d) entsprechen den Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens (Erläuterung siehe 6). Darüber hinaus entstehen diese Erträge bedarfsweise bei Anpassung von Rückstellungen und können deswegen weder geschätzt noch veranschlagt werden.

Übrige betriebliche Erträge (3e) betreffen Erträge aus der Auflösung eines passiven Rechnungsabgrenzungspostens, der in der Eröffnungsbilanz des Sondervermögens wegen einer Einmalerbpachtzahlung für ein Grundstück gebildet wurde (Gebäude Marco-Polo-Terrassen).

Zinserträge (4) werden entsprechend des derzeitigen Zinsniveaus und der unsicheren Zinsentwicklung aus Gründen kaufmännischer Vorsicht nicht veranschlagt.

Gesamterträge (5) werden in 2017 und 2018 sowie in den Folgejahren insbesondere durch die ertragsstarken Positionen der Umsatzerlöse (Erläuterung siehe 1) und der Erhöhung des Bestands an Infrastrukturvermögen (Erläuterung siehe 2) geprägt. Da beide Positionen entwicklungsbedingt starken Schwankungen unterliegen, wirkt sich dieses unmittelbar auf die Entwicklung der Gesamterträge aus.

Abschreibungen (6) entfallen sowohl auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens (insbesondere ab 2016 ff. auf Nutzungsrechte an Bauwerken der U-Bahn-Linie U4 in der HafenCity östlich der Haltestelle „HafenCity Universität“) und Sachanlagen (im Wesentlichen auf Bestandsgebäude) als auch auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens. Die Abschreibungen des Umlaufvermögens entsprechen den Wertminderungen auf Infrastrukturanlagen, die einer öffentlichen Nutzung unterliegen und noch nicht an die jeweiligen Rechtsträger (Kernverwaltung bzw. mit der FHH verbundene öffentlich-rechtliche Organisationseinheiten) übergeben wurden. Die Abschreibungen des Umlaufvermögens unterliegen hoher Unsicherheit, da die Übergabezeitpunkte und damit das Ende der Abschreibungsperiode noch nicht feststehen.

Die restlichen Aufwandspositionen werden mit Ausnahme der Zins- und Steueraufwendungen unter dem Posten **sonstige betriebliche Aufwendungen (7)** dargestellt.

Die **Geschäftsführungs- und Verwaltungskosten des Sondervermögens (7a)** umfassen die Aufwendungen der HafenCity Hamburg GmbH (HCH), die die Geschäftsführung des Sondervermögens wahrnimmt. Die Gesellschaft beschäftigt 47 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Stand: Februar 2016, ohne Berücksichtigung von Aushilfen und Beschäftigten in Elternzeit). Die Veranschlagung berücksichtigt zukünftige Preis- und Gehaltsveränderungen.

Der Posten **Aufwendungen für die Verwaltung und Instandhaltung von Immobilien und Infrastruktur (7b)** bildet im Wesentlichen die Aufwendungen ab, die zum Erhalt der Nutzungs- und Vermietungsfähigkeit sowie des Betriebs der zugewiesenen Grundstücke, Anlagen, Gebäude, Verkehrs- und Freiraumflächen notwendig oder zweckmäßig sind.

Die **Aufwendungen aus Bodenbelastungen (7c)** enthalten die Kosten aus der Beseitigung bekannter Bodenverunreinigungen, die in ihrer tatsächlichen Höhe noch nicht bestimmbar sind. Veranschlagt werden in 2018 Aufwendungen zur Beseitigung bekannter Bodenverunreinigungen im Bereich des Überseequartiers.

Die **Aufwendungen für Planung, Umnutzungskonzepte, Öffentlichkeitsarbeit und Marketing (7d)** beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für Wettbewerbe, Projektsteuerungs- und Beratungsleistungen sowie für Maßnahmen zur Projektkommunikation, Grundstücksvermarktung und -veräußerung.

Die **Aufwendungen für Infrastruktur- und Entwicklungsvorhaben (7e)** umfassen hauptsächlich Geländeaufhöhungen als Hochwasserschutz, Straßen- und Sielbau, Kaimauerbau und -sanierung, Brückenbau und Herstellung öffentlicher Freiräume. Diese Aufwendungen betreffen im Schwerpunkt den zentralen und östlichen Entwicklungsabschnitt der HafenCity. Veranschlagt werden ab 2017 ff. im Wesentlichen Mittel für das Quartier Baakenhafen (v. a. Kaimauern, Straßen, Promenaden, Plätze, Parks, Baakeninsel), für das

Quartier Elbbrücken (v. a. Kaimauern, Straßen, Promenaden, Plätze), für das Quartier Am Lohsepark (v. a. Park Lohsepark, Straßen), für das Elbtorquartier (v. a. Kaimauern, Straßen, Promenaden, Plätze), für das Quartier Strandkai (v. a. Straßen, Promenaden, Plätze), für das Überseequartier (v. a. Straßen, Promenaden). Die geplanten Infrastrukturaufwendungen sind korrespondierend mit den Umsatzerlösen stark entwicklungsabhängig und unterliegen auf Grund unterschiedlicher Realisierungszeiträume und unterschiedlicher Aufwandshöhen der einzelnen Vorhaben insgesamt jährlichen Schwankungen. Im Zuge der zukünftigen Detailplanungen der Vorhaben (auch im Hinblick auf Hochbauvorhaben privater Bauherren) kann es zu Anpassungen der Realisierungszeiträume und der zeitlichen Projektkosten kommen. Deswegen kann es zu auch hohen Abweichungen der tatsächlichen jährlichen Aufwendungen gegenüber den jährlichen Planansätzen kommen.

Die **Aufwendungen aus der Zuführung zu Rückstellungen (7f)** werden korrespondierend zu geplanten Grundstücksverkäufen veranschlagt, da die vom Sondervermögen errichteten Infrastrukturanlagen zur Erschließung der Grundstücke einer unentgeltlichen Abgabeverpflichtung unterliegen. Bei einer späteren Abgabe von Infrastrukturanlagen an die jeweiligen Rechtsträger (Kernverwaltung bzw. mit der FHH verbundene öffentlich-rechtliche Organisationseinheiten) werden die Rückstellungen schrittweise erfolgsneutral aufgelöst.

Die **Aufwendungen für Entschädigungen, Betriebsverlagerungs- und Abbruchkosten (7g)** werden soweit bekannt veranschlagt.

Die **Aufwendungen für Grundstückserwerb (7h)** betreffen Aufwendungen für den Kauf von Flächen, die für die zukünftige infrastrukturelle Erschließung des Gebiets bzw. zur späteren Veräußerung vorgesehen sind und deswegen dem Umlaufvermögen zugeordnet werden. Die Aufwendungen werden soweit bekannt veranschlagt.

Übrige betriebliche Aufwendungen (7i) bilden sonstige aufwandswirksame Geschäftsvorfälle ab, die nicht planbar sind und daher nicht veranschlagt werden.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen (8) umfassen Zinsaufwendungen für die vom Sondervermögen aufgenommenen lang- und kurzfristigen Verbindlichkeiten. Die Ansätze werden entsprechend der Planung des Verschuldungsstands gebildet.

Sonstige Steuern (9) beinhalten Grundsteueraufwendungen für Bestandsgrundstücke.

Die **Gesamtaufwendungen (10)** hängen in 2017 und 2018 sowie in den Folgejahren im starken Maße von der Entwicklung der Aufwendungen für Infrastruktur- und Entwicklungsvorhaben (Erläuterung siehe 7e) sowie den Aufwendungen aus der Zuführung zu Rückstellungen (Erläuterung siehe 7f) ab. Da beide Positionen jährlichen Schwankungen unterliegen, wirkt sich dieses unmittelbar und korrespondierend auf die Entwicklung der Gesamtaufwendungen aus.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (11) beinhalten Körperschaftssteuer-, Solidaritätszuschlag- und Gewerbesteuer aufwendungen entsprechend der prognostizierten Erträge der Betriebe gewerblicher Art (BgA) des Sondervermögens Stadt und Hafen (steuerliche Bemessungsgrundlage).

Einzelpositionen Kapitalflussplan (Erläuterungen sofern kein Übertrag aus dem GuV-Plan)

Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse (3) fallen bei unentgeltlicher Abgabe von Grund und Boden unter Infrastrukturanlagen durch den im Amtlichen Anzeiger veröffentlichten Widmungsakt an. Diese Erträge können nicht veranschlagt werden, da die jeweiligen Abgabezeitpunkte nicht feststehen.

Der Posten **Abnahme/Zunahme sonstiger Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind (6)** beinhaltet im Wesentlichen eine Abnahme oder Zunahme von Forderungen, die jeweils nicht planbar sind und daher nicht veranschlagt werden.

Der Posten **Zunahme/Abnahme sonstiger Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind (7)** umfasst im Wesentlichen die Veränderung der Zinsverbindlichkeiten und des passiven Rechnungsabgrenzungspostens.

Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (11) beinhalten im Wesentlichen Investitionen in Gebäude und Infrastruktur des Kultur- und Kreativquartiers Oberhafen.

Die Position **Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (13)** enthält die Investitionszuschüsse zur Realisierung des U-Bahn-Bauwerks Kehr- und Abstellanlage U4 in der HafenCity (insgesamt 38 Mio. EUR, siehe Drs. 20/5435 vom 02.10.2012), zur Realisierung der Verlängerung der U-Bahn-Linie U4 bis zur geplanten Haltestelle „Elbbrücken“ (insgesamt 136 Mio. EUR, siehe Drs. 20/6542 vom 15.01.2013) und zur Realisierung des Verbindungsbauwerks beim U-S-Bahnhof „Elbbrücken“ (insgesamt 7,9 Mio. EUR, siehe Drs. 21/2518 vom 08.12.2015). Für diese Posten besteht eine Anordnungsbefugnis (AOB) der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI). Der Posten Investitionen Sonstige Maßnahmen U4 bildet im Wesentlichen die Zahlungen des Sondervermögens für zusätzliche Erschütterungsschutzmaßnahmen in U-Bahn-Bauwerken ab.

Der Posten **Einzahlungen aus Zuschüssen Dritter (19)** beinhaltet die bewilligten Zuweisungen des Bundes gem. dem GVFG-Bundesprogramm. Es ist vorgesehen, die Fördermittel zur Finanzierung der Verlängerung der U-Bahn-Linie U4 bis zur geplanten Haltestelle „Elbbrücken“ einzusetzen (insgesamt ca. 71 Mio. EUR). Einnahmen in diesem Bereich sind abhängig vom Baufortschritt einzelner Maßnahmen und werden entsprechend des Planungsstandes veranschlagt.

Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (20) sind nicht vorgesehen.

Ablieferungen an die FHH (21) sind nicht vorgesehen.

Der Posten **Einzahlungen aus Darlehensaufnahme (22)** beinhaltet die Bruttokreditaufnahmen zur Deckung von Finanzbedarfen des Sondervermögens.

Der Posten **Auszahlungen für Darlehenstilgungen (23)** enthält Tilgungszahlungen entsprechend der Tilgungsstruktur des langfristigen Kreditbestandes (Schuldscheindarlehen).

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2017/2018

Wirtschaftsplan

**Sondervermögen „Bodenordnung“
(§ 106 Abs.2 LHO)**

"Sondervermögen Bodenordnung"

	Gewinn- und Verlustplan nach dem Gesamtkostenverfahren
	Postenbezeichnung
1	Umsatzerlöse
2	Erhöhung oder Verminderung des Bestands zu fertigen und unfertigen Erzeugnissen
3	andere aktivierte Eigenleistungen
4	sonstige betriebliche Erträge
5	Materialaufwand:
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen
6	Personalaufwand:
a)	Löhne und Gehälter
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung
7	Abschreibungen:
a)	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen
b)	auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten
8	sonstige betriebliche Aufwendungen
9	Erträge aus Beteiligungen, davon aus verbundenen Unternehmen
10	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, davon aus verbundenen Unternehmen
11	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, davon aus verbundenen Unternehmen
12	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
13	Zinsen und ähnliche Aufwendungen, davon an verbundene Unternehmen
14	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
15	außerordentliche Erträge
16	außerordentliche Aufwendungen
17	außerordentliches Ergebnis
18	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
19	sonstige Steuern
20	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag.

Anlage 2.3

[illegible]

"Sondervermögen Bodenordnung"

	Kapitalflussplan (aggregiert)
	Postenbezeichnung
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Erträgen / Aufwendungen
	davon konsumtive Zuführungen der FHH
2	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens (+/-)
3	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse (-)
4	Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (+/-)
5	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen (+/-)
6	Abnahme/Zunahme sonstiger Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind (+/-)
7	Zunahme/Abnahme sonstiger Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind (+/-)
8	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge (+/-)
9	Zahlungswirksame außerordentliche Erträge/Aufwendungen (+/-)
	Kapitalfluss I aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe 1 bis 9)
10	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens
11	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (-)
12	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens (+)
13	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (-)
14	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens (+)
15	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen (-)
16	Einzahlungen aus sonstigen Desinvestitionen (+)
17	Auszahlungen für sonstige Investitionen (-)
18	Einzahlungen aus investiven Zuführungen der FHH
19	Einzahlungen aus Zuschüssen Dritter
	Kapitalfluss aus Investitionen (Summe 10 bis 19)
	Kapitalfluss II nach Investitionstätigkeit (Kapitalfluss I + Kapitalfluss aus Investitionen)
20	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen, z. B. Einlagen der FHH (+)
21	Ablieferungen an die FHH, z. B. Eigenkapitalrückzahlungen (-)
	davon enthaltene Ablieferung an die FHH
22	Einzahlungen aus Darlehensaufnahme (+)
23	Auszahlungen für Darlehenstilgungen (-)
	Kapitalfluss aus Finanzierung (Summe 20 bis 23)
	Kapitalfluss III (Kapitalfluss II + Kapitalfluss aus Finanzierung)

Anlage 2.3

Ist 2014	Ist 2015	Plan lfd. Haushaltsjahr 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Tsd. EUR						
		15.500	2.000	-9.000	7.000	-2.000
		<u>15.500</u>	<u>2.000</u>	<u>-9.000</u>	<u>7.000</u>	<u>-2.000</u>
		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
		<u>15.500</u>	<u>2.000</u>	<u>-9.000</u>	<u>7.000</u>	<u>-2.000</u>
		0	0	0	0	0
		0	0	0	0	0
		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
		15.500	2.000	-9.000	7.000	-2.000

Begründung:

§ 106 Absatz 2 der Landeshaushaltsordnung (LHO) ermöglicht die Errichtung eines Sondervermögens.

Mit dem „Sondervermögen Bodenordnung“ wird die Finanzierung für laufende und neue Bodenordnungsverfahren (Umlegungsverfahren nach den §§ 45 ff Baugesetzbuch (BauGB) und vorbereitende Untersuchungen für städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen nach § 165 Abs. 4 BauGB) dauerhaft abgesichert. Erlöse stehen im Sondervermögen periodenübergreifend für die Bedienung von Verbindlichkeiten aus Umlegungsverfahren und vorbereitenden Untersuchungen für städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen zur Verfügung. Dieses ist erforderlich, da es große Unwägbarkeiten im Hinblick auf das zeitliche Auftreten von Finanzierungsbedarfen gibt.

Hinweis zum Gewinn- und Verlustplan:

Bei der Gewinn- und Verlustplanung berücksichtigt sind sowohl die Verfahren

- **U 287**, B-Plan Niendorf 84,
 - **U 293**, B-Plan Finkenwerder 12,
 - **U 334**, B-Plan Neugraben-Fischbek 65,
 - **U 335**, B-Plan Finkenwerder 32,
 - **U 346**, B-Plan Harburg 66 / Neuland 22,
 - **U 348**, B-Plan Rahlstedt 29,
 - **U 351**, B-Plan Wellingsbüttel 15,
 - **U 352**, B-Plan Schnelsen 12,
 - **U 353**, B-Plan Wilhelmsburg 81, B-Plan-Entwurf Wilhelmsburg 97,
 - **U 354**, B-Plan Kirchwerder 17 / Ochsenwerder 8,
 - **U 355**, B-Plan Kirchwerder 17 / Ochsenwerder 8,
 - **VU SEM "Mitte Altona"**, Vorbereitende Untersuchungen für eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme,
 - **VU SEM "Bahnhof Diebsteich"**, Vorbereitende Untersuchungen für eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme,
- als auch mögliche Erfordernisse, die Instrumente Umlegung und vorbereitende Untersuchungen für städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen zur Flächenmobilisierung für eine Umsetzung u.a. auch der städtebaulichen Ziele „Zukunft für den Stadtumbau“, „Stromaufwärts an Elbe und Bille“, „Mehr Stadt in der Stadt“ und „Mehr Stadt an neuen Orten“ einzusetzen.

Während der Vorbereitung und der Durchführung von Umlegung und vorbereitenden Untersuchungen für städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen entstehen zunächst vorlaufende Kosten, während Erlöse regelmäßig später mit Abschluss der Grundstücksneuordnungsregelungen erzielt werden.

Umsatzerlöse (Nr. 1)

Angegeben sind Erträge aus Geldausgleichen bzw. Geldleistungen, die von den Beteiligten eines Umlegungsverfahrens nach den §§ 45 ff. Baugesetzbuch (BauGB) an die Umlegungsstelle zu entrichten sind. Zu den Finanzmitteln, die auf Grund einer anderen Rechtsgrundlage zur Vorbereitung, Anordnung oder Durchführung der Umlegung eingehen, gehören z.B. die Gebühren für die Erteilung einer Negativbescheinigung nach Nr. 5.1 der Anlage 1 zur Baugebührenordnung (BauGebO).

Die wesentlichen Erträge werden erzielt durch Rückflüsse für abschließende Grundstückszuteilungen an Hamburg im Umlegungsverfahren U 334, B-Plan Neugraben-Fischbek 65 (vgl. Drucksache 21/2039).

Diese Erträge aus den Rückflüssen für die im Umlegungsverfahren U 334 für Grunderwerb und Geldleistungen im Rahmen des Umlegungsverfahrens zuvor entstandenen Aufwendungen werden in der Bodenordnung entsprechend der Finanzierungssystematik des "Revolvierenden Fonds" für die Umsetzung künftiger Maßnahmen benötigt.

sonstige betriebliche Aufwendungen (Nr. 8)

Aufwendungen, die im Zuge der Umlegung entstehen, gehören u.a. Geldausgleiche (vgl. § 59 Absatz 2 BauGB) und Geldabfindungen als Abfindung des Einwurfs in Geld statt mit einer Natural-Zuteilung (§ 59 BauGB), für bauliche Anlagen, Anpflanzungen und sonstige Einrichtungen (§ 60 BauGB), für die Aufhebung, Änderung oder Begründung von Rechten (§ 61 BauGB) sowie Aufwendungen für die Beseitigung von Nutzungseinrichtungen zur Verwirklichung der bebauungsplanmäßigen Nutzbarkeit aller Zuteilungsflächen, Aufwendungen für die anderweitige Unterbringung von Mietern u. a., sowie -auch im Zusammenhang mit vorbereitenden Untersuchungen für städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen- u.a. Aufwendungen für Sachverständige, Architekten- und Ingenieurleistungen, Kosten und Gebühren für die Inanspruchnahme von Amtshandlungen anderer Behörden, gebietsbezogene Bürgerbeteiligungen/-informationen und dgl.

Begründung:

Es wird verwiesen auf die Begründungen zum Gewinn- und Verlustplan.

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan

2017/2018

Einzelplan 6.1

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

1	Vorwort zum Einzelplan	221
2	Ergebnis- und Finanzplan des Einzelplans	223
2.1	Ergebnisplan des Einzelplans	223
2.2	Finanzplan des Einzelplans	225
3	Übersicht über die Aufgabenbereiche des Einzelplans Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen	226
4	Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen	228
4.1	Teilplan des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)	228
4.1.1	Vorwort zum Aufgabenbereich 286 Steuerung und Service (BSW)	228
4.1.2	Produktgruppen des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)	229
4.1.3	Investitionen des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)	247
4.1.4	Darlehen des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)	247
4.1.5	Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)	247
4.1.6	Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)	248
4.2	Teilplan des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	249
4.2.1	Vorwort zum Aufgabenbereich 287 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	249
4.2.2	Produktgruppen des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung, Bodenordnung	250
4.2.3	Investitionen des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung, Bodenordnung	266
4.2.4	Darlehen des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung, Bodenordnung	267
4.2.5	Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung, Bodenordnung	267
4.2.6	Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung, Bodenordnung	268
4.3	Teilplan des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau	268
4.3.1	Vorwort zum Aufgabenbereich 288 Bauordnung und Hochbau	268
4.3.2	Produktgruppen des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau	269
4.3.3	Investitionen des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau	278
4.3.4	Darlehen des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau	278
4.3.5	Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau	278
4.3.6	Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau	279
4.4	Teilplan des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung	279
4.4.1	Vorwort zum Aufgabenbereich 289 Landesplanung und Stadtentwicklung	279
4.4.2	Produktgruppen des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung	280
4.4.3	Investitionen des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung	291
4.4.4	Darlehen des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung	293
4.4.5	Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung	294
4.4.6	Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung	294
5	Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche	295

5.1	Ergebnis- und Finanzplan des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)	295
5.1.1	Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)	295
5.1.2	Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)	296
5.2	Ergebnis- und Finanzplan des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	297
5.2.1	Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	297
5.2.2	Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	298
5.3	Ergebnis- und Finanzplan des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau	299
5.3.1	Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau	299
5.3.2	Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau	300
5.4	Ergebnis- und Finanzplan des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung	301
5.4.1	Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung	301
5.4.2	Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung	302

1 Vorwort zum Einzelplan

Gemäß Drucksache 21/1392 wurde für die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen ein neuer Einzelplan eingerichtet. Dabei haben sich sowohl die Struktur als auch die Inhalte von Aufgabenbereichen und Produktgruppen gegenüber der Struktur im Einzelplan 6.0 verändert.

Bis einschließlich des Haushaltsjahres 2015 waren die folgenden Aufgabenbereiche und Produktgruppen im Haushalt ermächtigt.

1 260 Steuerung und Service

- 1.1 260.01 Steuerung und Service
- 1.2 260.02 Zentraler Ansatz I
- 1.3 260.03 Zentrale Programme
- 1.4 260.04 Geoinformation und Vermessung [§ 26 (1) LHO]
- 1.5 260.05 Bezirkliche Zuweisungen SuS
- 1.6 260.06 Zentraler Ansatz II

2 261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

- 2.1 261.01 Wohnen
- 2.2 261.02 Stadterneuerung und Bodenordnung
- 2.3 261.03 Zentrales Programm WSB
- 2.4 261.04 Bezirkliche Zuweisungen WSB

3 262 Bauordnung und Hochbau

- 3.1 262.01 Bauordnung und Hochbau
- 3.2 262.02 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

4 263 Landes- und Landschaftsplanung

- 4.1 263.01 Landes- und Landschaftsplanung
- 4.2 263.02 Zentrale Programme Landes- und Landschaftsplanung
- 4.3 263.03 Bezirkliche Zuweisungen LP

Ab dem Doppelhaushalt 2017 werden folgende Aufgabenbereiche und Produktgruppen ermächtigt.

1 286 Steuerung und Service

- 1.1 286.11 Verwaltung, Recht und Beteiligungen (VR)
- 1.2 286.12 Zentraler Ansatz I
- 1.3 286.13 Zentrale Programme
- 1.4 286.14 Geoinformation und Vermessung
- 1.5 286.15 Bezirkliche Zuweisungen (SuS)
- 1.6 286.16 Zentraler Ansatz II (Globale Minderkosten)

2 287 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

- 2.1 287.11 Wohnen
- 2.2 287.12 Stadterneuerung und Bodenordnung
- 2.3 287.13 Zentrales Programm WSB
- 2.4 287.14 Bezirkliche Zuweisungen WSB

3 288 Bauordnung und Hochbau

- 3.1 288.11 Bauordnung und Hochbau
- 3.2 288.12 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

4 289 Landesplanung und Stadtentwicklung

- 4.1 289.11 Landesplanung und Stadtentwicklung
- 4.2 289.12 Zentrale Programme LP
- 4.3 289.13 Bezirkliche Zuweisungen LP

In den nachfolgenden Darstellungen werden die Ist- und Plandaten der bisherigen Aufgabenbereiche und Produktgruppen bis einschließlich Haushaltsjahr 2016 in einer virtuellen Überleitung auf die zukünftigen Aufgabenbereiche und Produktgruppen dargestellt. Zusätzlich sind die Plandaten der neuen Aufgabenbereiche und Produktgruppen ab 2017 bis 2020 enthalten.

Dieses ist eine Zusatzinformation und nicht Bestandteil des ermächtigten doppelten Produkthaushalts.

2 Ergebnis- und Finanzplan des Einzelplans

2.1 Ergebnisplan des Einzelplans

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit	21.498	25.077	22.021	32.016	33.535	35.060	36.566
2. Erlöse aus Transferleistungen	28.589	17.618	26.515	35.697	35.697	35.697	17.000
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	127.896	5.386	795	15.836	14.770	13.094	11.832
6. Erlöse aus Verrechnungen	1.076	1.655	2.096	3.705	3.698	3.722	3.779
7. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	20.282	18.649	16.722	23.843	24.507	25.861	26.968
8. Personalkosten	33.535	32.365	34.933	44.585	45.618	46.120	46.215
a) Kosten für Entgelte	16.667	15.999	17.902	19.333	19.714	19.845	19.879
b) Kosten für Bezüge	9.504	9.164	9.486	13.007	13.366	13.584	13.616
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	0			0	0	0	0
d) Kosten für Sozialleistungen	3.719	3.762	3.972	4.520	4.612	4.652	4.662
e) Kosten für Versorgungsleistungen	3.644	3.440	3.573	7.725	7.925	8.040	8.058
9. Kosten für Transferleistungen	137.030	141.230	170.242	197.705	210.282	207.792	209.741
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	239.939	1.014	3.952	20.862	13.085	22.236	20.155
12. Sonstige Kosten	20.741	9.578	1.705	3.032	3.063	2.968	2.968
13. Kosten aus Verrechnungen	88	98	1.446	2.475	2.493	2.477	2.485
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-272.665	-153.198	-177.573	-205.248	-211.347	-219.882	-239.355
15. Erlöse aus Beteiligungen	9.715			0	0	0	0
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse		38		38	38	38	38
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens		54.868					
19. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens		18		0	10.096	9.819	10.720
20. Zinsen und ähnliche Kosten		2		1	1	1	1
21. Finanzergebnis	9.715	54.886		37	-10.059	-9.782	-10.683
22. Ordentliches Ergebnis (14 + 21)	-262.950	-98.312	-177.573	-205.211	-221.406	-229.664	-250.038
23. Außerordentliche Erlöse							
24. Außerordentliche Kosten							
25. Außerordentliches Ergebnis							
26. Jahresergebnis (22 + 25)	-262.950	-98.312	-177.573	-205.211	-221.406	-229.664	-250.038
27. Globale Minderkosten				-6.055	-6.388	-9.808	-9.923
28. Globale Mehrkosten			6.495	10.342	10.365	9.956	11.807
29. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (26 – 27 – 28)	-262.950	-98.312	-184.068	-209.498	-225.383	-229.812	-251.922

Erläuterungen

Die wesentlichen Veränderungen des Plans 2017/2018 gegenüber dem Fortgeschriebenen Plan 2016 sind aus folgenden Gründen entstanden:

Erlöse aus laufender Verwaltungstätigkeit

Ausweitung des Bauvolumens der Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

Erlöse aus Transferleistungen

Zusätzliche Kompensationsmittel des Bundes für Wohnraumförderung

Sonstige Erlöse

Erlöse aus der Auflösung der pauschal gebildeten Sonderposten für Investitionszuschüsse, erstmalige Veranschlagung im Einzelplan 6.1

Personalkosten

Die steigenden Personalkosten resultieren insbesondere aus folgenden Faktoren:

- Verlagerung der Nachwuchskräfte des technischen Dienstes von der BUE in die BSW bei Verdoppelung der Ausbildungskapazitäten von 30 auf 60 Stellen,
- personelle Mehrbedarfe in der Bundesbauabteilung aufgrund des steigenden Bauvolumens (Bundesfinanzierung)
- personelle Mehrbedarfe im Zusammenhang mit der Behördenteilung, der Flüchtlingsunterbringung sowie der zusätzlichen Wohnraumschaffung.

Im Übrigen siehe Vorwort.

Kosten für Transferleistungen

Wohnraumförderung für zusätzlichen Wohnungsbau. Die Erhöhung resultiert teilweise aus Übertragung der Planansätze aus dem Einzelplan 9.2.

Kosten aus Abschreibungen

Es wurde Vorsorge für ggf. erforderliche Abschreibungen auf Finanzanlagen getroffen.

Kosten aus Finanzierungstätigkeit

Die Abschreibung auf die Finanzanlage Sondervermögen Stadt und Hafen ist erstmalig in diesem Kontenbereich ausgewiesen.

Im Übrigen siehe Erläuterungen zu den Aufgabenbereichen

2.2 Finanzplan des Einzelplans

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	52.175	44.580	50.934	68.367	69.886	71.411	54.220
2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	178.477	206.385	227.149	264.901	278.710	274.026	278.891
3. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-126.302	-161.805	-176.215	-196.534	-208.824	-202.615	-224.671
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen		1.031	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen		1					
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen		4					
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen	472	543	8.765	9.258	9.414	9.464	9.464
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden				9.700			
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.249	2.093	16.546	16.400	15.074	13.888	13.888
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	88	40	15	5	5	5	5
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen	2.948	2.274					
14. Globale Minderauszahlungen				-504	-481	-459	-459
15. Saldo aus laufender Investitionstätigkeit	-4.756	-3.914	-20.326	-29.859	-19.012	-17.898	-17.898
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen	45	45	44	6	6	2	2
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Saldo gegebene Darlehen	45	45	44	6	6	2	2
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-45						
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten		7					
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten							
24. Saldo aus durchlaufenden Posten		7					
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-131.058	-165.668	-196.497	-226.387	-227.830	-220.511	-242.567

Siehe Erläuterungen zu den Aufgabenbereichen

3 Übersicht über die Aufgabenbereiche des Einzelplans Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Aufgabenbereich 286 Steuerung und Service (BSW)							
Erlöse der Produktgruppe Verwaltung, Recht u Beteiligungen(VR)	13.421	2.108	2.976	5.384	5.465	5.493	5.554
Kosten der Produktgruppe Verwaltung, Recht u Beteiligungen(VR)	18.197	15.732	15.759	22.987	23.420	23.662	23.583
Erlöse der Produktgruppe Zentraler Ansatz I							
Kosten der Produktgruppe Zentraler Ansatz I			2.045	13.088	4.091	8.457	6.865
Erlöse der Produktgruppe Zentrale Programme							
Kosten der Produktgruppe Zentrale Programme			3				
Erlöse der Produktgruppe Geoinformation und Vermessung		456	35	89	50	39	39
Kosten der Produktgruppe Geoinformation und Vermessung	14.212	14.695	12.359	16.351	16.357	16.271	16.279
Erlöse der Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen SuS							
Kosten der Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen SuS			290	290	290	290	290
Erlöse der Produktgruppe Zentraler Ansatz II (GMK)							
Kosten der Produktgruppe Zentraler Ansatz II (GMK)			-2.720				
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-18.988	-27.863	-24.725	-47.244	-38.643	-43.148	-41.425
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		1					
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	235	171	15	-499	-476	-454	-454
Saldo aus Investitionstätigkeit	-235	-170	15	-499	-476	-454	-454
Einzahlungen aus Darlehen							
Auszahlungen aus Darlehen							
Saldo aus Darlehen							
Aufgabenbereich 287 Wohnen Stadterneuerung und Bodenordnung							
Erlöse der Produktgruppe Wohnen	141.668	46.881	26.515	47.466	46.468	44.982	24.904
Kosten der Produktgruppe Wohnen	371.955	124.972	126.558	150.008	165.177	162.935	164.919
Erlöse der Produktgruppe Stadterneuerung und Bodenordnung	13.566	2.243	16	106	67	67	67
Kosten der Produktgruppe Stadterneuerung und Bodenordnung	7.872	4.761	3.011	3.292	2.964	3.006	3.107
Erlöse der Produktgruppe Zentrale Programme WSB			368	750	1.250	1.750	2.250
Kosten der Produktgruppe Zentrale Programme WSB			5.993	6.344	7.227	8.141	9.088
Erlöse der Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen WSB							
Kosten der Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen WSB			34.015	34.008	34.008	34.008	34.008
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-224.593	-80.609	-142.677	-145.329	-161.591	-161.291	-183.902
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		1.034	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.272	2.686	8.765	9.258	9.414	9.464	9.464
Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.272	-1.652	-3.765	-4.258	-4.414	-4.464	-4.464
Einzahlungen aus Darlehen	45	45	44	6	6	2	2
Auszahlungen aus Darlehen							

Einzelplan der Behörde Stadtentwicklung und Wohnen

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Saldo aus Darlehen	45	45	44	6	6	2	2
Aufgabenbereich 288 Bauordnung und Hochbau							
Erlöse der Produktgruppe Bauordnung und Hochbau	4.295	4.943	4.262	7.101	6.630	5.971	5.591
Kosten der Produktgruppe Bauordnung und Hochbau	7.916	7.763	8.094	9.460	9.662	9.332	9.093
Erlöse der Produktgruppe Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)	13.683	17.458	17.238	26.379	27.791	29.292	30.794
Kosten der Produktgruppe Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)	15.497	17.050	17.238	26.379	27.791	29.292	30.794
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-5.435	-2.412	-3.832	-2.359	-3.032	-3.361	-3.502
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit							
Saldo aus Investitionstätigkeit							
Einzahlungen aus Darlehen							
Auszahlungen aus Darlehen							
Saldo aus Darlehen							
Aufgabenbereich 289 Landesplanung und Stadtentwicklung							
Erlöse der Produktgruppe Landesplanung und Stadtentwicklung	4.297	30.553	17	17	17	17	17
Kosten der Produktgruppe Landesplanung und Stadtentwicklung	13.255	17.980	9.722	11.673	19.062	18.773	19.668
Erlöse der Produktgruppe Zentrale Programme LP							
Kosten der Produktgruppe Zentrale Programme LP			2.479	2.260	2.421	2.605	2.793
Erlöse der Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen LP							
Kosten der Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen LP			650	650	650	650	650
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-8.958	12.573	-12.834	-14.566	-22.116	-22.011	-23.094
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.249	2.093	16.546	26.100	15.074	13.888	13.888
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.249	-2.093	16.546	-26.100	-15.074	13.888	13.888
Einzahlungen aus Darlehen							
Auszahlungen aus Darlehen							
Saldo aus Darlehen							

Siehe Erläuterungen zu den Aufgabenbereichen

4 Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

4.1 Teilplan des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)

4.1.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 286 Steuerung und Service (BSW)

Der Aufgabenbereich 286 Steuerung und Service (BSW) bildet die Haushaltsplanung 2017/2018 des Amtes für Verwaltung, Recht und Beteiligungen (VR) der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) ab.

Dieser Aufgabenbereich umfasst die Produktgruppen:

- 286.11 Verwaltung, Recht und Beteiligungen (VR)
- 286.12 Zentraler Ansatz I
- 286.13 Zentrale Programme
- 286.14 Geoinformation und Vermessung
- 286.15 Bezirkliche Zuweisungen Steuerung und Service (SuS)
- 286.16 Zentraler Ansatz II (Globale Minderkosten).

Das Amt für Verwaltung, Recht und Beteiligungen (VR) unterteilt sich in die Bereiche Verwaltung, Recht und Beteiligungen.

Primäre Aufgaben des Bereichs Verwaltung sind die Beratung und Unterstützung der Behördenleitung und Fachämter bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in betriebs- und finanzwirtschaftlichen sowie organisatorischen Angelegenheiten. Dies umfasst insbesondere die zentrale Einzelplansteuerung, die Aufstellung und Bewirtschaftung des Haushalts, das Controlling, die Entwicklung und Evaluierung von Kennzahlen sowie die Aufstellung und Betreuung der Kosten- und Leistungsrechnung mit dem dazugehörigen Berichtswesen. Weiterhin ist die Bereitstellung entsprechender Ressourcen zur Aufgabenerfüllung im Rahmen interner Dienstleistungen wie etwa Bibliothek oder Druckerei zu nennen. Anderweitige wesentliche Aufgaben sind die Assistenz der Behördenleitung bei der Steuerung des Landesbetriebes für Geoinformation und Vermessung und die Koordination des Wohnungsbaus. Im Rahmen des "Verwaltungsmodells Wilhelmsburg" erbringt der Verwaltungsbereich der BSW "Shared-Service-Dienstleistungen" für die Behörde für Umwelt und Energie (BUE) in den Bereichen des Inneren Dienstbetriebs und der Betriebswirtschaft.

Primäre Aufgaben des Bereichs Recht sind die Bearbeitung von Rechtsangelegenheiten in der Zuständigkeit der BSW, die rechtliche Beratung der Behördenleitung, der Fachämter und im Rahmen der Fachaufsicht der Bezirksverwaltung sowie die Vorbereitung von Rechtssetzungen. Zudem fallen in diesen Bereich die Vergabekammer für Vergaben nach VOB und VOF im Bausektor, die VOB-Prüf- und Beratungsstelle Hamburg und die Beschaffungsstelle.

Primäre Aufgaben des Bereichs Beteiligungsverwaltung umfassen die Steuerung und Kontrolle der öffentlichen Unternehmen in der Zuständigkeit der BSW. Hierzu gehören insbesondere:

- SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft
- GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH
- HCH HafenCity Hamburg GmbH
- IBA Hamburg GmbH.

4.1.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)

4.1.2.1 Produktgruppe 28611 Verwaltung, Recht und Beteiligungen(VR)

4.1.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 28611 Verwaltung, Recht und Beteiligungen(VR)

In dieser Produktgruppe werden die Ermächtigungen im Zusammenhang mit der Verwaltung, insbesondere dem Inneren Dienstbetrieb, der Informationstechnologie, mit der Personalentwicklung, -planung und -controlling, dem Personalservice, Recht und Beteiligungen, der Präsidialverwaltung, der Innenrevision und der Wohnungsbaukoordination geplant.

4.1.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 28611 Verwaltung, Recht und Beteiligungen(VR)

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse	3.706	2.108	2.976	5.384	5.465	5.493	5.554
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	6.157	7.345	6.209	8.254	8.279	8.606	8.403
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	2.661	3.123	4.146	4.303	4.303	4.517	4.517
b) davon IT-Kosten	1.426	1.536	1.405	1.354	1.385	1.379	1.379
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	412	143	107	134	146	146	147
3. Personalkosten	8.066	6.849	8.029	11.849	12.106	12.236	12.363
a) Kosten für Entgelte	4.007	2.787	4.006	4.564	4.671	4.701	4.726
b) Kosten für Bezüge	2.244	2.314	2.276	3.933	4.013	4.072	4.133
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	921	897	898	1.119	1.142	1.153	1.163
e) Kosten für Versorgungsleistungen	893	851	849	2.233	2.280	2.310	2.341
4. Kosten für Transferleistungen			0	0	150	0	0
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	982	119	105	94	64	57	46
6. Sonstige Kosten	2.992	1.419	1.417	2.789	2.820	2.762	2.770
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-14.490	-13.624	-12.783	-17.602	-17.954	-18.168	-18.028
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit	9.715						
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit		1		1	1	1	1
10. Finanzergebnis	9.715	-1		-1	-1	-1	-1
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-4.775	-13.625	-12.783	-17.603	-17.955	-18.169	-18.029
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-4.775	-13.625	-12.783	-17.603	-17.955	-18.169	-18.029

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15– 16 - 17)	-4.775	-13.625	-12.783	-17.603	-17.955	-18.169	-18.029

1. Erlöse:

Im Verwaltungsgebäude Wilhelmsburg werden Intendantaufgaben nach der Teilung der ehemaligen Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt teilweise im Shared-Service von einer der beiden Folgebehörden (BSW/BUE) erbracht. Die Shared-Service-Dienstleistung wird der jeweils anderen Behörde in Rechnung gestellt. Hierfür sind im Wesentlichen für die einzelnen Haushaltsjahre Erlöse aus haushaltsrelevanter Verrechnung, insbesondere mit der Behörde für Umwelt und Energie (BUE) veranschlagt. Für das Haushaltsjahr 2017 betragen diese geplanten Erlöse ca. 3.621 Tsd. Euro. Darüber hinaus sind in diesem Haushaltsjahr Erlöse für Erstattungen von Gebäudekosten des Landesbetriebes für Geoinformation und Vermessung in Höhe von 1.410 Tsd. Euro vorgesehen.

2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Hier sind im Wesentlichen Kosten für Miete, Mietnebenkosten und Aufwendungen für die Instandhaltung des Gebäudes in Höhe von 5.751 Tsd. Euro für das Haushaltsjahr 2017 und 5.760 Tsd. Euro für das Haushaltsjahr 2018 geplant. Weiterhin sind Kosten der Informationstechnologie in Höhe von 1.366 Tsd. Euro für das Haushaltsjahr 2017 und 1.371 Tsd. Euro für das Haushaltsjahr 2018 geplant. Ferner beinhaltet dieser Kontenbereich Kosten für den inneren Dienstbetrieb, wie etwa der Unterhaltung der Bibliothek oder der Hausdruckerei.

3. Personalkosten:

Vgl. Vorwort zum EPL und VZÄ-Erläuterung der Produktgruppe.

4. Kosten für Transferleistungen:

In diesem Kontenbereich sind Kosten für die Förderung des alle drei Jahre stattfindenden Architektursommers in Höhe von 150 Tsd. Euro veranschlagt.

5. Kosten für Abschreibungen:

Die in diesem Kontenbereich geplanten Aufwendungen beziehen sich auf Fahrzeuge und Geräte.

6. Sonstige Kosten:

Im Verwaltungsgebäude Wilhelmsburg werden Intendantaufgaben nach der Teilung der ehemaligen Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt teilweise im Shared-Service von einer der beiden

Folgebehörden (BSW/BUE) erbracht. Die Shared-Service-Dienstleistung wird der jeweils anderen Behörde in Rechnung gestellt. Hierfür sind im Wesentlichen für die einzelnen Haushaltsjahre Kosten aus haushaltsrelevanten Verrechnungen, insbesondere mit der Behörde für Umwelt und Energie (BUE) veranschlagt. Für das Haushaltsjahr 2017 betragen diese geplanten Kosten ca. 2.452 Tsd. Euro.

In diesem Kontenbereich sind auch Aufwandsentschädigungen für Deputierte andere ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer gemäß § 2 Absatz 1 EntschädLG sowie Kosten für Dozenten enthalten (vgl. Erläuterung unter 4.1.5 Wesentliche gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)).

9. Kosten des Finanzergebnisses:

In diesem Kontenbereich sind Zinsen im Rahmen von Mahnverfahren u.Ä. in Höhe von 1 Tsd. Euro je Haushaltsjahr veranschlagt.

Die Erhöhung der Ansätze in 2017 gegenüber 2016 in den Kontenbereichen Erlöse, Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit, Personalkosten und Sonstige Kosten resultieren aus der Anpassung von Kostenzuordnungen zwischen der BSW und der BUE sowie aus der Neustrukturierung der Shared-Service-Bereiche. Diese Anpassungen in den genannten Kontenbereichen sind insbesondere:

1. Erlöse:

- Insgesamt 2.408 Tsd. Euro, davon:

- Erlöse aus haushaltsrelevanten Verrechnungen für Shared-Service der BUE in Höhe von 1.330 Tsd. Euro
- Erstattungen für Miete und Betriebskosten durch den LGV in Höhe von ca. 1.020 Tsd. Euro

2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

- Insgesamt 1.991 Tsd. Euro, davon:

- Kosten für Miete und Pachten in Höhe von ca. 1.425 Tsd. Euro
- Allgemeine Kostensteigerungen im Inneren Dienstbetrieb und im Rechtsbereich in Höhe von ca. 500 Tsd. Euro

3. Personalkosten:

- Insgesamt 3.820 Tsd. Euro; Vgl. Vorwort zum EPL und VZÄ-Erläuterung der Produktgruppe

6. Sonstige Kosten:

- Kosten aus haushaltsrelevanten Verrechnungen für Shared-Service der BUE in Höhe von 1.223 Tsd. Euro

4.1.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 28611 Verwaltung, Recht und Beteiligungen(VR)

Z 1: Unterstützung der Behördenleitung bei der Steuerung der Behörde und der BSW zugeordneten öffentlichen Unternehmen (Intendantzleistung) sowie bei der Wahrnehmung ministerieller Aufgaben, ferner Unterstützung der Ämter in deren Aufgabenwahrnehmung durch Bereitstellung der notwendigen Serviceunterstützung (Kennzahlen B_286_11_001 bis B_286_11_003)

Z 2: Förderung des Wohnungsbaus in Hamburg durch Koordination aller Akteure und durch Beseitigung von Hemmnissen in Baugenehmigungsverfahren (Kennzahl B_286_11_004)

4.1.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 28611 Verwaltung, Recht und Beteiligungen(VR)

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_286_11_001 Durchschnittliche Anzahl der betreuten Endgeräte je VZÄ des Bereichs IT und E-Government	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	64,7	64,7	64,7	64,7
B_286_11_002 Durchschnittliche Anzahl der betreuten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter je VZÄ des Bereichs Personalservice und Personalentwicklung	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	62,5	62,5	62,5	62,5
B_286_11_003 Durchschnittliche Anzahl der betreuten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter je VZÄ des Bereichs Interner Service	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	22,8	22,8	22,8	22,8
B_286_11_004 Genehmigte Wohneinheiten	ANZ	10.957	9.560	6.000	10.000	10.000	10.000	10.000

Einige Kennzahlen haben sich in der Vergangenheit als ungeeignet erwiesen und wurden optimiert bzw. sind entfallen. Die neuen Kennzahlen weisen somit keine historischen Werte aus. In den jeweiligen Vorjahren sind diese Spalten mit "k.A." markiert. Im Verwaltungsgebäude Wilhelmsburg werden Intendantzaufgaben nach der Teilung der ehemaligen Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt teilweise im Shared-Service von jeweils einer der beiden Folgebehörden (BSW/BUE) erbracht.

zu Kennzahl: B_286_11_004:

Es wird angestrebt, ab 2017 jährlich 10.000 genehmigte Wohneinheiten zu erreichen.

4.1.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 28611 Verwaltung, Recht und Beteiligungen (VR)

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Ressourcensteuerung und Controlling							
Erlöse	122	10	41	228	233	236	240
Kosten	1.653	918	1.437	2.966	3.026	3.071	3.061
Saldo Jahresergebnis 1 Ressourcensteuerung und Controlling	-1.531	-908	-1.396	-2.738	-2.793	-2.835	-2.821
Erlöse		-10	-/-	-228	-233	-236	-240
Kosten		-918	-/-	-2.966	-3.026	-3.071	-3.061
Saldo Jahresergebnis 2 Ressourcensteuerung und Controlling		0	-/-	0	0	0	0
Rechtsangeleg. und Beteiligungsverwaltung							
Erlöse	10.422	1.424	297	1.440	1.472	1.493	1.564
Kosten	2.522	1.955	1.575	3.468	3.534	3.533	3.683
Saldo Jahresergebnis 1 Rechtsangeleg. und Beteiligungsverwaltung	7.900	-531	-1.278	-2.028	-2.062	-2.040	-2.119
Erlöse		-1.424	-/-	-1.440	-1.472	-1.493	-1.564
Kosten		-1.955	-/-	-3.468	-3.534	-3.533	-3.683
Saldo Jahresergebnis 2 Rechtsangeleg. und Beteiligungsverwaltung <		0	-/-	0	0	0	0
IT							
Erlöse	1	2	15	32	33	33	33
Kosten	2.247	2.172	2.012	2.047	2.063	2.073	2.047
Saldo Jahresergebnis 1 IT	-2.246	-2.170	-1.997	-2.015	-2.030	-2.040	-2.014
Erlöse		-2	-/-	-32	-33	-33	-33
Kosten		-2.172	-/-	-2.047	-2.063	-2.073	-2.047
Saldo Jahresergebnis 2 IT		0	-/-	0	0	0	0
Personal							
Erlöse	17	34	42	148	152	153	152
Kosten	1.063	1.068	1.074	2.028	2.095	2.077	2.087
Saldo Jahresergebnis Personal	-1.046	-1.034	-1.032	-1.880	-1.943	-1.924	-1.935
Erlöse		-34	-/-	-148	-152	-153	-152
Kosten		-1.068	-/-	-2.028	-2.095	-2.077	-2.087
Saldo Jahresergebnis 2 Personal		0	-/-	0	0	0	0
Interner Service							
Erlöse	2.855	633	2.546	3.409	3.446	3.449	3.436
Kosten	9.095	7.779	7.942	10.030	10.043	10.366	10.133
Saldo Jahresergebnis 1 Interner Service	-6.240	-7.146	-5.396	-6.621	-6.597	-6.917	-6.697
Erlöse		-633	-/-	-3.409	-3.446	-3.449	-3.436
Kosten		-7.779	-/-	-10.030	-10.043	-10.366	-10.133
Saldo Jahresergebnis 2 Interner Service		0	-/-	0	0	0	0
Präsidialangelegenheiten, Innenrevision							
Erlöse	3	5	25	127	129	129	129
Kosten	1.183	1.523	1.312	2.014	2.214	2.091	2.115
Saldo Jahresergebnis 1 Präsidialangelegenheiten, Innenrevision	-1.180	-1.518	-1.287	-1.887	-2.085	-1.962	-1.986
Erlöse		-5	-/-	-127	-129	-129	-129
Kosten		-1.523	-/-	-2.014	-2.214	-2.091	-2.115
Saldo Jahresergebnis 2 Präsidialangelegenheiten, Innenrevision		0	-/-	0	0	0	0

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Wohnungsbaukoordination							
Erlöse	0	0	9				
Kosten	470	264	385	414	424	430	436
Saldo Jahresergebnis 1	-470	-264	-376	-414	-424	-430	-436
Wohnungsbaukoordination							
Erlöse		15	-/-	722	717	724	702
Kosten		60	-/-	4.296	4.410	4.512	4.664
Saldo Jahresergebnis 2		-309	-/-	-3.988	-4.117	-4.218	-4.398
Wohnungsbaukoordination							
GL Schadensersatzleistungen							
Erlöse		0					
Kosten	-11	50	8	8	8	8	8
Saldo Jahresergebnis 1 GL	11	-50	-8	-8	-8	-8	-8
Schadensersatzleistungen							
Erlöse		0	-/-	0	0	0	0
Kosten		0	-/-	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 GL		0	-/-	-8	-8	-8	-8
Schadensersatzleistungen							
GL Aufwandsentschädigung							
Erlöse		0					
Kosten	-24	3	13	13	13	13	13
Saldo Jahresergebnis 1 GL	24	0	-13	-13	-13	-13	-13
Aufwandsentschädigung							
Erlöse		0	-/-	0	0	0	0
Kosten		0	-/-	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 GL		0	-/-	-13	-13	-13	-13
Aufwandsentschädigung							

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.1.2.

4.1.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 28611 Verwaltung, Recht und Beteiligungen(VR)

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Gesamtanzahl VZÄ	140,14	131,03	132,79	212,22	211,56	210,56	208,91

Vgl. allgemeine Erläuterung zur VZÄ-Steigerung im Vorwort zum Einzelplan.

Die Erhöhung der Gesamtzahl VZÄ in 2017 ergibt sich insbesondere aus:

- der Verlagerung von 30 VZÄ für die Ausbildung von technischen Nachwuchskräften von der BUE zur BSW
- der Steigerung der Ausbildungskapazitäten im technischen Nachwuchsbereich um 30 VZÄ
- den im Zusammenhang mit der Behördenteilung entstandenen Mehrbedarfen.

4.1.2.2 Produktgruppe 28612 Zentraler Ansatz I

4.1.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 28612 Zentraler Ansatz I

Für die Produktgruppe Zentraler Ansatz I werden keine Ziele und Kennzahlen geplant. Die veranschlagten Ermächtigungen werden unterjährig per Sollübertragung innerhalb des Einzelplans übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.1.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 28612 Zentraler Ansatz I

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit							
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung – Abschreibungen				16.159	7.402	15.567	12.239
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit				-16.159	-7.402	-15.567	-12.239
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)				-16.159	-7.402	-15.567	-12.239
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis				-16.159	-7.402	-15.567	-12.239
16. Globale Minderkosten				-6.055	-6.388	-9.808	-9.923
17. Globale Mehrkosten			2.045	2.984	3.077	2.698	4.549
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 – 16 + 17)			-2.045	-13.088	-4.091	-8.457	-6.865

Die Globalen Minderkosten werden geplant, um eine flexiblere Bewirtschaftung zu ermöglichen. Der Ausgleich erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung im jeweiligen Haushaltsjahr. Die Globalen Minderkosten wurden bis zum Haushaltsjahr 2016 in der Produktgruppe 286.16 Zentraler Ansatz II geplant.

Die Globalen Mehrkosten beinhalten Verstärkungsmittel für unvorhergesehene Bedarfe des Einzelplans.

Kosten aus Abschreibungen:
Kosten aus Abschreibungen werden geplant, um Mehrbedarfe in anderen Produktgruppen des Einzelplans ausgleichen zu können.

4.1.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 28612 Zentraler Ansatz I

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.2.1

4.1.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 28612 Zentraler Ansatz I

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.2.1

4.1.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 28612 Zentraler Ansatz I

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Zentrale Verstärkungsmittel							
Erlöse							
Kosten			2.045	19.143	10.479	18.265	16.788
Saldo Jahresergebnis 1 Zentrale Verstärkungsmittel			-2.045	-19.143	-10.479	-18.265	-16.788
Erlöse			-/-				
Kosten			-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Zentrale Verstärkungsmittel			-/-	-19.143	-10.479	-18.265	-16.788
Globale Minderkosten							
Erlöse							
Kosten				-6.055	-6.388	-9.808	-9.923
Saldo Jahresergebnis 1 Globale Minderkosten				6.055	6.388	9.808	9.923
Erlöse			-/-				
Kosten			-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Globale Minderkosten			-/-	6.055	6.388	9.808	9.923

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.2.2

4.1.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 28612 Zentraler Ansatz I

Vollzeitäquivalente werden nicht geplant.

4.1.2.3 Produktgruppe 28613 Zentrale Programme

4.1.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 28613 Zentrale Programme

Für die Produktgruppe Zentrale Programme werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Die veranschlagten Ermächtigungen werden unterjährig per Sollübertragung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke.

4.1.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 28613 Zentrale Programme

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit							
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen			3				
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-3				
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-3				
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis			-3				
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15- 16 - 17)			-3				

Die Ermächtigung in 2016 wurde für Abschreibungen für KFZ - Ersatzbeschaffungen veranschlagt. Künftig werden Fahrzeuge geleast. Eine Veranschlagung von Abschreibungen ist nicht mehr erforderlich.

4.1.2.3.3 Ziele der Produktgruppe 28613 Zentrale Programme

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.3.1

4.1.2.3.4 Kennzahlen der Produktgruppe 28613 Zentrale Programme

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.3.1

4.1.2.3.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 28613 Zentrale Programme

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Zentrale Programme							
Erlöse							
Kosten			3				
Saldo Jahresergebnis 1 Zentrale Programme			-3				
Erlöse			-/-				
Kosten			-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Zentrale Programme			-/-				

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.3.1

4.1.2.3.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 28613 Zentrale Programme

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Gesamtanzahl VZÄ							

Vollzeitäquivalente werden nicht geplant.

4.1.2.4 Produktgruppe 28614 Geoinformation und Vermessung

4.1.2.4.1 Vorwort der Produktgruppe 28614 Geoinformation und Vermessung

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) ist als Aufsicht führende Behörde zuständig für die Globalsteuerung und Kontrolle des Landesbetriebes für Geoinformation und Vermessung (LGV). Der LGV erfüllt hoheitliche und ministerielle Aufgaben der Freien und Hansestadt Hamburg. Die hoheitlichen Aufgaben umfassen die Erfassung, Führung, Pflege und Bereitstellung von Geobasisdaten in Hamburg zur Gewährleistung eines regional und überregional einheitlichen Raumbezugs. Hierzu gehören die Führung des Liegenschaftskatasters als Grundlage für den Eigentumsnachweis an Grund und Boden und die Führung der geotopographischen Daten. Ebenso gehört die Führung der Kaufpreissammlung und Ermittlung von Bodenrichtwerten/Grundstückswerten zu den hoheitlichen Aufgaben. Die ministeriellen Aufgaben beinhalten die fachliche Unterstützung des Senats bei der Umsetzung seiner strategischen und politischen Ziele, Schwerpunkte und Programme sowie Aufgaben im Bereich der Rechtsetzung.

Für die Erfüllung der genannten hoheitlichen und ministeriellen Aufgaben durch den LGV werden in dieser Produktgruppe die Erstattungen der BSW an den LGV abgebildet. Hierbei handelt es sich um Entgelte für die hoheitliche und ministerielle Aufgabenwahrnehmung im Vermessungswesen sowie für Produkte und Dienstleistungen des LGV für den Aufgabenbereich Steuerung und Service der BSW und Pauschalen (für alle BSW-Aufgabenbereiche), soweit diese nicht konkreten Produkten zugeordnet werden können.

4.1.2.4.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 28614 Geoinformation und Vermessung

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse		456	35	89	50	39	39
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	740	105		0	0	0	0
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	198						
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen	12.914	15.032	12.011	16.123	16.129	16.136	16.144
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen				93	93	0	0
6. Sonstige Kosten	558	-442	348	135	135	135	135
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-14.211	-14.239	-12.324	-16.263	-16.307	-16.232	-16.240
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-14.211	-14.239	-12.324	-16.263	-16.307	-16.232	-16.240
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
15. Jahresergebnis	-14.211	-14.239	-12.324	-16.263	-16.307	-16.232	-16.240
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 – 16 - 17)	-14.211	-14.239	-12.324	-16.263	-16.307	-16.232	-16.240

1. Erlöse:

Im Kontenbereich Erlöse handelt es sich primär um Erstattungen für Verwaltungsgemeinkosten des LGV in Höhe von 35 Tsd. Euro. Weiterhin sind Erlöse aus der Auflösung von Sonderposten im Zusammenhang mit für die Jahre 1993 bis 1998 pauschal gebildeten Investitionszuschüssen geplant.

4. Kosten für Transferleistungen:

Dieser Kontenbereich enthält die Kosten für die Beauftragung des LGV für die hoheitliche und ministerielle Aufgabenwahrnehmung sowie den Versorgungszuschuss an den LGV in Höhe von insgesamt 16.123 Tsd. Euro für das Haushaltsjahr 2017 und 16.129 Tsd. Euro für das Haushaltsjahr 2018.

5. Kosten aus Abschreibungen:

Dieser Kontenbereich enthält Abschreibungen für Investitionszuschüsse zu den IT-Infrastrukturen des LGV.

6. Sonstige Kosten:

In diesem Kontenbereich sind die Kosten für Produkte und Dienstleistungen des LGV für den Aufgabenbereich Steuerung und Service der BSW in Höhe von 135 Tsd. Euro je Haushaltsjahr veranschlagt.

Die Erhöhung der Ansätze in 2017 gegenüber 2016 resultiert aus der Anpassung von Kostenzuordnungen. Im Wesentlichen sind dies für die Kontenbereiche:

1. Erlöse:

- Erlöse aus der Auflösung von Sonderposten im Zusammenhang mit der für die Jahre 1993 bis 1998 pauschal gebildeten Investitionszuschüssen in Höhe 54 Tsd. Euro für 2017 und 15 Tsd. Euro für 2018

4. Kosten für Transferleistungen:

- Absenkung in 2016 um 2.000 Tsd. Euro im Rahmen der Drucksache 21/1395
- Erhöhung des Versorgungszuschusses um ca. 1.500 Tsd. Euro
- Erhöhung der Erstattungen um 600 Tsd. Euro u.a. für die Anpassung der hoheitlichen Entgelte an die Tarifentwicklung

6. Sonstige Kosten:

- Anpassung von Kostenzuordnungen zwischen BSW und BUE für Produkte und Dienstleistungen in Höhe von 213 Tsd. Euro.

4.1.2.4.3 Ziele der Produktgruppe 28614 Geoinformation und Vermessung

Z 1: Erfüllung ministerieller Aufgaben zur Unterstützung des Senats und hoheitlicher Infrastrukturmaßnahmen auf der Grundlage von gesetzlichen Regelungen, Verordnungen und Senatsbeschlüssen zur Unterstützung des Senats in den Bereichen Geobasisdaten, Geodateninfrastruktur, Liegenschaftskataster und Grundstückswertermittlung (Kennzahlen B_286_14_001 bis B_286_14_003)

4.1.2.4.4 Kennzahlen der Produktgruppe 28614 Geoinformation und Vermessung

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_286_14.001 BSW-Aufwand hoheitlich/ministerielle Aufgabenwahrnehmung p.a.	Tsd. EUR	12.790	11.774	11.774	13.124	13.124	13.124	13.124
B_286_14_002 amtlich vermessene Flurstücke	St.	251.540	252.665	253.800	254.900	256.000	257.100	258.200
B_286_14_003 BSW-Aufwand je Flurstück	EUR	51	47	39	51	51	51	51

Erhöhung der Kennzahlen in 2017 gegenüber 2016 durch:

- Korrektur der Sondereffekte des Haushalt 2015/2016 durch Umschichtung des Ausgleichsbetrags für das HmbTG in Höhe von 750 Tsd. Euro zur Erhöhung des Kostendeckungsgrades der hoheitlichen Aufgabenwahrnehmung
- Anpassung der hoheitlichen Entgelte an die Tarifentwicklung

4.1.2.4.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 28614 Geoinformation und Vermessung

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Erstattungen an LGV							
Erlöse		456	35	89	50	39	39
Kosten	14.211	14.695	12.359	16.351	16.357	16.271	16.279
Saldo Jahresergebnis 1 Erstattungen an LGV	-14.211	-14.239	-12.324	-16.263	-16.307	-16.232	-16.240
Erstattungen an LGV							
Erlöse		133	-/-	551	551	551	551
Kosten		843	-/-	2.276	2.280	2.382	2.384
Saldo Jahresergebnis 2 Erstattungen an LGV	-14.211	-14.949	-/-	-17.987	-18.037	-18.063	-18.073

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.4.2

4.1.2.4.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 28614 Geoinformation und Vermessung

Vollzeitäquivalente werden nicht veranschlagt.

4.1.2.5 Produktgruppe 28615 Bezirkliche Zuweisungen SuS

4.1.2.5.1 Vorwort der Produktgruppe 28615 Bezirkliche Zuweisungen SuS

In dieser Produktgruppe sind die finanziellen Ressourcen dargestellt, die den Bezirksämtern in Form von Rahmen-, Zweck- und Einzelzuweisungen (vgl. §§ 36 -39 BezVG) zur Verfügung gestellt werden.

Im Aufgabenbereich Steuerung und Service (BSW) sind die Kosten veranschlagt, die den Bezirksämtern für die Beauftragung des Landesbetriebes Geoinformation und Vermessung zur Verfügung gestellt werden.

4.1.2.5.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 28615 Bezirkliche Zuweisungen SuS

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit			290	266	266	266	266
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten				24	24	24	24
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-290	-290	-290	-290	-290
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-290	-290	-290	-290	-290
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis			-290	-290	-290	-290	-290
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 – 16 – 17)			-290	-290	-290	-290	-290

Die Ermächtigung wurde den Bedarfen der Bezirksämter entsprechend in den Kontenbereichen 2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und 6. Sonstige Kosten geplant. Die Ermächtigung wurde gleichmäßig auf die Bezirksämter aufgeteilt.

Die Aufteilung der Ermächtigung ist wie folgt vorgesehen:

- Hamburg-Mitte: 42 Tsd. Euro
- Altona: 42 Tsd. Euro
- Eimsbüttel: 41 Tsd. Euro
- Hamburg-Nord: 41 Tsd. Euro
- Wandsbek: 42 Tsd. Euro
- Bergedorf: 41 Tsd. Euro
- Harburg: 41 Tsd. Euro.

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				0	0	0	0
VE für Kosten für Transferleistungen				0	0	0	0
VE für Sonstige Kosten				0	0	0	0
VE für Globale Mehrkosten				0	0	0	0

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht geplant.

4.1.2.5.3 Zuweisung von Kosten der Produktgruppe 28615 Bezirkliche Zuweisungen SuS

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Zweckzuweisung Leistungen LGV							
Erlöse							
Kosten			290	290	290	290	290
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt 1<			290	290	290	290	290
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt 1<							

In der Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen SuS findet ausschließlich eine Soll-Bewirtschaftung statt. Die Ermächtigung wird auf die sachlich zuständigen Produktgruppen in den bezirklichen Einzelplänen übertragen und dient dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke.

4.1.2.6 Produktgruppe 28616 Zentraler Ansatz II (GMK)

4.1.2.6.1 Vorwort der Produktgruppe 28616 Zentraler Ansatz II (GMK)

Die Produktgruppe Zentraler Ansatz II (GMK), die ausschließlich den Ausweis der Globalen Minderkosten zum Ziel hat, wird in den Jahren 2017ff nicht mehr benötigt.

Die Globalen Minderkosten werden ab dem Planjahr 2017 in einem separaten Kontenbereich in der Produktgruppe 286.12 Zentraler Ansatz I ausgewiesen.

4.1.2.6.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 28616 Zentraler Ansatz II (GMK)

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit							
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit							
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)							
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis							
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten			-2.720				
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 – 16 - 17)			2.720				

Es wird lediglich der Planwert für 2016 dargestellt, da ab 2017 die Globalen Minderkosten in der Produktgruppe 286.12 Zentraler Ansatz I dargestellt werden.

4.1.2.6.3 Ziele der Produktgruppe 28616 Zentraler Ansatz II (GMK)

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.6.1

4.1.2.6.4 Kennzahlen der Produktgruppe 28616 Zentraler Ansatz II (GMK)

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.6.1

4.1.2.6.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 28616 Zentraler Ansatz II (GMK)

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Globale Minderkosten							
Erlöse							
Kosten			-2.720				
Saldo Jahresergebnis 1 Globale Minderkosten <			2.720				
Erlöse			-/-				
Kosten			-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Globale Minderkosten			-/-				

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.6.1

4.1.2.6.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 28616 Zentraler Ansatz II (GMK)

Vollzeitäquivalente werden nicht geplant.

4.1.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen							
Auszahlungen sonstige Investitionen	235	170	15	5	5	5	5
Saldo für sonstige Investitionen	-235	-170	-15	-5	-5	-5	-5
Verpflichtungsermächtigungen für sonstige Investitionen							
Globale Minderauszahlungen							
Globale Minderauszahlungen				-504	-481	-459	-459
Gesamtsaldo für Investitionsmittel	-235	-170	-15	499	476	454	454

Im Haushaltsjahr 2016 sind sonstige Investitionen für die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräten geplant. Ab dem Haushaltsjahr 2017 sollen Fahrzeuge künftig geleast werden. Entsprechend sind Auszahlungen in Höhe von 5 Tsd. Euro für die Beschaffung von Geräten geplant.

Globale Minderauszahlungen wurden geplant, um eine flexiblere Bewirtschaftung zu ermöglichen. Der Ausgleich erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung des jeweiligen Haushaltsjahres.

4.1.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)

Darlehen werden nicht geplant.

4.1.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
GL Aufwandsentschädigung							
Erlöse							
Kosten	5	5	13	13	13	13	13
Summe GL Aufwandsentschädigung	-5	-5	-13	-13	-13	-13	-13
GL Schadensersatzleistungen							
Erlöse							
Kosten	40	50	8	8	8	8	8
Summe GL Schadensersatzleistungen	-40	-50	-8	-8	-8	-8	-8
Saldo für Gesetzliche Leistungen	-35	-55	-21	-21	-21	-21	-21

Ermächtigungen für gesetzliche Leistungen sind für Leistungen an Abgeordnete, Sitzungsgelder gem. § 2 Abs. 1 EntschädLG für ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer, u.a. im Stadtentwicklungsausschuss und in der Fluglärmschutzkommission, sowie für Schadensersatzleistungen geplant.

4.1.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)

Zur Wahrnehmung der Aufgaben in der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen sowie in der Behörde für Umwelt und Energie, die durch das Vierte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Verwaltungsbehörden und anderer Gesetze vom 3. Juni 2015 (HmbGVBl. S. 108) neu geordnet wurden, dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde im Wege des Sollübertrags Änderungen der nach Kontenbereichen veranschlagten Erlöse und Kosten sowie der Ein- und Auszahlungen zwischen den Aufgabenbereichen 286 Steuerung und Service (BSW) und 290 Steuerung und Service (BUE) vorgenommen werden; eine Rücknahme dieser Änderungen ist zulässig.

Mit der Ermächtigung soll es ermöglicht werden, Zuordnungsfehler und Ungenauigkeiten im Rahmen der Behördenneuordnung (z.B. bei der Wahrnehmung der Intendanz- und Rechtsangelegenheiten im Rahmen des gegenseitigen Shared-Service-Modells) unterjährig zu berichtigen.

Aus den Ermächtigungen aller Produktgruppen, Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und sonstige Kosten zu verursachen, dürfen Kosten bis zur Höhe von jeweils 20 Tsd. Euro aus Gründen der Billigkeit geleistet werden.

Die Ermächtigungen betreffend Steuerung und Service der Produktgruppen 286.11 Verwaltung, Recht und Beteiligungen (VR) der BSW und 290.11 Zentrale Aufgaben, Recht und Beteiligungen (ZR) der BUE, Personalkosten und Sonstigen Kosten (Kosten aus haushaltsrelevanten Verrechnungen) zu verursachen, sind gegenseitig deckungsfähig, soweit sich Intendanz- und Fachaufgaben für die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen und die Behörde für Umwelt und Energie im Rahmen des gemeinsamen Dienstleistungsmodells (Shared Service) verändern. Mit der Deckungsfähigkeit zwischen Personalkosten und Sonstigen Kosten (Kosten aus haushaltsrelevanten Verrechnungen) soll der Finanzierung des Wilhelmsburger Verwaltungsmodells bei einer Veränderung der Kostenstrukturen in den Shared Service-Bereichen die notwendige Flexibilität eingeräumt werden.

Die Ermächtigungen in der Produktgruppe 286.11 Verwaltung, Recht und Beteiligungen (VR), Kosten für Transferleistungen und Sonstige Kosten zu verursachen, sind übertragbar.

Die Ermächtigung in der Produktgruppe 286.12 Zentraler Ansatz I, globale Mehrkosten zu verursachen, ist übertragbar.

Die Ermächtigung der Produktgruppe 286.12 Zentraler Ansatz I, Kosten für Abnutzung (Abschreibungen) zu verursachen, ist einseitig deckungsfähig zugunsten der Kosten aus Finanzierungstätigkeit (Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens).

Die Ermächtigungen in der Produktgruppe 286.14 Geoinformation und Vermessung, Kosten für Transferleistungen und sonstige Kosten zu verursachen, sind übertragbar.

4.2 Teilplan des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

4.2.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 287 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

Der Aufgabenbereich Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung umfasst die Produktgruppen
287.11 Wohnen

287.12 Stadterneuerung und Bodenordnung

287.13 Zentrale Programme WSB

287.14 Bezirkliche Zuweisungen WSB

Schwerpunkte des Aufgabenbereichs sind:

- Umsetzung einer kooperativen Wohnungspolitik durch das „Bündnis für das Wohnen in Hamburg“ mit den örtlichen Immobilienverbänden und Mietervereinen zur Aktivierung des Wohnungsneubaus, zur sozialverträglichen energetischen Modernisierung der Bestände, zum Erhalt der Backsteinstadt Hamburg und zur Integration und Versorgung von Wohnungssuchenden mit Benachteiligungen auf dem Wohnungsmarkt
- Verstetigung der vorhandenen Förderkulisse und Förderung von mindestens 3.000 geförderten Mietwohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen jährlich
- Stärkung des sozialen Zusammenhalts und Verbesserung der Entwicklungschancen für die Bewohnerinnen und Bewohner in Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf durch die Umsetzung des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE).
Hier sind die Programme der Bund-Länder-Städtebauförderung unter einem Dach zusammengeführt (Soziale Stadt, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, Stadtumbau, Städtebauliche Sanierung und Städtebaulicher Denkmalschutz). Die gesamtstädtische Steuerung des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung erfolgt u.a. mit Hilfe des Sozialmonitorings, das Hinweise zur Auswahl von Fördergebieten gibt. Um in Gebieten mit besonderen Entwicklungsbedarfen wirksame Maßnahmen umzusetzen, ist es das Ziel, Aktivitäten und Ressourcen aus unterschiedlichen Fachpolitiken zu bündeln. In bestimmten Quartieren sollen die Entwicklung von Standorten zur Unterbringung von Flüchtlingen in Festbauten durch RISE-Fördermittel unterstützt und notwendige infrastrukturelle Entwicklungsbedarfe wie Gemeinbedarfseinrichtungen sowie ein Quartiersmanagement einschließlich Bewohnerbeteiligung mitfinanziert werden.
Zum Schutz der Bevölkerung vor Verdrängung in bestimmten Quartieren werden Soziale Erhaltungsverordnungen erlassen.
- Neuordnung von Grundstücken durch Bodenordnungsverfahren nach dem BauGB, so dass vorhandene bauplanungsrechtlich ausgewiesene Wohnungs- und Gewerbeflächenpotentiale mit Bereitstellung der nach Lage, Form und Größe zweckmäßig gestalteten Grundstücke für die städtebaulich vorgesehenen Grundstücksnutzungen zur Verfügung gestellt werden können.
- Entwicklung von Konversionsflächen (z.B. „Mitte Altona“) entsprechend ihrer besonderen Bedeutung für die städtebauliche Entwicklung Hamburgs mit dem Instrument der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme nach dem BauGB; nach Beschluss der Bürgerschaft zur Drucksache 21/2880 auch Erweiterung der vorbereitenden Untersuchungen für eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme im Bereich „Mitte Altona“ bis zum Bahnhof Diebsteich.

- Analyse von Grundstücksstrukturen (Eigentums- und Rechtsverhältnisse) für Bebauungspläne, insbesondere auch in den für die Stadtentwicklung/Stadterweiterung in Aussicht genommenen Bereichen (Flächenentwicklungspotentiale/-hemmnisse, Erfordernis hoheitlicher Grundstücksneuordnung).

4.2.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung, Bodenordnung

4.2.2.1 Produktgruppe 28711 Wohnen

4.2.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 28711 Wohnen

Der Aufgabenschwerpunkt der Produktgruppe Wohnen besteht in der Förderung des Wohnungsneubaus sowie der Modernisierung und Instandsetzung des Wohnungsbestandes. Hierzu werden auf ministerieller Ebene wohnungspolitische Vorgaben entwickelt und umgesetzt; gleichzeitig werden die damit im Zusammenhang stehenden rechtlichen, finanziellen und planerischen Grundlagen erarbeitet.

Im Einzelnen liegen die Schwerpunkte in folgenden Aufgabenfeldern:

- Schaffung der Voraussetzungen für einen verstärkten Wohnungsneubau in Hamburg mit einer Zielzahl von mindestens 10.000 Baugenehmigungen im Jahr, davon mindestens 3.000 geförderte Mietwohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung, darunter auch Wohnungen für Haushalte mit mittlerem Einkommen
- Organisation und Umsetzung der im „Bündnis für das Wohnen in Hamburg“ mit den Wohnungsverbänden vereinbarten Ziele und Maßnahmen
- Wohnungsbauförderung einschließlich Wohnungsbestandspolitik
- Wohnungspolitische Steuerung des städtischen Wohnungsunternehmens SAGA GWG mit dem Ziel der Steigerung des Wohnungsneubaus auf 2.000 Wohneinheiten pro Jahr
- Durchführung wohnungspolitischer Maßnahmen zur Steuerung der Wohnungsbelegung (z. B. Kooperationsverträge mit der Wohnungswirtschaft)
- Erstellung des Hamburger Mietenspiegels
- Wahrnehmung der ministeriellen und fachaufsichtlichen Aufgaben in dem Bereich Wohngeldrecht und Wohnraumschutz

4.2.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 28711 Wohnen

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse	141.668	17.147	26.515	47.466	46.468	44.982	24.904
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	150	293	239	574	173	300	300
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	111						
3. Personalkosten	2.024	1.974	2.069	2.472	2.542	2.581	2.629
a) Kosten für Entgelte	1.129	1.162	1.205	1.126	1.161	1.178	1.203
b) Kosten für Bezüge	481	413	434	676	693	704	714

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	227	231	256	259	266	270	276
e) Kosten für Versorgungsleistungen	188	167	174	411	422	429	436
4. Kosten für Transferleistungen	119.995	122.679	124.216	144.451	159.972	157.625	159.566
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	238.510			2.488	2.488	2.427	2.422
6. Sonstige Kosten	11.276	27	34	23	2	2	2
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-230.287	-107.825	-100.043	-102.542	-118.709	-117.953	-140.016
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit		29.734					
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis		29.734					
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-230.287	-78.091	-100.043	-102.542	-118.709	-117.953	-140.016
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-230.287	-78.091	-100.043	-102.542	-118.709	-117.953	-140.016
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 - 16 - 17)	-230.287	-78.091	-100.043	-102.542	-118.709	-117.953	-140.016

Erlöse:

In der Produktgruppe Wohnen werden vorwiegend Erlöse aus Zuweisungen des Bundes erzielt. Den überwiegenden Anteil bilden die Kompensationsmittel des Bundes für die Wohnraumförderung nach Föderalismusreform (18.697 Tsd. Euro pro Jahr). Ab dem Jahr 2016 hat der Bund die Kompensationsmittel im Zusammenhang mit den entstandenen Bedarfen durch den Anstieg der Zuwanderung nahezu verdoppelt, sodass Hamburg statt der bisherigen 9.515 Tsd. Euro nunmehr 9.182 Tsd. Euro zusätzlich p.a. erhält. Die Erhöhung ist im Fortg. Planwert 2016 nicht berücksichtigt. Die Kompensationszahlungen sind befristet und werden letztmalig im Jahr 2019 vom Bund bereitgestellt. Sie werden in voller Höhe an die IFB weitergeleitet.

Weiterhin sind Zuweisungen des Bundes für Wohngeld (17.000 Tsd. Euro pro Jahr) in dieser Produktgruppe vorgesehen. Die korrespondierenden Kosten sind als Zweckzuweisung an die Bezirke in der Produktgruppe 287.14 Bezirkliche Zuweisungen WSB veranschlagt.

Neben der Erhöhung der Kompensationsmittel resultiert eine weitere Steigerung der geplanten Erlöse ab 2017 aus der Auflösung von Sonderposten im Zusammenhang mit für die Jahre 1993 bis 2005 pauschal gebildeten Investitionszuschüssen in Höhe von bis zu 12.000 Tsd. Euro.

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

In diesem Kontenbereich sind vorwiegend Kosten für Gutachten, Sachverständige und Honorarleistungen enthalten. Der erhöhte Ansatz der Kosten im Jahr 2017 resultiert daraus, dass neben einer Neuerhebung anstatt einer turnusgemäßen Fortschreibung des Mietenspiegels nicht nur die Implementierung einer neuen Wohnlagenmethodik beabsichtigt ist, sondern auch eine flächendeckende Generalüberprüfung des Wohnlagenverzeichnisses erfolgen soll.

Kosten für Transferleistungen:

Die Kosten der Produktgruppe Wohnen sind geprägt durch die Transferleistungen an die Hamburgische Investitions- und Förderbank (IFB). Hierunter fällt insbesondere der Zins- und Verlustausgleich der IFB zur Abwicklung der Wohnraumförderung Hamburgs. Die Förderung des Wohnungsneubaus, der Modernisierung und der Instandsetzung umfasst die Gewährung von zinsverbilligten Darlehen, einmaligen und laufenden Zuschüssen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Subventionen je nach Förderprogramm teilweise über mehrere Jahrzehnte laufen, was zu einer Kumulierung der Subventionsleistungen vieler Programmjahre führt.

Im Zuge der gestiegenen Zahlen der Zuwanderung und der damit verbundenen Steigerung der

Wohnungsbauaktivitäten sowie vermehrten Bedarfen bei der bisherigen Förderung für sozialen Wohnungsbau erhöht sich die Förderleistung der IFB, sodass sich im Vergleich zu dem Fortg. Plan 2016 erhöhte Ausgleichsbedarfe der Bank ergeben.

Weiterhin ursächlich für eine deutliche Steigerung der Planwerte in diesem Kontenbereich für die Jahre 2017ff ist eine Verlagerung verschiedener Reservepositionen im Zusammenhang mit der Wohnungsbauförderung, die bislang im Einzelplan 9.2 ausgewiesen und unterjährig bedarfsgerecht dem Einzelplan 6.1 per Sollübertrag bereitgestellt wurden. Durch die Verlagerung dieser Positionen sind nunmehr alle unmittelbar im Zusammenhang mit der Wohnraumförderung durch die IFB stehenden Kosten in diesem Kontenbereich gebündelt. Eventuelle flüchtlingsbedingte Mehrbedarfe werden unterjährig aus zentralen Ermächtigungen im Einzelplan 9.2 ausgeglichen.

Im Kontenbereich Kosten aus Transferleistungen sind in diesem Zusammenhang folgende Kostenpositionen an die IFB enthalten:

- Zins- und Verlustausgleich (inkl. Programm Wärmeschutz im Gebäudebestand): 95.457 Tsd. Euro (2017) und 113.460 Tsd. Euro (2018)
- Kosten aus Forderungsverkäufen der ehem. WK in 2003/2004: 25.292 Tsd. Euro (2017) und 22.810 Tsd. Euro (2018)
- Kompensationsmittel des Bundes: 18.697 Tsd. Euro (2017 und 2018)

Neben den Kosten im Zusammenhang mit der Wohnraumförderung sind im Kontenbereich Kosten für Transferleistungen außerdem Kosten für das seit Jahren bestehende IFB-Programm „Modernisierungen in Sanierungsgebieten“ in Höhe von 5 Mio. Euro p.a. enthalten. Das Programm wird ab 2017 auf der Grundlage einer geänderten Finanzierungssystematik über einen Programmvertrag mit der IFB abgewickelt und ist daher ab 2017 erstmalig in dieser Produktgruppe enthalten. Die oben dargestellte Aufgliederung ist entsprechend wie folgt zu ergänzen, um die gesamten Kosten für Transferleistungen der Produktgruppe abzubilden:

- Programm Modernisierungen in RISE-Gebieten: 5.000 Tsd. Euro (2017 und 2018)

Kosten aus Abschreibungen:

Erstmalig sind im Kontenbereich Kosten für Abschreibungen in Höhe von rd. 2,5 Mio. Euro p.a. für pauschalisierte Investitionszuschüsse enthalten.

4.2.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 28711 Wohnen

- Z 1: Förderung des sozialen Wohnungsbaus mit Mietpreis- und Belegungsbindungen und der kontinuierlichen Ertüchtigung des Wohnungsbestandes (Kennzahl B_287_1_001 - B_287_11_007)
- Z 2: Verbesserung des Wohnungszugangs für Haushalte mit Marktzugangsproblemen (Kennzahl B_287_11_008 - B_287_11_011)
- Z 3: Gewährleistung der Transparenz des Hamburger Wohnungsmarktes (Kennzahl B_287_11_013)

4.2.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 28711 Wohnen

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_287_11_001 Geförderte Mietwohnungsneubauten mit Mietpreis- und Belegungsbindung	ANZ	2.340	3.028	2.000	3.000	3.000	3.000	3.000
B_287_11_002 Geförderte Eigentumsneubauwohnungen	ANZ	111	73	300	100	100	100	100
B_287_11_003 Anzahl geförderte Studierende und Auszubildende durch das Programm „Wohnen für	Pers.	165	139	825	200	200	200	200

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Studierende und Auszubildende*								
B_287_11_004 Geförderte Modernisierung	ANZ	3.317	4.030	6.030	6.030	6.030	6.030	6.030
B_287_11_005 Neu gewonnene Mietpreis- und Belegungsbindungen insgesamt	ANZ	3.215	3.017	3.030	3.930	3.930	3.930	3.930
B_287_11_006 Maß der CO2-Einsparung durch die genannten Modernisierungsprogramme pro Jahr	t	8.306	5.962	11.000	11.000	11.000	11.000	11.000
B_287_11_007 Ausgleichszahlungen a. die IFB einschl. Verpflichtungen aufgrund vergangener Bewilligungsjahre	Mio. EUR	109	141,29	149,14	139,45	154,97	152,62	154,56
B_287_11_008 Mit Wohnraum versorgte anerkannte vordringlich wohnungsuchende Haushalte (Wohnungsberechtigte mit Dringlichkeitsschein)	ANZ	1.765	1.739	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700
B_287_11_009 Verpflichtungsrahmen (Anzahl Haushalte) aller Kooperationsverträge zw. FHH & Wohnungsbauunternehmen bzw. -genossenschaften zur Versorgung von vordringlich wohnungsuchenden Haushalten im jeweiligen Jahr	ANZ	2.072	2.075	2.200	2.500	2.500	2.500	2.500
B_287_11_010 Anzahl der Wohnungen für vordringlich Wohnungssuchende	ANZ	49.723	48.090	43.991	41.137	39.153	37.107	35.336
B_287_11_011 Angekaufte Belegungsbindungen im Bestand	ANZ	58	64	200	100	100	100	100
B_287_11_013 Maßnahmen zur Gewährleistung der Transparenz des Hamburger Wohnungsmarktes (Mietenspiegel, Gutachten, Workshops, Veranstaltungen)	ANZ	5	2	2	2	0	1	0

Einige Kennzahlen haben sich in der Vergangenheit als ungeeignet erwiesen und wurden gestrichen.

zu Kennzahl B_287_11_001:

Das vergleichsweise hohe Ist 2015 ist geprägt durch zusätzlich 987 WE für Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen. Die Planwerte 2017 ff enthalten p.a. zusätzlich 300 WA-gebundene Mietwohnungen (Wohnungsamtsbindung) gem. Drs. 21/2905 und 700 zusätzliche WS-Wohnungen (Sozialwohnungen, für deren Bezug bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschritten werden dürfen).

zu Kennzahl B_287_11_002 und Kennzahl B_287_11_011:

Die Absenkung ab 2017 erfolgt im Zusammenhang mit der Gegenfinanzierung der 300 zusätzlichen WA-Wohnungen (Drs. 21/2905).

zu Kennzahl B_287_11_003:

Das Programm wird nicht so stark nachgefragt wie ursprünglich prognostiziert.

zu Kennzahl B_287_11_004:

Seit 2015 ist auch das Förderprogramm Wärmeschutz im Gebäudebestand in dieser Kennzahl mit enthalten.

zu Kennzahl B_287_11_006:

Nicht alle geförderten Modernisierungen, führen zu einer CO2-Einsparung, z.B. barrierefreier Umbau und reine Fugensanierungen. In 2015 war der Anteil von Förderfällen ohne CO2-Einsparung überdurchschnittlich hoch.

zu Kennzahl B_287_11_007:

Die Kennzahlwerte spiegeln die Höhe der an die IFB zu entrichtenden Kosten der FHH im Zusammenhang mit der Wohnraumförderung wieder.

zu Kennzahl B_287_11_009:

Die Erhöhung der Planwerte der Jahre 2017ff gegenüber dem Fortg. Plan 2016 ist auf eine Zusatzvereinbarung zum Kooperationsvertrag mit SAGA GWG über die Ausweitung der Versorgungsverpflichtung um 300 Haushalte p.a. zurückzuführen.

zu Kennzahl B_287_11_010:

Die Plandaten sowie das Ist 2015 basieren auf der Fortschreibung der Daten aus dem Wohnungsbauentwicklungsplan. Aufgrund auslaufender Bindungen sinken die Planwerte.

zu Kennzahl B_287_11_013:

Der Mietenspiegel inkl. dem Wohnlagenverzeichnis wird regulär in einem Zwei-Jahres-Rhythmus erstellt (2015: Neuerhebung, 2017: Neuerhebung aufgrund methodischer Änderungen, 2019: Fortschreibung). In 2017 ist außerdem ein Gutachten zur Evaluation der Mietpreisbremse gem. Drs. 21/860 enthalten.

4.2.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 28711 Wohnen

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Leitung Aufgabenbereich 287							
Erlöse		2	0				
Kosten	252	212	358	395	386	392	399
Saldo Jahresergebnis 1 Leitung Aufgabenbereich 287	-252	-210	-358	-395	-386	-392	-399
Erlöse		-2	-/-				
Kosten		-212	-/-	-395	-386	-392	-399
Saldo Jahresergebnis 2 Leitung Aufgabenbereich 287		0	-/-	0	0	0	0
Verbesserung v. Rahmenb. d. Wohnungsbaus							
Erlöse	132.883	39.284	9.515	30.466	29.468	27.982	7.904
Kosten	370.979	123.834	125.441	148.214	163.797	161.408	163.368
Saldo Jahresergebnis 1 Verbesserung v. Rahmenb. d. Wohnungsbaus	-238.096	-84.550	-115.926	-117.748	-134.329	-133.426	-155.464
Erlöse		14.525	-/-	249	253	256	260
Kosten		44.485	-/-	1.134	1.164	1.184	1.207
Saldo Jahresergebnis 2 Verbesserung v. Rahmenb. d. Wohnungsbaus		-114.510	-/-	-118.633	-135.240	-134.354	-156.411
Wohnungsbestandspolitik							
Erlöse	8.785	7.595	17.000	17.000	17.000	17.000	17.000
Kosten	424	426	428	582	599	608	619
Saldo Jahresergebnis 1 Wohnungsbestandspolitik	8.361	7.169	16.572	16.418	16.401	16.392	16.381

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Erlöse		98	-/-	143	145	147	148
Kosten		392	-/-	690	710	723	742
Saldo Jahresergebnis 2 Wohnungsbestandspolitik		6.875	-/-	15.871	15.837	15.815	15.787
Transparenz Wohnungsmarkt							
Erlöse		0					
Kosten	299	500	331	817	395	527	533
Saldo Jahresergebnis 1 Transparenz Wohnungsmarkt	-299	-500	-331	-817	-395	-527	-533
Erlöse		83	-/-	98	99	100	100
Kosten		246	-/-	499	514	526	542
Saldo Jahresergebnis 2 Transparenz Wohnungsmarkt		-663	-/-	-1.218	-810	-953	-975

Vgl. Erläuterung zu 4.2.2.1.2

4.2.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 28711 Wohnen

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Gesamtanzahl VZÄ	28,87	27,49	28,75	30,90	30,90	30,90	31,00

Personalmehrbedarfe durch weitere Steigerung des Wohnungsbaus und im Übrigen vgl. Vorwort zum Einzelplan.

4.2.2.2 Produktgruppe 28712 Stadterneuerung und Bodenordnung

4.2.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 28712 Stadterneuerung und Bodenordnung

In dieser Produktgruppe sind die Aufgaben der beiden Abteilungen „Integrierte Stadtteilentwicklung“ und „Bodenordnung“ zusammengefasst.

Mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) und den hierunter zusammengeführten Programmen der Bund-Länder-Städtebauförderung sollen Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf im Hinblick auf die Verbesserung der Lebensqualität und der Entwicklungsperspektiven der Bewohnerinnen und Bewohner unterstützt werden.

Mit der Durchführung sowohl von Bodenordnungsverfahren als auch von vorbereitenden Untersuchungen für städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen sollen Grundstücksstrukturen entsprechend der städtebaulichen Ziele zweckmäßig umgestaltet werden.

Mit dem zum 1. Januar 2016 eingerichteten "Sondervermögen Bodenordnung" wird die Finanzierung für die Durchführung von Bodenordnungsmaßnahmen langfristig gesichert.

4.2.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 28712 Stadterneuerung und Bodenordnung

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse	13.566	2.205	16	68	29	29	29
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	4.165	335	6	10	10	10	10
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	102	31					
3. Personalkosten	2.463	2.485	2.503	2.888	2.876	2.920	3.021
a) Kosten für Entgelte	875	936	979	1.004	967	982	1.041
b) Kosten für Bezüge	1.018	977	950	1.048	1.072	1.088	1.104
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	216	229	240	257	251	255	268
e) Kosten für Versorgungsleistungen	354	342	334	579	586	595	608
4. Kosten für Transferleistungen	725						
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	202	691	202	394	78	76	76
6. Sonstige Kosten	4.497	1.249	300	0			
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	1.514	-2.555	-2.994	-3.224	-2.935	-2.977	-3.078
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit		38		38	38	38	38
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit		1		0	0	0	0
10. Finanzergebnis		37		38	38	38	38
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	1.514	-2.518	-2.994	-3.186	-2.897	-2.939	-3.040
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	1.514	-2.518	-2.994	-3.186	-2.897	-2.939	-3.040
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 - 16 - 17)	1.514	-2.518	-2.994	-3.186	-2.897	-2.939	-3.040

Erlöse:

In dieser Produktgruppe werden Erlöse aus der Auflösung von Sonderposten für in Vorjahren erhaltene Investitionszuschüsse im Zusammenhang mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) abgebildet.

Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit:

In diesem Kontenbereich sind Kosten für allgemeinen Geschäftsbedarf vorgesehen.

Im Zuge der Bewirtschaftung können im Wege der Sollübertragung Kostenermächtigungen aus der Produktgruppe 287.13 Zentrale Programme WSB zur Verfügung gestellt werden, um Projekte des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung durchzuführen.

Kosten aus Abschreibungen:

An dieser Stelle sind Abschreibungen für in Vorjahren aktivierte Investitionen im Zusammenhang mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) abgebildet.

Sonstige Kosten:

Im Haushaltsjahr 2016 sind im Kontenbereich Sonstige Kosten Zuführungen zu Rückstellungen für Prozessrisiken (Rückerstattungen von Sanierungsrechtlichen Ausgleichsbeträgen nach §154 BauGB) veranschlagt. Eine Veranschlagung erübrigt sich ab 2017, da die Rückstellungen für Prozessrisiken im Bedarfsfall aus vorab zu erhebenden Ausgleichsbeträgen im Zusammenhang mit dem jeweiligen

Prozess gedeckt werden. Widersprüche und Klagen haben keine aufschiebende Wirkung für den Zahlungspflichtigen.

Erlöse des Finanzergebnisses:

In diesem Kontenbereich sind ab 2017 Zinsrücklagen in Höhe von 38 Tsd. Euro enthalten.

Im Zusammenhang mit Bodenordnungsmaßnahmen werden in dieser Produktgruppe personal- und arbeitsplatzbezogene Kosten bereitgestellt.

Aufwendungen und Erträge, die im Zusammenhang mit der Durchführung von Bodenordnungsmaßnahmen entstehen, werden seit dem 1. Januar 2016 dem "Sondervermögen Bodenordnung" zugeordnet.

In Bodenordnungsverfahren können aufgrund der Unvorhersehbarkeit des Umfangs und des Abschlusses der Maßnahmen die Verursachung und das Erzielen von Erträgen teilweise mehrere Haushaltsjahre auseinanderfallen.

Mit der Einrichtung des "Sondervermögens Bodenordnung" ab dem 1. Januar 2016 wird die Durchführung von Bodenordnungsmaßnahmen langfristig sachgerecht finanziert.

4.2.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 28712 Stadterneuerung und Bodenordnung

- Z 1: Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf durch soziale und materielle Stabilisierung der Gebiete (Kennzahl B_287_12_001 - Kennzahl B_287_12_006)
- Z 2: Schutz vor Verdrängung in bestimmten Quartieren (Kennzahl B_287_12_007)
- Z 3: Verbesserung von Grundstücksstrukturen als Voraussetzung für die Realisierung planrechtlich vorgesehener bzw. angestrebter Grundstücksnutzungen (Kennzahl B_287_12_008 - Kennzahl B_287_12_009)

4.2.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 28712 Stadterneuerung und Bodenordnung

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_287_12_001 Anzahl der Fördergebiete der Integrierten Stadtteilentwicklung (RISE)	St.	53	43	42	42	32	28	26
B_287_12_002 davon Anzahl der Fördergebiete im Programmsegment Soziale Stadt	St.	15	12	13	13	10	11	10
B_287_12_003 davon Anzahl der Fördergebiete im Programmsegment Städtebauliche Sanierung	St.	12	7	7	6	3	1	0
B_287_12_004 davon Anzahl der Fördergebiete im Programmsegment Stadtumbau	St.	7	7	6	8	7	7	7
B_287_12_005 davon Anzahl der Fördergebiete im Programmsegment Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	St.	11	11	12	11	8	7	7
B_287_12_006 davon Anzahl der Fördergebiete im Programmsegment Städtebaulicher Denkmalschutz	St.	2	2	2	4	4	2	2
B_287_12_007 Anzahl der Gebiete mit Sozialer Erhaltungsverordnung	St.	7	7	14	11	12	13	14
B_287_12_008 Anzahl der laufenden	St.	k.A.	k.A.	k.A.	8	8	8	8

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Umlegungsverfahren							
B_287_12_009 Anzahl der laufenden Vorbereitenden Untersuchungen für eine Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme	St.	k.A.	k.A.	k.A.	1	1	1

Einige Kennzahlen haben sich in der Vergangenheit als ungeeignet erwiesen und wurden überarbeitet bzw. durch neue ersetzt. Neue Kennzahlen weisen somit keine historischen Werte aus. In den jeweiligen Vorjahren sind diese Spalten mit "k.A." markiert.

Kennzahlen Integrierte Stadtteilentwicklung

zu Kennzahl B_287_12_001 - Kennzahl B_287_12_006:

Die Anzahl der RISE-Fördergebiete resultiert insbesondere aus der Tatsache, dass der Bund das Programmsegment Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen zum Ende des Jahres 2012 eingestellt hat und die in diesem Programmsegment geförderten RISE-Fördergebiete perspektivisch enden. Die Festlegung neuer RISE-Fördergebiete erfolgt grundsätzlich im Rahmen der zu deren Finanzierung veranschlagten Ermächtigungen.

zu Kennzahl B_287_12_007:

Es wird erwartet, dass die Anzahl dieser Gebiete, deren Sozialstrukturen vor Verdrängung geschützt werden sollen, in den nächsten Jahren anwachsen wird.

Kennzahlen Bodenordnung

Die Kennzahl B_287_12_008 „Anzahl der laufenden Umlegungsverfahren“ und die Kennzahl B_287_12_009 „Anzahl der laufenden Vorbereitenden Untersuchungen für eine Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme“ sind neue Kennzahlen ab 2017.

4.2.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 28712 Stadterneuerung und Bodenordnung

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
RISE							
Erlöse	12.717	1.024	16	106	67	67	67
Kosten	6.570	3.389	1.766	1.961	1.605	1.626	1.703
Saldo Jahresergebnis 1 RISE	6.146	-2.365	-1.749	-1.855	-1.538	-1.559	-1.636
Erlöse		481	-/-	305	295	298	312
Kosten		3.456	-/-	1.585	1.559	1.584	1.654
Saldo Jahresergebnis 2 RISE		-5.340	-/-	-3.146	-2.802	-2.845	-2.979
Soziale Erhaltungsverordnung							
Erlöse	2						
Kosten	117	155	238	116	113	115	120
Saldo Jahresergebnis 1 Soziale Erhaltungsverordnung	-115	-155	-238	-116	-113	-115	-120
Erlöse		35	-/-	77	74	75	76
Kosten		116	-/-	441	438	449	474
Saldo Jahresergebnis 2 Soziale Erhaltungsverordnung		-219	-/-	-480	-477	-489	-518
Bodenordnung							
Erlöse	847	1.219					

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Kosten	5.364	1.217	1.007	1.215	1.246	1.265	1.284
Saldo Jahresergebnis 1 Bodenordnung	-4.517	2	-1.007	-1.215	-1.246	-1.265	-1.284
Erlöse		150	-/-	249	251	254	258
Kosten		1.152	-/-	1.315	1.337	1.358	1.385
Saldo Jahresergebnis 2 Bodenordnung		-1.000	-/-	-2.281	-2.332	-2.369	-2.411

Vgl. Erläuterung zu 4.2.2.2.2

4.2.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 28712 Stadterneuerung und Bodenordnung

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Gesamtanzahl VZÄ	34,71	34,00	33,91	34,48	33,48	33,48	34,25

Vgl. Vorwort zum Einzelplan.

4.2.2.3 Produktgruppe 28713 Zentrale Programme WSB

4.2.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 28713 Zentrale Programme WSB

In dieser Produktgruppe werden die veranschlagten Ermächtigungen für Maßnahmen der Integrierten Stadtteilentwicklung und für den Wohnraumschutz unterjährig per Sollübertragung in andere Einzelpläne, Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

Zielsetzung des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) ist es, dazu beizutragen, Hamburg als gerechte und lebenswerte Stadt weiterzuentwickeln und die soziale Kohäsion in der Stadt zu fördern.

Die gesamtstädtischen Leitziele von RISE sind:

- Verbesserung der Lebensbedingungen durch soziale und materielle Stabilisierung des Fördergebiets;
- Verbesserung der Entwicklungsperspektiven für die Menschen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wirtschaft und Integration;
- Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten und der Eigenaktivität der Bürgerinnen und Bürger;
- Abbau bzw. Beseitigung städtebaulicher Defizite wie Funktions- und Substanzschwäche bei der technischen und sozialen Infrastruktur, den privaten Gebäudenutzungen und im öffentlichen Raum.

Die Mittel des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung werden eingesetzt für Maßnahmen in den Programmsegmenten der Bund-Länder-Städtebauförderung

- Soziale Stadt,
- Stadtumbau,
- Aktive Stadt- und Ortsteilzentren,
- Städtebauliche Sanierung und
- Städtebaulicher Denkmalschutz.

Die Durchführung der Maßnahmen der Integrierten Stadtteilentwicklung obliegt regelhaft den Bezirksämtern.

Die Bezirksämter sollen für die Durchführung des Hamburgischen Wohnraumschutzgesetzes (HmbWoSchG) im Rahmen ihrer Zuständigkeit unterstützt werden. Zu den gesetzlichen Aufgaben in diesem Zusammenhang gehören die Erhaltung und Pflege von Wohnraum sowie die Vermeidung und Beseitigung der Zweckentfremdung von Wohnraum. Die Bezirksämter sollen beim Ergreifen von Maßnahmen auf Grundlage des Hamburgischen Wohnraumschutzgesetzes bedarfsgerecht per Sollübertragung unterstützt werden.

4.2.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 28713 Zentrale Programme WSB

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse			368	750	1.250	1.750	2.250
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit			50	50	50	50	50
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen			943	1.106	2.039	2.983	3.930
6. Sonstige Kosten				0			
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-625	-406	-839	-1.283	-1.730
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-625	-406	-839	-1.283	-1.730
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis			-625	-406	-839	-1.283	-1.730
16. Globale Minderkosten				0	0	0	0
17. Globale Mehrkosten			5.000	5.188	5.138	5.108	5.108
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 – 16 - 17)			-5.625	-5.594	-5.977	-6.391	-6.838

Erlöse:

Es sind an dieser Stelle Erlöse aus der Auflösung von Sonderposten geplant, die in Abhängigkeit der Sollübertragungen von Investitionsauszahlungen aus dem Investitionsprogramm RISE Bund/Land in die jeweiligen Maßnahmen umsetzenden Produktgruppen übertragen werden.

Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit:

In diesem Kontenbereich sind jährlich Kosten in Höhe von 50 Tsd. Euro veranschlagt, um die Bezirksämter für die Durchführung des Hamburgischen Wohnraumschutzgesetzes (HmbWoSchG) im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu unterstützen. In diesem Zusammenhang fallen Kosten wie zum Beispiel

Türöffnungen, Wohnungsräumungen, Gutachten oder das Einsetzen von Treuhändern an.

Kosten aus Abschreibungen:

Es sind an dieser Stelle Kosten aus Abschreibungen geplant, die in Abhängigkeit der Sollübertragungen von Investitionsauszahlungen aus dem Investitionsprogramm RISE Bund/Land in die jeweiligen Maßnahmen umsetzenden Produktgruppen übertragen werden.

Globale Mehrkosten:

Aus dieser Produktgruppe werden hauptsächlich Gesamtmaßnahmen der Programmsegmente der Bund-Länder-Städtebauförderung im Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) gefördert. Dies geschieht durch Sollübertragungen in die jeweils fachlich zuständigen Produktgruppen. Die hier veranschlagten Ermächtigungen sichern – zusammen mit den im Investitionsprogramm RISE Bund/Land veranschlagten Auszahlungen - die Inanspruchnahme der Bundesfinanzhilfen (1/3) durch Bereitstellung von Komplementärmitteln Hamburgs (2/3) auf Basis der jährlichen Verwaltungsvereinbarung der Bund-Länder-Städtebauförderung. Die Bundesfinanzhilfen sind als Einzahlungen im Investitionsprogramm RISE Bund/Land veranschlagt und werden entsprechend der förderfähigen Ausgaben vereinnahmt.

Die Kosten sind im Kontenbereich Globale Mehrkosten veranschlagt, da nur hier ein flexibler Mitteleinsatz in alle erforderlichen Kontenbereiche gewährleistet werden kann. Aufgrund der Vielfältigkeit der Maßnahmen der Integrierten Stadtteilentwicklung sind zum Zeitpunkt der Veranschlagung weder die einzelnen Projekte noch die Zahlungsempfänger im Detail bekannt, sodass keine konkretere Veranschlagung in anderen Kontenbereichen möglich ist.

Zu den Kosten gehören regelmäßig die zur Vorbereitung und Durchführung von Gesamtmaßnahmen erforderlichen Maßnahmen wie die Beauftragung von Gebietsentwicklern, die Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Aktivierung lokaler Akteure, die Erstellung von Problem- und Potenzialanalysen sowie von Integrierten Entwicklungskonzepten, der Betrieb von Stadtteilbüros, die Einrichtung von Verfügungsfonds sowie die Durchführung von Maßnahmen der lokalen Öffentlichkeitsarbeit.

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit					
VE für Kosten für Transferleistungen					
VE für Sonstige Kosten					
VE für Globale Mehrkosten				5.138	5.108

Die Verpflichtungsermächtigungen sind erforderlich, um mehrjährige vertragliche Verpflichtungen eingehen zu können und beziehen sich auf Kosten für Gesamtmaßnahmen der Programmsegmente der Bund-Länder-Städtebauförderung im Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE). Die Veranschlagung der VE erfolgt im Kontenbereich Globale Mehrkosten, da zum Zeitpunkt der Veranschlagung weder einzelne Projekte noch die Zahlungsempfänger im Detail bekannt sind und insofern keine Möglichkeit besteht, die Veranschlagung in einem anderen Kontenbereich vorzunehmen.

4.2.2.3.3 Ziele der Produktgruppe 28713 Zentrale Programme WSB

Für die Produktgruppe Zentrale Programme WSB werden keine Ziele ausgebracht. Die veranschlagten Ermächtigungen werden unterjährig per Sollübertragung in andere Einzelpläne, Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.2.2.3.4 Kennzahlen der Produktgruppe 28713 Zentrale Programme WSB

Für die Produktgruppe Zentrale Programme WSB werden keine Kennzahlen ausgebracht (siehe auch Ausführungen unter Ziffer 4.2.2.3.3).

4.2.2.3.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 28713 Zentrale Programm WSB

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Zentrales Programm RISE							
Erlöse			368	750	1.250	1.750	2.250
Kosten			5.943	6.294	7.177	8.091	9.038
Saldo Jahresergebnis 1 Zentrales Programm RISE			-5.575	-5.544	-5.927	-6.341	-6.788
Erlöse			-/-				
Kosten			-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Zentrales Programm RISE			-/-	-5.544	-5.927	-6.341	-6.788
Wohnraumschutz							
Erlöse							
Kosten			50	50	50	50	50
Saldo Jahresergebnis 1 Wohnraumschutz			-50	-50	-50	-50	-50
Erlöse			-/-				
Kosten			-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Wohnraumschutz			-/-	-50	-50	-50	-50

Bei diesen Produkten findet ausschließlich eine „Soll-Bewirtschaftung“ statt, d.h. die Ermächtigungen werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen im Aufgabenbereich des Amtes für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung sowie in anderer Aufgabenbereiche des Einzelplans der BSW oder anderer Einzelpläne übertragen.

4.2.2.3.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 28713 Zentrale Programme WSB

Vollzeitäquivalente werden nicht veranschlagt.

4.2.2.4 Produktgruppe 28714 Bezirkliche Zuweisungen WSB

4.2.2.4.1 Vorwort der Produktgruppe 28714 Bezirkliche Zuweisungen WSB

In der Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen WSB sind die finanziellen Ressourcen dargestellt, die den Bezirken in Form von Rahmen-, Zweck und Einzelzuweisungen (vgl. §§ 36-39 BezVG) zur Verfügung gestellt werden.

Die Produktgruppe enthält Mittel für die Zweckzuweisungen "Wohngeld" und "Umzugsprämien für

Rollstuhlfahrer".

Zweckzuweisung "Wohngeld"

Gem. § 38 BezVG sind Mittel für Wohngeldausgaben veranschlagt. Nach dem Wohngeldgesetz in der jeweils geltenden Fassung wird zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens ein Miet- oder Lastenzuschuss zu den Aufwendungen für den Wohnraum geleistet. Die Höhe des Wohngelds richtet sich nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, der zu berücksichtigenden Miete oder Belastung und dem Gesamteinkommen. Da Wohngeld ein Wohnkostenzuschuss ist, muss der betreffende Haushalt seinen sonstigen Lebensunterhalt (und einen Teil der Wohnkosten) aus eigenen Mitteln bestreiten können. Eine vollständige Übernahme der Wohnkosten durch Wohngeld ist ausgeschlossen. Empfänger von bestimmten SGB II- und SGB XII-Leistungen haben keinen Anspruch auf Wohngeld, wenn bei deren Leistungsberechnung Kosten der Unterkunft berücksichtigt worden sind.

Wohngeld ist eine bundesgesetzliche Leistung, die zur Hälfte vom Bund getragen wird. Die Kosten können von der FHH nicht gesteuert werden, weil die Leistungsvoraussetzungen (einschließlich der Leistungshöhe) bundesrechtlich vorgegeben sind und somit eine Zahlungspflicht besteht.

Zweckzuweisung "Umzugsprämien für Rollstuhlfahrer"

Ebenfalls gem. § 38 BezVG werden Mittel für Umzugsprämien zur Freimachung von Rollstuhlbenutzerwohnungen als freiwillige Leistung der FHH in dieser Produktgruppe veranschlagt.

4.2.2.4.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 28714 Bezirksliche Zuweisung WSB

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit							
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen			34.015	34.008	34.008	34.008	34.008
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-34.015	-34.008	-34.008	-34.008	-34.008
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-34.015	-34.008	-34.008	-34.008	-34.008
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis			-34.015	-34.008	-34.008	-34.008	-34.008
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr-			-34.015	-34.008	-34.008	-34.008	-34.008

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
oder Minderkosten (15 - 16 - 17)							

Kosten für Transferleistungen:

Die veranschlagten Beträge für die Zweckzuweisung "Wohngeld" in Höhe von jeweils 34.000 Tsd. Euro werden in 2017 und 2018 wie folgt auf die Bezirke verteilt:

Hamburg-Mitte = 23,53% = 8.000 Tsd. Euro

Altona = 14,12% = 4.800 Tsd. Euro

Eimsbüttel = 9,41% = 3.200 Tsd. Euro

Hamburg-Nord = 14,41% = 4.900 Tsd. Euro

Wandsbek = 17,94% = 6.100 Tsd. Euro

Bergedorf = 7,35% = 2.500 Tsd. Euro

Harburg = 13,24% = 4.500 Tsd. Euro

Die Aufteilung auf die Bezirke richtet sich nach dem erwarteten Bedarf unter Berücksichtigung der Vorjahresergebnisse.

Es werden p.a. 18.200 Haushalte, die Wohngeld beziehen, prognostiziert.

Die veranschlagten Beträge für die Zweckzuweisung "Umzugsprämien für Rollstuhlfahrer" werden in 2017 und 2018 in voller Höhe (8 Tsd. Euro) auf das Bezirksamt Wandsbek übertragen, da die Gewährung der Umzugsprämien zentral vom Bezirksamt Wandsbek wahrgenommen wird und die Ermächtigungen von dort bedarfsgerecht an die jeweiligen Bezirksämter übertragen werden. In Anlehnung an die geringen Fallzahlen der Vorjahre wird der Ansatz ab 2017 um 7 Tsd. Euro verringert.

In der Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen WSB werden keine Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt.

4.2.2.4.3 Zuweisung von Kosten der Produktgruppe 28714 Bezirkliche Zuweisungen WSB

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
ZZ Wohngeld Fachämter GS							
Erlöse							
Kosten			34.000	34.000	34.000	34.000	34.000
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt 1<			34.000	34.000	34.000	34.000	34.000
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt 1<							
ZZ Umzugsprämie Rollstuhlf. Fachämter GS							
Erlöse							
Kosten			15	8	8	8	8
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt 2<			15	8	8	8	8
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt 2<							

siehe Erläuterungen zum Vorwort der Produktgruppe

4.2.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung, Bodenordnung

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Investitionsprogramme							
RISE Bund/Land		684					
Einzahlungen							
Auszahlungen	2.783	2.005		0	0	0	0
Saldo RISE Bund/Land	-2.783	-1.321		0	0	0	0
Verpflichtungsermächtigung							
RISE Bund/Land						-/-	-/-
EU-Zuschüsse		351					
Einzahlungen							
Auszahlungen	490	681		0	0	0	0
Saldo EU-Zuschüsse	-490	-331		0	0	0	0
Verpflichtungsermächtigung							
EU-Zuschüsse						-/-	-/-
Zentrales Programm RISE Bund/Land			5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
Einzahlungen							
Auszahlungen			8.765	9.258	9.414	9.464	9.464
Saldo Zentrales Programm			-3.765	-4.258	-4.414	-4.464	-4.464
RISE Bund/Land							
Verpflichtungsermächtigung Zentrales				9.414	9.464	-/-	-/-
Programm RISE Bund/Land							
Zentrales Programm EU-Zuschüsse							
Einzahlungen							
Auszahlungen				0	0	0	0
Saldo Zentrales Programm EU-Zuschüsse				0	0	0	0
Verpflichtungsermächtigung Zentrales						-/-	-/-
Programm EU-Zuschüsse							
Saldo Investitionsprogramme	-3.272	-1.652	-3.765	-4.258	-4.414	-4.464	-4.464
Verpflichtungsermächtigungen				9.414	9.464	-/-	-/-
Investitionsprogramme							
Gesamtsaldo Investitionsmittel	-3.272	-1.652	-3.765	-4.258	-4.414	-4.464	-4.464

Investitionsprogramme RISE Bund/Land

Aus dem Investitionsprogramm "Zentrales Programm RISE Bund/Land" werden Gesamtmaßnahmen der Programmsegmente der Bund-Länder-Städtebauförderung im Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) gefördert. Zielsetzung von RISE ist die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in den Quartieren mit besonderen Entwicklungsbedarfen. Damit soll dazu beigetragen werden, Hamburg als gerechte und lebenswerte Stadt weiterzuentwickeln und die soziale Kohäsion in der Stadt zu fördern.

Die Investitionsauszahlungen sichern die Inanspruchnahme der Bundesfinanzhilfen (1/3) durch Bereitstellung von Komplementärmitteln Hamburgs (2/3) auf Basis der jährlichen Verwaltungsvereinbarung der Bund-Länder-Städtebauförderung.

Die Bundesfinanzhilfen sind als Einzahlungen ebenfalls bei diesem Investitionsprogramm veranschlagt. Diese werden entsprechend der förderfähigen Ausgaben vereinnahmt und entsprechend der in dem

Haushaltsjahr umgesetzten investiven Maßnahmen auf die Bezirke im Soll übertragen.

Die Mittel werden eingesetzt für Maßnahmen in den Programmsegmenten

- Soziale Stadt,
- Aktive Stadt- und Ortsteilzentren,
- Stadtumbau,
- Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen und
- Städtebaulicher Denkmalschutz.

Die Ermächtigungen, Investitionsauszahlungen zu leisten, werden vorwiegend per Sollübertrag in die für die Durchführung von Maßnahmen zuständigen Aufgabenbereiche der bezirklichen Einzelpläne oder anderer Fachbehörden übertragen, werden aber auch im eigenen Aufgabenbereich für Auszahlungen im Ist eingesetzt.

Investitionsprogramme EU-Zuschüsse

Für die Umsetzung von Projekten, die mit Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) der Förderperiode 2007–2013 gefördert werden, sind die beiden Investitionsprogramme „EU-Zuschüsse“ erforderlich, um sowohl die aufgabenbereichseigene Projektabwicklung im Ist abzubilden, als auch EU-Fördermittel per Sollübertragung an die die Projekte umsetzenden Bezirksämter und Fachämter weiterzugeben. In den Jahren 2017ff finden möglicherweise noch Buchungen im Rahmen der Endabrechnung von Projekten aufgrund der EFRE-Prüf-, Bescheinigungs- oder Verwaltungsbehörde statt.

4.2.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung, Bodenordnung

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Hamb. Stadtumbau- und Sanierungspr.							
Einzahlungen	45	45	44	6	6	2	2
Auszahlungen							
Saldo Hamb. Stadtumbau- und Sanierungspr.	45	45	44	6	6	2	2
Verpflichtungsermächtigung Hamb. Stadtumbau- und Sanierungsprogramm						-/-	-/-
Summe Darlehen	45	45	44	6	6	2	2

In der Integrierten Stadtteilentwicklung mit der Bund-Länder-Städtebauförderung können Maßnahmen in den Fördergebieten (Gesamtmaßnahme) durch Zuwendungen (Zuschüsse oder Darlehen) gefördert werden. Rückzahlungen für alle Programmsegmente werden über das o.g. Darlehen abgebildet.

4.2.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung, Bodenordnung

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
GL Wohngelddatenabgleich							
Erlöse							
Kosten	4	4	5	5	5	5	5
Saldo GL Wohngelddatenabgleich	-4	-4	-5	-5	-5	-5	-5
Summe Gesetzliche Leistungen	-4	-4	-5	-5	-5	-5	-5

Die Kostenerstattung für die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung basiert auf § 22 Abs. 2 Wohngeldverordnung. Die Kosten werden jeweils am 1. April für das laufende Kalenderjahr erstattet.

4.2.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung, Bodenordnung

Aus den Ermächtigungen der Produktgruppen 287.11 Wohnen, 287.12 Stadterneuerung und Bodenordnung und 287.13 Zentrale Programme WSB, Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und sonstige Kosten zu verursachen, dürfen Kosten bis zur Höhe von jeweils 20 Tsd. Euro aus Gründen der Billigkeit verursacht werden.

Die Ermächtigung der Produktgruppe 287.11 Wohnen, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, und die Ermächtigung der Produktgruppe 287.13 Zentrale Programme WSB, Globale Mehrkosten zu verursachen, sind übertragbar.

Die Ermächtigung, Auszahlungen für Investitionen zugunsten des Investitionsprogramms "IP RISE B/L" zu leisten, ist in Höhe der geplanten Einzahlungen bei dem Darlehen „Hamb. Stadtumbau- und Sanierungspr.“ gesperrt. Die Sperre gilt als aufgehoben, soweit die Einzahlungen für das Darlehen geleistet wurden“.

4.3 Teilplan des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau

4.3.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 288 Bauordnung und Hochbau

Der Aufgabenbereich gliedert sich in die beiden Produktgruppen

288.11 Bauordnung und Hochbau

288.12 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau).

Der Aufgabenbereich ist auf ministerieller Ebene für die Entwicklung und Fortschreibung von Gesetzen und anderen Rechtsnormen in den Bereichen Bauordnung und Hochbau zentral zuständig. Diese ministerielle Funktion bildet den wichtigsten Aufgabenschwerpunkt des Amtes. So wird die Kernvorschrift für das Bauen in Hamburg, die Hamburgische Bauordnung (HBauO), laufend an die gesellschaftlichen Anforderungen und die technischen (umweltschonenden) Innovationen angepasst. Auch die der HBauO nachgeordneten Vorschriften werden ständig auf dem Laufenden gehalten. Die einheitliche und rechtssichere Umsetzung wird durch fachliche Vorgaben und die zentralen Arbeitsmittel für die Bauaufsicht erreicht. Dabei stehen Sicherheitsaspekte in Bezug auf die Unversehrtheit der Bürgerinnen und Bürger sowie der baulichen Vermögenswerte im Zentrum der Aufgabenerfüllung. Dies bezieht sich auch auf alle öffentlichen Gebäude, für die neben den allgemein gültigen Vorschriften des Bauordnungsrechts besondere Standards für den öffentlichen Hochbau in Bezug auf die Nutzung und die Bautechnik zu entwickeln und fortzuschreiben sind.

Als ein weiterer Schwerpunkt des Aufgabenbereiches ist die Erledigung der Bauaufgaben des Bundes zu nennen.

Hierzu zählen die Planung und Ausführung aller hochbaulichen Baumaßnahmen (Investitionen und Bauunterhaltung) des Bundes für seine zivilen und militärischen Liegenschaften in der Freien Hansestadt Hamburg.

4.3.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau

4.3.2.1 Produktgruppe 28811 Bauordnung und Hochbau

4.3.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 28811 Bauordnung und Hochbau

Die Produktgruppe umfasst die zwei Fachbereiche Bauordnung und Hochbau mit jeweils folgenden Aufgabenschwerpunkten:

Im Bereich Bauordnung besteht dieser in der Sicherstellung bauordnungsrechtlicher und technischer Mindeststandards für das Bauen in Hamburg.

Zum Arbeitsbereich Bauordnung zählen auch die Wahrnehmung der bauaufsichtlichen Aufgaben - einschließlich der Genehmigungsverfahren - für die HafenCity, die Speicherstadt und die Mitte Altona sowie die Zustimmungsverfahren für öffentliche Bauten.

Im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren werden besondere baurechtliche und technische Prüfungen durchgeführt. Außerdem ist der Bereich für die Sicherstellung des Arbeits- und Immissionsschutzes auf Baustellen verantwortlich.

Der Aufgabenschwerpunkt im Bereich Hochbau liegt in der Sicherstellung der Qualität öffentlicher Gebäude in baufachlicher Hinsicht.

Außerdem werden vielfältige öffentliche Baumaßnahmen realisiert oder baufachlich begleitet.

4.3.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 28811 Bauordnung und Hochbau

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse	4.295	4.943	4.262	7.101	6.630	5.971	5.591
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	432	229	749	652	647	455	455
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	131						
b) davon IT-Kosten	3						
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	36	20					
3. Personalkosten	6.935	6.707	7.034	8.253	8.421	8.492	8.263
a) Kosten für Entgelte	2.807	2.710	2.844	2.893	2.865	2.843	2.748
b) Kosten für Bezüge	2.566	2.484	2.585	2.977	3.109	3.174	3.104
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
d) Kosten für Sozialleistungen	640	637	692	738	741	740	717
e) Kosten für Versorgungsleistungen	922	876	913	1.645	1.706	1.735	1.694
4. Kosten für Transferleistungen	0	23		23	23	23	23
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	202	182	120	273	273	117	107
6. Sonstige Kosten	347	622	190	259	298	245	245
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-3.621	-2.820	-3.832	-2.359	-3.032	-3.361	-3.502
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-3.621	-2.820	-3.832	-2.359	-3.032	-3.361	-3.502
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-3.621	-2.820	-3.832	-2.359	-3.032	-3.361	-3.502
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 – 16 - 17)	-3.621	-2.820	-3.832	-2.359	-3.032	-3.361	-3.502

Erlöse:

Die Erlöse bestehen im Wesentlichen aus Gebühren für Genehmigungs- und Zulassungsentscheidungen

(jeweils 2.581 Tsd. Euro in 2017 und 2018), Prüfung statischer Berechnungen (jeweils 201 Tsd. Euro in 2017 und 2018), Kontrolle auf Baustellen (jeweils 133 Tsd. Euro in 2017 und 2018), Honorarerlösen der Hochbaudienststelle (1.622 Tsd. Euro in 2017 und 1.641 Tsd. Euro in 2018), und es wurden Erlöse aus der Auflösung von Sonderposten im Zusammenhang mit für die Jahre 1993 bis 2005 pauschal gebildeten Investitionszuschüssen (2.564 Tsd. Euro in 2017 und 2.074 Tsd. Euro in 2018) geplant.

Die Erhöhung zwischen den Jahren 2016 und 2017 resultieren auch aus Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten.

Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit:

Die Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit bestehen im Wesentlichen aus Kosten für die Prüfung von statischen Unterlagen (jeweils 419 Tsd. Euro in 2017 und 2018), Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, - Architekten, Ingenieurinnen, Ingenieure und Sachverständige (jeweils 100 Tsd. Euro in 2017 und 2018) und Geschäftsbedarf (jeweils 56 Tsd. Euro in 2017 und 2018).

Kosten für Transferleistungen:

Bei den Transferkosten handelt es sich um den Kostenanteil Hamburgs für den Ausschuss Bauwesen beim Deutschen Institut für Normung (DIN) (jeweils 23 Tsd. Euro in 2017 und 2018).

Sonstige Kosten:

Die sonstigen Kosten bestehen im Wesentlichen aus Mitgliedsbeiträgen (jeweils 165 Tsd. Euro in 2017

und 2018) und Periodenfremden Kosten (91 Tsd. Euro in 2017 und 130 Tsd. Euro in 2018).

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			5.705	2.000	2.000
VE für Kosten für Transferleistungen					
VE für Sonstige Kosten					
VE für Globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen vorrangig zur Beauftragung von freiberuflich Tätigen (Architekten, Ingenieure u.a.).

4.3.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 28811 Bauordnung und Hochbau

Z 1: Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei baulichen Anlagen und auf Grundstücken durch Prüfung und Überwachung der planungsrechtlichen und technischen Mindeststandards sowie die Bereitstellung der dazu erforderlichen Vorgaben (Gesetze, Verordnungen, Fachanweisungen) (B_288_11_001-B_288_11-004)

Z 2: Qualitätssicherung bauaufsichtlicher Entscheidungen unter Wahrung der gesamthamburgischen Belange (B_288_11_005)

Z 3: Verbindliche Auslegung des bauordnungsrechtlichen Regelwerkes und Beratung in baurechtlich und technisch schwierigen Sachverhalten (B_288_11_006)

Z 4: Bekämpfung des Lohndumpings zur Sicherung der Qualität bei der Bauausführung öffentlicher Baumaßnahmen (B_288_11_007)

Z 5: Gewährleistung einheitlicher verfahrens- und bautechnischer Qualitätsstandards für die Durchführung öffentlicher Baumaßnahmen; insbesondere in Bezug auf die Vergabe von Architekten- und Bauleistungen der hamburgischen Verwaltung (B_288_11_008)

Z 6: Erledigung von Bauaufgaben des Landes (Hochbaudienststelle) (B_288_11_009-B_288_11_011)

4.3.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 28811 Bauordnung und Hochbau

Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_288_11_001 Anzahl der Baugenehmigungs- und Zustimmungsverfahren	St.	182	229	180	180	180	180
B_288_11_002 Anzahl der Technischen Genehmigungsverfahren	St.	794	783	760	760	760	760
B_288_11_003 Anzahl der Verfahren bei der Prüfung der bautechnischen Nachweise (Standicherheit, Wärmeschutz und Energieeinsparung)	St.	1.947	1.982	1.800	1.900	1.900	1.900
B_288_11_004 Anzahl der Präventionsgespräche und Kontrollen zur Gewährleistung des Arbeits- und Umweltschutzes auf Baustellen	St.	4.214	4.301	4.100	4.100	4.100	4.100
B_288_11_005 Anzahl der Beteiligungen an bauaufsichtlichen Verfahren	St.	834	910	800	850	850	850
B_288_11_006 Anzahl an fachbehördlichen Beratungen zu bauaufsichtlichen Angelegenheiten zum Arbeits- und Immissionsschutz auf Baustellen und hinsichtlich der bautechnischen Nachweise	St.	879	972	800	950	950	950
B_288_11_007 Anzahl der kontrollierten Firmen	St.	234	243	200	230	230	230
B_288_11_008 Anzahl an neuen und aktualisierten fachbehördlichen Vorgaben und Empfehlungen für den Hochbau	St.	10	15	10	12	12	12
B_288_11_009 Gesamtbauvolumen in Baumanagement-Projekten	Mio. EUR	160	148	120	100	100	100
B_288_11_010 Umgesetztes Bauvolumen in Baumanagement-Projekten	Mio. EUR	21,7	13,25	11,0	15,0	13,0	13,0
B_288_11-011 Anzahl der Zuwendungsprüfungen/Projekte in der Technischen Aufsicht	St.	59	80	65	80	80	80

--

4.3.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 28811 Bauordnung und Hochbau

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Leitung und Leitungsunterstützung							
Erlöse							
Kosten	148	16	401	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 1 >Leitung und Leitungsunterstützung	-148	-16	-401	0	0	0	0
Erlöse			-/-	0	0	0	0
Kosten	-148	-16	-/-	0	0	0	0

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Saldo Jahresergebnis 2 >Leitung und Leistungsunterstützung	0	0	-/-	0	0	0	
Genehmigungen. u. Zulassungsentscheidungen							
Erlöse	2.414	2.913	2.078	2.581	2.581	2.581	2.581
Kosten	899	591	821	1.517	1.544	1.573	1.537
Saldo Jahresergebnis 1 >Genehmigungen u. Zulassungsentscheidungen	1.515	2.322	1.257	1.064	1.037	1.008	1.044
Erlöse		263	-/-	301	303	307	301
Kosten		1.055	-/-	1.290	1.311	1.335	1.309
Saldo Jahresergebnis 2 >Genehmigungen u. Zulassungsentscheidungen		900	-/-	76	29	-20	35
Techn. Prüfungen bautechn. Nachweise							
Erlöse	128	194	351	201	201	201	201
Kosten	559	475	778	1.065	1.072	847	838
Saldo Jahresergebnis 1 Techn. Prüfungen bautechn. Nachweise	-431	-281	-427	-864	-871	-646	-637
Erlöse		86	-/-	129	129	130	125
Kosten		257	-/-	554	566	576	569
Saldo Jahresergebnis 2 Techn. Prüfungen bautechn. Nachweise		-465	-/-	-1.289	-1.308	-1.092	-1.080
Kontrolle auf Baustellen							
Erlöse	79	138	133	133	133	133	133
Kosten	736	341	661	774	787	801	784
Saldo Jahresergebnis 1 Kontrolle auf Baustellen	-657	-203	-528	-641	-654	-668	-651
Erlöse		168	-/-	176	177	179	174
Kosten		661	-/-	773	788	803	790
Saldo Jahresergebnis 2 Kontrolle auf Baustellen		-1.118	-/-	-1.239	-1.265	-1.292	-1.267
Bauaufsicht (Arbeitsmittel und Beiträge)							
Erlöse			0				
Kosten	528	681	529	1.589	1.622	1.651	1.614
Saldo Jahresergebnis 1 Bauaufsicht (Arbeitsmittel und Beiträge)	-528	-681	-529	-1.589	-1.622	-1.651	-1.614
Erlöse		146	-/-	306	308	312	306
Kosten		576	-/-	1.321	1.343	1.366	1.342
Saldo Jahresergebnis 2 Bauaufsicht (Arbeitsmittel und Beiträge)		-1.036	-/-	-2.604	-2.657	-2.706	-2.650
Arbeitsmittel für die Bauaufsicht							
Erlöse			0				
Kosten	888	1.117	860				
Saldo Jahresergebnis 1 Arbeitsmittel für die Bauaufsicht	-888	-1.117	-860				
Erlöse		209	-/-				
Kosten		811	-/-	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Arbeitsmittel für die Bauaufsicht		-1.505	-/-	0	0	0	0
Bauaufsichtliche Beratungen							
Erlöse			0	0	0	0	0
Kosten	600	817	588	672	684	697	681

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Saldo Jahresergebnis 1 Bauaufsichtliche Beratungen	-600	-817	-588	-672	-684	-697	-681
Erlöse		121	-/-	167	167	169	164
Kosten		483	-/-	1.034	1.055	1.075	1.063
Saldo Jahresergebnis 2 Bauaufsichtliche Beratungen		-868	-/-	-1.539	-1.572	-1.603	-1.580
Kontrolle Tariflohn							
Erlöse	22		0	0	0	0	0
Kosten	579	190	545	679	691	704	688
Saldo Jahresergebnis 1 Kontrolle Tariflohn	-557	-190	-545	-679	-691	-704	-688
Erlöse		132	-/-	168	168	170	165
Kosten		529	-/-	1.038	1.059	1.079	1.065
Saldo Jahresergebnis 2 Kontrolle Tariflohn		-951	-/-	-1.550	-1.582	-1.613	-1.589
Hochbauliche Beratungen							
Erlöse	16	94	97				
Kosten	456	679	567				
Saldo Jahresergebnis 1 Hochbauliche Beratungen	-440	-585	-470				
Erlöse		100	-/-				
Kosten		339	-/-	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Hochbauliche Beratungen		-653	-/-	0	0	0	0
Arbeitsmittel für den öffentl. Hochbau							
Erlöse	26		0	2.564	2.074	1.395	1.015
Kosten	658	704	705	1.356	1.406	1.259	1.225
Saldo Jahresergebnis 1 Arbeitsmittel für den öffentl. Hochbau	-632	-704	-705	1.208	668	136	-210
Erlöse		144	-/-	215	216	218	213
Kosten		579	-/-	936	952	969	953
Saldo Jahresergebnis 2 Arbeitsmittel für den öffentl. Hochbau		-1.044	-/-	487	-69	-614	-950
Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Land							
Erlöse	1579	1.604	1.603	1.622	1.641	1.661	1.661
Kosten	1.834	1.707	1.639	1.808	1.856	1.800	1.726
Saldo Jahresergebnis 1 Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Land	-254	-103	-36	-186	-215	-139	-65
Erlöse		377	-/-	337	343	333	322
Kosten		1.495	-/-	1.450	1.489	1.455	1.408
Saldo Jahresergebnis 2 Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Land		-1.102	-/-	-1.299	-1.361	-1.261	-1.150

Leitung und Leitungsunterstützung:

Ab 2017 wird auf eine Veranschlagung bei dem Produkt Leitung und Leitungsunterstützung verzichtet. Die dort bislang veranschlagten Personalmittel werden ab 2017 direkt bei den betroffenen Produkten veranschlagt. Diese Produkte wurden mit den entsprechenden Kosten bislang schon im Rahmen der Bewirtschaftung belastet. Dem folgt jetzt auch die direkte Veranschlagung auf den Produkten.

Genehmigungen und Zulassungsentscheidungen:

Höhere Erlöse durch erhöhte Baugenehmigungsgebühren.

Technische Prüfung bautechnischer Nachweise:

Anpassung an die Erlöserwartung anhand der Ist-Zahlen 2015 (194 Tsd. Euro).

Beiträge zu Bauaufsicht (Arbeitsmittel und Beiträge): Die höheren Kosten ergeben sich aus der Überleitung des Produkts Arbeitsmittel für die Bauaufsicht auf dieses Produkt.

Arbeitsmittel für den öffentlichen Hochbau:

Die höheren Erlöse ergeben sich aus Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten im Zusammenhang mit pauschal gebildeten Investitionszuschüssen. Die höheren Kosten ergeben sich aus der Überleitung des Produkts hochbauliche Beratungen auf dieses Produkt.

4.3.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 28811 Bauordnung und Hochbau

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Gesamtanzahl VZÄ	86,38	92,67	93,57	100,20	99,20	98,50	94,50

Personalmehrbedarfe für Baugenehmigungsverfahren und bei der Hochbaudienststelle (dort insbesondere im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsneubaus in Hamburg z.B. im Pergolenviertel und im Entwicklungsgebiet Barmbek Nord 11)
im Übrigen vgl. Vorwort.

4.3.2.2 Produktgruppe 28812 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

4.3.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 28812 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

Die Bundesbauabteilung ist im Wege der Organleihe zuständig für die Erledigung der hochbaulichen Bauaufgaben des Bundes für dessen in der Freien und Hansestadt Hamburg liegenden zivilen und militärischen Liegenschaften. Durch eigenes Personal oder durch beauftragte Architekten- und Ingenieurbüros werden die Planung und die Bauausführung wahrgenommen. Die Kosten dieser Produktgruppe werden auf Grundlage eines Verwaltungsabkommens in voller Höhe vom Bund erstattet.

4.3.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 28812 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse	13.683	17.458	17.238	26.379	27.791	29.292	30.794
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	6.256	7.038	7.370	11.997	13.049	14.361	15.671
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	489	532	488	624	624	624	624
b) davon IT-Kosten	468	517	500	700	700	600	600
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	44	10	12	20	20	20	20
3. Personalkosten	7.686	8.403	9.846	12.303	12.663	12.852	13.044
a) Kosten für Entgelte	4.784	5.120	6.288	6.723	6.940	7.044	7.150
b) Kosten für Bezüge	1.306	1.559	1.569	2.438	2.492	2.529	2.567
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
d) Kosten für Sozialleistungen	1.026	1.072	1.298	1.446	1.492	1.514	1.536
e) Kosten für Versorgungsleistungen	570	652	691	1.696	1.739	1.765	1.791
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten	1.555	1.609	22	2.079	2.079	2.079	2.079
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-1.814	408	0	0	0	0	0
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-1.814	408	0	0	0	0	0
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-1.814	408	0	0	0	0	0
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 – 16 - 17)	-1.814	408	0	0	0	0	0

Die Bundesbauabteilung arbeitet im Auftrag des Bundes. Gemäß der mit dem Bund abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung wird jahresübergreifend eine vollständige Refinanzierung aller Ist-Kosten der Bundesbauabteilung vorgenommen. Die Erlöse sind insbesondere von den zu erwartenden Personalkosten und den zu erwartenden Kosten für Honorarleistungen an freiberuflich Tätige geprägt. Diese Kosten sind abhängig vom Auftragsvolumen des Bundes. Die Erlöse entsprechen den Vorgaben aus der Verwaltungsvereinbarung.

In den Jahren ab 2017 ist mit einem stetig steigenden Auftragsvolumen des Bundes zu rechnen, sodass die Veranschlagung bei den Kosten und Erlösen dementsprechend angepasst worden ist.

Als Konkretisierung für das steigende Auftragsvolumen ab 2017 sind insbesondere die Projekte im Bundeswehrkrankenhaus (Umsetzung der Liegenschaftsentwicklung mit dem Multifunktionsgebäude und Schifffahrtsmedizinischen Institut) und der Modernisierung der Bundeswehrunterkünfte im Hamburger Osten zu nennen, die von der Bundesbauabteilung im Auftrag des Bundes zu bearbeiten sind. Besonders für diese kostenmäßig sehr bedeutsamen Projekte sind die entsprechenden erhöhten Kosten und Erlöse im Haushaltsplan zu veranschlagen.

Sonstige Kosten:

Die sonstigen Kosten setzen sich zusammen aus Vergütungen an Vertragsarchitekten und –Ingenieure (jeweils 2.034 Tsd. Euro in 2017 und 2018, periodenfremde Kosten) und Aus- und Fortbildung (jeweils 45 Tsd. Euro in 2017 und 2018).

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			6.000	11.238	12.739
VE für Kosten für Transferleistungen					
VE für Sonstige Kosten					
VE für Globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen vorrangig zur Beauftragung von freiberuflich Tätigen (Architekten, Ingenieure u.a.) für Tätigkeiten, die nicht mit dem vorhandenen Personal abgedeckt werden können.

4.3.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 28812 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

Z 1: Erledigung der Bauaufgaben des Bundes (Hochbau) (B_288_12_001 und B_288_12_002)

4.3.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 28812 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_288_12_001 Projektleistungen der Bundesbauabteilung für Investitionsmaßnahmen des Bundes	Tsd. EUR	8.904	11.036	9.500	19.530	21.030	22.530	24.030
B_288_12_002 Bauausgaben des Bundes für Bauunterhaltung	Tsd. EUR	9.136	8.842	9.600	12.682	12.682	12.682	12.682

B_288_12_001 Projektleistungen der Bundesbauabteilung für Investitionsmaßnahmen des Bundes:

Die Projektleistungen für Investitionsmaßnahmen des Bundes beinhalten die Baunebenkosten für die Planung und Durchführung der Baumaßnahmen vom Vorplanungsauftrag bis zur Rechnungslegung (entsprechend der Leistungsphasen 1 bis 9 der HOAI). Aufgrund des steigenden Auftragsvolumens entwickelt sich die Kennzahl entsprechend. Das steigende Auftragsvolumen ab 2017 setzt sich insbesondere aus den Projekten Bundeswehrkrankenhaus (Umsetzung der Liegenschaftsentwicklung mit dem Multifunktionsgebäude und Schifffahrtsmedizinischen Institut) und der Modernisierung der Bundeswehrunterkünfte im Hamburger Osten zusammen.

B_288_12_002 Bauausgaben des Bundes für Bauunterhaltung:

Die Investitionstätigkeit des Bundes im Bereich der Neu-, Um- und Erweiterungsbauten führt im Zeitablauf auch zu einem Anstieg der Bauunterhaltungskosten auf den Liegenschaften.

4.3.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 28812 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Bund							
Erlöse	8.079	8.904	10.170	19.784	20.843	21.969	23.096
Kosten	11.126	8.695	12.030	19.784	20.843	21.969	23.096
Saldo Jahresergebnis 1 Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Bund	-3.047	-209	-1.860	0	0	0	0
Erlöse		1.668	-/-	1.625	1.655	1.673	1.702
Kosten		4.795	-/-	7.493	7.716	7.814	7.967
Saldo Jahresergebnis 2 Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Bund		-5.365	-/-	-5.868	-6.061	-6.140	-6.265

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Bauunterhaltungsmaßnahmen Bund							
Erlöse	5.604	8.554	7.068	6.595	6.948	7.323	7.698
Kosten	4.371	8.354	5.208	6.595	6.948	7.323	7.698
Saldo Jahresergebnis 1	1.233	-200	1.860	0	0	0	0
Bauunterhaltungsmaßnahmen Bund <							
Erlöse		1.120	-/-	791	802	812	814
Kosten		3.907	-/-	3.984	4.109	4.186	4.296
Saldo Jahresergebnis 2		-2.787	-/-	-3.193	-3.308	-3.375	-3.482
Bauunterhaltungsmaßnahmen Bund							

Gemäß dem Verwaltungsabkommen über die Erledigung von Bauangelegenheiten des Bundes und der Verwaltungskostenerstattungsvereinbarung zwischen Bund und FHH werden die vom Land entstehenden Kosten erstattet. Die veranschlagten Erlöse entsprechen den erwarteten Gesamtkosten.

4.3.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 28812 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Gesamtanzahl VZÄ	99,03	127,40	140,60	164,50	164,50	164,50	164,50

Die Kosten dieser Produktgruppe werden auf Grundlage eines Verwaltungsabkommens in voller Höhe vom Bund erstattet. Deshalb unterliegt die Produktgruppe nicht den Konsolidierungsvorgaben der FHH. Das Bauvolumen des Bundes steigt in den nächsten Jahren, weshalb der VZÄ-Bestand entsprechend steigt.

4.3.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau

Investitionen werden nicht geplant

4.3.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau

Darlehen werden nicht geplant

4.3.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau

Gesetzliche Leistungen werden nicht geplant

4.3.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau

Aus den Ermächtigungen aller Produktgruppen, Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und sonstige Kosten zu verursachen, dürfen Kosten bis zur Höhe von jeweils 20 Tsd. Euro aus Gründen der Billigkeit verursacht werden.

Die Ermächtigung, in den Produktgruppen des Aufgabenbereichs sonstige Kosten zu verursachen, ist übertragbar.

4.4 Teilplan des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung

4.4.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 289 Landesplanung und Stadtentwicklung

Dieser Aufgabenbereich umfasst die Produktgruppen
289.11 Landesplanung und Stadtentwicklung
289.12 Zentrale Programme LP
289.13 Bezirkliche Zuweisungen LP.

Im Aufgabenbereich Landesplanung und Stadtentwicklung werden die planerischen Voraussetzungen für ein qualitatives und nachhaltiges Wachstum der Stadt geschaffen. Dabei finden sowohl urbane Belange wie auch Schutz und Entwicklung der Baukultur, des Stadtbildes sowie der öffentlichen Freiräume Berücksichtigung.

Wesentliche Schwerpunkte sind:

- Fortführung eines integrierten Räumlichen Leitbildes für Hamburg
- Umsetzung des Senatskonzeptes Hamburger Osten in den jeweiligen Fokusräumen
- Erarbeitung und konzeptionelle Weiterentwicklung gesamtstädtischer Konzepte zu vielfältigen Themen der Stadtplanung und Steuerung der operativen Umsetzung über formelle und informelle Instrumente
- Aktualisierung und Weiterentwicklung des gesetzlichen Planungsinstrumentes Flächennutzungsplan (FNP)
- Erstellung von informellen teilräumlichen Plänen auch zur Konkretisierung der Aussagen des FNP im Einzelfall
- Mitwirkung an der verbindlichen Bauleitplanung der Bezirke insbesondere über landesplanerische Stellungnahmen sowie Wahrnehmung von ministeriellen Steuerungs- und Beratungsaufgaben
- Verantwortliche Steuerung gesamtstädtisch bedeutender Projekte in Zuständigkeit des Senates (z. B. HafenCity, Deckel BAB A 7, Flächenentwicklung Bahnflächen Altona) einschließlich erforderlicher Bebauungspläne sowie Entwicklung der Elbinseln
- Beauftragung und Steuerung der IBA GmbH als städtische Projektentwicklerin für die Elbinseln sowie für Flächen in Neugraben

- Einbringung gesamtstädtischer Interessen bei Planungen Dritter Raumordnung und Regionalplanung, Zusammenarbeit mit Gebietskörperschaften und Gremien der Metropolregion (z. B. Nachbarschaftsforen)
- Öffentlichkeitsarbeit und Partizipation zu Themen der gesamtstädtischen Entwicklung und der Senatsprojekte sowie Weiterentwicklung von Partizipationsmethoden und Beratung der Bezirke bei Partizipationsprojekten
- Vertretung der Stadt Hamburg in den verschiedenen nationalen Gremien zur Raumentwicklung und Baukultur
- Kostencontrolling und Steuerung von Wohnungsbauvorhaben
- Finanzierungsprogramm Wohnungsbauentwicklung

4.4.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung

4.4.2.1 Produktgruppe 28911 Landesplanung und Stadtentwicklung

4.4.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 28911 Landesplanung und Stadtentwicklung

In dieser Produktgruppe sind die vom Aufgabenbereich Landesplanung und Stadtentwicklung direkt zu bewirtschaftenden Ressourcen dargestellt. Finanzielle Schwerpunkte im Bereich der Stadtplanung sind die Kosten für gesamtstädtisch bedeutsame Planungen, insbesondere die Vorbereitung von großen Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsvorhaben.

4.4.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 28911 Landesplanung und Stadtentwicklung

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse	4.297	5.419	17	17	17	17	17
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	2.383	3.304	1.842	1.413	1.406	1.186	1.186
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten	6.473	5.948	5.451	6.820	7.010	7.039	6.895
a) Kosten für Entgelte	3.135	3.283	2.580	3.023	3.110	3.097	3.011
b) Kosten für Bezüge	1.931	1.416	1.672	1.935	1.987	2.017	1.994
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	689	696	588	701	720	720	702
e) Kosten für Versorgungsleistungen	718	552	611	1.161	1.192	1.206	1.188
4. Kosten für Transferleistungen	3.396	3.496	0	3.100	0	0	0
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	43	22	2.270	165	376	553	691
6. Sonstige Kosten	960	5.192	158	175	175	175	175
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-8.958	-12.543	-9.705	-11.656	-8.949	-8.937	-8.931
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit		25.134					
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit		18		0	10.096	9.819	10.720
10. Finanzergebnis		25.116		0	-10.096	-9.819	-10.720
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-8.958	12.573	-9.705	-11.656	-19.045	-18.756	-19.651
12. Außerordentliche Erlöse							

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-8.958	12.573	-9.705	-11.656	-19.045	-18.756	-19.651
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 – 16 - 17)	-8.958	12.573	-9.705	-11.656	-19.045	-18.756	-19.651

Erlöse:

- Erlöse aus der Abgabe von Planunterlagen an Private i.H.v. 2 Tsd. Euro sowie aus der Auflösung von Sonderposten für den Energiebunker Wilhelmsburg i.H.v. 15 Tsd. Euro

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Finanzielle Schwerpunkte im Kontenbereich Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit sind die Kosten für die Vorbereitung der Planung von städtischen und überregionalen Wohnungsbauvorhaben, insbesondere für die Projekte Überdeckung der A 7 und Entwicklung der Bahnflächen Altona. Des Weiteren sind enthalten:

- Stadtmodell Hamburg i.H.v. 70 Tsd. Euro
- Stadtwerkstatt i.H.v. 100 Tsd. Euro

Kosten für Transferleistungen:

- anteilige Kostenerstattung an den Bund zur Errichtung einer Lärmschutzeinrichtung für den Bau der Ersatztrasse Wilhelmsburger Reichsstraße in 2017 i.H.v. 3.100 Tsd. Euro

Kosten aus Abschreibungen:

- Abschreibung auf Investitionszuschüsse Energiebunker i.H.v. 20 Tsd. Euro
- Abschreibungen für Software und für das Finanzierungsprogramm Wohnungsbauentwicklung

Sonstige Kosten:

In den sonstigen Kosten sind Beiträge für die Mitgliedschaften in Institutionen zur Stadt und Regionalentwicklung enthalten.

Finanzergebnis:

Das Finanzergebnis enthält die Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens aus dem Sondervermögen Stadt und Hafen in 2018 = 10.096 Tsd. Euro, 2019 = 9.819 Tsd. Euro, 2020 = 10.720 Tsd. Euro

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			1.464	1.464	1.464
VE für Kosten für Transferleistungen					
VE für Sonstige Kosten			13		
VE für Globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten aus Verwaltungstätigkeit i.H.v. 1.464 Tsd. Euro dienen vorrangig dazu, für mehrjährige Planungsleistungen durch Dritte entsprechend langfristige Verträge schließen zu können.

4.4.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 28911 Landesplanung und Stadtentwicklung

Z 1: Räumliche und themenbezogene Entwicklungsziele der Stadt erarbeiten und vermitteln (B_289_11_001 und B_289_11_002)

Z 2: Leitlinien und Grundsätze der Raumordnung und Stadtentwicklung in Planrecht umsetzen (B_289_11_003)

Z 3: Gesamtstädtische Belange durch verbindliches Planrecht sicherstellen (B_289_11_004)

Z 4: Große Stadtentwicklungsvorhaben entwickeln und umsetzen (B_289_11_005)

Z 5: Gesamtstädtische Belange bei bezirklichen Planungen sicherstellen (B_289_11_006)

Z 6: Die Raumstruktur sowie die Metropolfunktion Hamburgs sichern und stärken (B_289_11_007)

Z 7: Städtebauliche Belange bei Planungen Dritter mit gesamtstädtischer Bedeutung sichern (B_289_11_008 bis B_289_11_009)

4.4.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 28911 Landesplanung und Stadtentwicklung

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_289_11_001 Anzahl der in Arbeit befindlichen Konzepte, Planungen und Wettbewerbe	St.	k.A.	k.A.	k.A.	40	40	40	40
B_289_11_002 Anzahl der durchgeführten Veranstaltungen Stadtwerkstatt	St.	3	4	4	4	4	4	4
B_289_11_003 Anzahl der laufenden Flächennutzungsplanänderungen	St.	k.A.	k.A.	k.A.	35	35	35	35
B_289_11_004 Anzahl der laufenden Senatsbebauungspläne	St.	k.A.	k.A.	k.A.	36	8	7	6
B_289_11_005 Anzahl der Projekte	St.	4	5	4	4	4	4	4
B_289_11_006 Anzahl der laufenden Bezirks-Bebauungspläne, bezirklichen teilsräumlichen Planungen sowie bezirklichen Wettbewerbe zu denen Beiträge geleistet werden	St.	k.A.	k.A.	k.A.	120	120	120	120
B_289_11_007 Anzahl der Stellungnahmen zu förmlichen Planverfahren	St.	k.A.	k.A.	k.A.	30	30	30	30
B_289_11_008 Anzahl betreuter Innovationsquartiere und –bereiche	St.	17	19	16	19	17	16	16
B_289_11_009 Anzahl der Vorhaben, Planungen und Konzepte Dritter (inklusive Planfeststellungsverfahren sowie durchgeführte Wettbewerbsverfahren Dritter), zu denen Stellung genommen wird	St.	k.A.	k.A.	k.A.	750	750	750	750

Einige Kennzahlen haben sich in der Vergangenheit als ungeeignet erwiesen und wurden überarbeitet und optimiert. Neue Kennzahlen weisen somit keine historischen Werte aus. In den jeweiligen Vorjahren sind diese Spalten mit "k.A." markiert.

In der Kennzahl B_289_11_004 Anzahl der laufenden Senatsbebauungspläne sind für 2017 bereits

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

24 Bebauungspläne berücksichtigt, von denen bekannt ist, dass diese geändert werden. Für die Folgejahre sind zum Zeitpunkt der Planaufstellung solche Änderungsbedarfe nicht bekannt, weshalb sich die Prognose aus historischen Erfahrungswerten ableitet und geringer ausfällt als für den Plan 2017.

4.4.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 28911 Landesplanung und Stadtentwicklung

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Gesamtstädtische Entwicklungsplanung							
Erlöse	174	50					
Kosten	1.459	1.115	1.022	1.208	1.468	1.568	1.712
Saldo Jahresergebnis 1	-1.285	-1.065	-1.022	-1.208	-1.468	-1.568	-1.712
Gesamtstädtische Entwicklungsplanung							
Erlöse		207	-/-	169	171	172	168
Kosten		717	-/-	802	823	830	821
Saldo Jahresergebnis 2		-1.575	-/-	-1.841	-2.120	-2.227	-2.364
Stadtwerkstatt							
Erlöse		18					
Kosten	521	400	389	455	465	466	459
Saldo Jahresergebnis 1 Stadtwerkstatt	-521	-382	-389	-455	-465	-466	-459
Erlöse		81	-/-	107	108	108	105
Kosten		281	-/-	542	557	563	559
Saldo Jahresergebnis 2 Stadtwerkstatt		-581	-/-	-890	-914	-921	-913
Vorbereitende Bauleitplanung							
Erlöse	2	11					
Kosten	1.237	377	507	965	1.000	966	927
Saldo Jahresergebnis 1 Vorbereitende Bauleitplanung	-1.235	-366	-507	-965	-1.000	-966	-927
Erlöse		145	-/-	189	192	192	188
Kosten		561	-/-	884	909	915	905
Saldo Jahresergebnis 2 Vorbereitende Bauleitplanung		-782	-/-	-1.661	-1.717	-1.689	-1.643
Senatsplanungen							
Erlöse	42	8	2	2	2	2	2
Kosten	619	338	465	368	396	331	326
Saldo Jahresergebnis 1 Senatsplanungen	-577	-330	-462	-366	-394	-329	-324
Erlöse		80	-/-	90	91	91	88
Kosten		319	-/-	470	483	490	488
Saldo Jahresergebnis 2 Senatsplanungen		-568	-/-	-746	-787	-728	-724
Stadtentwicklungsvorhaben							
Erlöse	3.710	5.225	15	15	15	15	15
Kosten	7.297	12.626	3.274	3.284	3.271	3.282	3.231
Saldo Jahresergebnis 1 Stadtentwicklungsvorhaben	-3.587	-7.401	-3.259	-3.269	-3.256	-3.267	-3.216
Erlöse		1.782	-/-	437	444	444	439
Kosten		3.838	-/-	1.924	1.972	1.981	1.949
Saldo Jahresergebnis 2		-9.457	-/-	-4.756	-4.784	-4.804	-4.726

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Stadtentwicklungsvorhaben							
Mitwirkung bezirkliche Planungen							
Erlöse	1	10					
Kosten	595	665	642	602	619	621	609
Saldo Jahresergebnis 1 Mitwirkung bezirkliche Planungen	-594	-655	-642	-602	-619	-621	-609
Erlöse		208	-/-	146	147	148	144
Kosten		675	-/-	703	722	728	720
Saldo Jahresergebnis 2 Mitwirkung bezirkliche Planungen		-1.123	-/-	-1.159	-1.193	-1.202	-1.185
Überregionale Planungen und Projekte							
Erlöse	10	50					
Kosten	192	415	171	193	203	185	183
Saldo Jahresergebnis 1 Überregionale Planungen und Projekte	-182	-365	-171	-193	-203	-185	-183
Erlöse		47	-/-	72	73	72	70
Kosten		125	-/-	394	406	411	411
Saldo Jahresergebnis 2 Überregionale Planungen und Projekte		-443	-/-	-515	-536	-524	-525
Planungen und Projekte Dritter							
Erlöse	350	48					
Kosten	1.327	1.301	1.205	1.498	1.544	1.533	1.502
Saldo Jahresergebnis 1 Planungen und Projekte Dritter	-977	-1.253	-1.205	-1.498	-1.544	-1.533	-1.502
Erlöse		294	-/-	281	286	286	281
Kosten		1.218	-/-	1.273	1.306	1.313	1.293
Saldo Jahresergebnis 2 Planungen und Projekte Dritter		-2.177	-/-	-2.490	-2.564	-2.560	-2.514
Sondervermögen Stadt und Hafen							
Erlöse		25.134					
Kosten		743	2.047		10.096	9.819	10.720
Saldo Jahresergebnis 1 Sondervermögen Stadt und Hafen		24.390	-2.047		-10.096	-9.819	-10.720
Erlöse			-/-	0	0	0	0
Kosten			-/-	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Sondervermögen Stadt und Hafen		24.390	-/-	0	-10.096	-9.819	-10.720
Wilhelmsburger Reichsstraße							
Erlöse							
Kosten				3.100	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 1 Wilhelmsburger Reichsstraße				-3.100	0	0	0
Erlöse			-/-	0	0	0	0
Kosten			-/-	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Wilhelmsburger Reichsstraße			-/-	-3.100	0	0	0

Soweit hier nicht detaillierter erläutert, sind in den Produktkosten überwiegend Personalkosten, Kosten für Verwaltungsbedarf und Planungsmittel enthalten.

Erläuterungen zu den Produkten:

Gesamtstädtische Entwicklungsplanung

Hier sind neben den o.g. Kosten auch die Abschreibungen für das Finanzierungsprogramm Wohnungsbauentwicklung sowie die Kosten für das Stadtmodell veranschlagt.

Stadtentwicklungsvorhaben

Hier sind die o.g. Kosten der Projekte HafenCity, Mitte Altona, Deckel A7 und Sprung über die Elbe veranschlagt. Die hier geplanten Erlöse i.H.v. 15 Tsd. EUR bilden die Auflösung von Sonderposten für den Energiebunker Wilhelmsburg ab.

Sondervermögen Stadt und Hafen

Veranschlagt sind die Kosten aus Abschreibungen auf die Finanzanlage Sondervermögen Stadt und Hafen, die grundsätzlich von den Jahresergebnissen des Wirtschaftsplans des Sondervermögens Stadt und Hafen (vgl. Anlage 2.2 des Haushaltsplans) abhängig sind. In den Haushaltsjahren 2018 bis 2020 übersteigen die Aufwendungen des Sondervermögens (z.B. für Infrastruktur und Entwicklungsvorhaben im zentralen und östlichen Entwicklungsabschnitt der HafenCity sowie für die Bildung von Rückstellungen aufgrund der unentgeltlichen Abgabeverpflichtung für die errichteten Infrastrukturanlagen) die Erträge des Sondervermögens (z.B. Umsatzerlöse aus Grundstücksverkäufen oder durch die Aktivierung von Infrastruktur und Entwicklungsmaßnahmen). Die geplanten Infrastrukturaufwendungen und Umsatzerlöse des Sondervermögens sind stark entwicklungsabhängig und unterliegen daher teilweise erheblichen jährlichen Schwankungen.

Wilhelmsburger Reichsstraße

Veranschlagt sind hier die Kosten für die anteilige Kostenerstattung an den Bund zum Bau einer Lärmschutzeinrichtung in 2017 i.H.v. 3.100 Tsd. EUR.

4.4.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 28911 Landesplanung und Stadtentwicklung

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Gesamtanzahl VZÄ	83,01	77,94	73,04	85,57	85,57	84,57	81,05

Das Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung hat in den Jahren 2017 und 2018 zusätzliche Personalbedarfe im Zusammenhang mit der Erhöhung der Wohnungszahlen sowie mit den Verfahren für Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen. Im Übrigen vgl. Vorwort zum Einzelplan.

4.4.2.2 Produktgruppe 28912 Zentrale Programme LP

4.4.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 28912 Zentrale Programme LP

In dieser Produktgruppe sind die finanziellen Ressourcen dargestellt, die anderen Produktgruppen, Teil- und Einzelplänen zur Umsetzung von Maßnahmen der Programme Planung und Begleitung des Wohnungsbaus sowie Infrastrukturelle Aufwertungen in Zusammenhang mit großen Entwicklungsvorhaben dienen.

4.4.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 28912 Zentrale Programme LP

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit							
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen			309	90	271	455	643
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-309	-90	-271	-455	-643
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-309	-90	-271	-455	-643
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis			-309	-90	-271	-455	-643
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten			2.170	2.170	2.150	2.150	2.150
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 – 16 - 17)			-2.479	-2.260	-2.421	-2.605	-2.793

Globale Mehrkosten:

- Planung und Begleitung des Wohnungsneubaus i.H.v. 130 Tsd. Euro jährlich
- Planung und Unterhaltung der Infrastrukturanlagen (insbesondere Ufermauern, Brücken und Parkanlagen) zur Entwicklung der Harburger Schlossinsel i.H.v. 1.840 Tsd. Euro
- Flächenentwicklung der Bahnflächen Altona i.H.v. 200 Tsd. Euro für 2017 und 180 Tsd. Euro für die Folgejahre.

Diese Kosten werden als Globale Mehrkosten geplant, wodurch die bedarfsgerechte Zuweisung der Ermächtigungen an andere Einzelpläne der FHH sowie innerhalb des Einzelplans der BSW möglich ist.

Kosten aus Abschreibungen:

Die Kosten aus Abschreibungen beziehen sich auf das Infrastrukturvermögen der Harburger Schlossinsel, der öffentlichen Grünflächen des Projekts Mitte Altona, der aus dem Finanzierungsprogramm Wohnungsbauentwicklung geschaffenen Infrastruktur.

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit					
VE für Kosten für Transferleistungen					
VE für Sonstige Kosten					
VE für Globale Mehrkosten			1.200	1.200	1.200

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen vorrangig dazu, für mehrjährige Planungs- und Unterhaltungsleistungen durch Dritte entsprechend langfristige Verträge schließen zu können. Dazu gehören Leistungen für das Stadtentwicklungsvorhaben Mitte Altona und die Entwicklung des Harburger Hafens. Die Veranschlagung der VE erfolgt im Kontenbereich Globale Mehrkosten, da zum Zeitpunkt der Veranschlagung einzelne Projekte noch nicht bekannt sind und somit Flexibilität bei der konkreten Zuweisung gewährleistet wird.

4.4.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 28912 Zentrale Programme LP

Für die Produktgruppe Zentrale Programme LP werden keine Ziele und Kennzahlen geplant. Die veranschlagten Ermächtigungen werden unterjährig in andere Einzelpläne, Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.4.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 28912 Zentrale Programme LP

Kennzahlen werden für diese Produktgruppe nicht definiert, da die Leistungen in anderen Produktgruppen erbracht und aus den Zentralen Programmen hierfür die Ermächtigungen übertragen werden.

4.4.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 28912 Zentrale Programme LP

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Planung u. Begleitung des Wohnungsbaus							
Erlöse							
Kosten			306	193	305	405	505
Saldo Jahresergebnis 1 Planung u. Begleitung des Wohnungsbaus			-306	-193	-305	-405	-505
Erlöse			-/-				
Kosten			-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Planung u. Begleitung des Wohnungsbaus			-/-	-193	-305	-405	-505
Infrastrukturelle Aufwertungen							
Erlöse							
Kosten			2.173	2.068	2.116	2.200	2.288
Saldo Jahresergebnis 1 Infrastrukturelle Aufwertungen			-2.173	-2.068	-2.116	-2.200	-2.288
Erlöse			-/-				
Kosten			-/-				

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Saldo Jahresergebnis 2			-/-	-2.068	-2.116	-2.200	-2.288
Infrastrukturelle Aufwertungen							

Auf diesen Produkten findet eine Soll Bewirtschaftung statt. Die Haushaltsermächtigungen werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen im Einzelplan 6.1 der BSW sowie auf andere Einzelpläne der FHH übertragen.

Erläuterungen zu den Produkten:

Planung und Begleitung des Wohnungsbaus:

In diesem Produkt sind Sollübertragungen für Planungsmittel vorgesehen. In den Produktkosten sind ebenso Abschreibungen für das Zentrale Investitionsprogramm (Programm Finanzierung Wohnungsbau) enthalten.

Infrastrukturelle Aufwertungen:

Es sind die Kosten für die Unterhaltung von Infrastrukturmaßnahmen des Harburger Binnenhafens und der Flächenentwicklung der Bahnflächen Altonas sowie die Kosten aus Abschreibungen für das Investitionsprogramm Infrastruktur Sprung über die Elbe und die Einzelinvestition Infrastruktur Mitte Altona enthalten.

4.4.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 28912 Zentrale Programme LP

Vollzeitäquivalente werden nicht geplant.

4.4.2.3 Produktgruppe 28913 Bezirkliche Zuweisungen LP

4.4.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 28913 Bezirkliche Zuweisungen LP

In dieser Produktgruppe sind die finanziellen Ressourcen dargestellt, die den Bezirksämtern in Form von Rahmen-, Zweck- und Einzelzuweisungen (vgl. §§ 36 - 39 BezVG) zur Verfügung gestellt werden. Im Aufgabenbereich Landesplanung und Stadtentwicklung sind die Kosten veranschlagt, die den Bezirksämtern für die Stadtplanung zur Verfügung stehen.

4.4.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 28913 Bezirkliche Zuweisungen LP

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit			650	627	627	627	627
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten				23	23	23	23
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-650	-650	-650	-650	-650
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-650	-650	-650	-650	-650
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis			-650	-650	-650	-650	-650
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 – 16 - 17)			-650	-650	-650	-650	-650

Die Ermächtigung wurde den Bedarfen der Bezirksämter entsprechend in den Kontenbereichen Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und Sonstige Kosten geplant und enthält die Kostenermächtigungen für die Vergabe von Planungsleistungen für vorbereitende und verbindliche Bauleitplanung an Dritte, Beteiligung der Öffentlichkeit sowie Karten und drucktechnische Arbeiten.
Die Ermächtigung wird nach folgendem Schlüssel verteilt: 50% Sockelbetrag als gleichmäßiger Anteil an alle Bezirke, 25% nach Einwohnerzahl und 25% nach Flächengröße.

Die Aufteilung der Ermächtigung ist wie folgt vorgesehen:

Hamburg Mitte = 15,85% = 103 Tsd. Euro
 Altona = 13,38% = 87 Tsd. Euro
 Eimsbüttel = 12,31% = 80 Tsd. Euro
 Hamburg Nord = 13,08% = 85 Tsd. Euro
 Wandsbek = 17,85% = 116 Tsd. Euro
 Bergedorf = 14,00% = 91 Tsd. Euro
 Harburg = 13,54% = 88 Tsd. Euro

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			650	650	650
VE für Kosten für Transferleistungen					
VE für Sonstige Kosten					
VE für Globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigung ermöglicht den Bezirken, jahresübergreifende Verträge für Planungsleistungen zu schließen.

4.4.2.3.3 Zuweisung von Kosten der Produktgruppe 28913 Bezirkliche Zuweisungen LP

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
RZ Stadtpl Fachämter SL							
Erlöse							
Kosten			650	650	650	650	650
Saldo Jahresergebnis 1 RZ Stadtpl Fachämter SL			-650	-650	-650	-650	-650
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt 1<							

In der Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen LP findet ausschließlich eine Soll-Bewirtschaftung statt. Die Ermächtigungen werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen in den bezirklichen Einzelplänen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke.

4.4.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Investitionsprogramme							
Finanzierungsprogr. Wohnungsbauentw.							
Einzahlungen							
Auszahlungen			8.105	9.168	7.854	6.368	6.368
Saldo für Finanzierungsprogr. Wohnungsbauentw.			-8.105	-9.168	-7.854	-6.368	-6.368
Verpflichtungsermächtigung für Finanzierungsprogr. Wohnungsbauentw.				5.000	5.000	-/-	-/-
Infrastruktur Sprung über die Elbe							
Einzahlungen							
Auszahlungen	1.249	93	1.400	1.800	2.200	2.500	2.500
Saldo für Infrastruktur Sprung über die Elbe	-1.249	-93	-1.400	-1.800	-2.200	-2.500	-2.500
Verpflichtungsermächtigung für Infrastruktur Sprung über die Elbe				2.000	2.000	-/-	-/-
Zentr Programm Finanzierung Wohnungsbau							
Einzahlungen							
Auszahlungen			6.000	5.000	4.000	4.000	4.000
Saldo für Zentr Programm Finanzierung Wohnungsbau			-6.000	-5.000	-4.000	-4.000	-4.000
Verpflichtungsermächtigung für Zentr Programm Finanzierung Wohnungsbau				3.000	3.000	-/-	-/-
Summe für Investitionsprogramme	-1.249	-93	-15.505	-15.968	-14.054	-12.868	-12.868
Verpflichtungsermächtigungen für Investitionsprogramme				10.000	10.000		
Einzelinvestitionen							
Wilhelmsburger Reichsstraße							
Einzahlungen							
Auszahlungen				9.700			
Saldo für Wilhelmsburger Reichsstraße				-9.700			
Verpflichtungsermächtigung für Wilhelmsburger Reichsstraße						-/-	-/-
Infrastruktur Mitte Altona							
Einzahlungen							
Auszahlungen			1.041	432	1.020	1.020	1.020
Saldo für Infrastruktur Mitte Altona			-1.041	-432	-1.020	-1.020	-1.020
Verpflichtungsermächtigung für Infrastruktur Mitte Altona				1.020	1.020	-/-	-/-
Summe für Einzelinvestitionen			-1.041	-10.132	-1.020	-1.020	-1.020
Verpflichtungsermächtigungen für Einzelinvestitionen				1.020	1.020	-/-	-/-
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen							
Auszahlungen sonstige Investitionen		2.000					
Saldo für sonstige Investitionen		-2.000					
Verpflichtungsermächtigung für sonstige Investitionen							

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Globale Minderauszahlungen		
Globale Minderauszahlungen		

Summe für Investitionsmittel	-1.249	-2.093	-16.546	-26.100	-15.074	-13.888	-13.888
------------------------------	--------	--------	---------	---------	---------	---------	---------

Finanzierungsprogramm Wohnungsbauentwicklung

Um dem stetig ansteigenden Druck auf dem Hamburger Wohnungsmarkt entgegen zu wirken, wurde mit dem Vertrag für Hamburg vom 04.07.2011 das Ziel postuliert, pro Jahr 6.000 neue Wohneinheiten (WE) zu realisieren, welches durch die Fortschreibung des Vertrages in den kommenden Jahren noch auf bis zu 10.000 neue Wohneinheiten erhöht werden soll. Da die Fläche Hamburgs begrenzt ist, führt dies zur Aktivierung von Flächen mit hoher Komplexität, Verlagerungsbedarfen, Lärmproblematiken sowie Konfliktpotenzialen in der Bevölkerung, was häufig zu einer Steigerung der Kosten führt. Insofern können auch bei privaten Flächen im Einzelfall nicht alle Kosten durch den Entwickler übernommen werden. Als geplante Vorhaben aus dem Finanzierungsprogramm sind u.a. Georgswerder in Wilhelmsburg mit 255 Wohneinheiten, die Dieselstraße in Barmbek Nord mit 675 Wohneinheiten, die Dratelnstraße in Wilhelmsburg mit 1.000 Wohneinheiten und das Pergolenviertel in Winterhude mit 1.400 Wohneinheiten zu nennen.

Das Finanzierungsprogramm dient auch zur Deckung von Kosten, die im Rahmen von Städtebaulichen Verträgen nicht an Private übertragbar sind.

Es wurde beschlossen, dass für sämtliche auf städtischen Flächen bzw. durch die FHH zu entwickelnde Vorhaben vom jeweiligen Projektentwickler umfassende Kosten-, Finanzierungs- und Zeitpläne aufzustellen sind, die sämtliche projektbezogenen Kosten-, und Erlöspositionen beinhalten.

Anzustreben ist zumindest ein ausgeglichenes Ergebnis. Sofern besondere Belastungen oder besondere städtebauliche und politische Zielsetzungen dazu führen, dass ein ausgeglichenes Ergebnis nicht erzielbar ist und das Projekt insofern mit einem Defizit abschließt, soll die Finanzierung bis zur Höhe der zu erwartenden Erlöse durch den Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen erfolgen, während die darüberhinausgehenden Kosten aus diesem Finanzierungsprogramm zu decken sind.

Infrastruktur Sprung über die Elbe

Die Finanzierung der erforderlichen Investitionszahlungen für die Infrastrukturmaßnahmen zur Entwicklung der Harburger Schlossinsel erfolgt auf Grundlage der Bürgerschaftsdrucksache 19/6609 vom 29.06.2010 mit seinerzeit geschätzten Gesamtkosten von 43,4 Mio. Euro. Davon sind ca. 39,4 Mio. Euro für Investitionen in Infrastruktur und 4 Mio. Euro u.a. für Grunderwerb vorgesehen. Um die eingesetzte Entwicklungsdynamik im Harburger Binnenhafen weiterhin zu unterstützen und die Sicherstellung der dafür erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen, unter anderem vorrangig durchzuführende Brückensanierungen, zu ermöglichen, ist die Beibehaltung der jährlichen investiven Raten erforderlich.

Damit wird auch die Realisierung des Wohnungsbaupotentials von insgesamt bis zu 500 WE im östlichen Binnenhafen ermöglicht.

Zentrales Programm Finanzierung Wohnungsbau

Dieses Investitionsprogramm dient den gleichen Zwecken wie das Finanzierungsprogramm Wohnungsbauentwicklung, bietet als Zentrales Programm jedoch die Möglichkeit von Sollübertragungen an andere Einzelpläne (Bezirksämter oder andere Fachbehörden) für Projekte oder Maßnahmen, die von dort umgesetzt werden.

Hierzu zählen u.a. die Herstellung öffentlicher Grünanlagen, die Herstellung einer Wegeverbindung und

Brücke im Bereich des Schleusengrabelns sowie die Herrichtung von verkehrlichen Infrastrukturanlagen, welche direkt im Zusammenhang mit dem geplanten Wohnungsbau stehen.

Als Vorhaben sind u.a. die Schleusengrabenachse in Bergedorf mit insg. 2.000 Wohneinheiten, das Tarpenbeker Ufer in Groß Borstel mit 750 Wohneinheiten und die Harburger Brücken in Harburg mit 140 Wohneinheiten geplant.

Wilhelmsburger Reichsstraße

Diese Einzelinvestition steht im Zusammenhang mit dem Rückbau der Wilhelmsburger Reichsstraße. Dies sind Kosten i.H.v. 9.700 Tsd. Euro in 2017 und 2018 für den Grunderwerb der Wilhelmsburger Reichsstraße vom Bund (Alttrasse der Wilhelmsburger Reichsstraße). Sie dienen der Entwicklung von überwiegend Wohnungsbauflächen, die für den LIG durch die IBA Hamburg GmbH entwickelt und vermarktet werden sollen sowie für die Integration der planfestgestellten Ausgleichsmaßnahmen des Bundes in die Parkanlage, die dem Bezirksamt Hamburg Mitte zugeordnet werden soll.

Infrastruktur Mitte Altona

Ausgelöst durch die Entscheidung der DB AG zur Verlagerung der Fern- und Regionalbahn vom Bahnhof Altona in den Bereich des S-Bahnhofes Diebsteich und durch das Freiwerden nicht mehr benötigter Bahn- und Industrieflächen an der Harkortstraße wurden 2007 vorbereitende Untersuchungen

für eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme eingeleitet. Die freiwerdenden Bahn- und Industrieflächen an der Harkortstraße stehen bereits vor der Verlagerung der Fernbahn für eine Neuentwicklung zur Verfügung. Im 1. Entwicklungsabschnitt werden derzeit ca. 1.600 Wohneinheiten realisiert und im 2. Entwicklungsabschnitt weitere rund 1.900 Wohneinheiten geplant. Ein ergänzender Nutzungsmix mit wohnungsnahen Dienstleistungen, Nahversorgung, einer Stadtteilschule, weiterer sozialer Infrastruktur etc. ebenso wie die Realisierung eines ca. 8 ha großen Stadtteilparks sind geplant. Vor diesem Hintergrund ergibt sich ein zeitlicher Entwicklungshorizont von mindestens 15 Jahren, in dem zur Umsetzung der Planungen sowohl für den vorgezogenen südlichen Teil, als auch für die Flächen nördlich der Stresemannstraße umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen zu realisieren sind. Die angemeldeten Investitionsermächtigungen dienen zur Herstellung der öffentlichen Grünflächen von rd. 8 ha im gesamten Masterplangebiet Mitte Altona. Im ersten Bauabschnitt an der Harkortstraße, der sich derzeit in der Realisierung befindet, wird ein rd. 2,4 ha großer neuer Stadtteilpark entstehen. Dafür sind derzeit rd. 4,43 Mio. Euro vorgesehen. Der Park wird nicht nur für die neuen Anwohner Erholungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten bieten, sondern auch zur Rückhaltung bei Starkregenereignissen (Klimafolgenanpassung) dienen und einen Schulhof für die neu entstehende Stadtteilschule integrieren.

4.4.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung

Darlehen werden nicht geplant.

4.4.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung

Gesetzliche Leistungen werden nicht geplant

4.4.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung

Aus den Ermächtigungen der Produktgruppe 289.11 Landesplanung und Stadtentwicklung, Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und sonstige Kosten zu verursachen, dürfen Kosten bis zur Höhe von jeweils 20 Tsd. Euro aus Gründen der Billigkeit verursacht werden.

Die Ermächtigung der Produktgruppe 289.12 Zentrale Programme Landesplanung und Stadtentwicklung, Globale Mehrkosten zu verursachen, ist übertragbar.

Die Ermächtigungen in der Produktgruppe 289.11 Landesplanung und Stadtentwicklung, Kosten für Transferleistungen und Sonstige Kosten zu verursachen, sind übertragbar.

Die Ermächtigungen der Produktgruppe 289.11 Landesplanung und Stadtentwicklung, Kosten des Finanzergebnisses (Abschreibung auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens) zu verursachen, ist übertragbar. Die Übertragbarkeit ist erforderlich, um Vorsorge für außerplanmäßige Abschreibungen auf die Finanzanlage Sondervermögen Stadt und Hafen zu treffen. Die Erträge und Aufwendungen des Sondervermögens Stadt und Hafen unterliegen entwicklungsbedingt starken Schwankungen und einer hohen Prognoseunsicherheit (vgl. Erläuterungen zum Wirtschaftsplan in Anlage 2.2 zum Haushaltsplan des Einzelplans 6.1).

5 Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche

5.1 Ergebnis- und Finanzplan des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)

5.1.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit	697	1.174	632	1.723	1.727	1.731	1.735
2. Erlöse aus Transferleistungen	10	161					
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	822	1.224	283	129	90	79	79
6. Erlöse aus Verrechnungen	2.177	5	2.096	3.621	3.698	3.722	3.779
7. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	6.896	7.450	6.416	8.520	8.545	8.872	8.669
8. Personalkosten	8.066	6.849	8.029	11.849	12.106	12.236	12.363
a) Kosten für Entgelte	4.007	2.787	4.006	4.564	4.671	4.701	4.726
b) Kosten für Bezüge	2.244	2.314	2.276	3.933	4.013	4.072	4.133
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter			0	0	0	0	0
d) Kosten für Sozialleistungen	921	897	898	1.119	1.142	1.153	1.163
e) Kosten für Versorgungsleistungen	893	851	849	2.233	2.280	2.310	2.341
9. Kosten für Transferleistungen	12.914	15.032	12.011	16.123	16.279	16.136	16.144
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	982	119	107	16.347	7.559	15.624	12.285
12. Sonstige Kosten	2.193	879	401	495	487	445	445
13. Kosten aus Verrechnungen	1.357	98	1.446	2.453	2.492	2.476	2.484
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-28.701	-27.863	-25.400	-50.314	-41.953	-50.257	-46.798
15. Erlöse aus Beteiligungen	9.715						
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
20. Zinsen und ähnliche Kosten		1		1	1	1	1
21. Finanzergebnis	9.715	-1		-1	-1	-1	-1
22. Ordentliches Ergebnis (14 + 21)	-18.986	-27.863	-25.400	-50.315	-41.954	-50.258	-46.799
23. Außerordentliche Erlöse							
24. Außerordentliche Kosten							
25. Außerordentliches Ergebnis							
26. Jahresergebnis (22 + 25)	-18.986	-27.863	-25.400	-50.315	-41.954	-50.258	-46.799
27. Globale Minderkosten				-6.055	-6.388	-9.808	-9.923
28. Globale Mehrkosten			-675	2.984	3.077	2.698	4.549
29. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (26 - 27 - 28)	-18.986	-27.863	-24.725	-47.244	-38.643	-43.148	-41.425

5.1.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 286 Steuerung und Service (BSW)

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.146	1.676	3.011	1.798	1.802	1.806	1.810
2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	22.155	19.357	26.654	31.402	31.577	28.015	29.648
3. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-18.980	-17.681	-23.644	-29.604	-29.775	-26.209	-27.838
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen							
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen		1					
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen							
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden							
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen							
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	88	40	15	5	5	5	5
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen	147	131					
14. Globale Minderauszahlungen				-504	-481	-459	-459
15. Saldo aus laufender Investitionstätigkeit	-235	-170	-15	499	476	454	454
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Saldo gegebene Darlehen							
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten		2					
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten							
24. Saldo aus durchlaufenden Posten		2					
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-19.215	-17.849	-23.659	-29.105	-29.299	-25.755	-27.384

5.2 Ergebnis- und Finanzplan des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

5.2.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit	2.222	1.157		0	0	0	0
2. Erlöse aus Transferleistungen	28.543	17.110	26.515	35.697	35.697	35.697	17.000
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	123.469	1.086	384	12.587	12.050	11.064	10.182
6. Erlöse aus Verrechnungen							
7. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	4.315	628	295	634	233	360	360
8. Personalkosten	4.487	4.458	4.572	5.360	5.418	5.501	5.650
a) Kosten für Entgelte	2.004	2.099	2.184	2.130	2.128	2.160	2.244
b) Kosten für Bezüge	1.499	1.391	1.384	1.724	1.765	1.792	1.818
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	443	460	496	516	517	525	544
e) Kosten für Versorgungsleistungen	541	509	508	990	1.008	1.024	1.044
9. Kosten für Transferleistungen	120.720	122.679	158.231	178.459	193.980	191.633	193.574
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	238.712	691	1.144	3.987	4.606	5.486	6.428
12. Sonstige Kosten	15.686	1.276	334	2	2	2	2
13. Kosten aus Verrechnungen	87			21			
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-228.772	-110.380	-137.677	-140.179	-156.491	-156.221	-178.832
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse		38		38	38	38	38
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens		29.734					
19. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
20. Zinsen und ähnliche Kosten		1		0	0	0	0
21. Finanzergebnis		29.771		38	38	38	38
22. Ordentliches Ergebnis (14 + 21)	-228.772	-80.609	-137.677	-140.141	-156.453	-156.183	-178.794
23. Außerordentliche Erlöse							
24. Außerordentliche Kosten							
25. Außerordentliches Ergebnis							
26. Jahresergebnis (22 + 25)	-228.772	-80.609	-137.677	-140.141	-156.453	-156.183	-178.794
27. Globale Minderkosten							
28. Globale Mehrkosten			5.000	5.188	5.138	5.108	5.108
29. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (26 - 27 - 28)	-228.772	-80.609	-142.677	-145.329	-161.591	-161.291	-183.902

5.2.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 287 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	30.734	17.130	26.515	35.735	35.735	35.735	17.038
2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	130.958	149.361	167.548	188.549	203.657	201.473	203.541
3. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-100.223	-132.231	-141.033	-152.814	-167.922	-165.738	-186.503
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen		1.031	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen		4					
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen	472	543	8.765	9.258	9.414	9.464	9.464
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden							
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen							
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen							
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen	2.801	2.143					
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus laufender Investitionstätigkeit	-3.272	-1.652	-3.765	-4.258	-4.414	-4.464	-4.464
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen	45	45	44	6	6	2	2
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Saldo gegebene Darlehen	45	45	44	6	6	2	2
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten		3					
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten							
24. Saldo aus durchlaufenden Posten		3					
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-103.451	-133.835	-144.754	-157.066	-172.330	-170.200	-190.965

--

5.3 Ergebnis- und Finanzplan des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau

5.3.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit	16.088	20.283	21.389	30.293	31.808	33.329	34.831
2. Erlöse aus Transferleistungen							
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	835	1.244	111	3.103	2.613	1.934	1.554
6. Erlöse aus Verrechnungen	1.055	874		84			
7. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	6.688	7.267	7.519	12.649	13.696	14.816	16.126
8. Personalkosten	14.509	15.110	16.880	20.556	21.084	21.344	21.307
a) Kosten für Entgelte	7.521	7.830	9.132	9.616	9.805	9.887	9.898
b) Kosten für Bezüge	3.830	4.043	4.154	5.415	5.601	5.703	5.671
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	1.666	1.709	1.990	2.184	2.233	2.254	2.253
e) Kosten für Versorgungsleistungen	1492	1.528	1.604	3.341	3.445	3.500	3.485
9. Kosten für Transferleistungen		23		23	23	23	23
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	202	182	120	273	273	117	107
12. Sonstige Kosten	1.902	2.231	812	2.337	2.376	2.323	2.323
13. Kosten aus Verrechnungen				1	1	1	1
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-5.435	-2.412	-3.832	-2.359	-3.032	-3.361	-3.502
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
20. Zinsen und ähnliche Kosten							
21. Finanzergebnis							
22. Ordentliches Ergebnis (14 + 21)	-5.435	-2.412	-3.832	-2.359	-3.032	-3.361	-3.502
23. Außerordentliche Erlöse							
24. Außerordentliche Kosten							
25. Außerordentliches Ergebnis							
26. Jahresergebnis (22 + 25)	-5.435	-2.412	-3.832	-2.359	-3.032	-3.361	-3.502
27. Globale Minderkosten							
28. Globale Mehrkosten							
29. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (26 - 27 - 28)	-5.435	-2.412	-3.832	-2.359	-3.032	-3.361	-3.502

5.3.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 288 Bauordnung und Hochbau

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	17.902	22.200	21.406	30.832	32.347	33.868	35.370
2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	22.897	22.018	23.379	31.899	33.397	34.664	35.954
3. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-4.995	182	-1.973	-1.067	-1.050	-796	-584
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen							
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen							
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden							
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen							
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen							
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus laufender Investitionstätigkeit							
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Saldo gegebene Darlehen							
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten							
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten							
24. Saldo aus durchlaufenden Posten							
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-4.995	182	-1.973	-1.067	-1.050	-796	-584

5.4 Ergebnis- und Finanzplan des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung

5.4.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit	2.491	2.463		0	0	0	0
2. Erlöse aus Transferleistungen	36	347					
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	1.770	1.832	17	17	17	17	17
6. Erlöse aus Verrechnungen		776					
7. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	2.383	3.304	2.492	2.040	2.033	1.813	1.813
8. Personalkosten	6.473	5.948	5.451	6.820	7.010	7.039	6.895
a) Kosten für Entgelte	3.135	3.283	2.580	3.023	3.110	3.097	3.011
b) Kosten für Bezüge	1.931	1.416	1.672	1.935	1.987	2.017	1.994
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	689	696	588	701	720	720	702
e) Kosten für Versorgungsleistungen	718	552	611	1.161	1.192	1.206	1.188
9. Kosten für Transferleistungen	3.396	3.496		3.100	0		
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	43	22	2.579	255	647	1.009	1.335
12. Sonstige Kosten	960	5.192	158	198	198	198	198
13. Kosten aus Verrechnungen							
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-8.958	-12.543	-10.664	-12.396	-9.870	-10.042	-10.224
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens		25.134					
19. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens		18			10.096	9.819	10.720
20. Zinsen und ähnliche Kosten							
21. Finanzergebnis		25.116			-10.096	-9.819	-10.720
22. Ordentliches Ergebnis (14 + 21)	-8.958	12.573	-10.664	-12.396	-19.966	-19.861	-20.944
23. Außerordentliche Erlöse							
24. Außerordentliche Kosten							
25. Außerordentliches Ergebnis							
26. Jahresergebnis (22 + 25)	-8.958	12.573	-10.664	-12.396	-19.966	-19.861	-20.944
27. Globale Minderkosten							
28. Globale Mehrkosten			2.170	2.170	2.150	2.150	2.150
29. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (26 - 27 - 28)	-8.958	12.573	-12.834	-14.566	-22.116	-22.011	-23.094

5.4.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 289 Landesplanung und Stadtentwicklung

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.519	3.574	2	2	2	2	2
2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.824	15.649	9.568	13.051	10.079	9.874	9.748
3. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.305	-12.075	-9.566	-13.049	-10.077	-9.872	-9.746
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen							
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen							
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden				9.700			
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.249	2.093	16.546	16.400	15.074	13.888	13.888
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen							
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus laufender Investitionstätigkeit	-1.249	-2.093	-16.546	-26.100	-15.074	-13.888	-13.888
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Saldo gegebene Darlehen							
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten		2					
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten							
24. Saldo aus durchlaufenden Posten		2					
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-2.554	-14.166	-26.112	-39.149	-25.151	-23.760	-23.634

--